

Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019



Inhaltsverzeichnis

1.	Erläuterungen zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP)	3
1.1	Erläuterungen zum Aufbau des Aufgaben- und Finanzplans	3
1.2	Erläuterungen zur Departementsseite der Departemente	4
1.3	Erläuterungen zum Leistungsauftrag der Verwaltungseinheiten	5
1.4	Behandlung im Kantonsrat	8
1.5	Anwendbarkeit des neuen Finanzhaushaltsrechts	10
1.6	Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2	10
2.	Bericht zum Aufgaben- und Finanzplan	13
2.1	Überleitung vom Voranschlag 2015 zum Voranschlag 2016	13
2.2	Erhöhung Steuerfuss	15
2.3	Übersicht mit Steuerfuss 170 Prozent	16
2.4	Finanzkennzahlen	18
2.5	Entlastungsprogramm 2014-2017 (EP 14-17)	19
2.6	Ausgleichszahlungen Nationaler Finanzausgleich (NFA)	20
2.7	Konjunkturprognosen Schweiz	20
2.8	Chancen und Risiken	21
3.	Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung	23
3.1	Erfolgsrechnung nach Kostenarten	23
3.2	Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	27
3.3	Investitionsrechnung nach Kostenarten	34
3.4	Erläuterungen zur Investitionsrechnung	35
4.	Institutionelle Übersichten	37
4.1	Stellenplan	37
4.2	Erfolgs- und Investitionsrechnung nach Institutionen	40
4.3	Übersicht Voranschlagskredite der Verwaltungseinheiten	43
4.4	Entwicklungen in den Finanzplanjahren	47
5.	Leistungsaufträge inkl. Voranschlagskredite	49
	Kantonsrat	50
	Regierungsrat	51
	Staatskanzlei	52
	Departement des Innern	55
	Departementssekretariat Departement des Innern	56
	Amt für Gesundheit und Soziales	59
	Sozialversicherungen	62
	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz	63
	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz	66
	Volkswirtschaftsdepartement	69
	Departementssekretariat Volkswirtschaftsdepartement	70
	Amt für Wirtschaft	73
	Amt für Raumentwicklung	76
	Amt für Migration	79
	Amt für Arbeit	82
	Amt für Landwirtschaft	85

Bildungsdepartement	88
Departementssekretariat Bildungsdepartement	89
Amt für Volksschulen und Sport	91
Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	94
Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz	97
Amt für Mittel und Hochschulen	100
Kantonsschule Kollegium Schwyz	103
Kantonsschule Ausserschwyz	106
Amt für Berufsbildung	109
Berufsbildungszentrum Goldau	112
Berufsbildungszentrum Pfäffikon	115
Kaufmännische Berufsschule Schwyz	118
Kaufmännische Berufsschule Lachen	121
Amt für Berufs- und Studienberatung	124
Amt für Kultur	127
Sicherheitsdepartement	130
Departementssekretariat Sicherheitsdepartement	131
Rechts-und Beschwerdedienst	134
Oberstaatsanwaltschaft	137
Staatsanwaltschaft	139
Jugendanwaltschaft	142
Kantonspolizei	144
Amt für Justizvollzug	147
Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	150
Finanzdepartement	153
Departementssekretariat Finanzdepartement	154
Personalamt	157
Amt für Finanzen	160
Steuerverwaltung	163
Amt für Informatik	166
Finanzkontrolle	169
Datenschutz	172
Baudepartement	173
Departementssekretariat Baudepartement	174
Tiefbauamt	176
Verkehrsamt	179
Amt für öffentlichen Verkehr	182
Hochbauamt	185
Umweltdepartement	188
Departementssekretariat Umweltdepartement	189
Amt für Umweltschutz	191
Amt für Natur, Jagd und Fischerei	194
Amt für Wald und Naturgefahren	197
Amt für Wasserbau	200
Amt für Vermessung und Geoinformation	203
Gerichtswesen	206
Kantonsgericht	206
Verwaltungsgericht	207
Strafgericht	208
Anwaltskommission	209

1. Erläuterungen zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP)

1.1 Erläuterungen zum Aufbau des Aufgaben- und Finanzplans

Am 20. November 2013 verabschiedete der Kantonsrat das neue Finanzhaushaltsgesetz (Abl 2013 2726 ff., FHG), welches per 1. Januar 2016 in Kraft tritt. Mit der Gesetzesänderung werden die Steuerungsinstrumente des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie die Berichtsformen angepasst, das Ausgabenrecht vereinfacht und die Rechnungslegung in Orientierung an den Fachempfehlungen des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) der Finanzdirektorenkonferenz vom 19. September 2002 umgestellt. Mit der Anpassung der Berichtsformen ersetzt der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan die bisherigen Planinstrumente des Voranschlags, der Leistungsaufträge und des Finanzplans. Der neue Aufgaben- und Finanzplan verknüpft die Finanz- und Leistungsseite und bringt eine integrierte Mittelfristperspektive ein.

Um die genannten Funktionen zu erfüllen, baut der Aufgaben- und Finanzplan auf folgenden fünf Hauptkapiteln auf:

1. Erläuterungen zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP)
2. Bericht zum Aufgaben- und Finanzplan
3. Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung
4. Institutionelle Übersichten
5. Leistungsaufträge inklusive Voranschlagskredite

Im ersten Kapitel werden Erläuterungen zum Aufbau und zur Anwendung des Aufgaben- und Finanzplans gemacht. Kapitel zwei gibt einen Überblick über den Kantonshaushalt und seine Entwicklung. Kapitel drei zeigt die Erfolgs- und Investitionsrechnung und nimmt zu bedeutenden Kostenarten Stellung. In Kapitel vier folgen institutionelle Übersichten zur Stellenplanung, zur Finanzplanung und zu den Voranschlagskrediten der Verwaltungseinheiten. Den Abschluss in Kapitel fünf bilden die Leistungsaufträge der Verwaltungseinheiten, gegliedert nach Departementen mit den jeweiligen einleitenden Seiten der Departemente. Die Leistungsaufträge erscheinen in überarbeiteter Form. Neue Elemente wie die Umfeldanalyse, die Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte sowie die Kennzahlen vermitteln weitere Informationen zur jeweiligen Verwaltungseinheit und geben einen tieferen Einblick in Tätigkeiten der Verwaltungseinheit. Im Leistungsauftrag enthalten sind neu auch die einzelnen Voranschlagskredite. Ebenfalls neu ist die Departementsseite, welche das Regierungsprogramm aufgreift und die Tätigkeitsschwerpunkte, die laufenden Projekte und die anstehenden Gesetzesvorhaben je Departement aufzeigt.

1.2 Erläuterungen zur Departementsseite der Departemente

Die Departementsseite ist in drei Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt informiert das Departement über aktuelle Herausforderungen, absehbare Entwicklungen oder ausserordentliche Ziele in der Aufgaben- und Finanzplanperiode (nachfolgend am Beispiel des Finanzdepartements).

Schwerpunkte 2016 - 2019

Das Finanzdepartement wird angesichts der finanziellen Lage weiterhin der Sanierung des Staatshaushalts oberste Priorität einräumen. Konkret bedeutet dies die konsequente Fortführung des Entlastungsprogramms. Die Überprüfung der Steuertarife und die damit zusammenhängende geplante Steuergesetzteilrevision werden dabei wichtige Eckpfeiler auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Finanzhaushalt sein.

Im zweiten Abschnitt wird der Beitrag des Departements zur Umsetzung des Regierungsprogramms dargestellt. Dafür werden die Zielsetzungen des mehrjährigen Regierungsprogramms in einzelne Massnahmen überführt und einer Verwaltungseinheit zugeordnet.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
8	Staatshaushalt ausgleichen	- Entlastungsprogramm 2014-2017	Amt für Finanzen
9	Verwaltung konsolidieren und aktuelle Technologien nutzen	- eSteuern.sz	Steuerverwaltung
10	Wirksamkeit der NFA-Ausgleichszahlungen optimieren	- Nationaler Finanzausgleich / Anliegen Geberkantone	Departementssekretariat Finanzdepartement

Der dritte und letzte Abschnitt zeigt die Gesetzesvorhaben eines Departements mit dem aktuellen Stand und dem weiteren zeitlichen Vorgehen. Dies soll den Kantonsrat in der Planung seiner Gesetzgebungsarbeiten unterstützen und über deren Verlauf Auskunft geben. Die Darstellung ist rein informativ. Das durch den Kantonsrat beschlossene Gesetzgebungsprogramm bleibt vorbehalten.

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Gesetzesanpassungen aus dem Entlastungsprogramm 2014-2017	■	◆	●	▲				
Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden					■	◆	●	
Teilrevision Personalgesetzgebung	■	◆		●				
Teilrevision Steuergesetz	◆	●	▲					

1.3 Erläuterungen zum Leistungsauftrag der Verwaltungseinheiten


Der Leistungsauftrag gibt einen Überblick über die Aufgaben, Leistungen und Finanzen einer Verwaltungseinheit (nachfolgend am Beispiel des Departementssekretariates des Finanzdepartements).

Unter den Kontaktangaben weist die Legende mit vier Symbolen „abgeschlossen“, „entfällt“, „neu“ und „mutiert“ auf Änderungen in den Bestandteilen des Leistungsauftrags gegenüber dem Leistungsauftrag des Vorjahres hin. Diese geben Auskunft über die Art der Änderung, was die Transparenz erhöhen sowie die Übersicht und Beurteilung erleichtern soll.

 abgeschlossen  entfällt  neu  mutiert

Der Grundauftrag beschreibt die wichtigsten Aufgaben einer Verwaltungseinheit.

Grundauftrag

- Stabsstelle des Finanzdepartements, verantwortlich für die Planung und Koordination im Departement sowie weitere ihm übertragene Aufgaben.
- Unterstützung des Departementsvorstehers bei der Führung des Departements.
- Mitarbeit und Koordination des Mitberichts- und Vernehmlassungswesens.
- Mitarbeit beim Erlass von Verfügungen, bei Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.
- Finanzpolitische Beratung in interdepartementalen Projektgremien.
-  Ergänzung Grundauftrag
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Departements.

Die Umfeldanalyse ist ein neuer Bestandteil im Leistungsauftrag und wird genutzt, um wichtige Veränderungen insbesondere in den Bereichen Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Umwelt, Bund und Recht zu umschreiben. Damit werden einerseits Einflussfelder auf die Verwaltungseinheit sichtbar, andererseits können Hinweise auf aktuelle Herausforderungen (Risiken) und zukünftige Trends (Chancen) aufgezeigt werden.

Umfeldanalyse

- Die Kantonshaushalte geraten immer stärker unter Druck. Praktisch alle Kantone sind an der Umsetzung von Entlastungsprogrammen.
- Die dritte Finanzierungsperiode des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) startet per 1. Januar 2016.
- Die Neukonstituierung des Amtes für Finanzen und die damit verbunden Neuverteilungen der finanzbezogenen Aufgaben im Finanzdepartement ist erfolgt bzw. in Umsetzung.

Der neue Abschnitt der Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte informiert über Aufgaben, die unter Berücksichtigung der Umfeldanalyse einen besonderen Stellenwert in der aktuellen Leistungsperiode haben.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Im Mittelpunkt steht die konsequente Sanierung des Kantonshaushalts. Die Aktivitäten zur Ausgestaltung eines fairen NFA werden in der neuen Finanzierungsperiode 2016-2019 fortgesetzt. Die Neuverteilung der finanzbezogenen Aufgaben im Finanzdepartement wird abgeschlossen.

Kennzahlen bilden neu einen zentralen Bestandteil des Leistungsauftrages. Sie machen das Aufgabenportfolio einer Verwaltungseinheit anhand von Kennzahlen messbar. Mit Hilfe von fünf vergangenen Jahren werden Entwicklungen über den Zeitverlauf veranschaulicht.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	4.8	4.2	4.0	3.9	3.6	2.8	2.8
Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	202	240	224	241	276	275	275
Mitberichte	Anzahl	103	104	153	184	178	190	200
Vernehmlassungen	Anzahl	11	7	9	12	18	20	20
behandelte politische Vorstösse	Anzahl	5	7	8	12	32	25	20
Einsitze in Projektgremien für finanzpolitische Beratung	Anzahl	3	3	4	4	4	5	5
Medienmitteilungen	Anzahl	7	8	6	9	10	10	10

Projekte sind weiterhin eine wichtige Komponente des Leistungsauftrages. Sie können befristet einen erhöhten Ressourcenbedarf nach sich ziehen und sind daher für eine umfassende Beurteilung der Tätigkeit einer Verwaltungseinheit unabdingbar. Aus diesem Grund werden jene Projekte kurz inhaltlich beschrieben, welche direkte Auswirkungen auf die Höhe des Voranschlagskredits haben oder der Erreichung der Ziele des Regierungsprogramms dienen.

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
NFA-Standesinitiative / Anliegen Geberkonferenz Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2015	Optimierung der Berechnungsgrundlagen und des Verteilmechanismus des NFA-Ressourcenausgleichs.	a Mit dem Ende der NFA-Finanzierungsperiode 2012-2015 abgeschlossen.
Nationaler Finanzausgleich / Anliegen Geberkantone Beginn Januar 2016 / Ende Dezember 2019	Optimierung der Berechnungsgrundlagen und des Verteilmechanismus des NFA-Ressourcenausgleichs in der dritten Finanzierungsperiode 2016-2019.	n Neue NFA-Finanzierungsperiode

Die Produktgruppen umschreiben die Leistungen einer Verwaltungseinheit. Zu den Produkten einer Produktgruppe werden Ziele, Indikatoren sowie Werte mehrerer Leistungsperioden ausgewiesen.

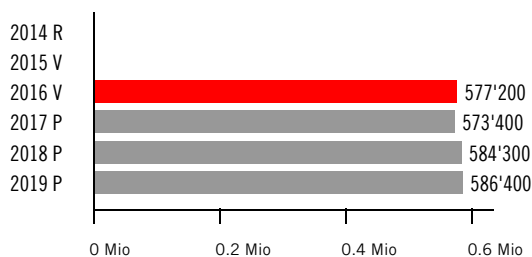
Führungsunterstützung und Support

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Zufriedenheit des Departementsvorstehers	Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	5.0	4.5	4.5	4.5
Eingehaltene Fristen bei Mitberichten	Anzahl termingerechte Mitberichte / Gesamtanzahl Mitberichte	95 %	90 %	95 %	100 %	100 %
Eingehaltene Fristen bei Vernehmlassungen	Anzahl termingerechte Vernehmlassungen / Gesamtanzahl Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Eingehaltene Fristen bei politischen Vorstössen	Anteil der termingerecht erledigten politischen Vorstösse				100 %	100 %

Die Voranschlagskredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung bilden neu als finanzielle Steuerungsgrössen das zentrale Element im Leistungsauftrag jeder Verwaltungseinheit. Sie sind durch den Kantonsrat für das Voranschlagsjahr zu beschliessen und werden rot gekennzeichnet. Aufgrund der besonderen Bedeutung und zur leichteren Beurteilung werden sie sowohl grafisch wie auch tabellarisch dargestellt.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Da mit dem Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 erstmals nach der neuen Rechnungslegung HRM2 budgetiert wird, kann **kein Vergleich mit den Vorjahren** nach HRM1 vorgenommen werden.

Die tabellarische Darstellung der Erfolgsrechnung nach Kostenarten weist den durch den Kantonsrat zu beschliessenden Voranschlagskredit (Total) aus. Der leistungsunabhängige Aufwand und Ertrag wird vom Globalbudget getrennt ausgewiesen.

Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			494'200			496'400	499'300	501'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			85'000			77'000	87'000	85'000
3 Aufwand			579'200			573'400	586'300	586'400
43 Verschiedene Erträge			2'000			0	2'000	0
4 Ertrag			2'000			0	2'000	0
Globalbudget			577'200			573'400	584'300	586'400
Total			577'200			573'400	584'300	586'400

Voranschlagskredit

Die Tabelle zur Investitionsrechnung ist analog zur Erfolgsrechnung aufgebaut. Sie weist die Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) als Voranschlagskredit bzw. als Beschlussgrösse des Kantonsrates aus und stellt die Investitionseinnahmen gegenüber (nachfolgend am Beispiel des Tiefbauamtes).

Investitionsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
50 Sachanlagen			66'750'000			80'250'000	82'050'000	70'750'000
5 Investitionsausgaben			66'750'000			80'250'000	82'050'000	70'750'000
61 Rückerstattungen			14'855'000			13'830'000	11'686'000	5'750'000
63 Investitionsbeiträge eigene Rechnung			4'923'000			5'064'000	5'032'000	4'220'000
6 Investitionseinnahmen			19'778'000			18'894'000	16'718'000	9'970'000
Nettoinvestitionen			46'972'000			61'356'000	65'332'000	60'780'000

Voranschlagskredit

1.4 Behandlung im Kantonsrat

Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnisnahme (§11 FHG) und die Voranschlagskredite der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung sowie den Steuerfuss zum Beschluss (§17 FHG). Der Kantonsrat kann den Voranschlag als Ganzes oder einzelne Voranschlagskredite zurückweisen. Der Voranschlag ist Bestandteil des Aufgaben- und Finanzplans und entspricht dessen erstem Planjahr (§12 FHG). Der Voranschlag enthält für jede Verwaltungseinheit einen Voranschlagskredit der Erfolgsrechnung, einen Voranschlagskredit der Investitionsrechnung sowie den Leistungsauftrag (§13 FHG).

Der Voranschlagskredit der Erfolgsrechnung wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben (Globalbudget), ist im Leistungsauftrag der Verwaltungseinheit rot gekennzeichnet und wird durch den Kantonsrat beschlossen (§17 FHG). Der leistungsunabhängige Aufwand und Ertrag kann vom Globalbudget ausgenommen werden (§13 Abs. 2 FHG). Aufgrund der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 können keine Vorjahreswerte gezeigt werden, da die Zuteilung von Sachaufwand in einzelne Kontengruppen sich ändert und sich gewisse Bewertungen anpassen.

Der Voranschlagskredit der Investitionsrechnung umfasst die Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen), ist im Leistungsauftrag der Verwaltungseinheit ebenfalls rot gekennzeichnet und wird durch den Kantonsrat beschlossen (§17 FHG). Die Investitionseinnahmen werden separat ausgewiesen (§13 Abs. 3 FHG).

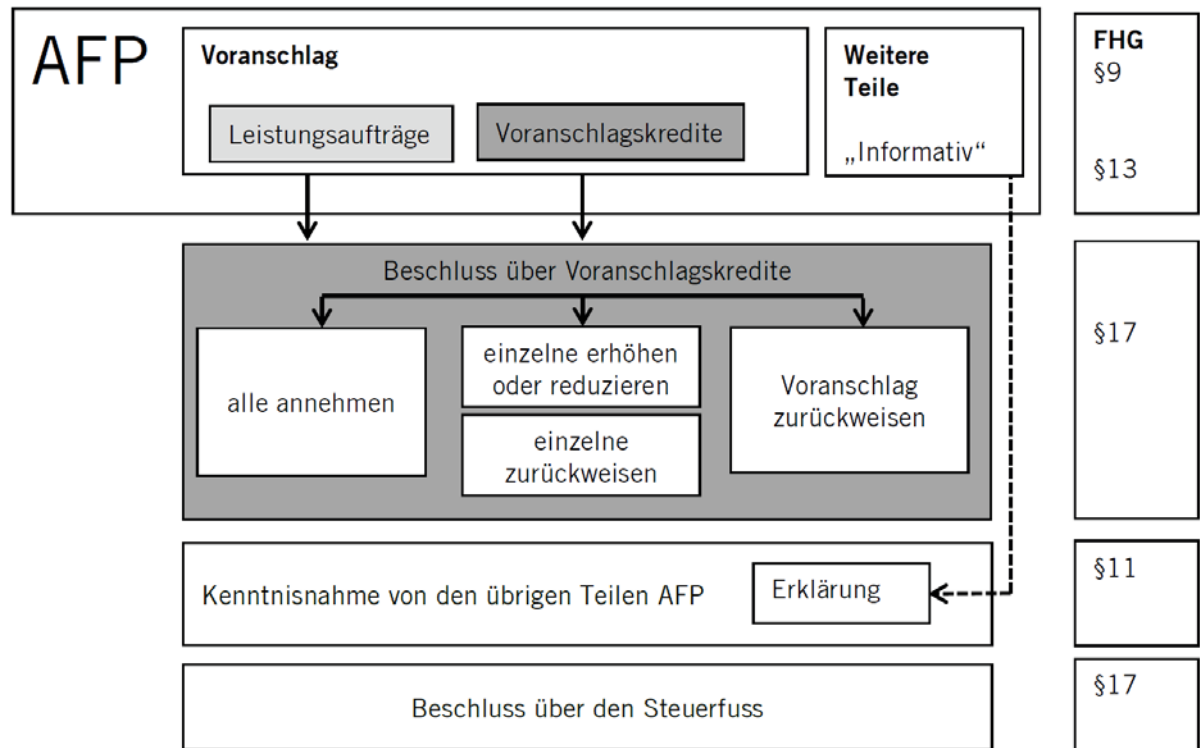
Die Staatswirtschaftskommission prüft als vorberatende Kommission den Voranschlag (§16 FHG). Sie kann dem Regierungsrat spätestens 30 Tage vor der Behandlung im Kantonsrat Anträge auf Änderung einzelner Voranschlagskredite oder Leistungsaufträge stellen. Der Regierungsrat entscheidet innert zehn Tagen, ob er aufgrund der Anträge der Staatswirtschaftskommission dem Kantonsrat veränderte Voranschlagskredite oder Leistungsaufträge zur Genehmigung unterbreiten will.

Sofern der Regierungsrat Änderungen beschliesst, wird ein neuer Leistungsauftrag je betroffene Verwaltungseinheit erstellt und dem Kantonsrat unterbreitet. Die Staatswirtschaftskommission stellt dem Kantonsrat Antrag.

Der Kantonsrat kann die Voranschlagskredite mit oder ohne Änderung beschliessen beziehungsweise den gesamten Voranschlag oder einzelne Voranschlagskredite zurückweisen. Von den restlichen Bestandteilen des Aufgaben- und Finanzplans und der Leistungsaufträge nimmt er lediglich Kenntnis. Falls der Kantonsrat einen Voranschlagskredit verändert, stimmt der vom Regierungsrat vorgelegte Leistungsauftrag unter Umständen nicht mehr mit dem Voranschlagskredit überein. Deshalb wird der Regierungsrat in der Folge den Leistungsauftrag wenn nötig so anpassen, dass er mit dem vom Kantonsrat beschlossenen Voranschlagskredit übereinstimmt.

Er kann zudem zum Aufgaben- und Finanzplan Erklärungen beschliessen (§11 Abs. 2 FHG). Erklärungen können zu allen Elementen des Aufgaben- und Finanzplans erfolgen und sind wie Anträge schriftlich einzureichen (§67 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kantonsrat des Kantons Schwyz vom 28. April 1977, SRSZ 142.110, GO-KR). Sie kommen nur zustande, wenn ihr eine Mehrheit der abstimmenden Kantonsräte zustimmt (§73 Abs. 1 GO-KR). Der Regierungsrat setzt die Erklärung im nächsten Aufgaben- und Finanzplan um. Kann oder will er eine Erklärung nicht umsetzen, so begründet er dies schriftlich zuhanden des Kantonsrates innert dreier Monate nach dessen Beschluss (§11 Abs. 3 FHG).

Nachfolgende Darstellung veranschaulicht die Behandlung des Aufgaben- und Finanzplans im Kantonsrat:



Nach Beschluss des Aufgaben- und Finanzplans durch den Kantonsrat nimmt der Regierungsrat die beschlossenen Änderungen im Aufgaben- und Finanzplan vor und erstellt zuhanden des Kantonsrates die definitive Fassung in elektronischer Form.

1.5 Anwendbarkeit des neuen Finanzhaushaltsrechts

Der Kantonsrat hat am 20. November 2013 das neue FHG beschlossen. Es sieht vor, dass der Kanton seine Rechnungslegung auf das neue harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 der Kantone und Gemeinden umstellt. Die Inkraftsetzung des neuen Gesetzes und somit die Umstellung auf HRM2 erfolgt gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 22. September 2015 auf den 1. Januar 2016.

Bereits vor dem Inkrafttreten müssen die Vorbereitungsarbeiten (Aufgaben- und Finanzplan, Budgetierung) im Hinblick auf die neue Rechtsgrundlage gemäss den neuen Regeln erfolgen. Der Gesetzgeber war sich dessen bewusst. In der Botschaft zu den Übergangsbestimmungen (RRB 532 vom 18. Juni 2013, S. 33) ist festgehalten:

„Budgetierung und Rechnungslegung sind auf das Kalenderjahr ausgerichtet. Dennoch gibt es Überlappungen mit den Vor- und den Folgejahren. Tritt auf den 1. Januar eines Jahres ein neues Haushaltsgesetz in Kraft, so müssen die Vorbereitungsarbeiten und die Beschlussfassung über den Voranschlag bereits im Vorjahr nach dem künftig massgebenden Haushaltsrecht angegangen werden. Umgekehrt ist für die Rechenschaftsablage im Folgejahr, in dem bereits das neue Recht gilt, noch das alte Recht anzuwenden. Diesen Übergang vom alten zum neuen Recht regelt § 54 FHG.“

Der Gesetzgeber will somit, dass der Voranschlag für das Jahr des Inkrafttretens bereits nach den neuen Regeln beschlossen wird. Der Gesetzgeber hat eine Vorwirkung beschlossen, die somit ausnahmsweise zulässig ist. Sie bezieht sich auf die für die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans relevanten Teile des neuen Finanzhaushaltsgesetzes und dient dem ordentlichen Übergang zwischen der alten und neuen Rechnungslegung. Dementsprechend hat der vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 bereits das neue Recht als Grundlage.

1.6 Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2

HRM2 ist die Grundlage für die Rechnungslegung der Kantone und Gemeinden. Es wurde im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK) von der Fachgruppe für kantonale Finanzfragen (FkF) als Weiterentwicklung von HRM1 erarbeitet. In Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) und in Koordination mit dem neuen Rechnungsmodell des Bundes hat die FkF 20 Fachempfehlungen zu HRM2 entwickelt. Die FDK genehmigte das entsprechende Handbuch mit den Fachempfehlungen im Januar 2008 mit der Absicht, dass die Kantone und Gemeinden die Fachempfehlungen innert 10 Jahren umsetzen.

Die wesentlichen Inhalte von HRM2 stellen die folgenden Elemente der Jahresrechnung, der neue Kontenplan, die konsequente Anwendung der periodengerechten Abgrenzungen und transparentere Bilanzierung- und Bewertungsgrundsätze dar. Nachfolgend eine Übersicht über die Umsetzung der genannten Kerninhalte von HRM2 im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 im Kanton Schwyz:

Elemente der Jahresrechnung:

Die Jahresrechnung nach HRM2 orientiert sich an den Bezeichnungen der Privatwirtschaft. Die Laufende Rechnung wird neu als Erfolgsrechnung und die Bestandesrechnung als Bilanz bezeichnet. Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung werden separat geführt und werden zusammengeführt.

Kontenplan

Der neue Kontenplan nach HRM2 ist an jenem des Bundes angelehnt und die funktionale Gliederung wurde für die Finanzstatistik den internationalen Normen angepasst. Die Empfehlung zum Kontenplan wurde im Kanton Schwyz bis auf folgende zwei Ausnahmen umgesetzt:

- Die Investitionsbeiträge werden neu über die Erfolgsrechnung statt über die Investitionsrechnung verbucht. Hierdurch werden per 1. Januar 2016, die per 31. Dezember 2015 in der Bilanz aktivierten Investitionsbeiträge (Kontengruppe 16), zulasten einer Aufwertungsreserve im Eigenkapital ausgebucht, so dass im Voranschlagsjahr 2016 und in den folgenden Finanzplanjahren keine Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen (Teile der Kontengruppe 331) mehr anfallen. Hingegen belasten neu die Investitionsbeiträge (Kontengruppen 56, 57 und 67) die Erfolgsrechnung im Jahr der Auszahlung des Betrages im vollen Umfang.
- Die direkten Kantonalen Steuern bei den natürlichen Personen werden aufgrund der heutigen Prozesse vorläufig nicht in Einkommen und Vermögen und bei den juristischen Personen nicht in Gewinn und Kapital getrennt ausgewiesen.

Periodengerechte Abgrenzungen

Die Fachempfehlung HRM2 empfiehlt den Steuerertrag mindestens nach dem Soll-Prinzip abzugrenzen und in der Jahresrechnung auszuweisen. Das Soll-Prinzip sieht vor, die Erfassung des in der Rechnungsperiode in Rechnung gestellten Steuerertrages als Ertrag auszuweisen.

- In Abweichung zu HRM2 wird in gewissen Steuerteilbereichen aufgrund der heutigen Prozesse weiterhin das Kassaprinzip angewendet, wodurch der Steuerertrag erst bei der Vereinnahmung des Geldes verbucht wird. Dadurch ist Ende Jahr lediglich derjenige Steuerertrag erfolgswirksam verbucht, welcher effektiv eingegangen ist. Nicht erfolgswirksam verbucht sind Steuerguthaben, welche für das betreffende Jahr noch geschuldet sind. Das Kassaprinzip wird weiterhin in den Steuerteilbereichen Direkte Bundessteuern, Quellensteuern, Verrechnungssteuern und Steuern auf Lotteriegewinnen angewendet.

Transparente Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

HRM2 sieht vor, das Fremdkapital zu Nominalwerten, das Finanzvermögen zu Verkehrswerten und das Verwaltungsvermögen (Zweck der öffentlichen Aufgabenerfüllung) zu Anschaffungswerten abzüglich notwendiger Abschreibungen zu bewerten. Die Abschreibungen können linear oder degressiv vorgenommen werden. Im Weiteren sind Rückstellungen nach wirtschaftlicher Betrachtungsweise vorzunehmen.

- Der Kanton Schwyz wendet weiterhin die degressive Abschreibungsmethode an.
- Grundstücke - als Teil der Hochbauten im Verwaltungsvermögen - werden nicht mehr abgeschrieben.
- Entgegen der Fachempfehlungen nach HRM2 wird auf die Bildung einer Rückstellung für künftige Sanierungsbeiträge an die Pensionskasse des Kantons Schwyz im Fall einer Unterdeckung gemäss §11 des Gesetzes über die Pensionskasse des Kantons Schwyz vom 21. Mai 2014 (SRSZ 145.210, PKG) verzichtet. Sie werden den ordentlichen Beiträgen gleichgestellt und im Voranschlag und Finanzplan berücksichtigt. Der Deckungsgrad per 31. Dezember wird jeweils im Anhang der Jahresrechnung offen gelegt. Eine Erfassung als Rückstellung in der Bilanz würde zu einem volatilen und nicht aussagekräftigen Ergebnisverlauf in der Erfolgsrechnung führen.
- Ebenso werden in Abweichung zu HRM2 Aufwand und Ertrag bzw. Ausgaben und Einnahmen der Spezialfonds ausserhalb der Erfolgs- und Investitionsrechnung erfasst. Der Ausweis erfolgt wie anhin im Anhang zur Jahresrechnung in komprimierter Form.

Die finanziellen Auswirkungen der für den Kanton Schwyz genannten Änderungen auf die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung im Aufgaben- und Finanzplan 2016-2019 sind gering. Im 2016 fallen Entlastungen von rund 22.2 Mio. Franken aufgrund wegfallender Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen und rund 3.4 Mio. Franken aufgrund nicht mehr abgeschriebener Grundstücke an. Demgegenüber werden Investitionsbeiträge von rund 23.8 Mio. Franken direkt in der Erfolgsrechnung verbucht, was letztlich netto zu einer Gesamtentlastung des Voranschlags 2016 von rund 1.8 Mio. Franken führt. Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Umstellung auf HRM2 für das Voranschlagsjahr 2016 und die Finanzplanjahre 2017-2019:

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DER UMSTELLUNG AUF HRM2

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Wegfall der Abschreibungen auf den Investitionsbeiträgen (Planwerte gemäss Voranschlag 2015 und Finanzplan 2016-2018)	- 22 219	- 25 409	- 27 037	n.a.
Verbuchung der Investitionsbeiträge neu über die Erfolgsrechnung (gemäss Voranschlag 2016 und Finanzplan 2017-2019, ohne Strassenwesen)	23 821	26 386	26 536	23 925
Verringerung der Abschreibungen auf Hochbauten (gemäss Voranschlag 2016 und Finanzplan 2017-2019; unter Berücksichtigung eines geschätzten Abschreibungsanteils der Grundstücke)	- 3 364	-3 303	-3 667	-4 175
Total Entlastung	- 1 762	-2 326	-4 168	

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Bedeutendere buchhalterische Auswirkungen werden hingegen die Bewertungsanpassungen (Bewertung des Finanzvermögens zum Verkehrswert, Bereinigung der aktivierten Investitionsbeiträge, Bereinigung von Forderungen im Zusammenhang mit der Periodenabgrenzung und die allfällige Erfassung von Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungen) im Rahmen der Eröffnungsbilanz nach HRM2 per 1. Januar 2016 haben (§56 FHG). Diese liegen in der Natur der Rechnungslegung und haben keine direkten finanziellen Auswirkungen. Die Eingangsbilanz kann frühestens nach Genehmigung der Jahresrechnung 2015 erstellt werden.

2. Bericht zum Aufgaben- und Finanzplan

2.1 Überleitung vom Voranschlag 2015 zum Voranschlag 2016

Der Voranschlag 2015 wies einen Aufwandüberschuss von 65.5 Mio. Franken aus. Nachfolgende Tabelle legt die Überleitung auf den Aufwandüberschuss des Voranschlages 2016 bei Beibehaltung des Steuerfusses von 145% dar.

ÜBERLEITUNG

(in Mio. Fr.)

Aufwandüberschuss 2015 (HRM1)	65.5
Umrechnung auf HRM2	-1.8
Sozialversicherungen	1.7
Spitalfinanzierung und Behinderteneinrichtungen	2.0
Innerkantonaler Finanzausgleich	-11.0
Nationaler Finanzausgleich	14.0
FABI	8.5
Steuerschätzung Juli 2015	47.8
Restlicher Staatsaufwand	-5.4
Aufwandüberschuss 2016	121.3

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Bedeutende Treiber des steigenden Aufwandüberschusses sind gebundene, bundesrechtlich vorgegebene oder nicht zu beeinflussende Faktoren wie der Nationale Finanzausgleich, die Auswirkungen der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), die Sozialversicherungen sowie die Spitalfinanzierung und Behinderteneinrichtungen.

Zudem wurden die Steuerschätzungen weitgehend analog zu den Schätzungen der Gemeinden vorgenommen. Dies bewirkt insbesondere im Bereich der Nachträge eine deutliche Einnahmensenkung von 43 Mio. Franken gegenüber den Erwartungen im Voranschlag 2015.

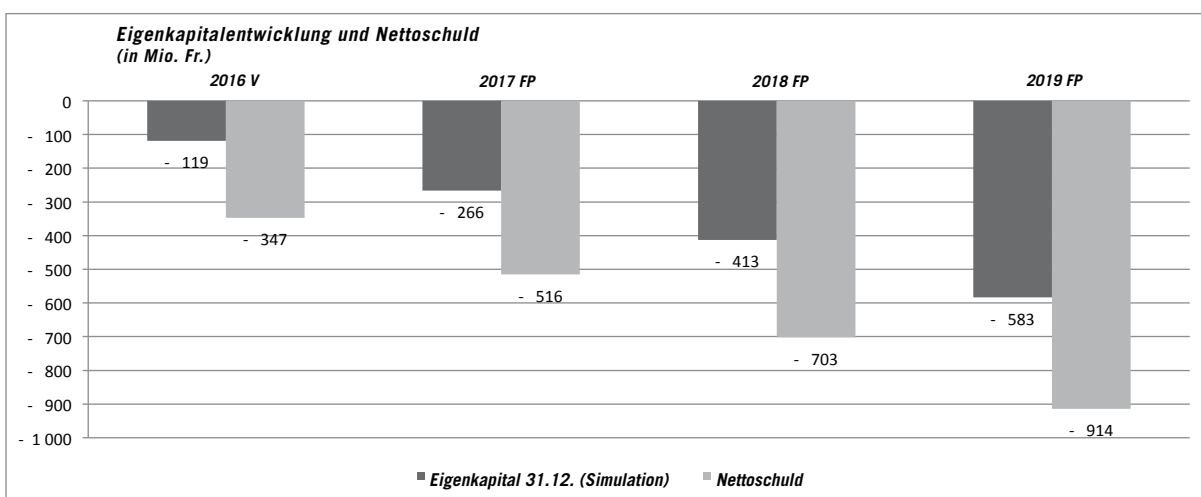
Es ergibt sich die folgende Entwicklung von Eigenkapital und Nettoschuld:

ENTWICKLUNG EIGENKAPITAL UND NETTOSCHULD

Simulation mit Steuerfuss 145%

(in Mio. Franken)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Aufwandüberschuss (Defizit)	121	147	147	170
Eigenkapital 31.12. (Simulation)	- 119	- 266	- 413	- 583
Finanzierungsfehlbetrag	117	169	187	211
Nettoschuld	- 347	- 516	- 703	- 914

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung



2.2 Erhöhung Steuerfuss

Eine so schnelle und markante Zunahme der Nettoschuld ist umgehend zu beheben. Gemäss dem §6, §7 und §55 FHG ist, nebst dem ausgeglichenen Staatshaushalt, bis im Jahr 2022 ein Eigenkapital in der Höhe von 251 Mio. Franken (Basis Jahresrechnung 2014) aufzubauen. Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat Massnahmen zu unterbreiten, falls der mittelfristige Haushaltsausgleich gefährdet ist. Der gegenwärtige Verlauf lässt ohne sofortige entschlossene Gegenmassnahme die Erreichung dieses Ziels illusorisch erscheinen.

Der Regierungsrat plant das Defizit mit einer Steuerfusserhöhung auf 170%, mit einer Steuergesetz-Teilrevision sowie mit weiteren Entlastungsmassnahmen (Aufgaben- und Leistungsverzicht, Lastenverschiebungen) zu beheben. Die notwendige Entlastung muss auf das Jahr 2019 hin 170 Mio. Franken betragen.

Eine Erhöhung des Kantonssteuerfusses um 1% einer Steuereinheit ergibt Mehreinnahmen von rund 2.7 Mio. Franken.

STEUERFUSS UND AUFWANDÜBERSCHUSS

(in Mio. Fr.) / (in %)	Erhöhung um	Erhöhung auf	Mehrertrag	Aufwand- überschuss
Mehrertrag aufgrund 1% Erhöhung des Steuerfusses			2.7	
	0%	145%	0.0	121
	5%	150%	13.5	108
	10%	155%	27.0	94
	15%	160%	40.5	81
	20%	165%	54.0	67
Vom Regierungsrat mit vorliegendem AFP beantragt	25%	170%	67.6	54
	30%	175%	81.0	40
	35%	180%	94.5	27
	40%	185%	108.0	13
	45%	190%	121.5	-1
	50%	195%	135.0	-14
	55%	200%	148.5	-28

Der Regierungsrat beantragt die Festlegung des Kantonssteuerfusses auf 170%, was zu einem Mehrertrag von rund 68 Mio. Franken und zu einem Aufwandüberschuss im Voranschlagsjahr 2016 von letztlich rund 54 Mio. Franken führt. Die Entlastungswirkung tritt per 2016 ein, wobei aufgrund von Veranlagungseffekten eine gewisse Verzögerung auftreten kann. Die Effekte der Steuergesetz-Teilrevision und der Entlastungsmassnahmen werden voraussichtlich ab 2017/2018 eintreffen.

2.3 Übersicht mit Steuerfuss 170 Prozent

In der Erfolgsrechnung des Voranschlags 2016 resultiert aufgrund des Aufwands von total 1 451 Mio. Franken und des Ertrags von total 1 397 Mio. Franken ein Aufwandüberschuss von 54 Mio. Franken bei einem unterlegten Kantonssteuerfuss von 170%. In den Finanzplanjahren erhöhen sich die Aufwandüberschüsse bis 2019 auf 101 Mio. Franken.

Die Investitionsrechnung des Voranschlags 2016 zeigt Nettoinvestitionen von 46 Mio. Franken. Diese resultieren aus Ausgaben von 77 Mio. Franken und Einnahmen von 31 Mio. Franken. Bis ins Finanzplanjahr 2019 erhöhen sich die Nettoinvestitionen auf 96 Mio. Franken.

Der jährliche Finanzierungsfehlbetrag steigt kontinuierlich von 49 Mio. Franken im Voranschlag 2016 bis 142 Mio. Franken im Finanzplanjahr 2019, was sich letztlich in einem stark abnehmenden Selbstfinanzierungsgrad von -6% auf -48% niederschlägt.

In dieser Übersicht noch nicht enthalten sind die Effekte der geplanten Steuergesetz-Teilrevision sowie der weiteren Entlastungsmassnahmen.

GESAMTÜBERSICHT

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Erfolgsrechnung				
Total Aufwand	1 451 115	1 498 686	1 527 858	1 570 535
Total Ertrag	- 1 397 465	- 1 420 225	- 1 450 489	- 1 469 843
Aufwandüberschuss	53 650	78 461	77 369	100 692
Investitionsrechnung				
Total Ausgaben	77 300	109 500	118 300	106 500
Total Einnahmen	- 31 578	- 33 144	- 23 818	- 10 770
Nettoinvestitionen	45 722	76 356	94 482	95 730
Finanzierungsfehlbetrag	48 559	100 005	118 062	141 569
Selbstfinanzierungsgrad	-6.20%	-30.97%	-24.96%	-47.88%

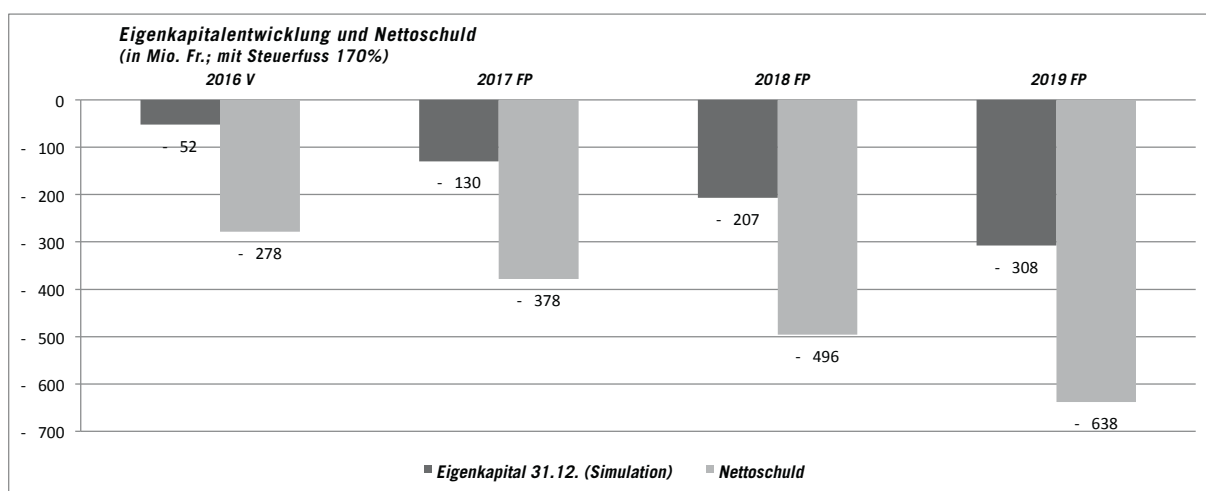
+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ENTWICKLUNG EIGENKAPITAL UND NETTOSCHULD

Simulation mit Steuerfuss 170%

(in Mio. Franken)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Aufwandüberschuss (Defizit)	54	78	77	101
Eigenkapital 31.12. (Simulation)	- 52	- 130	- 207	- 308
Nettoinvestitionen	46	76	94	96
Abschreibungen	56	71	76	73
Einlage Spezialfinanzierung FK / EK	13	12	12	1
Entnahme Spezialfinanzierungen FK / EK	- 19	- 28	- 34	- 19
Finanzierungsfehlbetrag	49	100	118	142
Nettoschuld	- 278	- 378	- 496	- 638

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung



2.4 Finanzkennzahlen

Die ausgewiesenen Kennzahlen der Staatsquote und der Steuerquote unterliegen einem geschätzten jährlichen BIP-Wachstum von 1.4% in den Jahren 2016 bis 2019 (Mittelwert der Prognoseinstitute).

FINANZKENNZAHLEN

(in Fr. 1 000) / (in %)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Staatsquote	12.01%	12.48%	12.71%	13.06%
Steuerquote	6.48%	6.48%	6.48%	6.47%
Selbstfinanzierungsgrad	- 6.20%	- 30.97%	- 24.96%	- 47.88%
Nettoschuld	- 278	- 378 164	- 496 226	- 637 795
Nettoschuld pro Einwohner	1 790	2 409	3 130	3 983
Eigenkapital	- 52	- 130	- 207	- 308

Staatsquote

Die Staatsquote zeigt das Ausmass der Gesamtausgaben aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung in Prozent des Volkseinkommens. 2014 betrug die Staatsquote 12.3%. Die gesamte Staatsquote in der Schweiz liegt bei rund 35%.

Steuerquote

Diese Kennzahl vergleicht das Steueraufkommen (Fiskalertrag) im Verhältnis zum Volkseinkommen. Der Wert von rund 6.5% im Kanton Schwyz kann als tief und somit als gut bezeichnet werden. 2014 betrug die Steuerquote noch 5.1%. Die gesamte Steuerquote in der Schweiz beträgt rund 21%.

Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad gibt an, wieviel Prozent der Nettoinvestitionen durch selbst erwirtschaftete Mittel (finanzierungswirksamer Ertrag) finanziert werden können. Je höher der Selbstfinanzierungsgrad, desto mehr Investitionen werden selbst finanziert bzw. können Schulden abgebaut werden. Negative Werte bedeuten, dass die Nettoinvestitionen nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können und somit eine Verschuldung erfolgen muss. Das langfristige Ziel liegt bei 100%, womit die Nettoinvestitionen vollständig aus dem Jahresergebnis finanziert werden können.

Nettoschuld

Die Nettoschuld gibt die Differenz zwischen dem realisierbaren Finanzvermögen und dem Fremdkapital an. Bei einem positiven Wert besteht ein Nettovermögen. Die Abnahme des Werts ist auf die Zunahme der Finanzierungsfehlbeträge im Voranschlagsjahr 2016 und den Finanzplanjahren 2017-2019 zurückzuführen. Die Nettoschuld pro Kopf steigt in den Planjahren jährlich um fast 1 000 Franken an.

Eigenkapital

Aufgrund der geplanten Aufwandüberschüsse wird das Eigenkapital weiter sinken und negativ bleiben.

2.5 Entlastungsprogramm 2014-2017 (EP 14-17)

Angesichts der finanziellen Lage wird weiterhin der Sanierung des Staatshaushalts oberste Priorität eingeräumt. Ergänzend zu den bisherigen Entlastungsmassnahmen und der per 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Steuergesetz-Teilrevision hat der Regierungsrat die Arbeiten zu weiteren Entlastungsmassnahmen lanciert (Etappe 2 des EP 14-17).

Umsetzung und finanzielle Wirkung Etappe 1

Von den 61 beschlossenen Massnahmen und den sieben vom Kantonsrat zu einem späteren Zeitpunkt definitiv zu entscheidenden Massnahmen sind aktuell 37 Massnahmen vollständig und 20 Massnahmen teilweise umgesetzt. Auf Basis 2015 resultiert daraus eine Entlastungswirkung von rund 17 Mio. Franken. Ab dem Jahr 2016 wird die Entlastungswirkung wiederkehrend rund 20 Mio. Franken betragen. Im vorliegenden AFP 2016-2019 ist dieser Betrag enthalten.

Kernstück auf der Ertragsseite bildete die Steuergesetz-Teilrevision. Deren finanzielle Entlastungswirkung beläuft sich auf Basis eines Steuerfusses von 120% auf rund 66 Mio. Franken. Zudem erhöhte der Kantonsrat den Steuerfuss für das Jahr 2015 um 25% auf 145%, wodurch mit zusätzlichen Mehreinnahmen von rund 70 Mio. Franken zu rechnen ist.

Wie bereits in der Beantwortung zur Interpellation I13/15 (Sind auch für die Staatsrechnung 2015 höhere Steuerausfälle zu erwarten?) erwähnt, basieren die prognostizierten Steuerermehreinnahmen auf der Steuerperiode 2010, deren Steuersubstrat der Berechnung zugrunde gelegt wurde. Demgegenüber werden in den jeweiligen Rechnungsabschlüssen die effektiv zugeflossenen Steuereinnahmen Eingang finden (Kassa-Prinzip), die zu einem grossen Teil auf früheren Veranlagungen basieren. Die Entlastungswirkung kann aus diesem Grund leicht verzögert eintreten.

Planung und Arbeiten Etappe 2

Etappe 2 beinhaltet verschiedene Arbeitspakete, welche analog der Etappe 1 sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ansetzen. Die Massnahmen zur Aufwandreduktion betreffen einerseits den Abgleich der bisherigen Entlastungsmassnahmen des Massnahmenplans 2011 und der Etappe 1 des EP 14-17 mit den beschlossenen Entlastungsmassnahmen der BAK BASEL Benchmarkingkantone (SG, ZG, TG, SO, BL, NW). Ferner sollen mittels einer Prozessanalyse die bestehenden Arbeitsabläufe in der Verwaltung überprüft werden. Durch systematische Analysen sollen neue Ideen zur Vereinfachung der Prozesse entwickelt und damit freie Kapazitäten geschaffen werden.

Im Bereich der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Bezirken und Gemeinden hat der Regierungsrat bereits Mitte 2015 beschlossen, dass die finanzstarken Bezirke und Gemeinden ab 2016 temporär mehr in den horizontalen Finanzausgleich einzahlen und somit den Kantonshaushalt entlasten. Die Massnahmen zur Steigerung des Ertrags beinhalten die Überprüfung der Steuertarife im Rahmen einer weiteren Steuergesetz-Teilrevision, die Prüfung der Anpassung des Steuerfusses sowie die Überprüfung der Gebühren.

2.6 Ausgleichszahlung Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Der Kanton Schwyz zahlt im Jahr 2016 voraussichtlich 181 Mio. Franken in den horizontalen Ressourcenausgleich. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr 14 Mio. Franken mehr. Der Ressourcenindex des Kantons Schwyz steigt von 165.9 auf 170.6 Punkte (100 Punkte entsprechen dem schweizerischen Durchschnitt). Der Kanton Schwyz ist weiterhin auf dem zweiten Platz in der Finanzstärke der Kantone. Das Ressourcenpotenzial im Kanton Schwyz ist in den Basisjahren 2010 bis 2012 im Vergleich zu den anderen Kantonen somit weiter gestiegen. Das Ressourcenpotenzial entspricht der Summe der massgebenden Einkommen, Vermögen und Gewinne der natürlichen bzw. juristischen Personen.

Ferner leistet der Kanton Schwyz 2 Mio. Franken in den Härteausgleich und erhält 7 Mio. Franken aus dem geografisch-topografischen Lastenausgleich. Die NFA-Nettozahlung beträgt somit 176 Mio. Franken.

Die voraussichtliche Zahlung in den Ressourcenausgleich im Jahr 2016 entspricht über 12% des Gesamtaufwands der Erfolgsrechnung des Kantons Schwyz und beträgt rund 45 Mio. Franken mehr, als der Kanton Schwyz für die medizinische Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger ausgeben muss, das Dreieinhalbfache des Aufwands für den öffentlichen Verkehr oder das Sechsfache für das Mittelschulwesen. Gegenüber der Zahlung von knapp 49 Mio. Franken bei der NFA-Einführung im Jahr 2008 beträgt die Steigerung über 132 Mio. Franken oder 270%. Die Finanzplanung geht von einem weiteren Beitragswachstum aus. Das Wachstum ist auch durch das damit beauftragte Prognoseinstitut BAK BASEL schwierig abzuschätzen. Erschwerend kommt im Fall des Kantons Schwyz hinzu, dass im heutigen NFA-System kleine Entwicklungen in grossen, bevölkerungsreichen Kantonen starke Auswirkungen auf den vergleichsweise kleinen Kanton Schwyz haben können.

2.7 Konjunkturprognosen Schweiz

Für das Jahr 2015 rechnen die Prognoseinstitute mit einem moderaten Wachstum des Bruttoinlandprodukts der Schweiz zwischen 0.4% und 1.0%. Für das Jahr 2016 wird das Wirtschaftswachstum zwischen 1.2% und 1.6% prognostiziert. Der Rückgang der Konsumentenpreise wird für 2015 auf -1.0% bis -1.3% beziffert. Für 2016 bewegen sich die Prognosen zwischen -0.3% und 0.3%. Die Arbeitslosenquote wird für 2015 mit 3.3% bis 3.4% prognostiziert. 2016 wird diese laut den Prognoseinstituten zwischen 3.5% und 3.8% liegen.

Die aufgrund der Freigabe des Wechselkurses durch die Schweizerische Nationalbank zu Beginn des Jahres pessimistischen Wirtschaftsprognosen für 2015 haben sich im Lauf des Jahres aufgehellt. Alle Prognoseinstitute gehen von einem Wachstum im Jahr 2015 aus. Hingegen wird für das nächste Jahr mit einer leicht höheren Arbeitslosigkeit gerechnet.

Aufgrund der starken weltwirtschaftlichen Vernetzung der Schweiz ist unser Land grundsätzlich von ausländischen Entwicklungen betroffen. Trotz einer leicht besseren wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und den USA bleiben die weltweiten Risiken bedeutend. Insbesondere die hohe und weiter steigende Staatsverschuldung in den meisten Industrieländern führt zu langfristigen wirtschaftlichen Unsicherheiten.

2.8 Chancen und Risiken

Nebst den finanziellen Auswirkungen gilt es in der mittelfristigen Perspektive der Aufgaben- und Finanzplanung auch das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Umfeld zu berücksichtigen. Nachfolgende Entwicklungen stellen für den Kanton Schwyz entsprechende Chancen und Risiken dar.

Chancen

Steuern

Die Steuerschätzungen für den AFP 2016-2019 wurden in den zentralen Steuerteilbereichen Einkommen und Vermögen sowie Nachträge auf Basis der Steuerschätzungen der Bezirke und Gemeinden vorgenommen. Sollten die Bezirke und Gemeinden beispielsweise im Bereich der Nachträge zu konservativ budgetiert haben, wären auch beim Kanton Mehreinnahmen zu erwarten.

Schweizerische Nationalbank

Die Gewinnausschüttung der SNB fiel im Jahr 2014 (Geschäftsjahr 2013 der SNB) vollständig aus. Zugunsten der Staatsrechnung 2015 nahm die SNB eine doppelte Ausschüttung vor. Aufgrund der hohen Fremdwährungsbestände in der Bilanz der SNB und der Volatilität der Märkte ist eine Prognose der Gewinnausschüttung deutlich unsicherer geworden als früher. Die Risiken sind zu gross, als dass im AFP 2016-2019 mit einer stabilen Ausschüttung gerechnet werden könnte. Allfällige Ausschüttungen würden einen willkommenen Beitrag an den notwendigen Eigenkapitalaufbau gemäss §7 FHG leisten.

Risiken

Steuern

Die Steuerschätzung ist im Kanton Schwyz schwierig, da dem Kanton die Einsicht in die aktuellen Steuerdaten der Bezirke und Gemeinden fehlt. Deshalb müssen pauschale Annahmen getroffen werden. Das Projekt eSteuern wird dem Kanton in diesem Bereich hilfreiche Datengrundlagen liefern.

Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Derzeit sind die Prognosen zum NFA-Wachstum gemäss den Berechnungen von BAK BASEL budgetiert. Erfahrungsgemäss sind insbesondere die beiden letzten Finanzplanjahre unsicher und kaum prognostizierbar. Das NFA-Wachstum liegt gemäss Prognose von BAK BASEL deutlich tiefer als das durchschnittliche Wachstum des Ressourcenausgleichs in den letzten Jahren. Nicht berücksichtigt sind zudem aufgrund der noch unklaren Ausgestaltung allfällige positive oder negative Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III.

Rating von Standard & Poor's (S&P)

Standard & Poor's bestätigte am 20. Februar 2015 das Rating „AAA / A-1+“ des Kantons Schwyz, senkte die Aussicht auf die Zukunft jedoch von „stabil“ auf „negativ“. Es bestehe ein höheres Risiko, dass die finanzielle Lage des Kantons noch längere Zeit unsicher ist und die Verschuldung ansteigt. Diese Beurteilung wurde im August 2015 beibehalten. Sofern keine griffigen Massnahmen erkennbar werden, ist eine Verschlechterung des Ratings des Kantons Schwyz denkbar.

Ansteigende Nettoschuld

Ohne das rechtzeitige Treffen finanzwirksamer Massnahmen tritt zeitverzugslos eine hohe Verschuldung ein, die den Kanton finanziell belasten wird. Die Zinsbelastung steht nicht für andere Staatsaufgaben zur Verfügung. Werden Staatsanleihen über 10 Jahre ausgegeben, muss beim Auslaufen der Anleihen das Geld zu jenem künftigen Zinssatz erneut aufgenommen werden. Die Bonität als Schuldner würde sich verringern.

Zinsniveau

Sofern die Finanzierungsrechnung dauerhaft negativ bleibt, muss entsprechend langfristiges Fremdkapital beschafft werden. Beim Auslaufen der Anleihen muss das Geld zum künftigen Zinssatz erneut aufgenommen werden. Sollte das Zinsniveau ansteigen, wäre ein Mehrfaches des Kapitalaufwands zu leisten, als derzeit im Aufgaben- und Finanzplan vorgesehen ist.

Sanierungsbeiträge Pensionskasse

Sofern die Pensionskasse am 31. Dezember einen Deckungsgrad von unter 100% aufweist, sind im übernächsten Jahr Sanierungsbeiträge zu leisten. Im AFP 2016-2019 sind keine Sanierungsbeiträge eingeplant. Derzeit sind keine Anhaltspunkte für Sanierungsbeiträge vorhanden.

3. Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung

3.1 Erfolgsrechnung nach Kostenarten

ARTENGLIEDERUNG - AUFWAND

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
3 Aufwand	1 451 115	1 498 686	1 527 858	1 570 535
30 Personalaufwand	218 052	221 089	222 655	223 778
300 Behörden, Kommissionen und Richter	4 037	4 042	4 067	4 072
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	132 383	133 820	134 872	135 621
302 Löhne der Lehrkräfte	38 155	39 259	39 516	39 735
303 Temporäre Arbeitskräfte	1 097	1 097	1 102	1 102
304 Zulagen	4 398	4 398	4 398	4 398
305 Arbeitgeberbeiträge	33 173	33 617	33 872	34 030
306 Arbeitgeberleistungen	1 887	1 937	1 937	1 937
309 Übriger Personalaufwand	2 922	2 919	2 891	2 883
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	93 767	92 664	93 108	92 647
310 Material- und Warenaufwand	6 276	6 232	6 257	6 314
311 Nicht aktivierbare Anlagen	9 567	8 132	7 861	7 046
312 Ver-/Entsorgung Liegenschaften Verwaltungsvermögen	2 436	2 439	2 444	2 451
313 Dienstleistungen und Honorare	33 818	32 799	33 067	33 411
314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt	18 304	18 320	18 921	18 610
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	9 549	10 990	10 740	11 024
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	7 596	7 597	7 627	7 657
317 Spesenentschädigungen	3 284	3 244	3 289	3 255
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	256	256	256	256
319 Übriger Betriebsaufwand	2 681	2 655	2 646	2 623
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	56 416	71 302	76 398	73 294
330 Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen	56 416	71 302	76 398	73 294
34 Finanzaufwand	5 086	5 341	6 298	7 820
340 Zinsaufwand	2 237	2 737	3 637	5 087
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	760	515	572	644
349 Übriger Finanzaufwand	2 089	2 089	2 089	2 089

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ARTENGLIEDERUNG - AUFWAND

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanz.	11 739	11 729	11 728	739
350 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen Fremdkapital	11 739	11 729	11 728	739
36 Transferaufwand	876 573	911 602	932 763	985 467
360 Ertragsanteile an Dritte	45 318	45 319	45 320	45 321
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	10 171	10 625	10 997	11 122
362 Finanz- und Lastenausgleich	258 196	258 592	260 761	278 171
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	519 517	530 780	538 389	545 228
366 Nicht aktivierte Investitionsbeiträge	43 371	66 286	77 296	105 625
37 Durchlaufende Beiträge	101 992	99 269	100 251	100 562
370 Durchlaufende Beiträge	96 523	94 318	94 627	94 938
371 Durchlaufende Investitionsbeiträge	5 469	4 951	5 624	5 624
39 Interne Verrechnungen	86 329	85 690	84 657	86 228
390 Verrechnungen Material- und Warenbezüge	22	22	22	22
391 Verrechnungen Dienstleistungen	67 153	68 764	69 980	71 551
392 Verrechnungen Pacht, Mieten, Benützungskosten	220	220	220	220
393 Verrechnungen Betriebs- und Verwaltungskosten	917	917	918	918
399 Übrige interne Verrechnungen	18 017	15 767	13 517	13 517
90 Abschluss Erfolgsrechnung, Aufwand	1 161	0	0	0
901 Abschluss Spezialfinanzierungen und Fonds im EK	1 161	0	0	0

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ARTENGLIEDERUNG - ERTRAG

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
4 Ertrag	- 1 397 465	- 1 420 225	- 1 450 489	- 1 469 843
40 Fiskalertrag	- 669 229	- 678 946	- 687 592	- 696 382
400 Direkte Steuern natürliche Personen	- 505 587	- 511 526	- 517 569	- 523 718
401 Direkte Steuern juristische Personen	- 51 141	- 53 558	- 54 766	- 55 975
402 Übrige direkte Steuern	- 58 000	- 58 000	- 58 000	- 58 000
403 Besitz- und Aufwandsteuern	- 54 501	- 55 862	- 57 257	- 58 689
41 Regalien und Konzessionen	- 6 519	- 6 519	- 6 619	- 6 519
410 Regalien	- 1 020	- 1 020	- 1 020	- 1 020
412 Konzessionen	- 5 499	- 5 499	- 5 599	- 5 499
42 Entgelte	- 48 405	- 48 278	- 48 316	- 48 356
420 Ersatzabgaben	- 1 010	- 1 010	- 1 010	- 1 010
421 Gebühren für Amtshandlungen	- 18 701	- 18 719	- 18 795	- 18 891
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	- 7	- 7	- 7	- 7
423 Schul- und Kursgelder	- 7 110	- 7 129	- 7 129	- 7 310
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	- 2 858	- 2 817	- 2 818	- 2 818
425 Erlös aus Verkäufen	- 2 657	- 2 659	- 2 660	- 2 732
426 Rückerstattungen	- 6 898	- 6 771	- 6 729	- 6 418
427 Bussen	- 9 161	- 9 161	- 9 161	- 9 161
429 Übrige Entgelte	- 3	- 5	- 7	- 9
43 Verschiedene Erträge	- 8 092	- 8 127	- 8 232	- 8 246
430 Verschiedene betriebliche Erträge	- 893	- 925	- 923	- 932
439 Übriger Ertrag	- 7 199	- 7 202	- 7 309	- 7 314

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Der Fiskalertrag ist auf Basis eines Steuerfusses von 170%, jedoch ohne Berücksichtigung der geplanten Steuergesetz-Teilrevision berechnet.

ARTENGLIEDERUNG - ERTRAG

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
44 Finanzertrag	- 44 182	- 44 077	- 44 577	- 45 177
440 Zinsertrag	- 477	- 352	- 352	- 352
443 Liegenschaftenertrag Finanzvermögen	- 591	- 591	- 591	- 591
445 Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen	- 80	- 100	- 100	- 100
446 Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	- 42 200	- 42 200	- 42 700	- 43 300
447 Liegenschaftenertrag Verwaltungsvermögen	- 834	- 834	- 834	- 834
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanz.	- 18 504	- 15 404	- 17 654	- 6 654
450 Entnahmen Fonds/Spezialfinanzierung Fremdkapital	- 18 504	- 15 404	- 17 654	- 6 654
46 Transferertrag	- 414 213	- 421 099	- 435 908	- 459 194
460 Ertragsanteile	- 164 935	- 151 538	- 153 779	- 155 957
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	- 55 066	- 55 712	- 57 107	- 57 920
462 Finanz- und Lastenausgleich	- 52 870	- 52 859	- 52 859	- 41 859
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	- 141 262	- 160 910	- 172 083	- 203 378
469 Übriger Transferertrag	- 80	- 80	- 80	- 80
47 Durchlaufende Beiträge	- 101 992	- 99 269	- 100 251	- 100 562
470 Durchlaufende Beiträge	- 96 523	- 94 318	- 94 627	- 94 938
471 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 5 469	- 4 951	- 5 624	- 5 624
49 Interne Verrechnungen	- 86 329	- 85 690	- 84 657	- 86 228
490 Verrechnungen Material- und Warenbezüge	- 22	- 22	- 22	- 22
491 Verrechnungen Dienstleistungen	- 13 011	- 13 170	- 13 048	- 13 130
492 Verrechnungen Pacht, Mieten, Benützungskosten	- 220	- 220	- 220	- 220
493 Verrechnungen Betriebs- und Verwaltungskosten	- 830	- 830	- 831	- 831
498 Übertragungen	- 54 229	- 55 681	- 57 019	- 58 508
499 Übrige interne Verrechnungen	- 18 017	- 15 767	- 13 517	- 13 517
91 Abschluss Erfolgsrechnung, Ertrag	0	- 12 816	- 16 683	- 12 525
911 Abschluss Spezialfinanzierungen und Fonds im EK	0	- 12 816	- 16 683	- 12 525

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

3.2 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Bei einem Aufwand von 1 451 Mio. Franken und einem Ertrag von 1 397 Mio. Franken schliesst der Voranschlag der Erfolgsrechnung bei einem Steuerfuss von 170% mit einem Aufwandüberschuss von 54 Mio. Franken. Die Entwicklung in den Finanzplanjahren 2017-2019 zeigt, dass sich der Aufwandüberschuss weiter erhöht.

ÜBERSICHT ERFOLGSRECHNUNG

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Erfolgsrechnung				
Total Aufwand	1 451 115	1 498 686	1 527 858	1 570 535
Total Ertrag	- 1 397 465	- 1 420 225	- 1 450 489	- 1 469 843
Aufwandüberschuss	53 650	78 461	77 369	100 692

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Gestützt auf die Artengliederung werden nachfolgend Aufwand und Ertrag detailliert erläutert.

ÜBERSICHT AUFWAND

Erfolgsrechnung Artengliederung - Aufwand (in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Total Aufwand	1 451 115	1 498 686	1 527 858	1 570 535
30 Personalaufwand	218 052	221 089	222 655	223 778
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	93 767	92 664	93 108	92 647
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	56 416	71 302	76 398	73 294
34 Finanzaufwand	5 086	5 341	6 298	7 820
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanz.	11 739	11 729	11 728	739
36 Transferaufwand	876 573	911 602	932 763	985 467
37 Durchlaufende Beiträge	101 992	99 269	100 251	100 562
39 Interne Verrechnungen	86 329	85 690	84 657	86 228
90 Abschluss Erfolgsrechnung, Aufwand	1 161	0	0	0

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Der Transferaufwand stellt mit 60% die grösste Aufwandposition dar. Sein Anteil steigt bis 2019 auf 63%. Der Transferaufwand wird nachfolgend aufgeschlüsselt. Mit einem Anteil von 15% liegt der Personalaufwand an zweiter Stelle. Er liegt im Jahr 2019 noch bei 14%. Der Anteil des Sachaufwands reduziert sich von 6.5% auf 5.9%, was sich auch in einer absoluten Senkung zeigt. Diese Entwicklung zeigt die weiter wachsende Bedeutung des Kantons als Transferhaushalt. Wirksame Entlastungsmassnahmen sind deshalb im Transferbereich zu suchen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand bleibt aufgrund der Stellenplafonierung weiterhin stabil. Das geplante jährliche Lohnwachstum beträgt 0.5%. Aufgrund der Altersentwicklung steigen die Sozialleistungen in den Finanzplanjahren leicht an.

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Der Sach- und übrige Betriebsaufwand wird vor allem durch den Liegenschafts- und Strassenunterhalt von rund 18 Mio. Franken, Mietaufwand von rund 8 Mio. Franken, Drittberatungen von 12 Mio. Franken sowie Dienstleistungsaufwand für Personen in Obhut von 9 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016 begründet. Der Sach- und Betriebsaufwand sinkt in der Planperiode um 1.1 Mio. Franken.

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf den Tiefbauten (Spezialfinanzierung Strassenwesen) erhöhen sich aufgrund der geplanten Investitionstätigkeit von 47 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016 auf 61 Mio. Franken im Finanzplanjahr 2019. Es wurde in allen Finanzplanjahren mit einem Abschreibungssatz von 100% geplant. Aufgrund der Spezialfinanzierung haben die Abschreibungen im Tiefbau keine Auswirkung auf das Defizit der Erfolgsrechnung. Die Investitionen wirken sich hingegen auf den Saldo der Finanzierungsrechnung aus. Die Abschreibungen im Hochbauamt steigen ebenfalls über den betrachteten Zeitraum von 7 Mio. Franken im 2016 auf 12 Mio. Franken im 2019.

Finanzaufwand

Die Verzinsung zusätzlicher langfristiger Schulden führt zu höheren Fremdkapitalkosten. Dieser Aufwand könnte mit einer dauerhaft ausgeglichenen Finanzierungsrechnung gesenkt werden. Eine weitere Position im Finanzaufwand sind die Steuerskonti an die Steuerzahlenden von rund 2 Mio. Franken.

Einlagen Fonds und Spezialfinanzierungen

Die Bezirks- und Gemeindeanteile am Ertrag der Grundstückgewinnsteuer und die Beiträge für den Steuerkraftausgleich werden in getrennte Spezialfinanzierungen eingelegt. Der Regierungsrat ermittelt auf der Grundlage der Vorjahreswerte die jährlichen Einlagen der Bezirke und Gemeinden in die Spezialfinanzierungen (§13 des Gesetzes über den Finanzausgleich vom 7. Februar 2001, SRSZ 154.100). Mit einer Mehrleistung der finanzstarken Gemeinden wird 2016 ein hoher Anteil am innerkantonalen Finanzausgleich über den horizontalen Finanzausgleich bewerkstelligt, was zu einer Entlastung des kantonalen Finanzhaushaltes um rund 11 Mio. Franken führt. Die Übergangsregelung gilt längstens für die Jahre 2016-2018, weshalb spätestens im Finanzplanjahr 2019 die 11 Mio. Franken wieder durch den Kanton zu tragen sind.

Transferaufwand

ÜBERSICHT TRANSFERAUFWAND

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Total Transferaufwand	876 573	911 602	932 763	985 467
360 Ertragsanteile an Dritte	45 318	45 319	45 320	45 321
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	10 171	10 625	10 997	11 122
362 Finanz- und Lastenausgleich	258 196	258 592	260 761	278 171
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	519 517	530 780	538 389	545 228
366 Nicht aktivierte Investitionsbeiträge	43 371	66 286	77 296	105 625

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Zu den Ertragsanteilen Dritter gehört als grösste Position die Ablieferung der Quellensteuer an den Bund, was rund 30 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016 ausmacht. Eine weitere bedeutende Position stellt die Steuer auf Kapitalabfindungen mit 10 Mio. Franken dar. Insgesamt bleibt die Aufwandposition auf stabilem Niveau.

Die Entschädigungen an Gemeinwesen stellen hauptsächlich die Fachschulvereinbarung (FSV) und die Vereinbarung für Höhere Fachschulen (HFSV) von total rund 7 Mio. Franken dar. Im Weiteren fallen Entschädigungen an den Bund für den Vollzug der Arbeitslosenversicherung darunter.

Im Finanz- und Lastenausgleich sind Zahlungen im Rahmen des NFA von 181 Mio. Franken in den horizontalen Ressourcenausgleich und von 2 Mio. Franken in den Härteausgleich enthalten. Dagegen erhält der Kanton aus dem geografisch-topografischen Lastenausgleich 7 Mio. Franken, die als Ertrag verbucht werden. Die Darstellung in der Tabelle zeigt lediglich die Aufwandpositionen. Zum Finanz- und Lastenausgleich zählen auch der Normaufwandausgleich von 15 Mio. Franken sowie der Steuerkraftausgleich von 61 Mio. Franken an die Bezirke und Gemeinden. Dadurch beläuft sich der Aufwand im innerkantonalen Finanzausgleich auf total 76 Mio. Franken.

Im Bereich der Beiträge an Gemeinwesen und Dritte sind die bedeutenden Positionen die Beiträge an die inner- und ausserkantonale Spitalfinanzierung von 136 Mio. Franken, an die Behinderteneinrichtungen von 40 Mio. Franken, an die Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen von 129 Mio. Franken, an das öffentliche Verkehrsangebot von 49 Mio. Franken, an Hochschulen, Sonderschulen und ausserkantonale Schulen von 77 Mio. Franken, an die privaten Mittelschulen von 11 Mio. Franken und für das Asyl- und Flüchtlingswesen von 9 Mio. Franken. Das Wachstum in den Finanzplanjahren 2017-2019 von 25 Mio. Franken ist vorwiegend auf die Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen, die Spitalfinanzierung, die privaten Mittelschulen und die Behinderteneinrichtungen zurückzuführen.

Nicht aktivierte Investitionsbeiträge

Die nicht aktivierten Investitionsbeiträge setzen sich aus massgebenden Investitionsprojekten des Amtes für Gesundheit und Soziales (Ersatzbau Stiftung Phönix von 3.8 Mio. Franken), des Amtes für Landwirtschaft (Strukturverbesserungen von 2.6 Mio. Franken), des Amtes für Wald- und Naturgefahren (Projekte von 10 Mio. Franken), des Amtes für Wasserbau (Projekte von 4 Mio. Franken), des Amtes für Volksschulen und Sport (Schulanlagen von 0.8 Mio.), des Amtes für Kultur (Beitrag an das Kloster Einsiedeln von 0.8 Mio.) und des Tiefbauamtes (neue Axenstrasse von 20 Mio. Franken) zusammen. Die Realisierung der neuen Axenstrasse läuft über die Spezialfinanzierung Strassenwesen, worin sich die Investitionsbeiträge bis ins Finanzplanjahr 2019 auf 82 Mio. Franken. erhöhen. Im Gegenzug erhält die Spezialfinanzierung Strassenwesen im Transferertrag Bundesbeiträge im Anteil von 92% zurückerstattet.

Durchlaufende Beiträge

Die grössten Aufwandpositionen sind die Beiträge an die Pflegefinanzierung von 11 Mio. Franken und die Direktzahlungen in der Landwirtschaft von 81 Mio. Franken. In der Nettobetrachtung mit dem analogen Ertragskonto sind Aufwand und Ertrag ausgeglichen.

Interne Verrechnungen

Die internen Verrechnungen zwischen den Verwaltungseinheiten sind hauptsächlich technischer Natur. In der Nettobetrachtung mit dem analogen Aufwandskonto sind Aufwand und Ertrag ausgeglichen.

Abschluss Erfolgsrechnung / Einlagen Spezialfinanzierungen im Eigenkapital

Hierbei handelt es sich um den Ausgleich der Spezialfinanzierung Strassenwesen (Einlage) im Umfang von rund 1 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016.

ÜBERSICHT ERTRAG

Erfolgsrechnung Artengliederung - Ertrag (in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Total Ertrag	- 1 397 465	- 1 420 225	- 1 450 489	- 1 469 843
40 Fiskalertrag	- 669 229	- 678 946	- 687 592	- 696 382
41 Regalien und Konzessionen	- 6 519	- 6 519	- 6 619	- 6 519
42 Entgelte	- 48 405	- 48 278	- 48 316	- 48 356
43 Verschiedene Erträge	- 8 092	- 8 127	- 8 232	- 8 246
44 Finanzertrag	- 44 182	- 44 077	- 44 577	- 45 177
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanz.	- 18 504	- 15 404	- 17 654	- 6 654
46 Transferertrag	- 414 213	- 421 099	- 435 908	- 459 194
47 Durchlaufende Beiträge	- 101 992	- 99 269	- 100 251	- 100 562
49 Interne Verrechnungen	- 86 329	- 85 690	- 84 657	- 86 228
91 Abschluss Erfolgsrechnung, Ertrag	0	- 12 816	- 16 683	- 12 525

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Mit Anteilen von 48% und 30% im Voranschlagsjahr 2016 stellen der Fiskalertrag und der Transferertrag die grössten Ertragspositionen dar. Beide Anteile verbleiben bis 2019 konstant.

Fiskalertrag

Der Fiskalertrag im Voranschlagsjahr 2016 wird auf 669 Mio. Franken prognostiziert und unterteilt sich in die folgenden Steuerteilbereiche:

ÜBERSICHT FISKALERTRAG

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Total Fiskalertrag	- 669 229	- 678 946	- 687 592	- 696 382
400 Direkte Steuern natürliche Personen	- 505 587	- 511 526	- 517 569	- 523 718
401 Direkte Steuern juristische Personen	- 51 141	- 53 558	- 54 766	- 55 975
402 Übrige direkte Steuern	- 58 000	- 58 000	- 58 000	- 58 000
403 Besitz- und Aufwandsteuern	- 54 501	- 55 862	- 57 257	- 58 689

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Die direkten Steuern der natürlichen Personen des Voranschlags 2016 von 506 Mio. Franken setzen sich aus den Einkommens- und Vermögenssteuern von 400 Mio. Franken, den Quellensteuern von 42 Mio. Franken, den Steuern auf Kapitalabfindungen von 18 Mio. Franken, den Steuern auf Lotteriegewinnen von 1 Mio. Franken, den Nachsteuern von 2 Mio. Franken und den Nachträgen auf Einkommens- und Vermögenssteuern von 43 Mio. Franken zusammen. Für die Schätzung 2016 der Einkommens- und Vermögenssteuern (inkl. Nachträge) wurde die Schätzung der Gemeinden übernommen. In den Finanzplanjahren wird mit leicht wachsendem Steuertrag gerechnet.

Die Steuereinnahmen der juristischen Personen dürften jährlich leicht ansteigen. Bei den übrigen direkten Steuern von 58 Mio. Franken handelt es sich um die Grundstückgewinnsteuern. Unter die Besitz und Aufwandsteuern fallen die Motorfahrzeugsteuern von 52 Mio. (Spezialfinanzierung Strassenwesen) und Schiffssteuern von 2 Mio. Franken.

Regalien und Konzessionen

Bei den Regalien und Konzessionen von 6 Mio. Franken handelt es sich um Wasserrechtsgebühren von 5 Mio. Franken und Jagd- und Fischereipatengebühren von 1 Mio. Franken.

Entgelte

Diverse Ertragspositionen führen zum Betrag von 48 Mio. Franken der Entgelte. Bedeutende Entgelte stammen aus den Pass- und Migrationsgebühren von 4 Mio. Franken, aus den Schulgeldern der kantonalen Mittelschulen, den Berufsbildungszentren und den Kaufmännischen Berufsschulen von 7 Mio. Franken, den Gebühren und Ordnungsbussen der Kantonspolizei von 10 Mio. Franken und den Motorfahrzeug-Prüfungsgebühren des Verkehrsamtes (Spezialfinanzierung Strassenwesen) von 3 Mio. Franken.

Verschiedene Erträge

Die 8 Mio. Franken verschiedene Erträge setzen sich aus diversen Positionen zusammen. Mit 5 Mio. Franken machen die Fahrzeugausweise und Schilderauktionen im Verkehrsamt (Spezialfinanzierung Strassenwesen) den grössten Anteil aus.

Finanzertrag

Der Finanzertrag beträgt 44 Mio. Franken und setzt sich hauptsächlich aus der Gewinnzuweisung, der Abgeltung der Staatsgarantie und der Verzinsung des Dotationskapitals der Schwyzer Kantonalbank im Betrag von total 42 Mio. Franken zusammen.

Entnahmen Fonds und Spezialfinanzierungen

Es handelt sich hauptsächlich um Entnahmen aus der Spezialfinanzierung des innerkantonalen Finanzausgleiches der Bezirke und Gemeinden.

Transferertrag

ÜBERSICHT TRANSFERERTRAG

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Total Transferertrag	- 414 213	- 421 099	- 435 908	- 459 194
460 Ertragsanteile	- 164 935	- 151 538	- 153 779	- 155 957
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	- 55 066	- 55 712	- 57 107	- 57 920
462 Finanz- und Lastenausgleich	- 52 870	- 52 859	- 52 859	- 41 859
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	- 141 262	- 160 910	- 172 083	- 203 378
469 Übriger Transferertrag	- 80	- 80	- 80	- 80

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Der Transferertrag widerspiegelt vielfach die Positionen im Transferaufwand. Darunter fallen unter dem Konto Beiträge von Gemeinwesen und Dritten Bundesbeiträge zur Aufgabenerfüllung, wie beispielsweise die Beiträge an die Ergänzungsleistungen von 16 Mio. Franken, an die Prämienverbilligungen von 45 Mio. Franken oder für den Bau der neuen Axenstrasse (Spezialfinanzierung Strassenwesen) von 18 Mio. Franken. Letztere steigen bis 2019 auf 75 Mio. Franken. Im Weiteren fallen Bezirks- und Gemeindebeiträge an den öffentlichen Verkehr von 16 Mio. Franken oder an die Sonderschulen von 16 Mio. Franken an.

Im Konto Ertragsanteile werden Anteile an der Direkten Bundessteuer von 127 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016, Anteile der Verrechnungssteuer von 9 Mio. Franken oder der Anteil an der LSVA (Spezialfinanzierung Strassenwesen) von 11 Mio. Franken verbucht. Aufgrund erwarteter rückläufiger Anteile an der Verrechnungssteuer nehmen die Ertragsanteile bis ins Finanzplanjahr 2019 leicht ab.

Bezirks- und Gemeindebeiträge an die Ergänzungsleistungen von 25 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016 und an die Prämienverbilligungen von 8 Mio. Franken und die Bundesbeiträge für Asylsuchende von 10 Mio. Franken bilden die Hauptpositionen in den Entschädigungen von Gemeinwesen.

Den Finanz- und Lastenausgleich bilden die Bezirks- und Gemeindebeiträge in den innerkantonalen Finanzausgleich von 46 Mio. Franken in den Jahren 2016 bis 2018. Im 2019 fällt der befristete Zusatzbeitrag von 11 Mio. Franken wieder weg. Im Weiteren wird hier der Ertrag des geografisch-topografischen Lastenausgleichs des NFA von 7 Mio. Franken verbucht.

Durchlaufende Beiträge

Die zwei grössten Ertragspositionen sind die Bundesbeiträge an die Pflegefinanzierung von 11 Mio. Franken und die Direktzahlungen in der Landwirtschaft von 81 Mio. Franken. In der Nettobetrachtung mit dem analogen Aufwandkonto sind Aufwand und Ertrag ausgeglichen.

Interne Verrechnungen

Die internen Verrechnungen zwischen den Verwaltungseinheiten sind hauptsächlich technischer Natur. In der Nettobetrachtung mit dem analogen Aufwandkonto sind Aufwand und Ertrag ausgeglichen.

Abschluss Erfolgsrechnung / Entnahmen Spezialfinanzierungen im Eigenkapital

Hierbei handelt es sich um den Ausgleich der Spezialfinanzierung Strassenwesen (Entnahme) im Umfang von rund 13 Mio. bis 17 Mio. Franken in den Finanzplanjahren 2017-2019.

3.3 Investitionsrechnung nach Kostenarten

ARTENGLIEDERUNG - INVESTITIONSAUSGABEN

	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
(in Fr. 1 000)				
5 Investitionsausgaben	77 300	109 500	118 300	106 500
50 Sachanlagen	75 650	109 500	118 300	106 500
501 Strassen / Verkehrswege	65 000	70 000	75 000	70 000
504 Hochbauten	9 900	38 750	42 550	35 750
506 Mobilien	750	750	750	750
55 Beteiligungen und Grundkapitalien	1 650	0	0	0
555 Beteiligungen an privaten Unternehmungen	1 650	0	0	0

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ARTENGLIEDERUNG - INVESTITIONSEINNAHMEN

	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
(in Fr. 1 000)				
6 Investitionseinnahmen	- 31 578	- 33 144	- 23 818	- 10 770
61 Rückerstattungen	- 15 855	- 23 330	- 17 986	- 5 750
611 Rückerstattungen Strassen / Verkehrswege	- 14 855	- 13 830	- 11 686	- 5 750
614 Rückerstattungen Hochbauten	- 1 000	- 9 500	- 6 300	0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	- 4 923	- 5 064	- 5 032	- 4 220
630 Investitionsbeiträge Bund	- 4 923	- 5 064	- 5 032	- 4 220
64 Rückzahlung von Darlehen	- 10 800	- 4 750	- 800	- 800
644 Rückzahlung Darlehen öff. Unternehmungen	- 10 800	- 4 750	- 800	- 800

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

3.4 Erläuterungen zur Investitionsrechnung

Bei Ausgaben von 77 Mio. Franken und Einnahmen von 31 Mio. Franken resultieren Nettoinvestitionen im Voranschlagsjahr 2016 von 46 Mio. Franken. Lässt man die Rückzahlung eines Darlehens zur Finanzierung der Durchmesserlinie im Hauptbahnhof Zürich von 11 Mio. Franken ausser Acht, liegen die Nettoinvestitionen bei 57 Mio. Franken. Die Entwicklung in den Finanzplanjahren 2017-2019 zeigt, eine steigende Investitionstätigkeit auf Nettoinvestitionen von letztlich 96 Mio. Franken im 2019.

ÜBERSICHT INVESTITIONSRECHNUNG

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
Investitionsrechnung				
Total Ausgaben	77 300	109 500	118 300	106 500
Total Einnahmen	- 31 578	- 33 144	- 23 818	- 10 770
Nettoinvestitionen	45 722	76 356	94 482	95 730

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Investitionsausgaben

Mit Anteilen von 84% und 13% im Voranschlagsjahr 2016 bilden die Strassen und Verkehrswege sowie die Hochbauten den Grossteil der Investitionsausgaben. In den Finanzplanjahren ergibt sich aufgrund der Bautätigkeit bei den Hochbauten eine Verlagerung zu einem Anteil von 64% bei den Strassen und Verkehrswegen und einem Anteil von 35% bei den Hochbauten.

Strassen / Verkehrswege

Die Ausbaurkosten der Hauptstrassen resultieren aus dem aktuellen Strassenbauprogramm 2016-2030. Dieses sieht vom Kantonsrat beschlossene Grossprojekte wie die Südumfahrung Küssnacht und die Kernentlastung Lachen vor. Dadurch erhöhen sich die Bruttoinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf bis zu 75 Mio. Franken im Finanzplanjahr 2018.

Hochbauten

Die Zunahme bei den Hochbauten in den Finanzplanjahren begründet sich einerseits im geplanten Neubau des Werkhofes Ausserschwyz in Galgenen (Spezialfinanzierung Strassenwesen), dem Heilpädagogischen Zentrum Innerschwyz in Goldau, des Neubaus der Kantonsschule Ausserschwyz sowie des Verwaltungszentrums Innerschwyz.

Mobilien

Die Anschaffung von Mobilien erfolgt aufgrund der Aktivierungsgrenze von 100 000 Franken meist direkt über die Erfolgsrechnung. Bei den geplanten 750 000 Franken handelt es sich um Ersatzinvestitionen im Bereich der Spezialfinanzierung Strassenwesen für Unterhaltsfahrzeuge.

Beteiligungen und Grundkapitalien

Mit 1.65 Mio. Franken ist die geplante Beteiligung an der Psychiatrische Klinik Zugersee einmalig für das Voranschlagsjahr 2016 vorgesehen.

Investitionseinnahmen

Mit einem Anteil von 47% im Voranschlagsjahr 2016 stellen die Rückerstattungen für die Strassen und Verkehrswege fast die Hälfte der Investitionseinnahmen.

Rückerstattungen Strassen / Verkehrswege

Die Rückerstattung basieren auf dem aktuellen Strassenbauprogramm 2016-2030 (Spezialfinanzierung Strassenwesen). Es handelt sich um Rückvergütungen von Gemeinden und Privaten.

Rückerstattungen Hochbauten

Bei den Hochbauten sind Beträge von Dritten für das Projekt des Neubaus des Werkhofs Auserschwyz in Galgenen (Spezialfinanzierung Strassenwesen) von 1 Mio. Franken im Voranschlagsjahr 2016 vorgesehen. In den Finanzplanjahren 2017 und 2018 erhöhen sich die Beiträge auf 9 Mio. Franken bzw. 6 Mio. Franken.

Investitionsbeiträge vom Bund

Die geplanten Investitionsbeiträge erfolgen hauptsächlich für den Bau und Ausbau von Hauptstrassen (Spezialfinanzierung Strassenwesen) von jährlich rund 4 Mio. Franken.

Rückzahlungen von Darlehen öffentliche Unternehmungen

Die rund 11 Mio. Franken im 2016 resultieren aus den Rückzahlungen der Darlehen an die Schweizerische Südostbahn AG (SOB) und die Durchmesserlinie (DML).

4. Institutionelle Übersichten

4.1 Stellenplan

Für das Voranschlagsjahr 2016 hat der Regierungsrat vorgegeben, dass die Stellenplaneingaben auf Stufe der Departemente maximal auf dem Niveau 2014 liegen dürfen. Allfällige zusätzliche Stellen sind grundsätzlich durch Verschiebungen oder Kompensationen innerhalb des jeweiligen Departements oder der Kantonalen Verwaltung zu planen.

Alle sieben Departemente konnten die Vorgabe des Regierungsrates einhalten. Die Stellenplanung 2016 der Kernverwaltung nimmt gegenüber dem Vorjahr um 0.8 Vollzeitstellen (FTE) ab. Aufgrund tieferer Schülerzahlen als geplant wird im Bildungsdepartement bei der Kantonsschule Auszerschwyz auf eine Vollzeitstelle bei den Lehrpersonen verzichtet. Die Gerichte weisen gegenüber dem Voranschlag 2015 0.2 FTE mehr aus.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Stellenplanung bis 2019. Die Zahlen 2015 entstammen dem vom Kantonsrat genehmigten Voranschlag 2015.

STELLENPLAN

Vollzeitstellen (FTE)	2014 R	2015 V	2016 V	Abw. zu 2015 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
21 Allgemeine Verwaltung	9.80	10.00	10.00	0.00	10.00	10.00	10.00
211 Staatskanzlei	9.80	10.00	10.00	0.00	10.00	10.00	10.00
22 Departement des Innern	92.10	91.90	91.90	0.00	91.90	91.90	91.90
221 Departementssekretariat	4.40	4.40	4.40	0.00	4.40	4.40	4.40
223 Amt für Gesundheit und Soziales	19.90	20.50	20.50	0.00	20.50	20.50	20.50
224 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz	29.00	29.00	29.00	0.00	29.00	29.00	29.00
225 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Auszerschwyz	38.80	38.00	38.00	0.00	38.00	38.00	38.00
23 Volkswirtschaftsdepartement	129.60	131.50	131.50	0.00	135.00	138.70	138.70
231 Departementssekretariat	3.50	3.50	3.50	0.00	3.50	3.50	3.50
232 Amt für Wirtschaft	12.00	11.70	11.70	0.00	11.80	11.80	11.80
233 Amt für Raumentwicklung	17.00	17.00	17.00	0.00	17.00	17.00	17.00
234 Amt für Migration	24.40	26.10	26.60	0.50	29.00	32.70	32.70
235 Amt für Arbeit	46.30	46.70	46.70	0.00	47.70	47.70	47.70
236 Amt für Landwirtschaft	26.40	26.50	26.00	-0.50	26.00	26.00	26.00

Vollzeitstellen (FTE)	2014 R	2015 V	2016 V	Abw. zu 2015 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
24 Bildungsdepartement	470.10	469.60	468.60	-1.00	476.80	477.20	477.30
241 Departementssekretariat	2.00	2.00	2.00	0.00	2.00	2.00	2.00
2420 Amt für Volksschulen und Sport	55.10	53.30	53.30	0.00	53.30	53.30	53.30
2425 Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	36.10	35.90	36.80	0.90	38.20	38.20	38.20
2426 Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz	49.60	49.10	50.10	1.00	51.90	51.90	51.90
2430 Amt für Mittel- und Hochschulen	3.00	3.00	3.00	0.00	3.00	3.00	3.00
2435 Kantonsschule Kollegium Schwyz	59.50	60.80	57.70	-3.10	57.70	57.70	57.70
2436 Kantonsschule Ausserschwyz	71.60	72.40	71.30	-1.10	72.30	72.30	72.30
2440 Amt für Berufsbildung	11.70	11.50	11.50	0.00	11.50	11.50	11.50
2445 Berufsbildungszentrum Goldau	49.90	50.70	50.70	0.00	51.20	51.80	51.80
2446 Berufsbildungszentrum Pfäffikon	49.50	49.20	50.20	1.00	52.90	52.90	53.00
2447 Kaufmännische Berufsschule Schwyz	21.50	21.20	21.20	0.00	21.20	21.20	21.20
2448 Kaufmännische Berufsschule Lachen	22.30	22.70	23.00	0.30	23.20	23.20	23.20
245 Amt für Berufs- und Studienberatung	17.50	17.70	17.70	0.00	17.90	17.70	17.70
246 Amt für Kultur	20.80	20.10	20.10	0.00	20.50	20.50	20.50
25 Sicherheitsdepartement	385.20	386.40	386.40	0.00	386.40	386.40	386.40
251 Departementssekretariat	3.30	3.40	3.00	-0.40	3.00	3.00	3.00
252 Rechts- und Beschwerdedienst	13.90	14.00	14.00	0.00	14.00	14.00	14.00
253 Oberstaatsanwaltschaft	3.00	3.10	3.10	0.00	3.10	3.10	3.10
254 Staatsanwaltschaft	17.80	18.20	18.20	0.00	18.20	18.20	18.20
255 Jugendanwaltschaft	3.20	3.20	3.20	0.00	3.20	3.20	3.20
256 Kantonspolizei	285.60	285.00	285.00	0.00	285.00	285.00	285.00
257 Amt für Justizvollzug	21.60	22.10	22.50	0.40	22.50	22.50	22.50
258 Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	36.80	37.40	37.40	0.00	37.40	37.40	37.40
27 Finanzdepartement	186.90	190.30	190.30	0.00	192.20	192.20	192.20
271 Departementssekretariat	3.60	2.80	2.80	0.00	2.80	2.80	2.80
272 Personalamt	7.70	8.00	8.00	0.00	8.00	8.00	8.00
273 Amt für Finanzen	8.40	10.50	10.50	0.00	12.40	12.40	12.40
274 Steuerverwaltung	141.40	143.00	143.00	0.00	143.00	143.00	143.00
275 Amt für Informatik	20.80	21.00	21.00	0.00	21.00	21.00	21.00
276 Finanzkontrolle	3.00	3.00	3.00	0.00	3.00	3.00	3.00
277 Datenschutz	2.00	2.00	2.00	0.00	2.00	2.00	2.00
28 Baudepartement	166.20	169.00	169.00	0.00	170.00	171.00	171.00
281 Departementssekretariat	6.80	6.50	5.70	-0.80	5.70	5.70	5.70
282 Tiefbauamt (Spezialfinanzierung)	72.40	75.00	76.00	1.00	76.00	76.00	76.00
283 Verkehrsamt	59.50	59.00	59.00	0.00	59.00	60.00	60.00
284 Amt für öffentlichen Verkehr	3.90	4.00	3.90	-0.10	3.90	3.90	3.90
285 Hochbauamt	23.60	24.50	24.40	-0.10	25.40	25.40	25.40

Vollzeitstellen (FTE)	2014 R	2015 V	2016 V	Abw. zu 2015 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
29 Umweltdepartement	72.00	74.50	74.50	0.00	75.30	75.30	75.30
291 Departementssekretariat	2.20	2.20	2.20	0.00	2.20	2.20	2.20
292 Amt für Umweltschutz	18.40	19.10	19.10	0.00	19.10	19.10	19.10
293 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	14.00	14.20	14.20	0.00	14.20	14.20	14.20
294 Amt für Wald und Naturgefahren	25.00	25.50	25.30	-0.20	25.30	25.30	25.30
295 Amt für Wasserbau	3.80	4.00	4.20	0.20	5.00	5.00	5.00
296 Amt für Vermessung und Geoinformation	8.60	9.50	9.50	0.00	9.50	9.50	9.50
40 Gerichtswesen	26.60	29.00	29.20	0.20	28.20	28.20	28.20
401 Kantonsgericht	10.90	13.20	13.20	0.00	12.20	12.20	12.20
402 Verwaltungsgericht	8.90	9.80	9.80	0.00	9.80	9.80	9.80
403 Strafgericht	6.80	6.00	6.20	0.20	6.20	6.20	6.20
	1538.50	1552.20	1551.40	-0.80	1565.80	1570.90	1571.00

4.2 Erfolgs- und Investitionsrechnung nach Institutionen

Die Saldi der Erfolgsrechnung des Voranschlags 2016 und der Finanzplanjahre 2017-2019 gegliedert nach Institutionen widerspiegeln den Aufwand und Ertrag nach Kostenarten.

ERFOLGSRECHNUNG NACH INSTITUTIONEN

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
101 Kantonsrat	629	624	624	627
201 Regierungsrat	2 281	2 277	2 297	2 292
21 Allgemeine Verwaltung	3 575	3 477	3 490	3 531
211 Staatskanzlei	3 575	3 477	3 490	3 531
22 Departement des Innern	241 435	250 838	255 225	257 235
221 Departementssekretariat	4 471	4 476	4 478	4 480
222 Sozialversicherungen	40 392	41 960	43 515	45 071
223 Amt für Gesundheit und Soziales	188 204	196 090	198 878	199 288
224 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz	3 706	3 670	3 688	3 707
225 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz	4 662	4 642	4 666	4 689
23 Volkswirtschaftsdepartement	13 541	13 354	13 638	13 910
231 Departementssekretariat	776	774	768	754
232 Amt für Wirtschaft	2 552	2 071	2 080	2 085
233 Amt für Raumentwicklung	1 726	1 751	1 565	1 559
234 Amt für Migration	- 1 010	- 816	- 430	- 293
235 Amt für Arbeit	2 528	2 497	2 557	2 616
236 Amt für Landwirtschaft	6 969	7 077	7 098	7 189
24 Bildungsdepartement	174 168	177 080	178 102	178 304
241 Departementssekretariat	673	675	676	678
2420 Amt für Volksschulen und Sport	54 293	54 266	54 366	54 342
2425 Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	1 657	1 856	1 880	1 903
2426 Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz	2 533	2 788	2 839	2 870
2430 Amt für Mittel- und Hochschulen	53 546	54 654	54 893	54 897
2435 Kantonsschule Kollegium Schwyz	7 961	7 906	7 996	8 002
2436 Kantonsschule Ausserschwyz	10 055	10 313	10 337	10 420
2440 Amt für Berufsbildung	14 975	15 621	15 877	16 084
2445 Berufsbildungszentrum Goldau	5 523	5 641	5 758	5 767
2446 Berufsbildungszentrum Pfäffikon	7 307	7 703	7 741	7 568
2447 Kaufmännische Berufsschule Schwyz	3 384	3 388	3 397	3 385
2448 Kaufmännische Berufsschule Lachen	3 363	3 403	3 419	3 437
245 Amt für Berufs- und Studienberatung	2 698	2 722	2 765	2 780
246 Amt für Kultur	6 200	6 144	6 158	6 171

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ERFOLGSRECHNUNG NACH INSTITUTIONEN

	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
(in Fr. 1 000)				
25 Sicherheitsdepartement	50 973	51 567	51 362	51 531
251 Departementssekretariat	443	447	449	451
252 Rechts- und Beschwerdedienst	2 876	2 888	2 898	2 949
253 Oberstaatsanwaltschaft	652	655	658	661
254 Staatsanwaltschaft	4 047	4 049	4 062	4 218
255 Jugendanwaltschaft	1 430	1 427	1 429	1 431
256 Kantonspolizei	34 402	35 305	34 972	34 853
257 Amt für Justizvollzug	4 299	4 312	4 326	4 639
258 Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	2 824	2 484	2 568	2 329
27 Finanzdepartement	- 511 783	- 501 267	- 509 887	- 490 224
271 Departementssekretariat	577	573	584	586
272 Personalamt	5 632	5 759	5 752	5 855
273 Amt für Finanzen	138 256	144 482	147 113	176 450
274 Steuerverwaltung	- 663 444	- 660 068	- 670 917	- 681 039
275 Amt für Informatik	6 212	6 999	6 587	6 926
276 Finanzkontrolle	666	668	672	674
277 Datenschutz	318	320	322	324
28 Baudepartement	52 370	54 979	56 937	58 383
281 Departementssekretariat	499	507	507	510
282 Tiefbauamt (Spezialfinanzierung)	0	0	0	0
283 Verkehrsamt	- 1 622	- 1 470	- 1 652	- 1 564
284 Amt für öffentlichen Verkehr	31 868	33 504	34 206	33 809
285 Hochbauamt	21 625	22 438	23 876	25 628
29 Umweltdepartement	20 575	19 758	19 779	19 286
291 Departementssekretariat	369	370	373	375
292 Amt für Umweltschutz	5 081	5 027	4 003	3 979
293 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	3 075	2 823	2 853	2 886
294 Amt für Wald und Naturgefahren	9 664	8 881	8 947	8 965
295 Amt für Wasserbau	193	388	1 396	945
296 Amt für Vermessung und Geoinformation	2 193	2 269	2 207	2 136
40 Gerichtswesen	5 886	5 774	5 802	5 817
401 Kantonsgericht	2 268	2 136	2 151	2 153
402 Verwaltungsgericht	1 781	1 795	1 803	1 811
403 Strafgericht	1 797	1 803	1 807	1 812
404 Anwaltskommission	40	40	41	41
Aufwandüberschuss	53 650	78 461	77 369	100 692

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Die Saldi der Investitionsrechnung des Voranschlags 2016 und der Finanzplanjahre 2017-2019 gegliedert nach Institutionen widerspiegeln die Ausgaben und Einnahmen nach Kostenarten.

INVESTITIONSRECHNUNG NACH INSTITUTIONEN

(in Fr. 1 000)	2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
22 Departement des Innern	1 650	0	0	0
223 Amt für Gesundheit und Soziales	1 650	0	0	0
28 Baudepartement	54 872	81 106	95 282	96 530
282 Tiefbauamt (Spezialfinanzierung)	46 972	61 356	65 332	60 780
285 Hochbauamt	7 900	19 750	29 950	35 750
Total Ausgaben	56 522	81 106	95 282	96 530
28 Baudepartement	- 10 800	- 4 750	- 800	- 800
284 Amt für öffentlichen Verkehr	- 10 800	- 4 750	- 800	- 800
Total Einnahmen	- 10 800	- 4 750	- 800	- 800
Nettoinvestitionen	45 722	76 356	94 482	95 730

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

4.3 Übersicht Voranschlagskredite der Verwaltungseinheiten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Voranschlagskredite der Erfolgsrechnung (Globalbudgets) der einzelnen Verwaltungseinheiten. Separat davon ausgewiesen wird der leistungsunabhängige Aufwand und Ertrag.

Vom Voranschlagskredit von total 53.7 Mio. Franken wird leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag von total 511.9 Mio. Franken (Nettoertrag) abgegrenzt, wodurch sich Globalbudgets im Umfang von total 565.6 Mio. Franken ergeben.

ÜBERSICHT GLOBALBUDGETS

(in Fr. 1 000)	Voranschlag 2016		
	Total	Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag	Globalbudget
101 Kantonsrat	629		629
201 Regierungsrat	2 281		2 281
21 Allgemeine Verwaltung	3 575		3 575
211 Staatskanzlei	3 575		3 575
22 Departement des Innern	241 435	37 672	203 763
221 Departementssekretariat	4 471		4 471
222 Sozialversicherungen	40 392	37 672	2 720
223 Amt für Gesundheit und Soziales	188 204		188 204
224 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz	3 706		3 706
225 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz	4 662		4 662
23 Volkswirtschaftsdepartement	13 541	0	13 541
231 Departementssekretariat	776		776
232 Amt für Wirtschaft	2 552		2 552
233 Amt für Raumentwicklung	1 726		1 726
234 Amt für Migration	- 1 010		- 1 010
235 Amt für Arbeit	2 528		2 528
236 Amt für Landwirtschaft	6 969		6 969

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ÜBERSICHT GLOBALBUDGETS

ÜBERSICHT GLOBALBUDGETS

(in Fr. 1 000)		Voranschlag 2016		
		Total	Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag	Globalbudget
24	Bildungsdepartement	174 168	0	174 168
241	Departementssekretariat	673		673
2420	Amt für Volksschulen und Sport	54 293		54 293
2425	Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	1 657		1 657
2426	Heilpädagogisches Zentrum Auserschwyz	2 533		2 533
2430	Amt für Mittel- und Hochschulen	53 546		53 546
2435	Kantonsschule Kollegium Schwyz	7 961		7 961
2436	Kantonsschule Auserschwyz	10 055		10 055
2440	Amt für Berufsbildung	14 975		14 975
2445	Berufsbildungszentrum Goldau	5 523		5 523
2446	Berufsbildungszentrum Pfäffikon	7 307		7 307
2447	Kaufmännische Berufsschule Schwyz	3 384		3 384
2448	Kaufmännische Berufsschule Lachen	3 363		3 363
245	Amt für Berufs- und Studienberatung	2 698		2 698
246	Amt für Kultur	6 200		6 200
25	Sicherheitsdepartement	50 973	- 820	51 793
251	Departementssekretariat	443		443
252	Rechts- und Beschwerdedienst	2 876		2 876
253	Oberstaatsanwaltschaft	652		652
254	Staatsanwaltschaft	4 047		4 047
255	Jugendanwaltschaft	1 430		1 430
256	Kantonspolizei	34 402		34 402
257	Amt für Justizvollzug	4 299		4 299
258	Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	2 824	- 820	3 644
27	Finanzdepartement	- 511 783	- 546 876	35 093
271	Departementssekretariat	577		577
272	Personalamt	5 632		5 632
273	Amt für Finanzen	138 256	135 664	2 592
274	Steuerverwaltung	- 663 444	- 682 540	19 096
275	Amt für Informatik	6 212		6 212
276	Finanzkontrolle	666		666
277	Datenschutz	318		318

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

ÜBERSICHT GLOBALBUDGETS

(in Fr. 1 000)		Voranschlag 2016	
		Total	Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag
28	Baudepartement	52 370	0
281	Departementssekretariat	499	499
282	Tiefbauamt (Spezialfinanzierung)	0	0
283	Verkehrsamt	- 1 622	- 1 622
284	Amt für öffentlichen Verkehr	31 868	31 868
285	Hochbauamt	21 625	21 625
29	Umweltdepartement	20 575	- 1 876
291	Departementssekretariat	369	369
292	Amt für Umweltschutz	5 081	5 081
293	Amt für Natur, Jagd und Fischerei	3 075	3 075
294	Amt für Wald und Naturgefahren	9 664	9 664
295	Amt für Wasserbau	193	- 1 876
296	Amt für Vermessung und Geoinformation	2 193	2 193
40	Gerichtswesen	5 886	0
401	Kantonsgericht	2 268	2 268
402	Verwaltungsgericht	1 781	1 781
403	Strafgericht	1 797	1 797
404	Anwaltskommission	40	40
Total (gerundet)		53 650	- 511 900

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

Für die Ermittlung der Globalbudgets wird bei fünf Verwaltungseinheiten der leistungsunabhängige Aufwand und Ertrag separat ausgewiesen bzw. vom Voranschlagskredit (Globalbudget) abgegrenzt.

LEISTUNGSUNABHÄNGIGE AUFWÄNDE UND ERTRÄGE

(in Fr. 1 000)		2016 V	2017 FP	2018 FP	2019 FP
22	Departement des Innern	37 672	39 214	40 744	42 274
222	Sozialversicherungen	37 672	39 214	40 744	42 274
Beiträge an die Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und die Pflegefinanzierung.					
25	Sicherheitsdepartement	- 820	- 850	- 850	- 850
258	Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	- 820	- 850	- 850	- 850
Anteil am Wehrpflichtersatz.					
27	Finanzdepartement	- 546 876	- 537 367	- 546 244	- 526 274
273	Amt für Finanzen	135 664	141 779	144 403	173 731
274	Steuerverwaltung	- 682 540	- 679 146	- 690 647	- 700 005
Zinsen, Vermögenserträge, kantonaler und nationaler Finanzausgleich sowie Steuern.					
29	Umweltdepartement	- 1 876	- 2 023	- 2 176	- 2 131
295	Amt für Wasserbau	- 1 876	- 2 023	- 2 176	- 2 131
Nettoertrag aus dem Wasserregal.					
Total		- 511 900	- 501 026	- 508 526	- 486 981

+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

4.4 Entwicklungen in den Finanzplanjahren

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die wichtigsten Aufwand- und Ertragspositionen in der Entwicklung des Aufwandüberschusses in den Finanzplanjahren 2017-2019.

ENTWICKLUNG AUFWANDÜBERSCHUSS

(in Mio. Fr.)

Aufwandüberschuss 2016	53.7
Sozialversicherungen	1.6
Spitalfinanzierung und Behinderteneinrichtungen	4.6
Ersatzbau Phönix Einsiedeln	3.0
Beiträge an Mittelschulen	1.6
Beiträge an Fachhochschulvereinbarung	1.9
Anschaffung Fahrzeuge und Software (Kantonspolizei)	0.9
Nationaler Finanzausgleich (gem. BAK BASEL)	5.8
Steuern	3.4
öffentlicher Verkehr	1.6
Restlicher Staatsaufwand	0.4
Aufwandüberschuss 2017	78.5
Sozialversicherungen	1.6
Spitalfinanzierung und Behinderteneinrichtungen	1.8
Beiträge Neu- und Umbau Alters- und Pflegeheime	0.9
Zinsen	1.0
Nationaler Finanzausgleich (gem. BAK BASEL)	2.2
Steuern	-11.5
öffentlicher Verkehr	0.7
Liegenschaftsunterhalt	1.4
Restlicher Staatsaufwand	0.8
Aufwandüberschuss 2018	77.4
Sozialversicherung	1.6
Spitalfinanzierung und Behinderteneinrichtungen	1.8
Zinsen	1.5
Innerkantonaler Finanzausgleich (Normaufwandausgleich)	16.0
Nationaler Finanzausgleich (gem. BAK BASEL)	12.4
Steuern	-9.4
Liegenschaftsunterhalt	1.7
Restlicher Staatsaufwand	-2.3
Aufwandüberschuss 2019	100.7

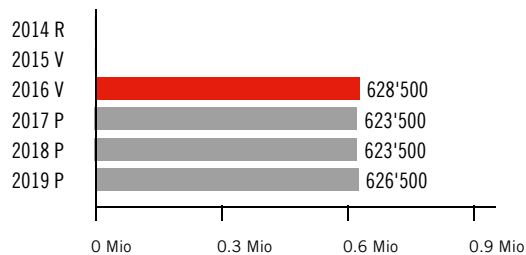
+ : Aufwand, Defizit, Verschlechterung; - : Ertrag, Überschuss, Verbesserung

5. Leistungsaufträge inkl. Voranschlagskredite



Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

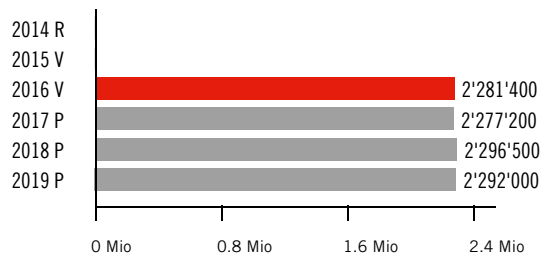
	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			472'500			472'500	472'500	475'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			120'000			115'000	115'000	115'000
36 Transferaufwand			36'000			36'000	36'000	36'000
3 Aufwand			628'500			623'500	623'500	626'500
Globalbudget			628'500			623'500	623'500	626'500
Total			628'500			623'500	623'500	626'500

Voranschlagskredit




Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'098'400			2'094'200	2'113'500	2'109'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			195'000			195'000	195'000	195'000
39 Interne Verrechnungen			14'000			14'000	14'000	14'000
3 Aufwand			2'307'400			2'303'200	2'322'500	2'318'000
43 Verschiedene Erträge			12'000			12'000	12'000	12'000
49 Interne Verrechnungen			14'000			14'000	14'000	14'000
4 Ertrag			26'000			26'000	26'000	26'000
Globalbudget			2'281'400			2'277'200	2'296'500	2'292'000
Total			2'281'400			2'277'200	2'296'500	2'292'000

Voranschlagskredit 



Grundauftrag

- Sekretariatsführung von Kantonsrat, Regierungsrat sowie Rechts- und Justizkommission
- Vorbereitung und Auswertung der Planung auf Regierungsebene
 - Bleibt Auftrag, wird im AFP ersetzt durch Aufgaben mit höherem Zeitaufwand
- Wahlen und Abstimmungen
- Information und Kommunikation
- Amtliche Publikationen: Amtsblatt und Gesetzssammlung
 - Vervollständigung des Auftrages
- Beschaffung von Drucksachen und Verbrauchsmaterial



Umfeldanalyse

- Kurzfristig sind die Gesamterneuerungswahlen eine Herausforderung, weil es das neue Wahlrecht (Doppelter Pukelsheim) erstmals anzuwenden gilt.
- 2016 dürfte auf eidgenössischer Ebene ein relativ intensives Abstimmungsjahr werden.
- Mittelfristig wird es schwierig, mit den vorhandenen Arbeitsinstrumenten (insb. dem Fehlen eines Geschäftsverwaltungssystems) den hohen Perfektionsgrad halten zu können.
- Langfristig wird der Druck, eVoting auch im Kanton Schwyz einzuführen, vermutlich zunehmen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Durchführung der Wahlen hat für die Staatskanzlei oberste Priorität. Um den korrekten Vollzug des neuen Wahlrechts bei den Gesamterneuerungswahlen sicherzustellen, wurden die umfassenden Planungsarbeiten bereits 2014 aufgenommen. Das Umprogrammieren der Wahl- und Abstimmungssoftware (WABSTI) wurde unmittelbar nach der Abstimmung vom 8. März 2015 in Auftrag gegeben.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	9.2	9.1	10.0	9.9	9.8	10.0	10.0
Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	1377	1292	1266	1277	1328	1300	1300
Ausgestellte Apostillen und Beglaubigungen	Anzahl	2997	2768	2799	2479	2848	2800	2800
Abonnenten Amtsblatt	Anzahl	5117	5072	4759	4311	3836	3800	3750
Versendete Medienmitteilungen	Anzahl	188	172	175	180	190	190	190
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anzahl	72	44	63	95	74	100	80

Führungsunterstützung

Verantwortung: Staatsschreiber / Stellvertretung: Informationsbeauftragter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Regierungsratsbeschlüsse werden ohne Verzug ausgefertigt und versandt (abweichende Weisungen im Einzelfall vorbehalten).	Maximal 1 Woche nach Beschlussfassung	100 %	100 %	100 %	95 %	95 %
Das Kantonsratsprotokoll steht zeitgerecht zur Verfügung.	3 Wochen für eine eintägige Sitzung, 4 Wochen für eine zweitägige Sitzung	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Die systematische wie die fortlaufende Gesetzsammlung im Internet sind immer aktuell und korrekt.	Gerechtfertigte Beanstandungen	0	1	1	5	3

Wahlen und Abstimmungen

Verantwortung: Leiter Kanzlei / Stellvertretung: Protokollführer Kantonsrat

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Die Ausübung der politischen Rechte ist gewährleistet.	Gutgeheissene Stimmrechtsbeschwerden	0	0	0	0	0

Information und Kommunikation

Verantwortung: Beauftragter für Information und Kommunikation / Stellvertretung: Staatsschreiber

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Medienmitteilungen und amtliche Publikationen werden der Öffentlichkeit im Internet zugänglich gemacht.	Zeitgleich mit Postzustellung					

e Zu operativer Indikator, der ohne Informationsverlust gestrichen werden kann. Die Vorgabe ist ohnehin Standard und wird auch eingehalten, ohne entsprechenden Indikator im Leistungsauftrag.

Beglaubigungen

Verantwortung: Leiter Kanzlei / Stellvertretung: Kanzleimitarbeiterin

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Beglaubigungen werden sofort vorgenommen.	Am gleichen Tag, wenn Eingang vor 12.00 Uhr	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

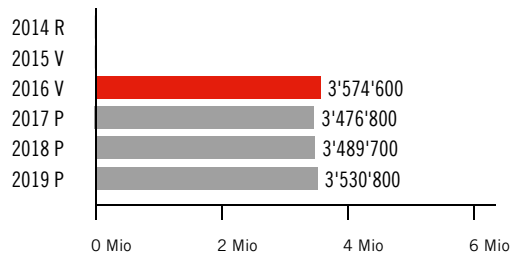
Drucksachen und Verbrauchsmaterial

Verantwortung: Leiter Drucksachen- und Materialverwaltung / Stellvertretung: Sachbearbeiterin Drucksachen- und Materialverwaltung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Kundenzufriedenheit.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung über die Querschnittsdienstleistungen bei den Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.2	4.3	4.4	4.0	4.0
Departemente und Ämter werden umgehend mit dem bestellten Büromaterial ab Lager beliefert.	Anteil aller Lieferungen von Standardprodukten innert zwei Tagen nach Bestellungseingang					


e Kann ohne Informationsverlust gestrichen werden. Messung konnte bisher nur geschätzt werden. Effektive Messung wäre mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'453'000			1'460'200	1'467'600	1'473'700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			2'900'600			2'722'100	2'742'100	2'767'100
34 Finanzaufwand			500			500	500	500
36 Transferaufwand			490'000			490'000	490'000	490'000
3 Aufwand			4'844'100			4'672'800	4'700'200	4'731'300
42 Entgelte			1'130'000			1'130'000	1'130'000	1'130'000
46 Transferertrag			117'500			44'000	58'500	48'500
49 Interne Verrechnungen			22'000			22'000	22'000	22'000
4 Ertrag			1'269'500			1'196'000	1'210'500	1'200'500
Globalbudget			3'574'600			3'476'800	3'489'700	3'530'800
Total			3'574'600			3'476'800	3'489'700	3'530'800

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Gesamterneuerungswahlen 2016 führen zu einem etwas höheren Sachaufwand, der aber in den Folgejahren wieder zurückgeht. Zum einen fallen einmalige Kosten für die Neuprogrammierung der Wahl- und Abstimmungssoftware (WABSTI) an. Die Softwareanpassungen wurden notwendig, wegen des geänderten Wahlrechts (Doppelter Pukelsheim). Zum andern fallen - wie in jedem Jahr der Gesamterneuerungswahlen - die Kosten für die Durchführung der Wahlen an. Nach dem Wahljahr reduziert sich der Sachaufwand in den Folgejahren wieder.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Schwerpunkte bilden sich aus dem Gesetzgebungsprogramm mit den Gesetzgebungsverfahren für die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes und die Teilrevision des Psychiatriekonkordates der Kantone Uri, Schwyz und Zug. Im Amt für Gesundheit und Soziales sind die Optimierung der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen zur Gewährleistung eines vernetzten und patientenorientierten Angebots in der Psychiatrie sowie die Einführung eines standardisierten Prozesses für eine Wirtschaftlichkeitsprüfung im Rahmen der Genehmigung und Festsetzung von Spitaltarifen weitere Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte. Die beiden Ämter für Kindes- und Erwachsenenschutz wollen nach guten Erfahrungen in den Jahren 2014 und 2015 die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und involvierten Stellen weiter fördern und vertiefen. Die Unterstützung durch private oder öffentliche Dienste (Bsp. Sozialhilfe der Gemeinden) hat gemäss dem Subsidiaritätsprinzip im Kindes- und Erwachsenenschutz Vorrang vor angeordneten Massnahmen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB). Damit nicht Fälle an die KESB gelangen, welche niederschwelliger gelöst werden können, ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen den KESB und diesen Diensten funktioniert. Im Rahmen eines Projektes fördert das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwy die Rekrutierung, Einführung und Betreuung von geeigneten privaten Mandatsträgern. Bei allen Verwaltungseinheiten steht die qualitativ einwandfreie Erfüllung des Grundauftrages mit den bestehenden Ressourcen im Zentrum.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
7	Soziale Sicherheit gewährleisten	- Erarbeitung von Grundlagen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Betreuungs- und Pflegeangebotes	Amt für Gesundheit und Soziales

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Teilrevision Sozialhilfegesetz	■	■	◆	◆	●	▲		
Teilrevision Psychiatriekonkordat			■	■	●	▲		



Grundauftrag

- Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Departements des Innern und besorgt die allgemeinen Geschäfte des Departements sowie weitere ihm übertragene Aufgaben.
- Führung des Sekretariats der Kommission Gesundheit und Soziale Sicherheit.
- Mitarbeit beim Erlass von Verfügungen, Mitberichten und Vernehmlassungen.
- Mitarbeit beim Erlass und bei Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.
- Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
- Führung des Sekretariats der Kindes- und Erwachsenenschutzkommission.
 - n** mit der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts dazugekommen
- Aufsicht über die Amts- und Registerführung der Zivilstandsämter, Bearbeitung der Einbürgerungsgesuche und Bearbeitung von Namensänderungsgesuchen.
 - m** notwendige Ergänzung mit dem Bereich Namensänderungen, einer wichtigen Grundaufgabe



Umfeldanalyse

- Der Kanton Schwyz hat seit 2013 ein restriktives Bürgerrechtsgesetz.
- Personenstandsänderungen mit Auslandbezug haben zugenommen.
- Seit 2013 gelten erleichterte Voraussetzungen für Namensänderungen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Im Zentrum steht die qualitativ einwandfreie Erfüllung des Grundauftrages mit den bestehenden Ressourcen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	5.0	5.1	5.7	5.8	4.4	4.4	4.4
abgeschlossene Namensänderungsverfahren	Anzahl	107	90	104	80	95	100	100
Überprüfungen von Ausländerdokumenten	Anzahl	439	445	413	508	526	530	535
ordentlich eingebürgerte Personen	Anzahl	307	391	298	409	266	260	255

Führungsunterstützung und Support

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär

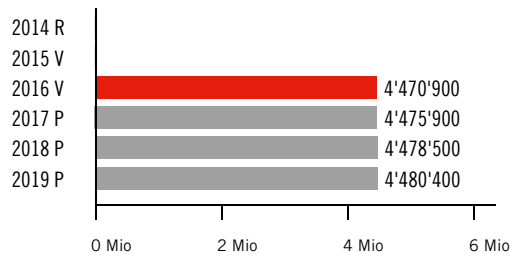
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Hohe Zufriedenheit der Departementsvorsteherin	Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	5.0	5.0	5.0	4.0		e Die Departementsvorsteherin kommuniziert ihre Zufriedenheit direkt und intern.
Hohe Kundenzufriedenheit mit dem Sekretariat der kantonsrätlichen Kommission.	Zufriedenheit gemäss Befragung der Kommissionsmitglieder (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.8	-	4.2	4.0	4.0	
Mitberichte werden termingerecht erstellt.	Anteil termingerechte Mitberichte	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.	Anteil termingerechte Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Personenstand und Bürgerrecht

Verantwortung: Zivilstandsinspektor / Stellvertretung: Stv. Zivilstandsinspektor


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Qualitätssicherung des Zivilstandsdienstes.	Ergebnis der Inspektion der beiden Zivilstandskreise (alle zwei Jahre) (Skala 1 = mangelhaft; 4 = sehr gut)	-	4.0	-	4.0	-	
Fristgemässe Bearbeitung der Personenstandsfälle mit Auslandbezug.	Anteil der innert 14 Tagen bearbeiteten Fälle	90 %	90 %	90 %	> 80 %	95 %	
Zeitgerechte Bearbeitung der Einbürgerungsfälle.	Anteil der innert 2 Wochen bearbeiteten Fälle (nach Vorliegen des Dossiers der Gemeinde)					100 %	m Der Indikator wurde aufgrund des seit 2013 neuen und nun eingespielten Verfahrens von 4 auf 2 Wochen angepasst. Geändert wurde auch, dass die Frist ab Vorliegen des Dossiers von der Gemeinde zu laufen beginnt.
Zeitnahe Bearbeitung der Namensänderungsgesuche.	Anteil der innert 4 Wochen abgeschlossenen Namensänderungsverfahren (nach Vorliegen der kompletten Unterlagen)					100 %	n Aufgrund der Ergänzung des Bereichs Namensänderung im Grundauftrag neu eingeführt.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			617'400			620'400	623'800	625'800
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			76'000			74'300	74'900	76'200
36 Transferaufwand			4'438'100			4'440'600	4'443'200	4'445'800
3 Aufwand			5'131'500			5'135'300	5'141'900	5'147'800
42 Entgelte			401'500			396'500	396'500	396'500
46 Transferertrag			259'100			262'900	266'900	270'900
4 Ertrag			660'600			659'400	663'400	667'400
Globalbudget			4'470'900			4'475'900	4'478'500	4'480'400
Total			4'470'900			4'475'900	4'478'500	4'480'400

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Beim Departementssekretariat ist eine Plafonierung des Aufwandes leicht unter dem Niveau des Voranschlags 2015 ersichtlich. Sowohl beim Personal- wie auch beim Sachaufwand ist über die Finanzplanjahre keine Steigerung berücksichtigt. Die Aufsichtskommission des Laboratoriums der Urkantone (Laburk) hat das Gesamtbudget des Laburk bereits für 2014 und 2015 auf dem Niveau des Voranschlags 2013 plafoniert. Diese Plafonierung ist auch im Aufgaben- und Finanzplan 2016 und damit auch für die Finanzplanjahre vorgesehen.



Grundauftrag

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären medizinischen Versorgung der Bevölkerung.
- Sicherstellung der raschen Erstversorgung der Bevölkerung im Not- und Katastrophenfall.
- Sicherstellung eines bedarfsgerechten Betreuungs- und Pflegeangebotes für Betagte und Menschen mit einer Behinderung.
- Bewilligungen und Aufsicht für Gesundheitsberufe und Institutionen der Betreuung und medizinischen Behandlung.
- Aufsicht über die Sozialhilfe.
- Umsetzung der Heilmittelkontrolle.



Umfeldanalyse

- Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen beeinflussen die individuelle Anspruchshaltung zu Leistungen der öffentlichen Hand.
- Der demografische Wandel, verbunden mit dem medizinischen Fortschritt, führen zu einer stark steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Teilrevision des Sozialhilfegesetzes aufgrund parlamentarischer Vorstösse.

Optimierung der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen zur Gewährleistung eines vernetzten und patientenorientierten Angebots in der Psychiatrie.

Einführung eines standardisierten Prozesses für eine Wirtschaftlichkeitsprüfung im Rahmen der Genehmigung und Festsetzung von Spitaltarifen.

Kennzahlen


Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	21.3	21.8	20.9	20.0	19.9	20.5	20.5
Kosten stat. Grund- und Spezialversorgung je Einwohner	Franken	689	708	756	752	817	875	876
Pflegeheimplätze gemäss Pflegeheimliste	Anzahl	1869	1876	1839	1839	1856	1900	1970

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Spitalliste 2012 Beginn Januar 2011 / Ende Dezember 2015	Evaluation der Spitalliste 2012 (Übergangsfrist bis 2015).	a Die Spitalliste 2015 wurde per 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt.
Erneuerung Psychiatriekonkordat Beginn 2009 / Ende 2016	Erneuerung des Konkordats der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend der Psychiatrischen Klinik Zugersee (Psychiatriekonkordat), Kauf der Psychiatrischen Klinik Zugersee.	
Ambulante / Stationäre Betagtenversorgung Beginn 2014 / Ende 2016	Erarbeitung von Grundlagen zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten Betreuungs- und Pflegeangebotes (gestützt auf Regierungsziel 7, Soziale Sicherheit und WOV-Evaluation 2012).	

Soziale Sicherheit

Verantwortung: Abteilungsleiter Soziales / Stellvertretung: Amtsvorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Innerkantonale Platzierung eines angemessenen Anteils von Menschen mit Behinderungen.	Anteil der innerkantonalen Platzierungen von Klienten mit Wohnsitz im Kanton Schwyz.	70 %	69 %	68 %	70 %	70 %	
Kundengerechte Bearbeitung von Betriebsbewilligungen.	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen.	48	51	48	50	50	
Zeitgerechte Abwicklung der Kostenübernahmegarantien für ausserkantonale platzierte Behinderte.	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen.			11	30	20	 Standardwert gesenkt aufgrund operativer Erkenntnisse aus der Rechnung 2014.
Zeitgerechte Genehmigung der Pflegekosten von Alters- und Pflegeheimen.	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen.			38	40	40	


Stationäre medizinische Versorgung

Verantwortung: Abteilungsleiter Spitäler/KVG / Stellvertretung: Amtsvorsteher

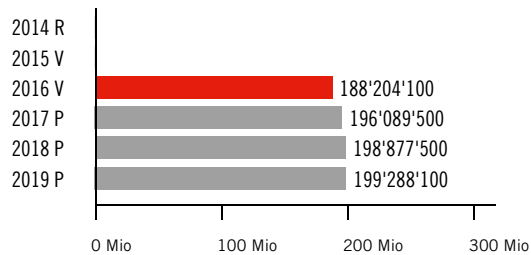
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Zeitgerechte Abwicklung der Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisationen.	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen.			3	5	5	
Prüfung der Rechnungen für ausserkantonale Hospitalisationen.	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen.			20	20	20	

Übrige Gesundheitsversorgung

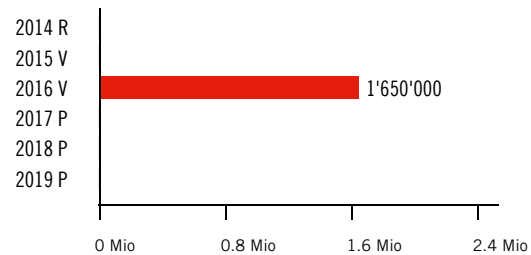
Verantwortung: Abteilungsleiter Gesundheit/Prävention / Stellvertretung: Amtsvorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten medizinischen Versorgung im Kanton.	Anteil der Wohnbevölkerung mit einer Erreichbarkeit der Grundversorgungsangebote innerhalb 30 Minuten.	90 %	90 %	90 %	90 %	90 %	 Verschiebung dieses Ziels (inhaltlich unverändert) aus der Produktgruppe "Stationäre medizinische Versorgung".
Koordination der Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention.	Anteil der Schülerinnen und Schüler im "Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen".	51 %	60 %	75 %	65 %	75 %	
Sicherstellung der raschen Erstversorgung der Bevölkerung im Not- und Katastrophenfall.	Anteil der Fälle mit einer Reaktionszeit <15 Minuten vor Ort durch Rettungsdienst oder Ersthelfer.	91 %	83 %	86 %	85 %	85 %	
Bewilligungen für Berufe des Gesundheitswesens.	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Tagen.	24	23	24	30	30	
Aufsicht über die Heilmittelabgabe.	Mindestanzahl kontrollierte Betriebe pro Jahr	40	14	33	30	30	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Voranschlagskredit Investitionsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'132'100			3'145'600	3'160'400	3'173'600
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'623'400			1'576'300	1'568'600	1'589'600
36 Transferaufwand			184'403'800			192'337'800	195'055'700	195'432'100
37 Durchlaufende Beiträge			185'000			185'000	185'000	185'000
3 Aufwand			189'344'300			197'244'700	199'969'700	200'380'300
42 Entgelte			216'200			216'200	216'200	216'200
46 Transferertrag			739'000			754'000	691'000	691'000
47 Durchlaufende Beiträge			185'000			185'000	185'000	185'000
4 Ertrag			1'140'200			1'155'200	1'092'200	1'092'200
Globalbudget			188'204'100			196'089'500	198'877'500	199'288'100
Total			188'204'100			196'089'500	198'877'500	199'288'100

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Kostenentwicklung wird von den Beiträgen an die stationäre medizinische Versorgung und die Behinderteneinrichtungen geprägt. Das Krankenversicherungsgesetz schreibt ab 2017 zwingend einen Kantonsbeitrag von mindestens 55% vor. Dieser steigt 2016 und 2017 nochmals um einen Prozentpunkt, was etwa einem jährlichen Wachstum von 2% entspricht. Die zunehmende Nachfrage, ausgelöst durch das Bevölkerungswachstum, ist in beiden Bereichen berücksichtigt. Zudem sind die Investitionsbeiträge im Behinderten- und Heimbereich starken Schwankungen unterworfen.

Investitionsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
55 Beteiligungen und Grundkapitalien			1'650'000			0	0	0
5 Investitionsausgaben			1'650'000			0	0	0
Nettoinvestitionen			1'650'000			0	0	0

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Investitionsrechnung

Die Revision des Konkordats hat zum Ziel, für die Psychiatrieversorgung der drei Kantone ein vernetztes und patientenorientiertes Angebot bereitzustellen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Leistungserbringern zu optimieren. Dazu soll die Psychiatrische Klinik Zugersee von der bisherigen Trägerschaft (Verein Barmherzige Brüder) übernommen und mit den ambulanten psychiatrischen Diensten der drei Kantone in einer Organisation zusammengefasst werden.



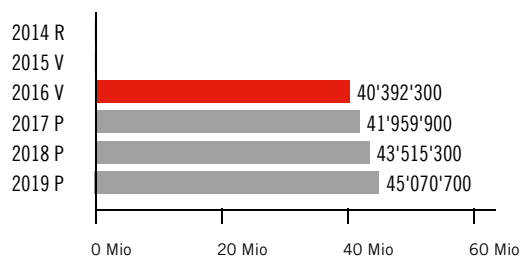
Grundauftrag

- Der Ausgleichskasse Schwyz sind verschiedene Aufgaben im Sozialversicherungsbereich übertragen worden.
- Diese Aufträge stützten sich nicht auf Verträge oder Leistungsvereinbarungen, sondern ergeben sich direkt aus den gesetzlichen Grundlagen.
- Vollzug der individuellen Prämienverbilligung.
- Vollzug der Ergänzungsleistungen.
- Vollzug der Pflegefinanzierung.



Finanzielle Steuerungsgrößen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			3'371'300			3'405'900	3'441'300	3'476'700
3 Aufwand			3'371'300			3'405'900	3'441'300	3'476'700
46 Transferertrag			651'000			660'000	670'000	680'000
4 Ertrag			651'000			660'000	670'000	680'000
Globalbudget			2'720'300			2'745'900	2'771'300	2'796'700
36 Transferaufwand			131'084'000			135'114'000	139'144'000	143'174'000
37 Durchlaufende Beiträge			12'900'000			13'200'000	13'500'000	13'800'000
3 Aufwand			143'984'000			148'314'000	152'644'000	156'974'000
46 Transferertrag			93'412'000			95'900'000	98'400'000	100'900'000
47 Durchlaufende Beiträge			12'900'000			13'200'000	13'500'000	13'800'000
4 Ertrag			106'312'000			109'100'000	111'900'000	114'700'000
Leistungsunabh. Aufwand / Ertrag			37'672'000			39'214'000	40'744'000	42'274'000
Total			40'392'300			41'959'900	43'515'300	45'070'700

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Bei den Ergänzungsleistungen (EL) beeinflussen vor allem die Anzahl Heimbewohner und die Aufenthaltskosten in Heimen (Pensions- und Pflegetaxen) das Mengen- und somit auch das Kostenwachstum. Bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) bleiben die Bezügerzahlen relativ stabil, Kostentreiber sind die Entwicklung der Gesundheitskosten und damit die Höhe der Krankenkassenprämien. Der Bundesanteil bei den IPV entspricht 7.5 Prozent der Bruttogesundheitskosten, und bei den EL leistet der Bund 5/8 der Existenzsicherung. Die Gemeindeanteile sind im kantonalen Gesetz geregelt.



Grundauftrag

- Wahrnehmung der im Zivilgesetzbuch und im übrigen Bundesrecht zugewiesenen Aufgaben im Kinderschutz, im Erwachsenenschutz und bei der fürsorglichen Unterbringung.
- Aufsicht über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern.
- Aufsicht über die Mandatsführung der Berufs- und Privatbeistände.
- Instruktion und Unterstützung der Berufs- und Privatbeistände.
- Führen von Mandaten im Kindes- und Erwachsenenschutz.



Umfeldanalyse

- Gesellschaft u. Politik: mangelndes Verständnis für Interventionen der KESB und die damit verbundenen Kosten, gleichzeitig hohe Lösungserwartungen an deren Interventionen
- Anzahl der Kindertagesstätten steigt.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

- Fallsteuerung in der Mandatsführung/Abklärung
- Betreuung der privaten Mandatsträger
- Subsidiarität von Schutzmassnahmen
- Förderung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und involvierten Institutionen
- Bewilligung von Kindertagesstätten nach neuen Richtlinien
- Sicherheit der Mitarbeitenden

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	-	-	1.6	23.3	29.1	29.0	29.0
erledigte Verfahren	Anzahl	-	-	-	335	1284	1800	1500
pendente Verfahren per Ende Jahr	Anzahl	-	-	-	522	735	450	450
durch private Mandatsträger geführte Massnahmen per Ende Jahr	Anzahl	-	-	-	167	225	230	230

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Überführung altrechtlicher Massnahmen Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2015	Unter dem alten Recht getroffene Anordnungen, die den formellen und materiellen Bedingungen des neuen Erwachsenenschutzrechts nicht genügen, müssen in eine neurechtliche Massnahme überführt oder aufgehoben werden.	a Das Projekt muss per Gesetz Ende 2015 abgeschlossen sein.

Kindes- und Erwachsenenschutz

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteherin

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Die Verfahren werden zeitnah abgeschlossen	Mindestanteil der nach Eingang innert 6 Monaten abgeschlossenen Verfahren (an den während des Jahres abgeschlossenen Verfahren)	-	-	-	60 %	60 %
Den Bestand der offenen Verfahren abbauen	Höchstanteil der offenen Verfahren älter als 6 Monate (an den per Ende Jahr offenen Verfahren)	-	-	-	60 %	60 %

Ausserfamiliäre Betreuung von Kindern

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteherin

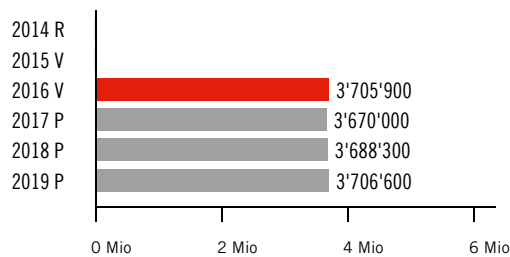
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Aufsicht über Pflegefamilien wahrnehmen	Anteil der jährlich überprüften Pflegeverhältnisse (an den während des ganzen Jahres bestehenden Pflegeverhältnissen)	-	-	-	100 %	100 %
Aufsicht über Kindertagesstätten wahrnehmen	Anteil der jährlich überprüften Kindertagesstätten	-	-	-	50 %	50 %

Mandatsführung

Verantwortung: Berufsbeistand / Stellvertretung: keine

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeitgerechte Vorlage der Rechnung und Erstattung der Berichte an die KESB	Mindestanteil der innert 3 Monaten nach Ablauf der Berichtsperiode eingereichten Berichte und Rechnungen (an den während des Jahres eingereichten Berichten und Rechnungen)	-	-	-	80 %	80 %
Zeitgerechte Aufnahme des Inventars	Mindestanteil der innert 3 Monaten nach Anordnung durch die KESB eingereichten Inventare (an den während des Jahres eingereichten Inventaren)	-	-	-	75 %	75 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'646'500			3'664'600	3'682'700	3'700'900
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			389'400			335'400	335'600	335'700
3 Aufwand			4'035'900			4'000'000	4'018'300	4'036'600
42 Entgelte			330'000			330'000	330'000	330'000
4 Ertrag			330'000			330'000	330'000	330'000
Globalbudget			3'705'900			3'670'000	3'688'300	3'706'600
Total			3'705'900			3'670'000	3'688'300	3'706'600

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Auf Grund der weiterhin hohen Geschäftslast im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz ist eine Senkung des Personalaufwandes zurzeit nicht absehbar. Dieser Umstand ist in den Finanzplanjahren bis Ende 2019 berücksichtigt.

Der Sach- und übrige Betriebsaufwand kann voraussichtlich per 2017 leicht reduziert werden, da keine weiteren Anschaffungen (wie zusätzlich notwendige Softwarelizenzen und Bürogeräte) nötig sein sollten. Die Finanzplanung 2017 bis 2019 weist einen nur minim steigenden jährlichen Nettoaufwand aus.



Grundauftrag

- Wahrnehmung der im Zivilgesetzbuch und im übrigen Bundesrecht zugewiesenen Aufgaben im Kindesschutz, im Erwachsenenschutz und bei der fürsorglichen Unterbringung.
- Aufsicht über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern.
- Aufsicht über die Mandatsführung der Berufs- und Privatbeistände.
- Instruktion und Unterstützung der Berufs- und Privatbeistände.
- Führen von Mandaten im Kindes- und Erwachsenenschutz.



Umfeldanalyse

- Gesellschaft / Politik: mangelndes Verständnis für Interventionen der KESB und die damit verbundenen Kosten, gleichzeitig hohe Lösungserwartungen an deren Interventionen
- Anzahl der Kindertagesstätten steigt.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

- Fallsteuerung in der Mandatsführung/Abklärung
- Betreuung der privaten Mandatsträger
- Subsidiarität von Schutzmassnahmen
- Förderung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und involvierten Institutionen
- Bewilligung von Kindertagesstätten nach neuen Richtlinien
- Sicherheit der Mitarbeitenden

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	-	-	2.0	29.0	38.8	38.0	38.0
erledigte Verfahren	Anzahl	-	-	-	441	2095	2000	1900
pendente Verfahren per Ende Jahr	Anzahl	-	-	-	1024	1038	900	800
durch private Mandatsträger geführte Massnahmen per Ende Jahr	Anzahl	-	-	-	226	223	223	240

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Überführung altrechtlicher Massnahmen Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2015	Unter dem alten Recht getroffene Anordnungen, die den formellen und materiellen Bedingungen des neuen Erwachsenenschutzrechts nicht genügen, müssen in eine neurechtliche Massnahme überführt oder aufgehoben werden.	a Das Projekt muss per Gesetz Ende 2015 abgeschlossen sein.
Bewirtschaftung der privaten Mandatsträger/innen Beginn Januar 2016 / Ende Dezember 2016	Ausgewählte Mandate können geeigneten privaten Mandatsträgern (priMa) übergeben werden. Die priMa werden gut in ihre Aufgaben eingeführt und begleitet. Eine Person des KESA ist für die priMa zuständig. Ihre Aufgaben sind geklärt, und die Bewirtschaftung der priMa kann per Mitte 2016 beginnen.	n

Kindes- und Erwachsenenschutz

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteherin

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Die Verfahren werden zeitnah abgeschlossen	Mindestanteil der nach Eingang innert 6 Monaten abgeschlossenen Verfahren (an den während des Jahres abgeschlossenen Verfahren)	-	-	-	60 %	60 %
Den Bestand der offenen Verfahren abbauen	Höchstanteil der offenen Verfahren älter als 6 Monate (an den per Ende Jahr offenen Verfahren)	-	-	-	60 %	60 %

Ausserfamiliäre Betreuung von Kindern

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteherin

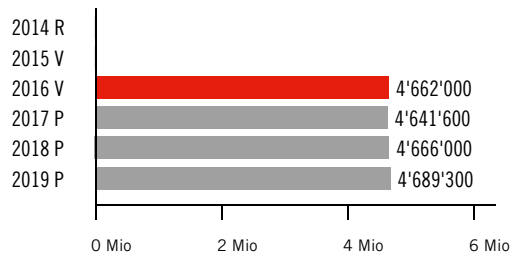
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Aufsicht über Pflegefamilien wahrnehmen	Anteil der jährlich überprüften Pflegeverhältnisse (an den während des ganzen Jahres bestehenden Pflegeverhältnissen)	-	-	-	100 %	100 %
Aufsicht über Kindertagesstätten wahrnehmen	Anteil der jährlich überprüften Kindertagesstätten	-	-	-	50 %	50 %

Mandatsführung

Verantwortung: Berufsbeistand / Stellvertretung: keine

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeitgerechte Vorlage der Rechnungen und Erstattung der Berichte an die KESB	Mindestanteil der innert 3 Monaten nach Ablauf der Berichtsperiode eingereichten Berichte und Rechnungen (an den während des Jahres eingereichten Berichten und Rechnungen)	-	-	-	80 %	80 %
Zeitgerechte Aufnahme des Inventars	Mindestanteil der innert 3 Monaten nach Anordnung durch die KESB eingereichten Inventare (an den während des Jahres eingereichten Inventaren)	-	-	-	75 %	75 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			4'770'900			4'810'500	4'834'900	4'858'200
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			451'100			391'100	391'100	391'100
3 Aufwand			5'222'000			5'201'600	5'226'000	5'249'300
42 Entgelte			560'000			560'000	560'000	560'000
4 Ertrag			560'000			560'000	560'000	560'000
Globalbudget			4'662'000			4'641'600	4'666'000	4'689'300
Total			4'662'000			4'641'600	4'666'000	4'689'300

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Auf Grund der weiterhin hohen Geschäftslast im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz ist eine Senkung des Personalaufwandes zurzeit nicht absehbar. Dieser Umstand ist in den Finanzplanjahren bis Ende 2019 berücksichtigt.

Der Sach- und übrige Betriebsaufwand kann voraussichtlich per 2017 leicht reduziert werden, da keine weiteren Anschaffungen (wie zusätzlich notwendige Softwarelizenzen und Bürogeräte) nötig sein sollten. Die Finanzplanung 2017 bis 2019 weist einen nur minim steigenden jährlichen Nettoaufwand aus.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Die Aufwertung des Frankens reduziert die Aussichten des Wirtschaftswachstums. Dies gilt insbesondere für die Exportindustrie und deren Zulieferfirmen. Andererseits wirkt sich das Bevölkerungswachstum, die hohe Bautätigkeit sowie die stabile Binnennachfrage positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Im Weiteren ist eine konjunkturelle Erholung in den USA und dem EU-Raum zu verzeichnen. Insgesamt wird mit einer geringen Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet. Angesichts dieser Entwicklungen sollen mittels unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen, Firmenansiedlungen und einer geschickten Entwicklung von innen (Regionalpolitik) neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende erhalten werden.

Der kantonale Richtplan und das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) werden an die Anforderungen des revidierten Raumplanungsgesetzes des Bundes (RPG) angepasst. Die Einwohner- und Siedlungsentwicklung soll sich zukünftig stärker nach innen konzentrieren und der Flächenverbrauch soll gebremst werden.

Aufgrund der politischen Lage im Nahen Osten sowie in Nordafrika ist mit einer anhaltend hohen Anzahl Asylgesuchen zu rechnen. Die Unterbringung der Asylsuchenden in den kantonalen und kommunalen Strukturen wird eine spezielle Herausforderung darstellen. Auf kantonaler Ebene ist die Unterbringungssituation für die nächsten Jahre zu klären. Im Weiteren ist das kantonale Integrationsprogramm (KIP) konsequent umzusetzen, damit möglichst viele anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen, dadurch wirtschaftlich unabhängig werden und die Gemeinden entlasten.

Im Landwirtschaftsbereich liegt ein Schwerpunkt im Abbau des administrativen Aufwands sowohl für die Landwirtschaftsbetriebe als auch für den Kanton. Zusammen mit dem Bundesamt für Landwirtschaft sind hierzu verschiedene Arbeitsgruppen daran, Verbesserungen vorzunehmen.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
4	Modellvorhaben zur Siedlungsentwicklung	- Ziel in der Produktgruppe Kantonale Planung	Amt für Raumentwicklung
11	Zugang für Unternehmen erleichtern	- Projekt Aufbau Health Tech Cluster Switzerland - Ziele in der Produktgruppe Wirtschaftsförderung - Ziele in der Produktgruppe Regionalpolitik / Tourismus	Amt für Wirtschaft
12	Strukturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen	- Projekt Aufbau Health Tech Cluster Switzerland - Ziele in der Produktgruppe Wirtschaftsförderung - Ziele in der Produktgruppe Regionalpolitik / Tourismus	Amt für Wirtschaft
		- Ziele in der Produktgruppe Arbeitslosenversicherung / Stellenvermittlung	Amt für Arbeit

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Kurtaxengesetz		●	▲					
Planungs- und Baugesetz (1. Etappe)	●		▲					



Grundauftrag

- Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Volkswirtschaftsdepartements und besorgt die allgemeinen Geschäfte des Departements sowie ihm übertragene Aufgaben.
- Juristischer Support des Departementvorstehers und der Ämter; Vernehmlassungs- und Mitberichtsverfahren.
- Wohnbauförderung, Miete und Pacht. Auskunfts- und Dokumentationsstelle preisgünstiger Wohnungsbau.
- Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller).
- Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung; Sekretariat der kantonsrätlichen Kommission für Raumplanung, Umwelt und Verkehr (RUVKO).
- Aufsicht und Beratung Einwohnermehrwesen.



Umfeldanalyse

- Der Kanton Schwyz ist geprägt durch ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, eine hohe Bautätigkeit sowie eine zunehmende wirtschaftliche Dynamik.
- Der Kanton Schwyz gehört zu den attraktivsten Wohnorten und Wirtschaftsstandorten der Schweiz.
- Diese Attraktivität ist für eine nachhaltige weitere Entwicklung zu nutzen, damit das Wachstum zum Wohlstand und zur Lebensqualität beiträgt.
- Aufgrund anhaltend hohem Preisdruck im Wohnungsmarkt zeichnet sich ab, dass insbesondere beim unteren Mittelstand das Bedürfnis nach preisgünstigem Wohnraum steigen wird.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung, Steuerung, Organisation und Koordination seiner Tätigkeiten. Es sichert die Qualität in der Entscheidungsvorbereitung durch formelle und materielle Vorprüfung der Departementsgeschäfte.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	4.6	5.6	4.2	3.5	3.5	3.5	3.5
Vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	144	111	129	120	144	135	135
Vernehmlassungen	Anzahl		22	19	25	22	22	22
Mitberichte	Anzahl		21	38	22	24	25	25
Erlassene Verfügungen Lex Koller	Anzahl	20	30	27	31	36	30	30
Empfänger kantonaler Zusatzverbilligungen	Anzahl	175	167	163	156	151	150	145

Führungsunterstützung / Rechtsberatung

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär / Leiter Rechtsdienst

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Zufriedenheit des Departementsvorstehers	Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Mitberichte werden termingerecht erstellt	Anteil termingerechter Mitberichte	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt	Anteil termingerechter Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung	Anteil fristgerechter Beratungen	96 %	95 %	95 %	95 %	95 %

Wohnbauförderung

Verantwortung: Sachbearbeiter Wohnbauförderung / Stellvertretung: Departementssekretär

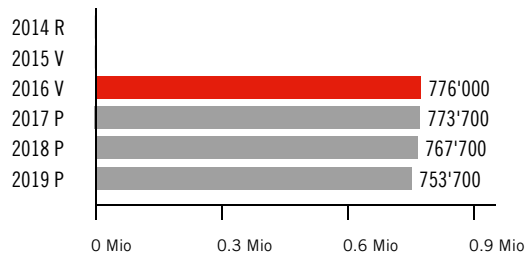
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeitgerechte Bearbeitung der Gesuche für Zusatzverbilligungen sowie der laufenden Mutationen von Eigentümern und Mietern	Anteil der innert zwei Wochen nach Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen und Steuerdaten bearbeiteten Gesuche	98 %	98 %	98 %	98 %	98 %
Korrekte und termingerechte Auszahlung der Zusatzverbilligungen	Anteil der korrekten Zahlungen bis 30. Juni und 31. Dezember	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Vollständige Überprüfung der Anspruchsberechtigungen auf die Zusatzverbilligungen (Mieterinnen und Mieter) alle zwei Jahre	Anteil überprüfter Anspruchsberechtigungen	-	98 %	-	98 %	-

Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

Verantwortung: Leiter Rechtsdienst / Stellvertretung: Sachbearbeiterin Lex Koller

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeitgerechte Bearbeitung der Gesuche (Feststellung der Nichtbewilligungspflicht und Bewilligung zum Erwerb einer Ferienwohnung)	Anteil der innert zwei Wochen nach Vorliegen aller Unterlagen bearbeiteten Gesuche	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Zeitgerechte Beantwortung von Anfragen	Anteil der innert 48 Stunden beantworteten Anfragen			95 %	95 %	95 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			557'800			560'500	564'500	560'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			32'000			32'000	32'000	32'000
36 Transferaufwand			215'200			210'200	200'200	190'200
3 Aufwand			805'000			802'700	796'700	782'700
42 Entgelte			29'000			29'000	29'000	29'000
4 Ertrag			29'000			29'000	29'000	29'000
Globalbudget			776'000			773'700	767'700	753'700
Total			776'000			773'700	767'700	753'700

Voranschlagskredit ■



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Der Nettoaufwand bewegt sich auf stabilem Niveau. Mehrkosten ergeben sich aufgrund einer Weiterbildung eines Mitarbeiters. Rückläufige Ausgaben weist die Wohnbauförderung auf, welche in den nächsten Jahren ausläuft.



Grundauftrag

- Wirtschaftsförderung: Standortpromotion und Unternehmensansiedlungen, Kontaktpflege zu bestehenden Unternehmen, Wissens-/Technologietransfer (WTT), aktive Netzwerkpflege.
- Beratung und Information von Behörden und Privaten in den aufgeführten Bereichen sowie Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Verbänden und anderen Kantonen.
- Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP).
- Weiterentwicklung der kantonalen Tourismusstrategie und Setzen von Impulsen für den Tourismus.
- Aufbereitung von Wirtschaftsdaten.
- Führen eines effizienten Handelsregisters.



Umfeldanalyse

- Die Aufhebung des Euro-Mindestkurses stellt die exportorientierten Unternehmen vor grosse Herausforderungen.
- Aufgrund der Frankenstärke werden negative Auswirkungen im Ansiedlungsgeschäft sowie im Tourismus erwartet.
- Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund die Pflege der ansässigen Unternehmen, u.a. durch die Vernetzung mit den Hochschulen (Wissens- und Technologietransfer).
- Ausstehende Entscheide (Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sowie der USR III) verunsichern ausländische Unternehmen, welche in die Schweiz expandieren wollen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Nebst den Ansiedlungsgeschäften wird im Rahmen der Regionalpolitik an der Entwicklung von innen gearbeitet. Es werden Projekte mit Unternehmen und Hochschulen gefördert, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung zu erhöhen. Im Fokus stehen Unternehmen aus der industriellen Fertigung und dem Tourismus. Zusätzlicher Schwerpunkt ist der Ausbau von Health Tech Cluster Switzerland.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	9.6	10.8	11.7	11.9	12.0	11.7	11.7
Volkseinkommen	CHF	64'835	64'040	65'100	65'974	-	-	-
BIP pro Kopf	CHF	59'333	58'657	58'874	-	-	-	-
Arbeitsplätze im Kanton SZ	Anzahl	-	75'705	76'119	-	-	-	-
Durch Amt geschaffene Arbeitsplätze im Kanton	Anzahl	-	-	-	-	-	300	200
Logiernächte	Anzahl	645'623	640'608	594'644	605'085	592'931	-	-
Tagestouristen (Betriebe)	Anzahl	-	15'099'191	15'386'403	15'481'314	14'170'099	-	-

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Aufbau Health Tech Cluster Switzerland Beginn Januar 2015 / Ende Dezember 2016	Der Health Tech Cluster Switzerland (HTCS) ist ein Unternehmensnetzwerk unter dem Dach des Vereins Technologiezentrum Schwyz (TZS). Der HTCS stellt die Vernetzung der Mitglieder untereinander sicher, verschafft Zugang zu Erfahrung, Fachwissen und bestehenden Clustern im In- und Ausland.	
Programm Neue Regionalpolitik (NRP) Beginn Januar 2015 / Ende Oktober 2015	Das zu erarbeitende NRP-Programm legt die Schwerpunkte sämtlicher Aktivitäten im Rahmen der Regionalpolitik für die Jahre 2016 bis 2019 fest.	a Das Projekt wurde per Ende 2015 abgeschlossen.

Wirtschaftsförderung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Projektleiter Wirtschaftsförderung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Ansiedlung von ausländischen Unternehmen und Schaffen von neuen Arbeitsplätzen. Erhöhung der Bekanntheit bei potenziell reichen Zielmärkten, bei internationaltätigen Anwaltskanzleien, Treuhandgesellschaften etc.	Anzahl Begleitungen von Firmenansiedlungen	16	21	25	> 20	20
Pflege von Kontakten zu bestehenden Unternehmen.	Anzahl Unternehmensbesuche	70	108	98	> 100	100
Erhöhung der Bekanntheit des Kantons Schwyz. Fokus im Inland: Multiplikatoren wie internationale Anwaltskanzleien und grosse Treuhandgesellschaften. Fokus im Ausland: Botschaften und Konsulate	Anzahl gehaltene Referate und Präsentationen	10	22	28	> 20	20
Förderung von Innovation und Diversifikation bei den Schwyzer KMU	Anzahl Veranstaltungen (Wirtschaftsforum, Tischmesse, Anlässe im Technologiezentrum Steinen (TZS), Kontaktpflege zu Institutionen des Wissens- und Technologietransfers (WTT)	15	12	22	> 20	20

Regionalpolitik / Tourismus

Verantwortung: Projektleiter Regionalpolitik / Projektleiterin Tourismus / Stellvertretung: Projektleiterin Tourismus / Projektleiter Regionalpolitik

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Regionen im ländlichen Raum. Implementieren des Mehrjahres-Umsetzungsprogramms und Projektsupport	Anzahl begleitete Projekte, welche die Voraussetzungen der Neuen Regionalpolitik (NRP) erfüllen und deren Wirkung gemäss NRP-Kriterien messbar ist	9	12	12	> 10	10
Korrekte Abwicklung der Infrastrukturdarlehen nach dem Investitionshilfegesetz (IHG)	Anteil der jährlich eingeforderten Rückzahlungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Korrekte Abwicklung der Infrastrukturdarlehen nach IHG	Anteil der vollständigen Kontrollen von Sicherheiten	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Wirtschaftsdaten

Verantwortung: Projektleiterin Wirtschaftsdaten / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfolgreiche Volkszählung	Anteil der termingerechten und vollständigen Datenlieferungen für die Volkszählung	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Bereitstellen und Aufbereiten von Wirtschaftsdaten	Anteil erfolgreiche Datenlieferungen an Datenanfrager	75 %	75 %	75 %	75 %	75 %

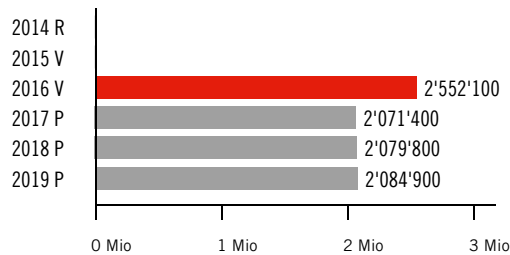
Handelsregister

Verantwortung: Leiter Handelsregister / Stellvertretung: Stv. Leiter Handelsregister

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Aktuelle Führung des Handelsregisters	Anteil der innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Posteingang bearbeiteten Fälle	98 %	99 %	100 %	96 %	98 %
Fehlerfreie Führung des Handelsregisters	Anteil unbeanstandeter Eintragungen im Handelsregister	98.7 %	99.2 %	99 %	98 %	98 %


 Der Standardwert wurde erhöht.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'619'700			1'639'500	1'647'900	1'653'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			249'400			147'900	147'900	147'900
36 Transferaufwand			3'117'000			2'794'000	2'794'000	2'794'000
37 Durchlaufende Beiträge			150'100			150'100	358'400	358'400
3 Aufwand			5'136'200			4'731'500	4'948'200	4'953'300
42 Entgelte			1'960'000			1'960'000	1'960'000	1'960'000
46 Transferertrag			474'000			550'000	550'000	550'000
47 Durchlaufende Beiträge			150'100			150'100	358'400	358'400
4 Ertrag			2'584'100			2'660'100	2'868'400	2'868'400
Globalbudget			2'552'100			2'071'400	2'079'800	2'084'900
Total			2'552'100			2'071'400	2'079'800	2'084'900

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Aufgrund krankheitsbedingtem Ausfall im Bereich Wirtschaftsförderung konnten Projekte nicht realisiert werden, was 2014 eine Kostenunterschreitung zur Folge hatte und nun durch die Neubesetzung der Stelle und die damit wieder zu realisierenden Projekte zu höheren Kosten führt. Im Vergleich zur Rechnung 2014 resultiert in der Regionalpolitik keine Kostensteigerung. Im 2014 wurden ausserordentliche Bundesbeiträge für interkantonale Projekte (Lead SZ) verbucht, was den Nettoaufwand minderte. Unter HRM2 werden die durchlaufenden Investitionsbeiträge (Darlehen) neu in der Erfolgsrechnung verbucht.



Grundauftrag

- Grundlagen zur interkantonalen, kantonalen und regionalen Raumplanung erstellen.
- Kantonale Planungen (Richt- und Nutzungsplanungen).
- Prüfung (Vorprüfung und Genehmigung) der Ortsplanungen (kommunale Richt-, Nutzungs-, Erschliessungs- und Gestaltungspläne).
- Baubewilligungen und Konzessionen für die Nutzung des Untergrundes (Gesteinsabbau, Entzug von Wärme, Wasser, usw.).
- Betrieb der Baugesuchszentrale (BGZ).
- Beratung von Behörden, Unternehmen und Privatpersonen in allen Planungs- und Baufragen.



Umfeldanalyse

- Das eidg. Raumplanungsgesetz (RPG) wird in Etappen überarbeitet. Die 1. Etappe ist seit dem 1. Mai 2014 in Kraft. Eine 2. Etappe ist derzeit beim Bund in Vorbereitung.
- Der Paradigmenwechsel zur Siedlungsentwicklung nach innen erfordert erhöhte planerische Anstrengungen auf kantonomer und kommunaler Stufe.
- Die Kunden der BGZ erwarten effiziente Baubewilligungsverfahren. Die elektronische Baugesuchsabwicklung bietet Chancen und wird angegangen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Der Richtplan und das Planungs- und Baugesetz (PBG) werden an die Anforderungen des revidierten RPG angepasst. Die Einwohner- und Beschäftigtenentwicklung soll sich zukünftig stärker nach innen konzentrieren. Das Flächenwachstum soll gebremst werden. Für die Umsetzung in den Gemeinden sind fristgerechte transparente Fach- und Vorprüfungsberichte notwendig.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	17.0	17.0	16.9	17.0	17.0	17.0	17.0
Bearbeitete Baugesuche	Anzahl	1'663	1'753	1'724	1'690	1'631	1'650	1'650
Ortsplanungen (Vorprüfung / RRB)	Anzahl	56	41	42	44	45	40	40
Gestaltungspläne (Vorprüfung / RRB)	Anzahl	73	47	46	58	43	40	40

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Revision Planungs- und Baugesetz (PBG) Etappe I Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2016	Anpassung des PBG an neue bundesrechtliche Vorgaben in zwei Etappen. In einer ersten Revisionsetappe sollen die Mehrwertabgabe und Massnahmen gegen die Baulandhortung umgesetzt werden. In einer zweiten Etappe folgt die Harmonisierung der Baubegriffe (Projekt 2).	
Harmonisierung Baubegriffe: PBG-Revision Etappe II Beginn 2015 / Ende Dezember 2017	Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen gemäss Interkantonomer Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB), Bestandteil der PBG-Revision.	
Arth-Goldau 2020 Beginn 2011 / Ende Dezember 2015	Umgestaltung Bahnhof Arth-Goldau und Bahnhofareal in Bezug auf Inbetriebnahme Gotthard-Basistunnel (2018); Abstimmung mit dem Projekt der SBB "Gesamtperspektive Zugersee-Gotthard Nord" und den beabsichtigten Arealentwicklungen im Bahnhofumfeld.	a Als Ergebnis des Projekts der SBB wird eine Absichtserklärung zwischen Kanton, Gemeinde und SBB zur Zusammenarbeit für die Umfeldentwicklung des Bahnhofs Arth-Goldau angestrebt.
Elektronische Baubewilligung Beginn 2015 / Ende Dezember 2018	Ziel ist es, das Baubewilligungsverfahren zwischen Gesuchsteller und Behörden zukünftig auf elektronischem Weg abzuwickeln (E-Bau). Durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik soll das Baubewilligungsverfahren medienbruchfrei und so bürgernah und wirtschaftlich wie möglich gemacht werden.	n Derzeit wird eine Voranalyse zum Projekt "E-Bau" ausgearbeitet. Die Voranalyse bildet die Basis für den Entscheid über die Einführung und das technische System.

Kantonale Planung

Verantwortung: Leiter Abteilung Kantonale Planung / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Kantonale Planung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Anpassung des kantonalen Richtplans an die Erfordernisse des revidierten Raumplanungsgesetzes bis Ende 2016	Anteil der erreichten Meilensteine des Projektes			40 %	80 %	100 %

Ortsplanungen

Verantwortung: Leiter Abteilung Ortsplanung / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Ortsplanung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Rasche Behandlung der Gesuche (kommunale Richt-, Nutzungs-, Erschliessungs- und Gestaltungspläne)	Anteil der innert zwei Monaten behandelten Gesuche	86 %	76 %	89 %	> 80 %	80 %

Baugesuchszentrale

Verantwortung: Leiter Abteilung Baugesuchszentrale / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Baugesuchszentrale

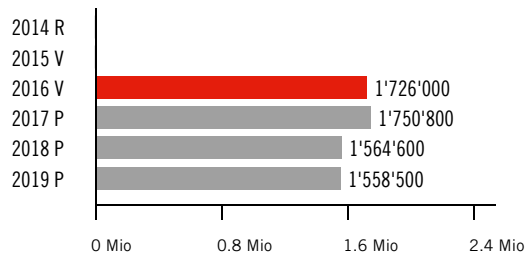
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Rasche Ausfertigung der Gesamtentscheide	Anteil der innert zwei Monaten behandelten Gesuche	95 %	96 %	87 %	> 85 %	85 %

Rechtsberatung bei Bau- und Planungsfragen

Verantwortung: Leiter Rechtsdienst / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Fristgerechte Erledigung der juristischen Anfragen und Beschwerdefälle	Anteil der fristgerechten Erledigung der Geschäfte	95 %	96 %	95 %	> 90 %	90 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'430'700			2'442'800	2'454'200	2'466'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			596'500			608'000	409'000	389'500
36 Transferaufwand			26'800			28'000	29'400	30'600
3 Aufwand			3'054'000			3'078'800	2'892'600	2'886'500
42 Entgelte			1'328'000			1'328'000	1'328'000	1'328'000
4 Ertrag			1'328'000			1'328'000	1'328'000	1'328'000
Globalbudget			1'726'000			1'750'800	1'564'600	1'558'500
Total			1'726'000			1'750'800	1'564'600	1'558'500

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Aufwandsteigerung in den Jahren 2016 und 2017 ist auf die Einführung einer Plattform für die elektronische Abwicklung des Baubewilligungsverfahrens zurückzuführen. Die Ausgabensteigerung ist mit dem Amt für Informatik abgesprochen worden und entspricht der Informatikstrategie des Kantons.



Grundauftrag

- Einreise und Aufenthalt: Erteilen, Verweigern/Widerrufen von ausländerrechtlichen Bewilligungen sowie Erfassung der biometrischen Daten für Drittstaatsangehörige.
- Prüfen/Einleiten von administrativen Massnahmen gegenüber ausländischen Personen bei Zuwiderhandlungen gegen migrationsrechtliche Vorschriften.
- Zwangsmassnahmen: Ausschaffungen, Entfernungs- und Fernhaltungsmassnahmen sowie Haftanordnung gegenüber ausländischen Personen.
- Nothilfe: Wahrung des Rechts auf Existenzsicherung für Asylsuchende mit Wegweisungsentscheid.
- Asylwesen: Regelung des Aufenthalts, Vollzug der Wegweisung nach rechtskräftigem Entscheid des Bundes, Verteilung Asylsuchende auf Gemeinden, Abrechnung Bundesbeiträge.
- Fachstelle Integration: Umsetzung des mit dem Bund vereinbarten kantonalen Integrationsprogramm (KIP).
- Passbüro: Ausstellen von Schweizer Ausweisschriften (Pass und Identitätskarte)
- m** Erfassung biom. Daten für Drittstaatsangehörige: Einreise und Aufenthalt seit 17.08.2015 zuständig.



Umfeldanalyse

- Die prosperierende Wirtschaft mit hohem Lohnniveau, die gut ausgebaute Infrastruktur sowie die stabilen sozialen Verhältnisse machen die Schweiz zum Einwanderungsland.
- Die Umsetzung der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung und die Anpassung des Ausländergesetzes im Bereich Integration stehen an.
- Aufgrund der politischen Lage im Nahen Osten sowie in Nordafrika ist mit anhaltend hohen Asylgesuchen zu rechnen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Eine Herausforderung bleibt die Bewältigung der anhaltend hohen Zuweisungen von Asylsuchenden durch den Bund. Die Situation bei den kantonalen Asylunterkünften ist für die nächsten Jahre zu klären. Überdies ist das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) konsequent umzusetzen, damit möglichst viele Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	20.4	21.9	22.5	23.2	24.4	26.1	26.6
Ständige ausländische Bevölkerung	Anzahl	26'879	27'507	28'432	29'161	29'908	-	-
Bestand Asylsuchende und Flüchtlinge Kanton Schwyz	Anzahl	794	927	1'012	943	1'132	1'300	1'500
Zuweisung von Asylsuchenden in den Kanton Schwyz	Anzahl	229	376	458	405	449	500	550

Einreise und Aufenthalt

Verantwortung: Leiter Abteilung Einreise und Aufenthalt / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Einreise und Aufenthalt

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Korrekte und rasche Erledigung der Bewilligungsgesuche	Anteil der bearbeiteten Bewilligungsgesuche innerhalb von 20 Arbeitstagen ab Posteingang				> 80 %	70 %	m Aufgrund der stetig steigenden Arbeitsbelastung und der ausgeschöpften personellen Ressourcen ist der Zielwert anzupassen
Korrekte und termingerechte Erledigung der Administrativmassnahmen	Anteil der Administrativmassnahmen mit Verfahrensbeginn innerhalb von einem Monat nach Anzeige eines Handlungsbedarfs (Straffälligkeit, Bezug Sozialhilfe etc.)	99.4 %	100 %	98.55 %	> 90 %	90 %	
Zeitgerechte Bearbeitung der Tagespost und korrekte elektronische Archivierung	Anteil der Tagespost, der innerhalb eines Arbeitstages elektronisch verarbeitet (Scannen, Indexieren, Archivieren, Versenden an Sachbearbeitende) ist	86.7 %	86 %	89 %	> 85 %	75 %	m Aufgrund der stetig steigenden Arbeitsbelastung und der ausgeschöpften personellen Ressourcen ist der Zielwert anzupassen
Die Gesuche um Aufenthaltsbewilligung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Härtefallgesuche) werden korrekt bearbeitet	Anteil letztinstanzlich gutgeheissener Anträge auf Verweigerung oder Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen	100 %	100 %	100 %	> 90 %	90 %	

Asylwesen

Verantwortung: Leiterin Abteilung Asylwesen / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Asylwesen

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Rasche Einleitung von Zwangsmassnahmen	Anteil eingeleiteter Zwangsmassnahmen innerhalb einer Stunde nach Anzeige der Notwendigkeit aufgrund einer Verletzung des Ausländergesetzes	95 %	100 %	90 %	> 90 %	90 %	
Fristgerechte Abrechnung mit den Leistungsträgern, den Gemeinden und dem Bundesamt für Migration	Anteil der fristgerechten Abrechnungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Korrekte Abrechnung mit den Leistungsträgern, den Gemeinden und dem Bundesamt für Migration	Anteil der korrekt erfolgten Abrechnungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Korrekte und fristgerechte Erledigung der Bewilligungsgesuche	Anteil der bearbeiteten Bewilligungsgesuche innerhalb von 7 Arbeitstagen ab Posteingang	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Verantwortung: Integrationsbeauftragter / Stellvertretung: Vorsteher

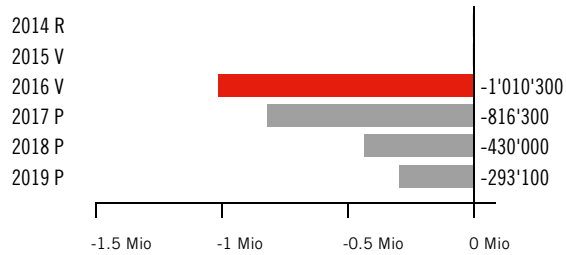
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Konsequente und umfassende Umsetzung des KIP	Anteil der umgesetzten Massnahmen des KIP					> 80 %	n Umsetzung seit 2014
Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge nutzen sprachliche und berufliche Integrationsmassnahmen	Anteil der vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge zwischen 18-55 Jahren in der Zuständigkeit des Kantons, die eine sprachliche oder berufliche Integrationsmassnahme nutzen					> 60 %	n Umsetzung seit 2014
Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge schaffen den Schritt in die Erwerbstätigkeit.	Erwerbsquote der vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge zwischen 18-55 Jahren in der Zuständigkeit des Kantons					> 40 %	m Umsetzung seit 2014

Passbüro

Verantwortung: Leiter Abteilung Passbüro / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Passbüro


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Rasche Bearbeitung der Anträge für Schweizer Ausweisschriften	Anteil der innerhalb von 48 Stunden bearbeiteten Anträge für Schweizer Ausweisschriften (Pass und Identitätskarte)	100 %	100 %	100 %	> 98 %	99 %	
Fehlerfreie Bearbeitung der Anträge für Schweizer Ausweispapiere	Anteil korrekt erstellter Ausweispapiere	99 %	99 %	100 %	99 %	99 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'103'700			3'377'600	3'789'400	3'806'600
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			5'769'100			5'172'100	5'166'600	5'186'300
34 Finanzaufwand			5'000			5'000	5'000	5'000
36 Transferaufwand			12'165'000			11'915'000	12'015'000	11'615'000
3 Aufwand			21'042'800			20'469'700	20'976'000	20'612'900
42 Entgelte			3'541'000			3'461'000	3'461'000	3'461'000
43 Verschiedene Erträge			100			0	0	0
46 Transferertrag			18'512'000			17'825'000	17'945'000	17'445'000
4 Ertrag			22'053'100			21'286'000	21'406'000	20'906'000
Globalbudget			-1'010'300			-816'300	-430'000	-293'100
Total			-1'010'300			-816'300	-430'000	-293'100

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Im Personalaufwand ist ein leichter Anstieg geplant, da zusätzliche Bundesaufgaben hinzukommen, die über die nächsten Jahre definiert sind. Der Sach- und Betriebsaufwand wird zukünftig tiefer voranschlagt, da die Umbaumaassnahmen und Anschaffungen im Amt abgeschlossen sind. Die Transferaufwandseite ist relativ konstant, wogegen der Transferertrag, primär wegen sinkenden Bundesbeiträgen für die Nothilfe, einen kontinuierlichen Rückgang verzeichnet. Grundsätzlich ist das gesamte Gefüge des Asylbereiches sehr volatil und durch nationale sowie internationale politische Entscheidungen beeinflusst.



Grundauftrag

- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Vollzug der Arbeitslosenversicherung, Sicherstellung des Ersatzeinkommens und Wiedereingliederung der Stellensuchenden.
- Aufsicht über die private Arbeitsvermittlung und den Personalverleih.
- Zulassung und Steuerung der Erwerbstätigkeit von Ausländern, Beobachtung und Überwachung des Arbeitsmarktes sowie Bekämpfung der Schwarzarbeit.
- Arbeitsbedingungen: Sicherstellung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Aufsicht über die Heimarbeit und Arbeit während Sonn- und Feiertagen.
- Gewerbeaufsicht: Aufsicht über Lotterien, Casino, Spiele, Preisbekanntgabe, Konsumkredit, Gastgewerbe, Risikosportarten, Pfandleihe sowie Zulassung von Handelsreisenden.
- Eichwesen: Vollzug des Bundesgesetzes über das Messwesen.



Umfeldanalyse

- Die Aufgaben der Arbeitslosenversicherung sowie der öffentlichen Arbeitsvermittlung richten sich nach der Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen und Stellensuchenden.
- 2016 wird eine leicht höhere Arbeitslosigkeit erwartet, was bei den RAV sowie der Arbeitslosenkasse mit einem Personalaufbau verbunden sein kann.
- Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wird revidiert mit dem Ziel, diese effektiver bekämpfen zu können.
- Mit der Leistungsvereinbarung erhöht die Eidg. Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) die Zahl der ASA-Systemkontrollen durch das Arbeitsinspektorat.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Ein wirkungsvoller Vollzug der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Stellenvermittlung ist primär im Interesse einer gut funktionierenden Volkswirtschaft. Dieser Vollzugsbereich wird durch eine Leistungsvereinbarung mit dem Bund (WBF) gesteuert. Es ist daher wichtig, dass der Kanton Schwyz im interkantonalen Benchmark über dem schweizerischen Durchschnitt liegt.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	52.3	52.2	50.0	47.2	46.3	46.7	46.7
Arbeitslosenquote Schweiz Durchschnitt	%	3.9	3.1	2.9	3.2	3.2	3.3	3.4
Arbeitslosenquote Schwyz Durchschnitt	%	2.3	1.6	1.3	1.5	1.6	1.7	1.8
Arbeitslose / Jahresdurchschnitt	Anzahl	1'651	1'170	1'098	1'261	1'344	1'440	1'500
Stellensuchende / Jahresdurchschnitt	Anzahl	2'564	1'985	1'838	2'034	2'138	2'250	2'400

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Zusammenarbeit RAV - Sozialhilfe Beginn Anfang Juni 2015 / Ende Dezember 2017	Gestützt auf das Konzept "Zusammenarbeit RAV - Sozialhilfe" werden ab 1. Juni 2015 Stellensuchende ohne Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung (Sozialhilfebezüger) als Dienstleistung für die Gemeinden vermittelt. Es geht nun darum, die Wirkung der Vermittlungs- und Integrationstätigkeit zu messen und auszuweisen.	n Die Datenerfassung erfolgt über die Wirkungsmessung im Rahmen der Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).
Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz Anfang Januar 2015 / Ende Dezember 2018	Das SECO hat das Thema "Psychosoziale Risiken" am Arbeitsplatz als Vollzugsschwerpunkt im Bereich der Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Arbeitsgesetz, Unfallversicherungsgesetz usw.) bis Ende 2018 festgelegt. Mit verschiedenen Massnahmen soll deren Prävention verstärkt werden.	

Arbeitslosenversicherung / Stellenvermittlung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	Die Wirkungswerte gemäss Vereinbarung WBF (Dauer der Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Aussteuerungen, Wiederanmeldung der Stellensuchenden) sind über dem schweizerischen Durchschnitt (= 100 %).	108 %	114 %	107 %	> 100 %	> 100 %
Effiziente Arbeitslosenkasse	Leistungspunkte pro Vollzeitstelle gemäss Leistungsvereinbarung mit WBF sind über dem schweizerischen Durchschnitt (= 100 %)	122.5 %	133 %	117,7 %	> 100 %	> 100 %
Tiefe Fehlerquote bei der Bearbeitung der Stellensuchendendossiers der RAV; Vermeidung Haftungsfälle	Anzahl Haftungsfälle der durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) geprüften Stellensuchendendossiers der RAV	0	0	0	< 6	< 6

Arbeitsmarkt

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Abt. Arbeitsmarkt

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zuteilung der vom Bundesrat festgelegten Ausländerkontingente für Drittstaatsangehörige nach volkswirtschaftlichen Prioritäten	Anteil der durch das Staatssekretariat für Migration gutgeheissener Bewilligungsanträge	95.8 %	100 %	100 %	> 80 %	> 80 %
Zeitgerechte Bearbeitung der Gesuche für die Bewilligung zur privaten Arbeitsvermittlung oder zum Personalverleih	Anteil der innerhalb von 10 Tagen bearbeiteten Gesuche nach Vorliegen der erforderlichen Unterlagen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Erfüllung des in der Leistungsvereinbarung mit dem WBF festgelegten Umfangs der Inspektionstätigkeit im Rahmen der flankierenden Massnahmen (Entsendegesetz)	Anzahl Personen- und Betriebskontrollen gemäss Leistungsvereinbarung WBF	284	263	252	> 260	> 260
Erfüllung des in der Leistungsvereinbarung mit dem WBF festgelegten Umfangs der Inspektionstätigkeit zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	Anzahl Personen- und Betriebskontrollen gemäss Leistungsvereinbarung WBF	226	232	226	> 223	> 223

Arbeitsbedingungen

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Arbeitsinspektorat

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Prävention von Arbeitsunfällen und Sicherstellung des Gesundheitsschutzes der Mitarbeitenden in den Betrieben	Anzahl Betriebskontrollen	32	34	36	> 30	> 198
Fristgerechter Vollzug der Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren	Anzahl berechnete Mahnungen infolge Terminüberschreitung	0	0	0	0	0
Fristgerechte Bewilligungspraxis im Bereich Arbeitszeitbewilligungen und Vollzug der Verordnung über die öffentlichen Ruhetage	Anteil der fristgerecht erledigten Anträge	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %



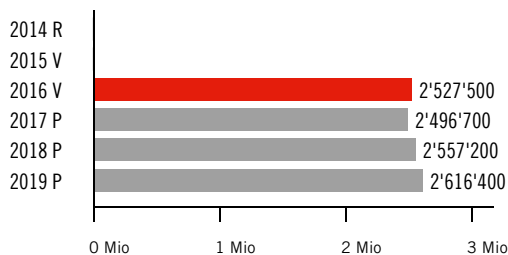
Ab 2015 gilt eine neue Leistungsvereinbarung mit der EKAS. Die Anzahl Kontrollen soll gesteigert werden.

Eichwesen

Verantwortung: Leiter Arbeitsinspektorat / Stellvertretung: Eichmeister


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfüllung der Zielvorgaben vom Bundesamt für Metrologie (METAS)	Anteil der erfüllten Ziele (z.B. Kontrollen der Zapfsäulen von Tankstellen)	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			5'416'800			5'552'700	5'580'300	5'608'700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			995'400			881'700	884'200	884'200
36 Transferaufwand			1'939'000			1'959'000	2'009'000	2'059'000
39 Interne Verrechnungen			53'200			53'200	53'200	53'200
3 Aufwand			8'404'400			8'446'600	8'526'700	8'605'100
42 Entgelte			545'400			538'900	538'900	538'400
46 Transferertrag			5'328'500			5'408'000	5'427'600	5'447'300
49 Interne Verrechnungen			3'000			3'000	3'000	3'000
4 Ertrag			5'876'900			5'949'900	5'969'500	5'988'700
Globalbudget			2'527'500			2'496'700	2'557'200	2'616'400
Total			2'527'500			2'496'700	2'557'200	2'616'400

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Veränderung der Erfolgsrechnung geht primär zu Lasten des gebundenen Beitrages des Kantons an die Arbeitslosenversicherung. Dabei ist die Zahl der Arbeitslosen (Taggeldausszahlungen) sowie die Zahl der Erwerbstätigen (an die ALV beitragspflichtige Lohnsumme) massgeblich (Art. 92 Abs. 7 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung - AVIG). Mit der Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in der Schweiz nimmt der Beitrag zu, der mehr als 70% des gesamten Globalbudgets des Amtes für Arbeit einnimmt.



Grundauftrag

- Umsetzung der agrarpolitischen Massnahmen
- Verbesserung der Strukturen der Landwirtschaft
- Begleitung der Landwirtschaft mit Beratungs- und Weiterbildungsangeboten



Umfeldanalyse

- Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen des Bundes werden spätestens auf den 1. Januar 2018 revidiert.
- Die angespannte Finanzlage des Bundes und des Kantons haben eine direkte Auswirkung auf den Umfang der agrarpolitischen Unterstützungsmassnahmen.
- Das ändernde Marktumfeld (Preisdruck, Frankenkurs) erfordert bei den Landwirtschaftsbetrieben eine verbesserte Kosteneffizienz und weitere Steigerung der Produktivität.
- Der haushälterische Umgang mit dem Kulturland ist aufgrund der anhaltenden Entwicklung die zentrale Herausforderung der Raumplanung.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Zusammen mit dem Bundesamt für Landwirtschaft laufen derzeit in verschiedenen Arbeitsgruppen Abklärungen zur Eindämmung des administrativen Aufwands für die Landwirtschaftsbetriebe und die Kantone. Das Amt für Landwirtschaft setzt sich dafür ein, dass wesentliche administrative Entlastungen realisiert werden.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	27.2	26.2	26.6	26.7	26.4	26.5	26.0
Direktzahlungsberechtigte Betriebe	Anzahl	1577	1562	1545	1529	1515	1500	1500
Total landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	23'977	23'961	23'872	23'870	24'000	24'000	24'000
Biodiversitätsförderflächen	%	15.1	15.4	15.8	16.3	17.0	17.0	17.0
Wartedauer für Investitionsbeiträge	Jahr	5	5	6	6	6	5	5
Erteilte Unterrichtslektionen	Std.	1677	1508	1440	1764	1953	1455	1455

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Ressourcenprojekt Ammoniak Beginn 2010 / Ende Dezember 2015	Das Ziel dieses Projekts ist es, die Ammoniakemissionen zu vermindern, die Stickstoff-Effizienz zu steigern und die Geruchsemission zu reduzieren. Mit geeigneten Massnahmen (z.B. Einsatz von Schleppschräuchen beim Gülleaustrag) soll dieses Ziel mit finanziellen Anreizen auf freiwilliger Basis erreicht werden.	a
Wertschöpfung im ländlichen Raum des Kantons SZ Beginn Januar 2009 / Ende Dezember 2018	Das Projekt Wertschöpfung SZ hat zum Ziel, regional ausgerichtete Aktivitäten zu fördern. Damit soll die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaftsbetriebe verbessert werden. Im Zentrum stehen dabei die Landwirtschaft, lebensmittelverarbeitende Betriebe sowie Exporte von Gütern und Dienstleistungen über die Region hinaus.	
Umsetzung der neuen Agrarpolitik Beginn Januar 2014 / Ende Dezember 2017	Mit einer Reihe neuer Massnahmen im Rahmen der Agrarpolitik 2014-17 sollen die definierten Ziele in den Bereichen natürliche Lebensgrundlagen, Kulturlandschaft und Tierwohl noch besser erreicht werden. Dies erfordert eine Reorganisation der administrativen Abläufe und eine Erweiterung der Instrumente. Mit der projektartigen Bearbeitung soll die korrekte Umsetzung der Massnahmen gesichert werden.	
Produktivitätssteigerung und Kostensenkung Beginn 2016 / Ende 2020	Das Ziel des Projekts ist es, die beiden wichtigsten Kostenfaktoren der Schwyzer Landwirtschaft (Gebäude und Maschinen) durch Restriktionen bei der Vergabe von Investitionshilfen und durch begleitende Beratungsmassnahmen zu senken und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.	n

Agrarmassnahmen und Bodenrecht

Verantwortung: Leiter Abteilung Agrarmassnahmen und Bodenrecht / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Korrekte und termingerechte Beiträge an die Landwirtschaftsbetriebe leisten	Anteil der korrekten Zahlungen bis 12. Juli, 5. November und 12. Dezember	99 %	99 %	99 %	> 98 %	98 %
Genügend Lagervolumen für Hofdünger, ausgeglichene Nährstoffkreisläufe und Mindestabstände durchsetzen	Anteil der Betriebe mit genügend Lagervolumen für Hofdünger, gültigen Nährstoffbilanzen und eingehaltenen Mindestabständen	100 %	100 %	100 %	> 98 %	98 %
Entscheide betreffend das bäuerliche Boden- und Pachtrecht termingerecht behandeln	Anteil der Entscheide mit Behandlungsfrist innert fünf Wochen	70 %	70 %	70 %	> 75 %	75 %
Leistungsauftrag mit den kantonalen Zuchtorganisationen erfüllen	Anzahl übermittelte Fehler zu Anzahl eingereichter Tierhalterlisten	1 %	0 %	0 %	< 2 %	2 %
Die Leistungen der Landwirtschaft bezüglich Biodiversität und vielfältiger Kulturlandschaften werden gesteigert	Zunahme der Leistungen gegenüber Vorjahr			42 %	5 %	5 %

Strukturverbesserungen

Verantwortung: Leiter Abteilung Strukturverbesserungen / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Strukturverbesserungen

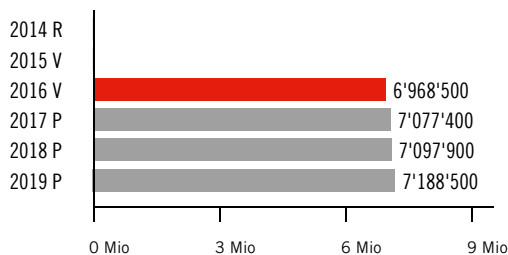
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Gesuche für Investitionshilfen und Antragsstellung an die zuständigen Stellen termingerecht bearbeiten	Anteil der Gesuche mit termingerechter Antragstellung bis 15. Oktober	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Rückzahlungen von Investitionskrediten und Betriebshilfen korrekt und termingerecht einfordern	Rückzahlungen im Verhältnis zu den ausstehenden Rückzahlungen	100 %	100 %	100 %	> 99 %	99 %
Infrastruktur "Güter-, Alp- und Bewirtschaftungswege" für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung sicherstellen	Anzahl km/Jahr betreffend die Erneuerung oder periodische Wiederinstandstellung des Wegnetzes (Ziel: 1/25 der 500 km landwirtschaftlichen Wege)	26.3	25.5	25.4	20	20
Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Baugesuchen termingerecht behandeln	Anteil der behandelten Stellungnahmen bis einen Tag vor der massgebenden Koordinationssitzung (circa 30 Tage)	92 %	93 %	92 %	> 90 %	90 %
Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Baugesuchen korrekt behandeln	Anteil letztinstanzlich gutgeheissener Beschwerden gegen Entscheide	0 %	0 %	0 %	< 3 %	3 %

Beratung und Weiterbildung

Verantwortung: Leiter Abteilung Beratung und Weiterbildung / Stellvertretung: Stv. Leiter Abteilung Beratung und Weiterbildung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Kundengerechte Weiterbildung anbieten	Anteil durchgeführte Kurse zur Anzahl angebotener Kurse	65 %	68 %	87 %	> 75 %	75 %
Kundengerechte Beratungen erbringen	Einnahmen aus Beratungsleistungen in Franken	77'340	90'532	87'983	> 80'000	80'000
Stufengerechter Unterricht in der Grundbildung und der strukturierten Weiterbildung von Landwirten erteilen	Externe Beurteilung durch Leiter Grundbildung BBZP (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0
Finanzier- und Tragbarkeit landwirtschaftlicher Hochbauvorhaben überprüfen	Anteil der behandelten Berechnungen innert 30 Tagen		90 %	100 %	> 90 %	90 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'617'100			3'635'000	3'653'300	3'670'600
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			324'800			402'800	335'800	346'100
36 Transferaufwand			4'146'800			4'158'800	4'227'000	4'289'000
37 Durchlaufende Beiträge			83'500'000			83'500'000	83'500'000	83'500'000
3 Aufwand			91'588'700			91'696'600	91'716'100	91'805'700
42 Entgelte			861'000			860'000	859'000	858'000
43 Verschiedene Erträge			19'200			19'200	19'200	19'200
46 Transferertrag			25'000			25'000	25'000	25'000
47 Durchlaufende Beiträge			83'500'000			83'500'000	83'500'000	83'500'000
49 Interne Verrechnungen			215'000			215'000	215'000	215'000
4 Ertrag			84'620'200			84'619'200	84'618'200	84'617'200
Globalbudget			6'968'500			7'077'400	7'097'900	7'188'500
Total			6'968'500			7'077'400	7'097'900	7'188'500

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

EDV-Programm: Mehrkosten im 2017 für interaktiven Datenaustausch zwischen dem Geoinformationssystem (GIS) und Beitragsprogramm Agricola.

Zusatzkosten für Mehrleistungen der Landwirtschaft im Bereich Vernetzung und Landschaftsqualität.

Geringere Entschädigung für Projekt- und Bauleitung.

Der 3. Lehrlingskurs wird nicht mehr doppelt geführt, weshalb die Entschädigung für die Lehrtätigkeit tiefer ausfällt.

Mit der Umstellung auf HRM2 werden durchlaufende Investitionsbeiträge neu über die Erfolgsrechnung statt über die Investitionsrechnung verbucht.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Das Bildungsdepartement ist herausgefordert, trotz steigender gebundener Kosten im Bereich Hochschulen (Mengenausweitung bei Angeboten und Studierenden) sowie der Höheren Berufsbildung (steigende Tarife) mit praktisch unveränderten Budgets die hohe Ausbildungsqualität auf allen Stufen aufrecht erhalten zu können. Innerhalb der departementsintern erarbeiteten Bildungsstrategie soll mittels gezielter Prioritätensetzung und Mittelallokation die Qualität und der Umfang des Bildungsangebots weiterentwickelt werden. Im Bereich der Volksschulen soll der auf dem Lehrplan 21 basierende Schwyzer Lehrplan auf das Schuljahr 2017/18 eingeführt werden. Auf diesen Zeitpunkt hin soll auch die vom Erziehungsrat beschlossene ICT-Strategie konkretisiert werden. Zudem sind bei der Sonderpädagogik langfristige Lösungen zur Beschulung verhaltensauffälliger, normalbegabter Kinder/Jugendlicher zu erarbeiten. Im Bereich Berufsbildung soll der Zugang zu den Informationen betreffend duale berufliche Grundbildung adressatengerechter gestaltet werden. Zu prüfen ist, ob und inwiefern die Gesetzgebung betreffend Ausbildungsbeiträge überarbeitet werden soll. Bei den Berufsfachschulen liegt der Fokus auf der Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen bzw. der Rahmenlehrpläne Berufsmaturität. Bei den Mittelschulen steht die Weiterentwicklung der Qualitätssysteme und damit der Studierfähigkeit im Vordergrund. Für den Standort Pfäffikon der Kantonsschule Ausserschwyz soll mit dem Hochbauamt die Planung und Umsetzung des Neubaus vorangetrieben werden. Im Bereich Hochschulen ist der bedarfsgerechte Weiterauf- und -ausbau der Pädagogischen Hochschule Schwyz (PHSZ) zu definieren. Beim Amt für Kultur liegt der Fokus auf der Reorganisation der kantonalen Denkmalpflege bzw. der Überarbeitung des entsprechenden gesetzlichen Auftrags sowie bei der Einführung einer neuen Archivsoftware zur Langzeitarchivierung digitaler Daten.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
13	Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften sicherstellen	- Laufbahnplanung für Abgänger der Berufsfachschulen - Projekt Berufliche Eignungsabklärung von Flüchtlingen - Ziele in der Produktgruppe Beratung	Amt für Berufs- und Studienberatung
		- Projekt Umsetzung Berufsreformen - Projekt Ausbildungsplätze für Leistungsstarke - Ziele in den Produktgruppen	Amt für Berufsbildung
		- Projekt Umsetzung neuer Rahmenlehrplan Berufsmatura - Ziele in der Produktgruppe Ausbildung	Berufsbildungszentrum Goldau
		- Projekt Beschulung neuer Berufe am Berufsbildungszentrum Pfäffikon - Projekt Umsetzung neuer Rahmenlehrplan Berufsmaturität 2 - Ziele in der Produktgruppe Ausbildung	Berufsbildungszentrum Pfäffikon
		- Projekt Umsetzung neuer Rahmenlehrplan für Berufsmatura - Ziele in der Produktgruppe Ausbildung	Kaufmännische Berufsschule Lachen
		- Projekt Reform M-Profil - Ziele der Produktgruppe Ausbildung	Kaufmännische Berufsschule Schwyz
14	Pädagogische Hochschule Schwyz aufbauen und etablieren	- Mitwirkung beim Wiederaufbau bzw. der weiteren Profilierung der PHSZ - Ziele in der Produktgruppe Hochschule	Amt für Mittel- und Hochschulen

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Gesetz über den Natur- und Heimatschutz und die Erhaltung von Altertümern und Kunstdenkmälern	■	■	◆	◆	●			



Grundauftrag

- Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Bildungsdepartements und besorgt die allgemeinen Geschäfte des Departements sowie weitere ihm übertragene Aufgaben.
- Beratung und Aufbereitung der Geschäfte sowie juristischer Support des Departementvorstehers.
- Mitarbeit bei Erlass von Verfügungen, Mitberichten und Vernehmlassungen.
- Mitarbeit beim Erlass und bei Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.
- Planung und Koordination der Departementsaufgaben, Erledigung der Administration.
- Führung des Sekretariats für den Erziehungsrat.



Umfeldanalyse

- Die angespannte Lage bei den Kantonsfinanzen birgt das Risiko in sich, dass künftig noch stärker auch im Bereich Bildung gespart werden muss.
- Insgesamt geht die Entwicklung im Bereich Bildungspolitik stärker in Richtung Konsolidierung; grössere innovative Projekte sind nicht zu erwarten.
- Die Konsolidierung gilt auch für den Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit, in welchem mit dem Projekt Lehrplan 21 ein Meilenstein abgeschlossen werden konnte.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Innerhalb der departementsintern erarbeiteten Bildungsstrategie wird es darum gehen, mittels gezielter Prioritätensetzung und Mittelallokation die Qualität und den Umfang des Bildungsangebots weiterentwickeln zu können.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Beantwortete parlamentarische Vorstösse	Anzahl							
Berichte und Anträge an den Kantonsrat	Anzahl							

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Bildungsstrategie Kanton Schwyz Beginn Juni 2014 / Ende Oktober 2015	Das Bildungsdepartement erarbeitet die mittel- und langfristig zu erreichenden Stossrichtungen und Ziele im Bildungswesen des Kantons Schwyz (unter Einbezug der diversen externen Partner). Daraus folgt eine greif- und umsetzbare Strategie, welche bis auf Stufe Massnahmen konkretisiert wird.	a

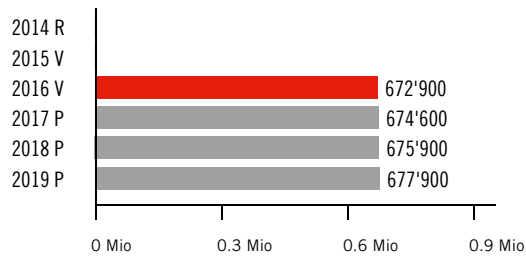
Leistungsorientierte Steuerungsgrössen

Führungsunterstützung und Support

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Zufriedenheit des Departementvorstehers	Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	4	> 4	4
Mitberichte / Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.	Anteil termingerechte Mitberichte / Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Eingehaltene Fristen bei politischen Vorstössen.	Anteil der termingerecht erledigten politischen Vorstösse	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Fristgerechte Zustellung der Unterlagen für die Sitzungen des Erziehungsrats.	Sämtliche Sitzungsunterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung versandt	98 %	98 %	94 %	95 %	95 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			351'500			353'200	354'500	356'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			79'500			79'500	79'500	79'500
36 Transferaufwand			265'900			265'900	265'900	265'900
3 Aufwand			696'900			698'600	699'900	701'900
42 Entgelte			24'000			24'000	24'000	24'000
4 Ertrag			24'000			24'000	24'000	24'000
Globalbudget			672'900			674'600	675'900	677'900
Total			672'900			674'600	675'900	677'900

Voranschlagskredit 



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Aufgrund der erwähnten Konsolidierung (primär im Bereich interkantonalen Schulkoordination) bleiben der Voranschlag 2016 sowie die Finanzplanjahre hinter dem Globalbudget der Staatsrechnung 2014 zurück.



Grundauftrag

- Sicherstellung der Schulqualität, kantonale Schulentwicklung betreiben und lokale Schulentwicklung begleiten.
- Begleitung und Beaufsichtigung der strategischen und operativen Schulführungen, Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.
- Regelung der Schul- und Unterrichtsorganisation (z.B. Lehrplan, Lektionentafel, Lehrmittel und Weiterbildung).
- Beratung, Unterstützung und Bereitstellen von Dienstleistungen in den Bereichen Schulpsychologie, Logopädie und Sonderpädagogik sowie von Angeboten im Sonderschulbereich.
- m** Die Logopädie wurde bisher nicht explizit erwähnt, ist jedoch eine zentrale Aufgabe
- Förderung des Schul-, Vereins- und Breitensports.
- Strategische Führung der kantonalen Heilpädagogischen Zentren.
- Aufsicht über den obligatorischen Turn- und Sportunterricht an den Schulen.
- e** braucht keine separate Erwähnung; ist im Schulcontrollingauftrag enthalten



Umfeldanalyse

- Die gesellschaftlichen Entwicklungen führen im finanzstarken äusseren Kantonsteil zunehmend zu einer Konkurrenzsituation der Volksschule mit den Privatschulen.
- Demgegenüber sehen sich im inneren Kantonsteil zahlreiche Klein- und Kleinstschulen mit rückläufigen Schülerzahlen konfrontiert.
- Integrative Förderung: Die Integration von Kindern mit speziellem Förderungsbedarf stellt die Volksschule, insbesondere auf SEK-I-Stufe vor grosse Herausforderungen.
- Die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) hat den Lehrplan 21 (LP21) zur Umsetzung in den Kantonen freigegeben.
- Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) und Medien: Die Entwicklung in diesem Bereich ist rasant und betrifft auch den Volksschulbereich.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Bezugnehmend auf die gesellschaftlichen Unterschiede werden vergleichbare und qualitativ hochstehende Schulbedingungen sichergestellt.

Im Sonderschulbereich werden die Massnahmen aufgrund der Fokusevaluation Sonderpädagogik festgelegt und priorisiert.

Die Einführung des LP 21 wird vorangetrieben.

Im Bereich ICT ist die vom Erziehungsrat beschlossene Strategie weiter zu konkretisieren.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	61.3	55.6	55.0	55.1	55.1	53.3	53.3
Schüler gem. Volksschulstatistik	Anzahl				16 372	16 279	16 180	16 080
Schüler gem. Sonderschulstatistik	Anzahl				419	400	400	400
Anteil Sonderschüler	%				2.56	2.46	2.38	2.38
Lehrpersonen mit definitiver Lehrbewilligung	%					86	85	85

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Rückzug aus Projekt schuldatenverwaltung.sz Beginn Mai 2014 / Ende August 2016	Geordneter Rückzug aus dem gescheiterten Projekt "schuldatenverwaltung.sz" mit Rückbau und eventuellen Ersatzlösungen für die gescheiterten Softwareapplikationen. Sicherung der Daten.	
Einführung Lehrplan 21 Beginn April 2015 / Ende August 2018	Planung, Einführung und Umsetzung des Lehrplans 21 für die Volksschule Kanton Schwyz. Gestaffelte Umsetzung auf Schuljahr 2017/18 für die Primar- und Schuljahr 2018/19 für die Sekundarstufe I.	n Projekt mit Vernehmlassung zur Umsetzung neu gestartet.

Qualitätssicherung Volksschulbildung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Abteilungsleitungen

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sicherstellung der allgemeinen Schulqualität	Anteil der evaluierten Schuleinheiten		18.4 %	24.8 %	20 %		⚠ Muss künftig neu definiert werden, da die zyklischen Schulevaluationen aufgrund der Neuorganisation des Schulcontrollings nicht aufrechterhalten werden.
Einhaltung der kantonalen Vorgaben	Flächendeckende Stundenplankontrolle, Kontrolle der Poolstunden und des Pensenspools für das sonderpädagogische Angebot bei allen Schulträgern	100 %	95 %	100 %	100 %	100 %	
Sicherstellung eines hohen schulischen Leistungsniveaus	Beteiligungsquote an schulischen Leistungsmessungen Stellwerk 8/9 und Klassencockpit	91 %	92 %	100 %	> 90 %	> 95 %	ⓘ Standardwert wurde erhöht.
Sicherstellung eines hohen schulischen Leistungsniveaus	In den schulischen Leistungsmessungen erreichtes Ergebnis, gemessen an den Ergebnissen der Referenzgruppe (100%)	100 %	102.5 %	104.1 %	> 95 %	> 95 %	

Rahmenbedingungen für die Volksschule

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Abteilungsleitungen

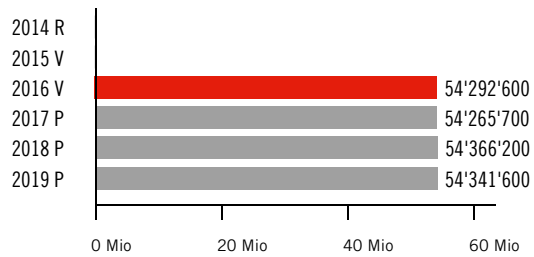
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Qualitätssicherung Lehrkörper	Anteil stufengerecht ausgebildeter Lehrpersonen an der Volksschule mit Lehrbewilligungen	85.6 %	86 %	86 %	> 85 %	> 85 %	
Sicherstellung einer adäquaten sonderpädagogischen Förderung	Anzahl durchgeführter schulpsychologischer Abklärungen im Verlaufe des Schuljahres im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler/innen	11.8 %	11.7 %	11.8 %	< 11 %	< 11 %	
Sicherstellung einer adäquaten Infrastruktur im Schulbereich	Anteil der fristgerechten Prüfungen eingereichter Bauunterlagen für Schulanlagen	67 %	91 %	100 %	100 %	100 %	

Sport

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Abteilung Sport


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sicherstellen gut ausgebildeter Leiter/innen in den Jugend- und Sportvereinen / -verbänden	Anzahl durchgeführter kantonaler und regionaler Leiteraus- und -fortbildungskurse	33	31	34	> 30	> 30	
Förderung eines qualitativ guten Schulsports und der körperlichen Leistungsfähigkeit der Jugendlichen	Prozentsatz der Schüler/innen, die im Schwyzer Sporttest die Zielwerte erreichen	89 %	88 %	80 %	90 %	90 %	
Optimale Förderung der Schwyzer Sport- und Jugendorganisationen	An Schwyzer Sport- und Jugendorganisationen ausgerichtete Unterstützungsbeiträge in Mio. Franken	2.12	2.09	3.48	> 2.00	> 2.00	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			7'670'100			7'707'500	7'744'100	7'782'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'092'900			966'000	1'029'900	966'900
36 Transferaufwand			54'096'800			54'096'400	54'096'400	54'096'400
39 Interne Verrechnungen			7'943'800			7'943'800	7'943'800	7'943'800
3 Aufwand			70'803'600			70'713'700	70'814'200	70'789'600
42 Entgelte			90'000			90'000	90'000	90'000
43 Verschiedene Erträge			627'000			627'000	627'000	627'000
46 Transferertrag			15'794'000			15'731'000	15'731'000	15'731'000
4 Ertrag			16'511'000			16'448'000	16'448'000	16'448'000
Globalbudget			54'292'600			54'265'700	54'366'200	54'341'600
Total			54'292'600			54'265'700	54'366'200	54'341'600

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 bleibt trotz deutlich steigender Beiträge an die Schülerpauschalen der Gemeinden und Bezirke (rund + 700 TCHF gegenüber Voranschlag 2015) insgesamt hinter dem Voranschlag 2015 zurück. Nebst geringeren Kosten im Bereich Sonderschulung zeichnen auch rückläufige Kosten für Reformprojekte dafür verantwortlich. Die bislang in der Investitionsrechnung verbuchten Beiträge an Schulanlagen von Gemeinden und Bezirken werden neu unter HRM2 direkt in der Erfolgsrechnung verbucht.



Grundauftrag

- Bildung, Förderung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung in der Tagesschule.
- Bildung, Förderung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung in der Integrierten Sonderschulung.



Umfeldanalyse

- Strukturierte Zusammenarbeit und regen Austausch zwischen Regelschule und Heilpäd. Zentrum sowie allen Beteiligten ist für die Integrierte Sonderschulung erforderlich.
- Anschlusslösungen in der Berufswelt sind für Sonderschüler zu wenig vorhanden. Die Berufswahl gestaltet sich schwierig. Die Triage-Funktion für austretende Schüler fehlt.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Ein wichtiger Entwicklungsschwerpunkt ist die Intensivierung der Kontakte mit den Schulleitungen der Integrierten Sonderschulung. Synergien wie auch Ressourcen sollen genutzt werden.

In der Ober- und Anschlussstufe werden Schülerinnen und Schüler neu in Bedürfnisgruppen eingeteilt. Damit soll die Förderung wie auch die Vorbereitung auf das Berufsleben optimiert werden.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen im Bereich Tagesschule	FTE	25.3	23.7	25.7	25.0	25.0	24.7	25.2
Vollzeitstellen im Bereich Integrierte Sonderschulung	FTE	10.1	12.6	12.1	11.3	11.1	11.2	11.6
Tagesschüler im Jahresdurchschnitt	Anzahl	50.8	47.7	52.2	51.0	49.8	48.0	48.0
Integrierte Sonderschüler im Jahresdurchschnitt	Anzahl	36.3	48.2	46.2	45.0	45.4	52.0	52.0

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Raumlösungen HZI Beginn Dezember 2014 / Ende August 2019	Erstellung des Raumprogramms, Klärung Standortfrage, Projektierung und Umsetzung des Neubaus am Standort Goldau.	
Sprachunterricht Beginn August 2014 / Ende August 2016	Das Fremdsprachenangebot soll mit dem Fach Englisch im Schuljahr 2014/2015 im Sinne eines Pilotversuchs eingeführt und zum Ende evaluiert werden. Aufgrund dieser Ergebnisse soll über eine ständige Implementierung entschieden werden.	m Inhalt angepasst und Endtermin um ein Jahr verlängert
Professionelle Elternarbeit Beginn August 2014 / Ende August 2016	Die Elternarbeit soll professionalisiert werden. Dazu gehört eine Bedürfnisabklärung und die Intensivierung der Kontakte.	
Einführung von Lerngruppen in allen Stufen Beginn 2013 / Ende August 2017	Die Lerngruppenarbeit wurde im Schuljahr 2013/2014 in der Unterstufe durch drei Lehrpersonen erfolgreich umgesetzt. In den folgenden Jahren sollen die Lerngruppen in den restlichen Stufen umgesetzt werden.	
Schülerportfolio Beginn 2014 / Ende 2016	Alle Schülerinnen und Schüler verfügen über ein Schülerportfolio. Nach diversen Weiterbildungen zum Thema Portfolio sucht sich jede Stufe geeignete Formen eines Schülerportfolios und setzt diese im Verlaufe des Schuljahres um.	n Es bestehen bereits Formen eines Portfolios - bis anhin wurde dies jedoch nicht in allen Klassen konsequent eingesetzt.

Tagesschule

Verantwortung: Gesamtleiterin / Stellvertretung: Teamleiterin (Gesamtleiter Stv.)

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung	Anteil durchgeführter jährlicher Schulischer Standortgespräche und vorliegender Förderberichte	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Angemessene therapeutische Förderung	Dokumentation der Therapieziele und deren Umfang für jede Schülerin und jeden Schüler	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung	Anteil individualisierter, laufend aktualisierter Unterrichtsdokumentationen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung	Anteil des päd.-therap. tätigen Personals mit definitiver Lehrbewilligung resp. Fachdiplom, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die päd.-therap. Förderung	90.71 %	78 %	80 %	>= 75 %	>= 75 %

Integrierte Sonderschulung

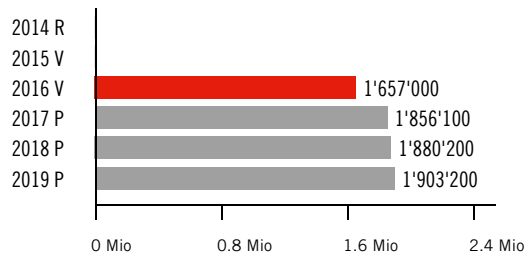
Verantwortung: Gesamtleiterin / Stellvertretung: Bereichsleiter Integrierte Sonderschulung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung	Anteil durchgeführter Schulischer Standort- und Evaluationsgespräche	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung	Aktualisierte Förderdiagnostische Journale	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung	Anteil des päd.-therap. tätigen Personals mit def. Lehrbewilligung resp. in Ausbildung, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die Integrierte Sonderschulung	93.2 %	89 %	74.3 %	>= 80 %	>= 80 %
Guter fachlicher Support der in der Integrierten Sonderschulung tätigen Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen	Anteil der an Interventionsgruppen teilnehmenden Heilpädagoginnen und -pädagogen					90 %




Die bis anhin geführte Zufriedenheitsanalyse der Lehrpersonen wird durch die Teilnahme an Interventionsgruppen ersetzt.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			4'776'000			4'975'200	4'999'300	5'022'300
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			549'900			549'800	549'800	549'800
3 Aufwand			5'325'900			5'525'000	5'549'100	5'572'100
42 Entgelte			67'800			67'800	67'800	67'800
43 Verschiedene Erträge			155'300			155'300	155'300	155'300
49 Interne Verrechnungen			3'445'800			3'445'800	3'445'800	3'445'800
4 Ertrag			3'668'900			3'668'900	3'668'900	3'668'900
Globalbudget			1'657'000			1'856'100	1'880'200	1'903'200
Total			1'657'000			1'856'100	1'880'200	1'903'200

Voranschlagskredit 



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget wird bei gleichbleibenden Schülerzahlen (jedoch mit Eintritt von Schülern mit hohem Betreuungsaufwand) gegenüber Rechnung 2014 (Fr. 1'932'016) um rund Fr. 275'000 unterschritten. Dies vor allem aufgrund höherer erwarteter Einnahmen aus Bezirks- und Gemeindebeiträgen.



Grundauftrag

- Bildung, Förderung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung in der Tagesschule.
- Bildung, Förderung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung in der Integrierten Sonderschulung.



Umfeldanalyse

- 40% der Sonderschüler sind im Rahmen von integrierter Sonderschulung in Regelklassen an ihren Wohnorten integriert.
- Wichtig ist dabei eine gute Zusammenarbeit zwischen Heilpädagogischem Zentrum (HZ) und operativen Personen der Schulträger.
- Es besteht nach wie vor ein Mangel an geeigneten Plätzen für austretende Sonderschüler, welche nicht in die Arbeitswelt integrierbar sind.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Kernaufgabe ist die Netzerkennung in zwei Bereichen:

1. Sicherstellung und Weiterführung der Kontakte mit Vertretern der Regelschulen in den Gemeinden/Bezirken zum Thema "Optimierung der Zusammenarbeit für die gemeinsam geführten Sonderschüler in der Integration".
2. Austausch mit Personen aus kantonalen Ämtern und Behinderteninstitutionen zum Thema "Beschäftigung von Schulabtreitenden".

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen im Bereich Tagesschule	FTE	40.0	40.2	39.4	39.3	38.8	38.5	39.0
Vollzeitstellen im Bereich Integrierte Sonderschulung	FTE	11.2	10.7	11.5	11.4	10.7	10.6	11.1
Tagesschüler im Jahresdurchschnitt	Anzahl	80	76	71	73	74	77	76
Integrierte Sonderschüler im Jahresdurchschnitt	Anzahl	40	39	45	45	41	39	44

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Schulentwicklung 2013-2016 - Schulqualität Beginn August 2013 / Ende Juli 2016	Erarbeiten eines Konzeptes zur Erhöhung der Schulqualität mittels Schaffung einer Projektgruppe.	
Weiterbildungsportfolio Beginn August 2015 / Ende Juli 2017	Entwicklung und Einführung eines Portfolios für alle Mitarbeitenden zur Orientierung, Reflexion und Evaluation der eigenen Weiterbildungsplanung, sowie als Sammlung und Weiterbildungsausweis.	n


Tagesschule

Verantwortung: Gesamtleiter / Stellvertretung: Teamleiter (Gesamtleiter Stv.)

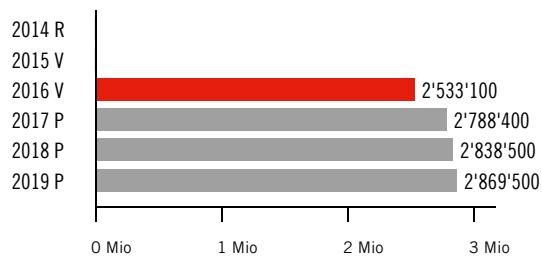
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung	Jährliche schulische Standort- und Evaluationsgespräche für jede Schülerin und jeden Schüler durchgeführt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Angemessene therapeutische Förderung	Dokumentation der Therapieziele und Umfang für jede Schülerin und jeden Schüler erstellt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung	Individualisierte Unterrichtsdokumentation für jede Schülerin und jeden Schüler laufend aktualisiert	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung	Anteil des päd.-therap. tätigen Personals mit definitiver Lehrbewilligung resp. Fachdiplom, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die päd.-therap. Förderung	90.3 %	91.4 %	93.2 %	>= 85 %	>= 85 %	

Integrierte Sonderschulung

Verantwortung: Gesamtleiter / Stellvertretung: Bereichsleiter Integrierte Sonderschulung


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung	Jährliche Schulische Standort- und Evaluationsgespräche für jede Schülerin und jeden Schüler durchgeführt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung	Förderdiagnostisches Journal für jede Schülerin und jeden Schüler laufend aktualisiert	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung	Anteil des päd.-therap. tätigen Personals mit definitiver Lehrbewilligung resp. in Ausbildung, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die Integrierte Sonderschulung	74.9 %	80.7 %	74.1	>= 75 %	>= 75 %	
Guter fachlicher Support der in der Integrierten Sonderschulung tätigen Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen	Anteil der an Interventionsgruppen teilnehmenden Heilpädagoginnen und -pädagogen					90 %	 Die bis zum Jahr 2014 geführte Zufriedenheitsanalyse der Heilpädagogen und Heilpädagoginnen wird durch die Teilnahme an Interventionsgruppen ersetzt.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			6'426'900			6'687'200	6'721'000	6'753'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			911'200			906'200	922'500	921'500
3 Aufwand			7'338'100			7'593'400	7'643'500	7'674'500
42 Entgelte			95'000			95'000	95'000	95'000
43 Verschiedene Erträge			212'000			212'000	212'000	212'000
49 Interne Verrechnungen			4'498'000			4'498'000	4'498'000	4'498'000
4 Ertrag			4'805'000			4'805'000	4'805'000	4'805'000
Globalbudget			2'533'100			2'788'400	2'838'500	2'869'500
Total			2'533'100			2'788'400	2'838'500	2'869'500

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget wird, bei steigenden Schülerzahlen, gegenüber Rechnung 2014 (Fr. 2'737'417.-) um rund Fr. 200'000.- unterschritten. Dafür zeichnen insbesondere erwartete höhere Bezirks- und Gemeindebeiträge verantwortlich.



Grundauftrag

- Vollzug der Mittelschulgesetzgebung und Überwachung der gesetzlichen Bestimmungen; Stabstelle in allen Bereichen der Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe II.
- Koordination und Aufsicht über die Aufnahme- und Abschlussprüfungen an den Mittelschulen sowie Leitung der Maturitätskommission.
- Erstellen der Abschluss-Zeugnisse, Duplikate und Abschriften.
- Mitarbeit/Mitgliedschaft in Stabsgruppen oder Konkordatsräten vom Schweizerischen Hochschulrat, von Hochschulkonkordaten oder Stiftungen im Hochschulbereich.
- m** Ergänzung: Seit 2015 ist der Kanton Schwyz auch im Schweiz. Hochschulrat vertreten.
- Koordination und Auskunftstelle für Ausbildungen an Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen) sowie für die Beitragszahlungen.
- Vollzug der Hochschulgesetzgebung insbesondere im Bereich der Pädagogischen Hochschule Schwyz (Verbindungsstelle zwischen Hochschulrat, Rektorat und Bildungsdepartement).



Umfeldanalyse

- Aus demografischen Gründen ist bis 2018 mit einem leichten Schülerrückgang an den Mittelschulen zu rechnen.
- Im Hochschulbereich, insbesondere an den Fachhochschulen, ist mit einer leichten Steigerung der Studierenden zu rechnen, dies gilt insbesondere auch für die PH Schwyz.
- Die gebundenen Kosten im Hochschulbereich werden daher zunehmen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Das Angebot der Fachmittelschule wird an der Kantonsschule Ausserschwyz aufbauend eingeführt. Das System der kantonalen Beiträge an die privaten Mittelschulen muss optimiert werden. Die Pädagogische Hochschule Schwyz hat ein bedarfsgerechtes Wachstum der Studierenden zu verzeichnen. Über die künftige Trägerschaft des Kantons Schwyz an der Hochschule Rapperswil muss politisch entschieden werden.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	3.1	3.0	2.9	3.0	3.0	3.0	3.0
Schüler an den Mittelschulen im Kanton (ohne Untergymnasium)	Anzahl	1766	1730	1673	1765	1656	1656	1650
Studierende an der PH Schwyz (Stichtag 15. Oktober)	Anzahl				277	319	350	350

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Beiträge an die privaten Mittelschulen Beginn Juni 2014 / Ende Dezember 2016	Das Berechnungssystem für die Beiträge an die privaten Mittelschulen soll überprüft und das bestehende Fehlanreizsystem eliminiert werden.	
Trägerschaft Hochschule Rapperswil Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2016	Die Trägerschaftsvereinbarung mit der Hochschule Rapperswil muss auf neue Grundlagen gestellt werden. Ein neuer Vereinbarungsentwurf liegt vor. Für den Kanton Schwyz stellt sich die Frage, ob er weiterhin in dieser Trägerschaft beteiligt sein möchte.	m Aktualisierung des Projekts. Die Weiterentwicklung der Fachhochschule Ostschweiz (FHO), mit welchem die Trägerschaft mit der Hochschule Rapperswil verknüpft war, wurde abgebrochen.

Mittelschulen

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Bereichsleiter Mittelschulen

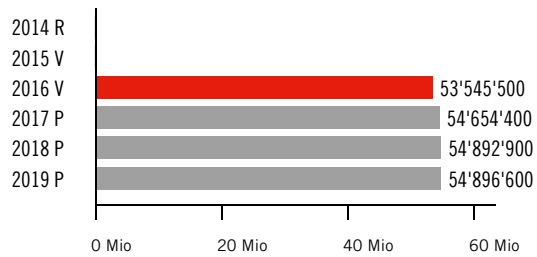
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Die Qualität an den Mittelschulen wird sowohl auf Ebene der Schulen wie auch schulübergreifend evaluiert und optimiert	Prozentsatz des Vorliegens von Berichten zur schulinternen Qualitätsentwicklung.	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Sachgerechte Koordination, Organisation und Durchführung der Abschlussprüfungen an den Mittelschulen	Prozentsatz unbeanstandeter Zeugnisse und Duplikate	98.1 %	99.8 %	100 %	> 95 %	> 95 %	

Hochschulen

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Bereichsleiterin Hochschulen

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Mitberichte und Entscheidungsgrundlagen werden termingerecht erstellt	Anteil termingerecht erstellter Unterlagen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Finanzielle Sicherung der Studiengänge für die Studierenden und fristgerechte Kontrolle der Abrechnungen.	Anteil der fristgerechten Beitragszahlungen (innert zwei Monaten)	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			567'000			559'000	560'500	563'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			82'800			23'000	21'800	23'000
36 Transferaufwand			52'961'300			54'136'400	54'375'400	54'380'400
3 Aufwand			53'611'100			54'718'400	54'957'700	54'966'900
42 Entgelte			65'600			64'000	64'800	70'300
4 Ertrag			65'600			64'000	64'800	70'300
Globalbudget			53'545'500			54'654'400	54'892'900	54'896'600
Total			53'545'500			54'654'400	54'892'900	54'896'600

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 bleibt gegenüber dem Voranschlag 2015 um rund 1 Mio. Franken tiefer, bzw. steigt gegenüber der Staatsrechnung 2014 lediglich um 0.5 Mio. Franken an. Dies trotz deutlich steigender (gebundener) Aufwände im Bereich der Hochschulen, inkl. Pädagogische Hochschule Schwyz. Diese Mehrkosten werden weitgehend durch die im Voranschlagsjahr wirksamen gekürzten Beiträge an die privaten Mittelschulen kompensiert.



Grundauftrag

- Gymnasiale Matura: Die Kantonsschule Kollegium Schwyz (KKS) führt eine vierjährige Maturitätsschule. Sie bietet nach Bedarf Freikurse an.
- Handelsmittelschule (HMS): Die KKS bereitet Lernende in der HMS gemäss Bildungsverordnung auf das kaufmännische eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) und die Berufsmatura vor.



Umfeldanalyse

- Aufgrund der demografischen Entwicklung ist bis 2018 mit einem Schülerrückgang auf der gesamten Sekundarstufe II zu rechnen. Davon ist auch die Mittelschule betroffen.
- Dieser Schülerrückgang verschärft die Konkurrenzsituation mit den privaten Mittelschulen Theresianum Ingenbohl bzw. Gymnasium Immensee.
- Die angespannte Finanzlage des Kantons führt zu Restriktionen im Angebot.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Eine grosse Herausforderung stellen die sinkenden Schülerzahlen dar und damit verbunden eine Überprüfung des Kommunikationskonzepts. Das Qualitätssystem wird zeitgemäss ergänzt. Im Zentrum steht dabei die Qualität der gymnasialen Matura und der Berufsmatura.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen Verwaltung	FTE	22.3	22.8	21.5	21.8	21.7	21.9	21.7
Vollzeitstellen Lehrpersonen	FTE	38.9	38.6	39.8	39.5	37.8	38.9	36.0
Lernende	Anzahl		408	413	396	363	361	355
Geführte Klassen	Anzahl		20	20	20	19	19	18
Durchschnittliche Klassengrösse	Anzahl		20.4	20.7	19.8	19.1	19.0	19.7

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Anpassungen des Qualitätssystems Beginn Januar 2014 / Ende Dezember 2018	Anpassung des Qualitätssystems aufgrund der Resultate der Evaluation im Jahr 2013.	m Aufgrund umfangreicher Abklärungen um drei Jahre verlängert.
Umsetzung Sicherheitsdispositiv Beginn Januar 2014 / Ende Dezember 2015	Schulung der Angestellten aufgrund des erstellten Notfallkonzeptes und Durchführen einer entsprechenden Übung.	a
Anpassung Handelsmittelschule Beginn August 2015 / Ende Juli 2019	Umsetzung des nach Bildungsverordnung 2012 umgestalteten Lehrgangs beim ersten Klassenzug. Fortlaufende Einführung in jedem Jahrgang ab August 2015. Anerkennung des Lehrgangs.	
Anpassungen im ICT-Bereich Beginn Januar 2015 / Ende Dezember 2017	Migration zum neuen schulischen Rechenzentrum Innerschwyz. Aufbau einer ausreichenden W-LAN-Infrastruktur und Ersatz der veralteten Telefonanlage.	

Ausbildung

Verantwortung: Rektorin / Stellvertretung: Prorektor II

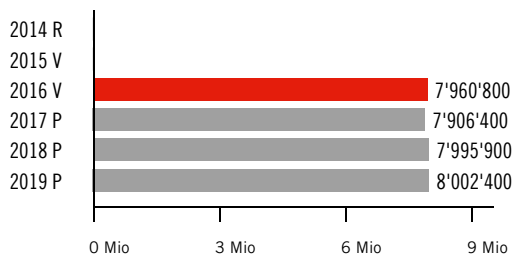
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfolgreiches Abschliessen der gymnasialen Maturität	Anteil erfolgreich bestandener Maturitätsprüfungen	90 %	100 %	100 %	90 %	90 %
Erfolgreicher Abschluss der Ausbildung zur Kauffrau/Kaufmann	Anteil der bestandenen eidg. Fähigkeitszeugnisse			94 %	85 %	85 %
Erfolgreicher Abschluss der Berufsmatura	Anteil der bestandenen Berufsmaturaprüfungen	100 %	100 %	94 %	90 %	90 %
Die KKS vermittelt einen anspruchsvollen Unterricht und schafft ein leistungsorientiertes und persönlichkeitsförderndes Lernumfeld	Anteil der Schülerschaft, die den Fachunterricht und die pädagogische Betreuung mit "sehr gut"/"gut" bewertet (Stichprobe)	91 %	85 %	89 %	> 80 %	> 80 %
Sinnvolle und kostenverträgliche Führung der Freikursangebote	Durchschnittliche Auslastung der Freikurse (Anzahl Schülerinnen und Schüler)	10.5	11	12.5	10	10

Betrieb / Infrastruktur

Verantwortung: Rektorin / Stellvertretung: Verwalter


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Die KKS verfügt über Räumlichkeiten und Einrichtungen, die ein positives Lern- und Arbeitsklima fördern	Stichprobenweise Befragung der Studierenden und der Lehrpersonen, Anteil positiver Antworten ("sehr gut" / "gut")	96 %	96 %	93 %	> 90 %	> 90 %
Hohe Zufriedenheit der Leistungseinkäufer im Bereich Raumpflege (Kantonale Verwaltung, Kaufmännische Berufsschule Schwyz)	Anteil der Leistungseinkäufer, die die Raumpflege mit "sehr gut"/"gut" bewerten (Stichprobe)	100 %	100 %	100 %	> 90 %	> 90 %
Nutzer von Sportanlagen / Aula / Foyer / Kirche sind mit der Infrastruktur zufrieden	Maximalzahl der Reklamationen	0	0	1	3	3
Kostenoptimierter Betrieb der Mensa	Deckungsbeitrag der Mensa (Personal und Lebensmittel)	88 %	85.4 %	88 %	90 %	90 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			7'973'900			8'012'100	8'032'200	8'072'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'937'300			1'779'900	1'861'000	1'828'700
34 Finanzaufwand			400			400	400	400
3 Aufwand			9'911'600			9'792'400	9'893'600	9'901'100
42 Entgelte			1'479'700			1'414'900	1'426'600	1'427'600
43 Verschiedene Erträge			3'100			3'100	3'100	3'100
44 Finanzertrag			46'700			46'700	46'700	46'700
46 Transferertrag			2'300			2'300	2'300	2'300
49 Interne Verrechnungen			419'000			419'000	419'000	419'000
4 Ertrag			1'950'800			1'886'000	1'897'700	1'898'700
Globalbudget			7'960'800			7'906'400	7'995'900	8'002'400
Total			7'960'800			7'906'400	7'995'900	8'002'400

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget für den Voranschlag 2016 bleibt rund 0.7 Mio. Franken hinter dem Voranschlag 2015 zurück und somit nahezu auf dem Niveau der Rechnung 2014. Dies insbesondere aufgrund des Umstands, dass durch die rückläufige Schülerzahl bzw. weniger zu führende Klassen der Personalaufwand reduziert werden kann.



Grundauftrag

- Gymnasiale Matura: Die Kantonsschule Ausserschwyz (KSA) führt eine vierjährige Maturitätsschule. Sie bietet nach Bedarf Freifächer an.
- Berufsmaturitätsschule: Die KSA erteilt den Unterricht an der Berufsmaturitätsschule (BMS) des Berufsbildungszentrums Pfäffikon (BBZP).
- Fachmittelschule: Die KSA führt eine Fachmittelschule im Berufsfeld Pädagogik mit Fachmaturität.



Umfeldanalyse

- Bis 2018 ist aus demografischen Gründen mit leicht rückläufigen Schülerzahlen zu rechnen.
- Die angespannte finanzielle Lage birgt das Risiko in sich, dass Angebote reduziert werden müssen und sich dadurch die Bildungschancen der Jugendlichen verschlechtern.
- In der Region Ausserschwyz besuchen bereits rund 25% der Kinder eine private Schule. Das Entstehen einer 2-Klassengesellschaft stellt zentrale Werte der Schweiz in Frage.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Arbeit an der Qualität wird in allen Bereichen kontinuierlich fortgeführt. Im Zentrum stehen Mitarbeiterführung, Unterrichtsbesuche, Weiterbildung, Schulentwicklungsprojekte (Aufbau der Fachmittelschule, Einführung und Auswertung der Profilschule mit Bilingualer Maturität), interne Evaluationen, Durchführung der externen Evaluation und Umsetzung der Empfehlungen sowie Infrastrukturprojekte.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen Verwaltung	FTE	14.1	14.1	14.3	14.2	14.5	14.3	14.3
Vollzeitstellen Lehrpersonen	FTE	61.3	59.9	59.8	58.1	57	58.1	57.0
Lernende	Anzahl	544	530	499	512	520	540	560
Geführte Klassen	Anzahl	27	27	25	25	25	24	25
Durchschnittliche Klassengrösse	Anzahl	20.1	19.6	20.0	20.5	20.8	22.5	22.4

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Qualitätssystem Beginn August 2007 / Ende Dezember 2016	Erarbeitung und Umsetzung eines Qualitätssystems und Hinführung zur externen Evaluation.	
Profil 2012 mit Bilingualer Maturität Beginn August 2008 / Ende Juli 2016	Erarbeitung eines Konzepts und Einführung der Bilingualen Maturität (Deutsch/Englisch) sowie Verstärkung der naturwissenschaftlichen Fächer unter dem Titel "Profil 2012".	
Neubau Kantonsschule Ausserschwyz Beginn März 2009 / Ende Juli 2020	In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt Planung und Konzeption des Neubaus in Pfäffikon.	Der Regierungsrat hat sich für einen Neubau am Standort Pfäffikon entschieden und für die Aufhebung des Nebenstandorts Nuolen in zehn Jahren. Der Kantonsrat hat den Projektierungskredit gutgeheissen.
Einführung Fachmittelschule Beginn August 2014 / Ende Juli 2018	Fortlaufende Einführung und Organisation der Fachmittelschule mit Fachmaturität im Berufsfeld Pädagogik. Erreichung der Anerkennung des Lehrgangs.	

Ausbildung

Verantwortung: Rektorin / Stellvertretung: Stv. Rektor (Prorektor I)

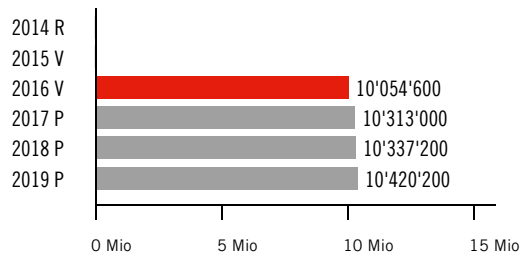
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfolgreiches Abschliessen der gymnasialen Maturität	Anteil erfolgreich bestandener Maturitätsprüfungen	100 %	100 %	99.2 %	90 %	90 %
Die KSA vermittelt einen anspruchsvollen Unterricht und schafft ein leistungsorientiertes und persönlichkeitsförderndes Lernumfeld	Anteil der Schülerschaft, die den Fachunterricht und die pädagogische Betreuung mit "sehr gut" / "gut" bewertet	87 %	80.5 %	83 %	80 %	80 %
Sinnvolle und kostenverträgliche Führung des Freifächerangebots	Durchschnittliche Auslastung der Freifächer (Anzahl Schülerinnen und Schüler)	19.5	16.5	16.6	10	10

Betrieb / Infrastruktur

Verantwortung: Rektorin / Stellvertretung: Verwalter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zur Verfügungstellung von lernfördernden Räumlichkeiten und Einrichtungen	Anteil der Lehrpersonen und Schülerschaft, die die Räumlichkeiten mit "sehr gut" / "gut" bewerten	19.8 %	60 %	58 %	80 %	80 %
Zufriedenheit der Nutzer von Sportanlagen	Anteil der Betriebskommission, die die Sportanlagen mit "sehr gut" / "gut" bewertet	95 %	81.5 %	81.6 %	80 %	80 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			10'749'500			10'993'800	11'018'000	11'101'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'770'600			1'773'600	1'773'600	1'773'600
3 Aufwand			12'520'100			12'767'400	12'791'600	12'874'600
42 Entgelte			922'400			922'000	922'000	922'000
43 Verschiedene Erträge			12'000			12'000	12'000	12'000
44 Finanzertrag			20'400			20'400	20'400	20'400
46 Transferertrag			575'700			565'000	565'000	565'000
49 Interne Verrechnungen			935'000			935'000	935'000	935'000
4 Ertrag			2'465'500			2'454'400	2'454'400	2'454'400
Globalbudget			10'054'600			10'313'000	10'337'200	10'420'200
Total			10'054'600			10'313'000	10'337'200	10'420'200

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget für den Voranschlag 2016 bleibt rund 0.6 Mio. Franken hinter dem Voranschlag 2015, bzw. rund Fr. 150'000.- hinter der Staatsrechnung 2014 zurück. Dies insbesondere aufgrund des Umstands, dass durch die rückläufige Schülerzahl bzw. weniger zu führende Klassen der Personalaufwand reduziert werden kann.



Grundauftrag

- Aufsicht über die berufliche Grundbildung an allen Lernorten sowie Förderung von genügend, den Vorgaben entsprechenden Grundbildungsangeboten.
- Koordination, Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden.
- Förderung und Koordination der Ausbildung von Berufsbildnern, der höheren Berufsbildung und Weiterbildung.
- Ausrichten von Stipendien und Studiendarlehen an die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung.



Umfeldanalyse

- Aufgrund des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes (z.B. "Frankenstärke") muss mit einem Rückgang des Angebotes an Lehrstellen gerechnet werden.
- Die demographische Entwicklung mit den aktuell geburtenschwachen Jahrgängen hat zur Folge, dass nicht alle Lehrstellen besetzt werden können.
- Die Aufgaben des Amtes für Berufsbildung werden grossmehrheitlich durch die Gesetzgebung auf Stufe Bund und Kanton beeinflusst.
- Nach der Ablehnung der Stipendieninitiative ist zu prüfen, ob und in welcher Form die kantonale Stipendiengesetzgebung angepasst werden muss.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Der Zugang zu den Informationen betreffend dualer beruflicher Grundbildung muss adressatengerechter gestaltet werden.

Es ist zu prüfen, ob und inwiefern die Gesetzgebung betreffend Ausbildungsbeiträge den Gegebenheiten angepasst werden soll.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	11.6	11.5	11.7	11.8	11.7	11.5	11.5
Lernende in der Grundbildung (Stichtag 31.12.)	Anzahl	3396	3385	3401	3479	3439	3400	3400
Lehrbetriebe	Anzahl	1794	1738	1746	1745	1676	1680	1685
Teilnehmer an Kursen für Berufsbildner	Anzahl	174	181	203	198	218	200	200
Qualifikationsverfahren (Lehrvertrag Kt. Schwyz)	Anzahl	1322	1374	1368	1381	1425	1350	1350
Stipendiengesuche	Anzahl	1401	1364	1260	1209	1051	1050	1050

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Umsetzung Berufsreformen Beginn 2006 / Ende August 2016	Planung, Koordination und Umsetzung der jährlich rund 30 Berufsreformen gemäss neuen Bildungsverordnungen in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern (Berufsverbände, Schulen, überbetriebliche Kurse).	
Optimierung Schulortzuteilung Beginn März 2012 / Ende August 2017	Der Regierungsrat hat im April 2013 der Optimierung der Schulortzuteilung zugestimmt. Drei neue Berufe werden ab Schuljahr 2013/14 beschult. Gemeinsame Umsetzung mit dem Berufsbildungszentrum Pfäffikon. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie "Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz".	
Ausbildungsplätze für Leistungsstarke Beginn Sommer 2013 / Ende 2015	Gemeinsames Projekt mit den Berufsbildungspartnern (Organisationen der Arbeitswelt, Schulen, Kanton) zur Gewinnung von Talenten für die Berufsbildung. Attraktivität der Berufsbildung fördern und vermarkten.	a Schlussbericht wird im Sommer 2015 erstellt.
Stipendiengesetz und Stipendiensoftware Beginn Sommer 2015 / Ende Dezember 2017	Das nationale Stipendiengesetz kommt voraussichtlich 2015 zur Abstimmung. Gesetz und Verordnung über Ausbildungsbeiträge müssen überprüft und angepasst werden. Zudem ist die Ablösung der Einzel- durch eine Standard-Software im Hinblick auf die nationale Harmonisierung zu prüfen.	
Bildungsbewilligungen gefährliche Arbeiten Beginn August 2015 / Ende 2020	In der Jugendschutzverordnung wurde 2014 das Mindestalter für gefährliche Arbeiten in der Grundbildung gesenkt. Die OdA's müssen deshalb begleitende Massnahmen der Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutzes definieren. Danach sind die Kantone verpflichtet, innert 2 Jahren die Bildungsbewilligung zu überprüfen und zu ergänzen.	n Projekt infolge Gesetzesänderung


Berufliche Grundbildung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Grundbildung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Förderung des Kontakts zu den Ausbildungsbetrieben durch Aufsicht, Beratung und Akquisition	Anzahl Betriebsbesuche durch Ausbildungsberater/innen	167	152	148	150	150	
Kontakt zu den Berufsverbänden und Kommissionen für überbetriebliche Kurse pflegen und fördern	Teilnahmequote an Sitzungen der Kommissionen für überbetriebliche Kurse im Kanton	94 %	93.4 %	90.9 %	90 %	90 %	
Sachgerechte Koordination, Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren	Prozentsatz der Qualifikationsverfahren ohne Beschwerden	99.1 %	99.4 %	99.3 %	98 %	98 %	
Qualitativ hochstehende Durchführung der obligatorischen Kurse für Berufsbildner	Zufriedenheit der Kursteilnehmer: Prozentsatz der Bewertungen "gut" / "sehr gut" gemäss schriftlicher Befragung	98.6 %	98.9 %	96.1 %	90 %	95 %	

Höhere Berufsbildung und Weiterbildung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Rechnungsführer

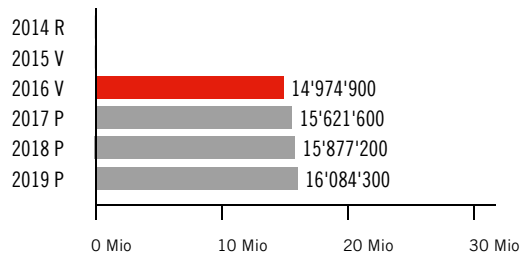
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Zugang zu den Angeboten der Höheren Berufsbildung (Höhere Fachschulen, eidg. Fachausweise und Diplome) für alle interessierten Schwyzer Berufsleute ermöglichen	Der Kanton Schwyz hat alle entsprechenden Angebote in den interkantonalen Schulgeldvereinbarungen gezeichnet		100%	95%	100 %		 Da auch der Kanton Schwyz die Höhere Fachschulvereinbarung (HFSV) gezeichnet hat, besteht volle Freizügigkeit zu den Angeboten.
Koordination und (finanzielle) Unterstützung der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung	Anteil fristgerecht erledigter Anträge für Kantonsbeiträge und Schlusszahlungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Ausbildungsbeiträge

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Sachbearbeiterin Stipendien


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sachgerechte, speditive und den Vorschriften entsprechende Verfügungen und Auszahlungen der Stipendien	Prozentsatz der rechtsbeständigen Verfügungen	99 %	99 %	99 %	98 %	98 %	
Sachgerechte, speditive und den Vorschriften entsprechende Verfügungen für Stipendiarlehen	Prozentsatz der rechtsbeständigen Verfügungen	100 %	100 %	100 %	95 %	95 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'420'400			2'427'700	2'433'300	2'440'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'629'900			1'621'900	1'621'900	1'621'900
34 Finanzaufwand			73'000			73'000	73'000	73'000
36 Transferaufwand			22'807'600			23'455'000	23'705'000	23'905'000
3 Aufwand			26'930'900			27'577'600	27'833'200	28'040'300
42 Entgelte			150'000			150'000	150'000	150'000
43 Verschiedene Erträge			1'000			1'000	1'000	1'000
46 Transferertrag			11'805'000			11'805'000	11'805'000	11'805'000
4 Ertrag			11'956'000			11'956'000	11'956'000	11'956'000
Globalbudget			14'974'900			15'621'600	15'877'200	16'084'300
Total			14'974'900			15'621'600	15'877'200	16'084'300

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 steigt gegenüber dem Voranschlag 2015 um rund 0.2 Mio. Franken. Insbesondere im Bereich der ausserkantonalen Schulen und Angebote (Fachschulvereinbarung bzw. Vereinbarung über höhere Fachschulen) ist ein Anstieg der Kosten im Umfang von knapp Fr. 750'000.- zu verzeichnen, der nur zum Teil in anderen Bereichen kompensiert werden kann.

Grundauftrag

- Grundbildung: Das Berufsbildungszentrum Goldau (BBZG) vermittelt den Lernenden den nach Bildungsverordnung vorgeschriebenen Unterricht.
- Grundbildung: Das BBZG bietet nach Bedarf Stütz- und Förderkurse sowie Freifächer an.
- Berufsmaturität: Das BBZG bereitet Lernende in besonderen Lehrgängen auf die Berufsmaturität vor.
- Weiterbildung / höhere Berufsbildung: Das BBZG führt berufsbezogene und allgemein bildende Weiterbildungskurse auf der Sekundär- und Tertiärstufe durch.
- Brückenangebote: Das BBZG stellt im schulischen Brückenangebot den Übertritt von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung sicher.



Umfeldanalyse

- Die Entwicklung der Lernendenzahlen ist kaum planbar. Die Zahl der Lernenden hängt von der Zahl der Lehrverträge in den einzelnen Berufsfeldern ab.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Mitarbeiter des BBZG sollen sich laufend weiterbilden, sodass der zielgerichtete und praxisorientierte Unterricht aufrecht erhalten und an den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden kann.
Die neuen Bildungsverordnungen der verschiedenen Berufe werden rechtzeitig umgesetzt.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen Verwaltung	FTE	7.8	7.4	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Vollzeitstellen Lehrpersonen	FTE	39.8	40.9	40.9	42.0	42.4	43.2	43.2
Lernende Grundbildung	Anzahl	1105	1180	1209	1242	1185	1180	1180
Lernende Berufsmaturität	Anzahl	57	57	66	48	55	60	60
Lernende im Schulischen Brückenangebot (SBA)	Anzahl	49	42	45	39	40	40	40
Lernende Weiterbildung	Anzahl	151	79	68	124	107	100	100

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Umsetzung neuer Rahmenlehrplan Berufsmatura Beginn Herbst 2013 / Ende Juli 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan für die Berufsmatura erlassen. Darauf basierend müssen die Schullehrpläne für die berufs- und lehrbegleitende Berufsmatura erarbeitet und das Qualifikationsverfahren angepasst werden. Der Schullehrplan muss ab Schuljahr 2015/16 umgesetzt werden. Gleichzeitig muss das Anerkennungsverfahren erfolgreich durchgeführt werden.	m Der Schullehrplan ist im Jahr 2015 erstellt worden. Die Umsetzung läuft und das Anerkennungsverfahren wurde gestartet. Das Projektende verschiebt sich um ein Jahr.
Neue Bildungsverordnung für Zimmerleute Beginn August 2016 / Ende August 2017	Auf das Schuljahr 2014/15 wurde für die Zimmerleute eine neue Bildungsverordnung eingeführt, die die Lehrdauer von drei auf vier Jahre erhöht. Die Verlängerung der Lehrdauer bedingt eine Anpassung der Klassenzahl und der Unterrichtslektionen.	n Das Projekt wird mit einem neuen Schwerpunkt neu gestartet.
Schullehrplan Sport und Gesundheit Beginn Mai 2015 / Ende 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan Sport und Gesundheit erlassen. Darauf basierend muss ein neuer Schullehrplan Sport und Gesundheit erarbeitet und umgesetzt werden.	n


Ausbildung

Verantwortung: Rektor / Stellvertretung: Prorektor

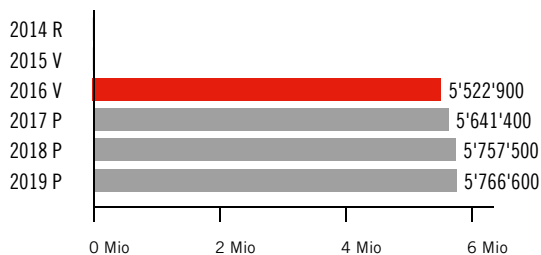
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfolgreiches Abschliessen der Ausbildung	Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 4-jährigen Lehren in den Schulfächern	98.9 %	96.5 %	94.9 %	92 %	92 %
Erfolgreiches Abschliessen der Ausbildung	Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 3-jährigen Lehren in den Schulfächern	91.2 %	95.8 %	97.9 %	90 %	90 %
Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge	Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	90.9 %	88.9 %	100 %	90 %	90 %
Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung, Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele	Erfolgsquote der Prüfung bei Kursen mit Abschlussprüfung	88 %	89.1 %	86.2 %	88 %	88 %
Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung, Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele	Zufriedenheit der Kursteilnehmer bei Kursen ohne Abschlussprüfung: Prozentsatz der Bewertungen "gut"/"sehr gut" gemäss schriftlicher Befragung	99.4 %	96.9 %	94 %	93 %	93 %
Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz	Zufriedenheit der Leistungsempfänger: Prozentsatz der Bewertungen "gut"/"sehr gut" gemäss schriftlicher Befragung	90.5 %	89.1 %	89.1 %	85 %	85 %
Befähigung der Absolventinnen und Absolventen den Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Erwerbsleben zu finden	Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einem Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz nach Beendigung des Brückenangebotes	87 %	100 %	100 %	85 %	85 %

Betrieb / Infrastruktur

Verantwortung: Rektor / Stellvertretung: Leiter Facility Management


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Funktionstüchtigkeit der Sportanlagen für den Schul- und Freizeitsport in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Schwyz (PHSZ) und der Gemeinde Arth	Bewertung aus der Stellungnahme durch die Betriebskommission: prozentualer Anteil "sehr zutreffend" / "gut zutreffend" gemäss schriftlicher Befragung	-			80 %	 Befragung der Betriebskommission hat sich als wenig praktikabel erwiesen
Lernfördernde Räumlichkeiten und Einrichtungen zur Verfügung stellen	Zufriedenheit der Leistungsempfänger: prozentualer Anteil der Bewertungen "sehr zutreffend" / "gut zutreffend" gemäss schriftlicher Befragung	80.7 %	84.9 %	84.9 %	80 %	80 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			7'361'500			7'477'600	7'597'500	7'649'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'141'400			1'144'700	1'140'900	1'098'500
34 Finanzaufwand			1'000			1'000	1'000	1'000
39 Interne Verrechnungen			64'000			64'000	64'000	64'000
3 Aufwand			8'567'900			8'687'300	8'803'400	8'812'500
42 Entgelte			2'952'600			2'953'400	2'953'400	2'953'400
43 Verschiedene Erträge			28'800			29'000	29'000	29'000
44 Finanzertrag			18'600			18'500	18'500	18'500
49 Interne Verrechnungen			45'000			45'000	45'000	45'000
4 Ertrag			3'045'000			3'045'900	3'045'900	3'045'900
Globalbudget			5'522'900			5'641'400	5'757'500	5'766'600
Total			5'522'900			5'641'400	5'757'500	5'766'600

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget im Voranschlag 2016 kann gegenüber dem Voranschlag 2015 praktisch unverändert gehalten werden. Gegenüber der Staatsrechnung 2014 resultiert ein Mehraufwand von knapp Fr. 130'000.-, der primär durch höheren Personalbedarf (höhere Anzahl zu unterrichtender Lektionen) begründet ist.



Grundauftrag

- Grundbildung: Das Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP) vermittelt den Lernenden den nach Bildungsverordnung vorgeschriebenen Unterricht.
- Grundbildung: Es bietet nach Bedarf Stütz- und Förderkurse sowie Freifächer an.
- Berufsmaturität: Das BBZP bereitet Lernende in besonderen Lehrgängen auf die Berufsmaturität vor.
- Weiterbildung / höhere Berufsbildung: Das BBZP führt berufsbezogene und allgemeinbildende Fort- und Weiterbildungskurse auf der Sekundär- und Tertiärstufe durch.
- Brückenangebote: Das BBZP stellt mit integrativen, kombinierten und schulischen Brückenangeboten den Übertritt von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung sicher.



Umfeldanalyse

- Seit 2012 führt das BBZP das integrative Brückenangebot für spät zugezogene Jugendliche zwischen 15 - 21 Jahren. Die Nachfrage ist stark steigend.
- In gewissen gewerblich-industriellen Berufen ist ein Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen, im Gegensatz zu den Berufen im Gesundheitswesen (steigende Tendenz).

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Förderangebote für Lernende: Spezielle Angebote (z.B. Förderkurs Mathematik) anbieten, damit die Lehre mit dem Qualifikationsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden kann, weil die schulischen Voraussetzungen zu oft nicht zum gewählten Beruf passen.

Die neuen Bildungsverordnungen der verschiedenen Berufe werden rechtzeitig umgesetzt.

Kennzahlen


Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen Verwaltung	FTE	9.8	9.9	10.0	9.9	9.8	9.8	9.8
Vollzeitstellen Lehrpersonen	FTE	36.3	34.7	34.6	36.2	39.7	39.4	40.4
Lernende Grundbildung	Anzahl	780	793	796	817	907	907	910
Lernende Berufsmaturität 2	Anzahl	58	63	61	57	57	54	56
Lernende im Integrativen Brückenangebot IBA	Anzahl			14	27	42	56	70
Lernende im Kombinierte bzw. Schulischen Brückenangebote KBA/SBA	Anzahl	166	142	123	118	125	98	95
Lernende Weiterbildung	Anzahl							300

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Beschulung neuer Berufe am BBZP Beginn August 2013 / Ende Juli 2018	Nach Abschluss der baulichen Sanierung verfügt das BBZP über Raumreserven zur Beschulung von Berufen, die bisher ausserkantonale zugewiesen wurden. Ab 2013 werden die Berufe Attest Gesundheit & Soziales sowie EFZ Logistiker, ab 2014 zusätzlich die Restaurationsfachleute einlaufend am BBZP unterrichtet.	
Schullehrplan Sport und Gesundheit Beginn Mai 2015 / Ende 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan Sport und Gesundheit erlassen. Darauf basierend muss ein neuer Schullehrplan Sport und Gesundheit erarbeitet und umgesetzt werden.	n
Umsetzung neuer Rahmenlehrplan Berufsmaturität 2 Beginn Sommer 2015 / Ende Juli 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan für die BM erlassen. Darauf basierend musste der Schullehrplan für die BM 2 (Vollzeit, 2 Richtungen) erarbeitet werden. Der Schullehrplan wird nun ab dem Schuljahr 2015/16 umgesetzt. Gleichzeitig muss das Anerkennungsverfahren durchgeführt werden.	n Der Schullehrplan ist erstellt worden; die Umsetzung läuft und das Anerkennungsverfahren wurde gestartet.

Ausbildung

Verantwortung: Rektor / Stellvertretung: Prorektor

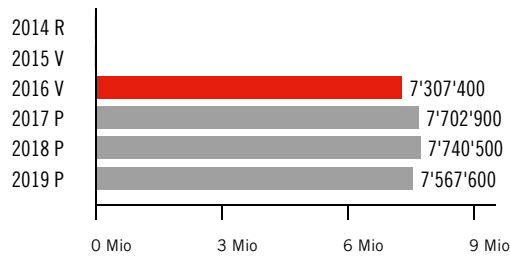
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Erfolgreiches Abschliessen der Grundbildung	Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 4-jährigen Lehren in den Schulfächern	93.5 %	95.3 %	97.9 %	92 %	92 %	
Erfolgreiches Abschliessen der Grundbildung	Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 3-jährigen Lehren in den Schulfächern	89.5 %	94 %	89.1 %	90 %	90 %	
Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge	Erfolgsquote Maturitätsprüfungen	98.5 %	98.3 %	96.4 %	90 %	90%	
Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung, Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele	Erfolgsquote der Prüfung bei Kursen mit Abschlussprüfung	88.4 %	91.5 %	92.7 %	88 %	88 %	
Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung, Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele	Zufriedenheit der Kursteilnehmer bei Kursen ohne Abschlussprüfung: Prozentsatz der Bewertungen "gut" / "sehr gut" gemäss schriftlicher Befragung	100 %	99.2 %	98 %	93 %	93 %	
Befähigung der Absolventinnen und Absolventen den Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Erwerbsleben zu finden	Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einem Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz nach Beendigung des Brückenangebotes	89.2 %	88.1 %	90.7 %	85 %	85 %	
Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz	Zufriedenheit der Leistungsempfänger: Messung im Rahmen der internen Qualitätsüberprüfung anhand der Indikatoren aus "Qualität durch Evaluation und Entwicklung" (Q2E)	86.8 %	85 %	86 %	85 %	85 %	
Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems	Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100 %	100 %	100 %	100 %		 Ziel entfällt künftig aufgrund Sparbeschluss des Regierungsrats

Betrieb / Infrastruktur

Verantwortung: Rektor / Stellvertretung: Prorektor


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Zurverfügungstellung der Lokaltäten für überbetriebliche Kurse (ÜK) an die verantwortlichen Berufsverbände gemäss Mietvertrag	Zufriedenheit der Mieter (für alle Mieter Betrieb gewährleistet); prozentualer Anteil der Bewertungen "sehr gut" / "gut" gemäss Befragung	90 %	90 %	90 %	> 80 %	> 80 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			7'278'700			7'731'600	7'769'100	7'817'100
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			2'020'200			2'020'200	2'020'300	1'979'400
34 Finanzaufwand			2'000			2'000	2'000	2'000
39 Interne Verrechnungen			1'150'000			1'150'000	1'150'000	1'150'000
3 Aufwand			10'450'900			10'903'800	10'941'400	10'948'500
42 Entgelte			3'059'100			3'116'500	3'116'500	3'296'500
43 Verschiedene Erträge			30'000			30'000	30'000	30'000
44 Finanzertrag			54'400			54'400	54'400	54'400
4 Ertrag			3'143'500			3'200'900	3'200'900	3'380'900
Globalbudget			7'307'400			7'702'900	7'740'500	7'567'600
Total			7'307'400			7'702'900	7'740'500	7'567'600

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 steigt gegenüber der Staatsrechnung 2014 um rund Fr. 100'000.- an. Dies bedingt durch die Führung zusätzlicher Klassen im Integrativen Brückenangebot sowie der Beschulung der einlaufenden Berufe am BBZP (ab 2013: Attest Gesundheit und Soziales sowie die Logistiker und ab 2014 die Restaurationsfachleute). Diese einlaufenden Angebote sorgen auch für höhere Kosten in den Finanzplanjahren.



Grundauftrag

- Grundbildung: Die Kaufmännische Berufsschule Schwyz (KBS) vermittelt den Lernenden den nach Bildungsverordnung vorgeschriebenen Unterricht.
- Grundbildung: Sie bietet nach Bedarf Stütz- und Förderkurse sowie Freifächer an.
- Berufsmaturität: Die KBS bereitet Lernende in besonderen Lehrgängen auf die Berufsmaturität vor.
- Weiterbildung / höhere Berufsbildung: Die KBS führt berufsbezogene und allgemeinbildende Weiterbildungskurse auf der Sekundar- und Tertiärstufe durch.



Umfeldanalyse

- Die Kaufmännische Grundbildung und die Ausbildung im Detailhandel sind die beliebtesten Ausbildungen für Jugendliche im Kanton Schwyz.
- Die Lernendenanzahl bleibt recht stabil. Die Angebote für Erwachsene verzeichnen einen erfreulichen Anstieg, vor allem die BM2, die Handelsschule und die Firmenkurse.
- Neue digitalisierte Lehr- und Lernmaterialien und das zentralisierte Schulrechenzentrum erfordern eine Anpassung der technischen Infrastruktur, vor allem im ICT-Bereich.
- Die ICT-Spezialisierung und -Zentralisierung erzeugen hohe Kosten. Neue Organisationen und Arbeitsabläufe müssen von den Mitarbeitenden eingeübt und eingehalten werden.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die ICT-Infrastruktur wird um mehrere W-Lan-Accesspoints im ganzen Schulhaus ergänzt, um mit neuen digitalen Medien arbeiten zu können.

Die Lehrpersonen werden im Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten geschult.

Das Schulhaus soll in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt etagenweise renoviert und an die Erfordernisse eines zeitgemässen Unterrichts angepasst werden.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen Sekretariat	FTE	1.4	1.7	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
Vollzeitstellen Lehrpersonen	FTE	20	19.5	18.9	19	20.1	19.8	19.8
Lernende Grundbildung	Anzahl	389	383	392	412	396	400	390
Lernende Weiterbildung	Anzahl	683	640	707	845	922	850	850

Projekte

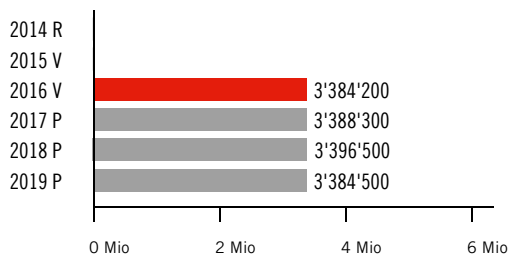
Bezeichnung	Inhalt	
Reform M-Profil Beginn August 2013 / Ende Juli 2016	Das M-Profil (Berufsmaturität) wird reformiert. Entsprechend müssen eidgenössische Vorgaben umgesetzt werden.	
Schulhaussanierung / Schulhausumbau Beginn 2015 / Ende 2020	Kontinuierliche Schulhaussanierung in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt.	
BM2 Typ Dienstleistungen Beginn August 2015 / Ende Juli 2016	Zielpublikum der neuen Berufsmatura 2 sind Berufsleute aus dem Umfeld der dienstleistungsorientierten Ausbildungen, wie Kaufleute B-Profil, Detailhandelsfachleute, Logistiker, Buchhändler, Coiffeusen etc. für die es gegenwärtig noch keine BM-Ausbildung gibt.	a Gemäss Beschluss der Kommission für Berufsfachschulen vom 13.11.2014 wurde entschieden, auf die Einführung der neuen Berufsmatura 2 zu verzichten.
Schullehrplan Sport und Gesundheit Beginn Mai 2015 / Ende 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan Sport und Gesundheit erlassen. Darauf basierend muss ein neuer Schullehrplan Sport und Gesundheit erarbeitet und umgesetzt werden.	n

Ausbildung

Verantwortung: Rektor / Stellvertretung: Prorektor


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfolgreiches Abschliessen der 3-jährigen Grundbildung	Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	95.6 %	97.3 %	99.1 %	90 %	90 %
Erfolgreiches Abschliessen der 2-jährigen Grundbildung	Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	100 %	100 %	100 %	95 %	95 %
Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge	Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	94.1 %	93.3 %	91.4 %	85 %	85 %
Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung, Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele	Kurse mit Abschlussprüfungen: Erfolgsquote der Prüfung	95 %	87.5 %	95.8 %	85 %	85 %
Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz	Zufriedenheit der Schulabgänger in % des höchstmöglichen Wertes, gemessen alle drei Jahre (Auswertung Fragebogen)	76.5 %			78 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'303'500			3'319'300	3'336'000	3'351'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			561'200			549'500	541'000	514'000
36 Transferaufwand			9'000			9'000	9'000	9'000
39 Interne Verrechnungen			176'000			176'000	176'000	176'000
3 Aufwand			4'049'700			4'053'800	4'062'000	4'050'000
42 Entgelte			581'500			581'500	581'500	581'500
43 Verschiedene Erträge			20'000			20'000	20'000	20'000
49 Interne Verrechnungen			64'000			64'000	64'000	64'000
4 Ertrag			665'500			665'500	665'500	665'500
Globalbudget			3'384'200			3'388'300	3'396'500	3'384'500
Total			3'384'200			3'388'300	3'396'500	3'384'500

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 fällt gegenüber dem Voranschlag 2015 um rund Fr. 70'000.- tiefer aus. Gegenüber der Staatsrechnung 2014 steigt der Nettoaufwand um rund Fr. 130'000.-; dies primär aufgrund des Budgetpostens von rund Fr. 150'000.- für das zentrale EDV-Schulrechenzentrum (in der Rechnung 2014 noch nicht geführt). Zur teilweisen Kompensation dieser Mehrkosten wurden beim Gebäudeunterhalt und bei den Hardware-Anschaffungen Kürzungen vorgenommen.



Grundauftrag

- Grundbildung: Die Kaufmännische Berufsschule Lachen (KBL) vermittelt den Lernenden den nach Bildungsverordnung vorgeschriebenen Unterricht.
- Grundbildung: Sie bietet nach Bedarf Stütz- und Förderkurse sowie Freifächer an.
- Berufsmaturität: Die KBL bereitet Lernende in besonderen Lehrgängen auf die Berufsmaturität vor.
- Weiterbildung / höhere Berufsbildung: Die KBL führt berufsbezogene und allgemeinbildende Weiterbildungskurse auf der Sekundär- und Tertiärstufe durch.



Umfeldanalyse

- Unsicherheit besteht bezüglich der künftigen Schülerzahl-Entwicklung (Geburtenrückgang/angebotene Lehrstellen im Einzugsgebiet).
- Die Region Ausserschwyz hat viele Zuzüger, die sich mit Sprache und Kultur vertraut machen wollen. Das eröffnet Chancen für unser Weiterbildungsangebot.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Schwerpunkt ist in der Grundbildung die Umsetzung des neuen Rahmenlehrplans in der Berufsmaturität für Lernende und für Erwachsene. In der Weiterbildung steht das Ansprechen von neuen Kundensegmenten im Bereich Deutsch für Fremdsprachige im Vordergrund. Zudem wird im Rahmen des Bildungsnetzes Zürichsee die Kooperation mit anderen öffentlichen Weiterbildungsanbietern vertieft.

Kennzahlen



Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen Sekretariat	FTE	1.0	1.0	1.0	1.2	1.2	1.2	1.2
Vollzeitstellen Lehrpersonen	FTE	18.6	17.7	19.3	19.9	21.1	21.5	21.8
Lernende Grundbildung	Anzahl	400	393	370	374	365	370	370
Lernende Weiterbildung	Anzahl	1094	1100	1266	1381	1517	1400	1400

Projekte

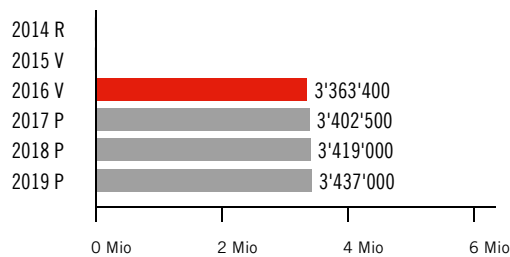
Bezeichnung	Inhalt	
Umsetzung neuer Rahmenlehrplan für Berufsmatura Beginn August 2013 / Ende Juli 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan für die Berufsmatura erlassen. Darauf basierend mussten die Schullehrpläne für die Berufsmaturität angepasst werden. Der Schullehrplan wird nun ab dem Schuljahr 2015/2016 umgesetzt. Gleichzeitig muss das Anerkennungsverfahren durchgeführt werden.	m Die Schullehrpläne sind erstellt, die Umsetzung läuft, das Anerkennungsverfahren wurde gestartet.
Schullehrplan Sport und Gesundheit Beginn Mai 2015 / Ende 2016	Der Bund hat einen neuen Rahmenlehrplan Sport und Gesundheit erlassen. Darauf basierend muss ein neuer Schullehrplan Sport und Gesundheit erarbeitet und umgesetzt werden.	n

Ausbildung

Verantwortung: Rektor / Stellvertretung: Prorektor

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Erfolgreiches Abschliessen der 3-jährigen Grundbildung	Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	95.9 %	94 %	100 %	92 %	92 %	
Erfolgreiches Abschliessen der 2-jährigen Grundbildung	Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	93.8 %	100 %	100 %	90 %	92 %	 Standardwert wurde erhöht.
Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge	Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	92.3 %	75 %	100 %	92 %	92 %	
Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung: Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele	Kurse mit Abschlussprüfungen: Erfolgsquote der Prüfung	80.4 %	97 %	90.1 %	85 %	85 %	
Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz	Zufriedenheit der Leistungsempfänger gemessen in % des höchstmöglichen Wertes (Auswertung Fragebogen)	87.1 %	85 %	80 %	82 %	82 %	 Der Fragebogen wurden aufs Jahr 2014 hin überarbeitet, deshalb ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt. Mit 82 % soll die Zufriedenheit der Lernenden trotzdem wieder leicht erhöht werden.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'362'400			3'401'500	3'418'000	3'436'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			749'500			749'500	749'500	749'500
36 Transferaufwand			22'000			22'000	22'000	22'000
3 Aufwand			4'133'900			4'173'000	4'189'500	4'207'500
42 Entgelte			745'000			745'000	745'000	745'000
43 Verschiedene Erträge			25'500			25'500	25'500	25'500
4 Ertrag			770'500			770'500	770'500	770'500
Globalbudget			3'363'400			3'402'500	3'419'000	3'437'000
Total			3'363'400			3'402'500	3'419'000	3'437'000

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Personalaufwand: Der Trend zeigt eine steigende Nachfrage nach BM2-Lehrgängen; es ist davon auszugehen, dass der Lehrgang auch künftig mit zwei Klassen gestartet werden muss. Aufgrund nationaler Vorgaben muss zudem der neue Rahmenlehrplan Berufsmaturität eingeführt werden, welcher eine Erhöhung der Pflichtlektionen von 1'200 auf 1'440 verlangt; entsprechend steigt der Personalaufwand.

Ertrag: Der Mieteinnahmefall der Technikerschule SFB kann mit Mehreinnahmen der Weiterbildungsabteilung teilweise kompensiert werden.



Grundauftrag

- Das Amt für Berufs- und Studienberatung (BSB) unterstützt Personen bei der Berufs- und Studienwahl sowie bei der Gestaltung der beruflichen Laufbahn.
- Dies erfolgt durch Information und individuelle Beratung sowie in enger Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen der Sekundarstufen I / II und den Partnern der Wirtschaft.
- Zwecks Förderung der Berufs- und Studienwahlkompetenz plant und organisiert das Amt Orientierungen für Schüler und Eltern zur Berufs- und Studienwahlvorbereitung.
- Zur Informationsvermittlung der Ratsuchenden werden umfassende Dokumentationen über alle Bildungsangebote online und in physischer Form bereitgestellt.
- In der individuellen Beratung werden Grundlagen erarbeitet, die den Ratsuchenden einen Berufs- / Laufbahnentscheid gemäss ihren Interessen und Fähigkeiten ermöglicht.



Umfeldanalyse

- Die jungen Erwachsenen bis 25 Jahre nehmen verstärkt die Dienstleistungen in Anspruch. Die Laufbahngestaltung ist in dieser Altersgruppe ein permanent wichtiges Thema.
- Die Eltern sind der wichtigste Einflussfaktor für den Berufswahlentscheid der Jugendlichen. Deshalb werden die Unterstützungsangebote für Eltern optimiert.
- Niederschwellige Angebote ohne Anmeldung sind vor allem für Bildungsschwache gefragt.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

- Alle Schüler der Berufsfachschulklassen im letzten Lehrjahr befassen sich unter Anleitung von Beratern im Berufsinformationszentrum (BIZ) mit ihrer individuellen Laufbahn.
- Für die Eltern mit Jugendlichen im Berufswahlalter werden die Angebote optimiert.
- In den BIZ wird der niederschwellige "Bewerbungscheck" eingeführt.
- Die Dienstleistungen in der Informationsberatung werden evaluiert.

Kennzahlen



Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	18.1	17.9	18.1	17.9	17.5	17.7	17.7
Beratungsfälle	Anzahl	2538	2370	2465	2376	2157	2250	2300
BIZ-Besucher	Anzahl	5938	5530	5237	5436	6090	6100	6100
Orientierungen	Anzahl	325	348	309	270	333	320	320

Projekte

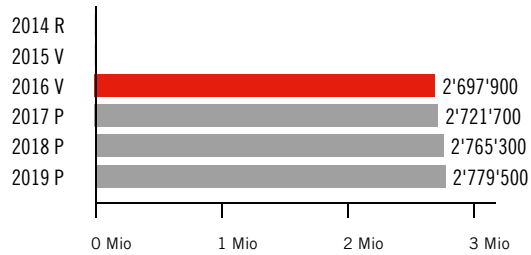
Bezeichnung	Inhalt	
Berufliche Eignungsabklärung von Flüchtlingen Beginn September 2014 / Ende Dezember 2017	Als Teilauftrag im Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) klärt die BSB die berufliche Eignung und das Potenzial der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen für den Einstieg in die Berufs- und Bildungswelt ab. Die Rahmenbedingungen werden mit einer Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Migration geregelt.	m Der Pilotversuch aus dem Jahr 2014/15 wird in ein Projekt überführt und die Dauer um zwei Jahre verlängert.

Beratung

Verantwortung: Vorsteherin / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Erarbeiten von angemessenen Handlungs- und Entscheidungskompetenzen zur selbständigen Berufs-, Studien- und Laufbahnentscheidung	Wirksamkeit der Beratung mittels Kundenbefragung im 4-Jahresrhythmus ist ausgewiesen. Prozentsatz wirksame Beratung	-	-	-	90 %	-	
Die Klienten (Jugendliche, Erwachsene, Eltern) verfügen dank den berufs- und studienkundlichen Orientierungen über die nötigen Informationen, um weitere Schritte in der Berufs- und Studienwahl zu initiieren	Anzahl durchgeführter Veranstaltungen	85	82	333	320	320	 neu: ab 2014 alle Veranstaltungen im Produkt 'Orientierungen' erfasst, inklusiv aller Klassen- und Elternorientierungen und Studienwahlvorbereitung an den Mittelschulen (bis 2014 nur Teilbereich).
Bereitstellen von aktuellem und kundengerechtem Informationsmaterial zum Erteilen von fach- und sachgerechten Auskünften in den BIZ und zur Selbstinformation der Ratsuchenden	Prozentsatz der erfüllten Kundenanliegen gemäss Kundenbefragung im 3-Jahresrhythmus	-	96%	-	-	90%	
Marktgerechtes Anbieten von Dienstleistungen an Dritte (mit Leistungsvereinbarungen) in der Subgruppe 1.1 "Individuelle Beratung"	Ertrag aus Dienstleistungen in Franken	70'000	65'100	121'400	117'500	123'500	 neue Leistungsvereinbarung (LV) mit dem Amt für Migration, Kündigung LV mit BBZP (Coaching Brückenangebot)

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'549'900			2'590'200	2'575'300	2'588'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			271'500			270'000	279'000	280'000
3 Aufwand			2'821'400			2'860'200	2'854'300	2'868'500
42 Entgelte			123'500			138'500	89'000	89'000
4 Ertrag			123'500			138'500	89'000	89'000
Globalbudget			2'697'900			2'721'700	2'765'300	2'779'500
Total			2'697'900			2'721'700	2'765'300	2'779'500

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 bleibt rund Fr. 60'000.- unter dem Wert des Voranschlags 2015. Gegenüber der Staatsrechnung 2014 resultiert ein Anstieg im Umfang von rund Fr. 70'000.-, der auf die Lohnentwicklung zurückzuführen ist.

Grundauftrag

- Staatsarchiv - Wahrung der Rechtssicherheit mittels Archivierung und Konservierung der staatlichen Akten sowie historische Dokumentation des Kantons Schwyz.
- Denkmalpflege - Beratungen in den Bereichen Restaurierung und Ortsbildschutz sowie Organisation der Subventionierung an Schutzobjekte.
- Bundesbriefmuseum - Präsentation der eidgenössischen Bünde von 1291 bis 1513 und Freiheitsbriefe ab 1240 und Vermittlung der Rechtsgeschichte der Alten Eidgenossenschaft.
- Kantonsbibliothek - Führung einer Bibliothek mit kantonaler Ausstrahlung, Sammlung des kantonalen Schrifttums.
- Kulturförderung - Förderung der zeitgenössischen Kultur des Kantons Schwyz und Vergabe von finanziellen Beiträgen an kantonale Kulturträger.



Umfeldanalyse

- Der Umgang mit (digitalem) Archivgut und die Aufgaben des Archivwesens im Spannungsfeld zwischen Datenschutz- und Informationsrecht bedürfen der rechtlichen Regelung.
- Die knappen personellen Ressourcen lassen die Denkmalpflege an Grenzen stossen. Die gesetzlichen Grundlagen (KNHG von 1927) bringen Rechtsunsicherheiten mit sich.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Im Zentrum steht die Reorganisation der kantonalen Denkmalpflege gemäss regierungsrätlichem Auftrag sowie die Einführung einer neuen Archivsoftware zur Langzeitarchivierung digitaler Daten.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	20.2	20.1	20.5	20.8	20.8	20.1	20.1

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Archivische Digitalisierung Beginn 2002 / Ende 2017	Digitale Sicherstellung der wichtigsten Staatsakten und historischen Archivalien (inkl. Fremdbestände): Karten- und Plansammlung, Fotosammlungen, Postkartensammlung	
Restaurierung Kloster Einsiedeln Beginn 2009 / Ende 2022	Weiterführung der Restaurierungsbegleitung sowie der kantonalen Subvention	
Kantonales Archivgesetz Beginn März 2013 / Ende Dezember 2016	Der Umgang mit Archivgut (u.a. elektronische Archivierung) als auch die Aufgaben des Archivwesens im Spannungsfeld zwischen Datenschutz- und Informationsrecht bedürfen der rechtlichen Regelung.	m Verlängert um ein Jahr, da Terminplan aufgrund erweiterter Vernehmlassung angepasst.
Neues Denkmalpflegegesetz Beginn September 2015 / Ende Januar 2018	Das aus dem Jahre 1927 stammende kantonale Gesetz über den Natur- und Heimatschutz und die Erhaltung von Altertümern und Kunstdenkmälern genügt den heutigen Ansprüchen nicht mehr und ist einer Totalrevision zu unterziehen. Das neu zu schaffende Gesetz soll Klarheit schaffen bezüglich der Systematik, der Begrifflichkeiten, Verfahren und Zuständigkeiten im Bereich Denkmal- und Ortsbildschutz.	n

Kulturförderung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

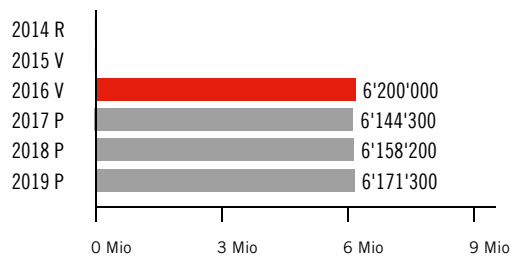
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Regelmässige Verleihung von Kultur- und Förderpreisen	Anzahl durchgeführte Verleihungen	1	1	2	1	1
Attraktiver und lehrreicher Museumsbesuch	Mindestzahl Besucher pro Jahr	11'886	11'030	4'189	10'000	10'000
Benutzerfreundliches und vielfältiges Bibliotheksangebot	Mindestanzahl Ausleihen pro Jahr	149'673	154'250	164'553	135'000	135'000

Kulturpflege

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Förderung der Bewahrung des baulichen Kulturerbes	Einhaltung der Frist für Mitberichte im kantonalen Baubewilligungsverfahren	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Laufende Erschliessung der Staatsakten	Anteil (%) an Gesamtarbeitszeit der Abteilung	32	38	40	30	30
Kontinuierliche öffentliche Informationsarbeit und Publikationswesen	Anzahl Publikationsbeiträge	29	18	17	15	15

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'647'400			2'711'700	2'725'600	2'738'700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			757'500			637'500	637'500	637'500
36 Transferaufwand			2'842'100			2'842'100	2'842'100	2'842'100
37 Durchlaufende Beiträge			1'124'000			886'000	886'000	886'000
3 Aufwand			7'371'000			7'077'300	7'091'200	7'104'300
42 Entgelte			25'000			25'000	25'000	25'000
43 Verschiedene Erträge			22'000			22'000	22'000	22'000
47 Durchlaufende Beiträge			1'124'000			886'000	886'000	886'000
4 Ertrag			1'171'000			933'000	933'000	933'000
Globalbudget			6'200'000			6'144'300	6'158'200	6'171'300
Total			6'200'000			6'144'300	6'158'200	6'171'300

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 bleibt gegenüber dem Voranschlag 2015 praktisch unverändert.

Die Höhe der Abgeltungen für den Kulturlastenausgleich wird erst im Herbst 2015 definitiv festgelegt werden. Im Voranschlag 2016 wurde der Betrag auf mutmasslich 2 Mio. Franken festgesetzt.

Mit der Umstellung auf HRM2 werden durchlaufende Investitionsbeiträge (Bundessubventionen im Bereich Denkmalpflege) sowie die Investitionsbeiträge an das Kloster Einsiedeln neu direkt über die Erfolgsrechnung anstatt über die Investitionsrechnung verbucht.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Dem Sicherheitsdepartement mit seinen sieben Ämtern kommen zentrale Aufgaben bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit, Recht und Ordnung im Kanton zu. Der Kanton Schwyz ist in vielen Belangen ein Wachstumskanton, was auch in diesen Bereichen zahlreiche Herausforderungen nach sich zieht. Bei der entsprechenden öffentlichen Auftragserfüllung gilt es, primär das Gesamtinteresse im Auge zu behalten und weiterhin auch auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger abzustellen. Die Verfahren sollen möglichst schlank und effizient abgewickelt werden, wobei diesem Ziel die zunehmenden gesetzlichen Vorgaben sowie individuelle Ansprüche teilweise zuwiderlaufen. Oberstes Ziel bei der staatlichen Tätigkeit, insbesondere auch im Justizwesen, muss die Aufrechterhaltung von Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Rückhalt in der Bevölkerung sein.

Die bereits 2014 gestartete Teilrevision des Justizgesetzes und die 2015 begonnenen Arbeiten an einer Revision des Gemeindeorganisationsgesetzes werden die gesetzgeberischen Schwerpunkte des Sicherheitsdepartementes sein. Die Erkenntnisse aus der Kommunaluntersuchsrunde 2012-2016 werden in die Analysen miteinbezogen.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
2	Innerkantonale Zusammenarbeit überprüfen	- Projekt Teilrevision des Justizgesetzes vom 18. November 2009 (JG, SRSZ 231.100) zur Mängelbehebung, Neuorganisation der Strafverfolgungsbehörden und Schaffung der Voraussetzungen für verstärkte Zusammenarbeit der Bezirke in der Zivil-/Strafrechtspflege. - Projekt Totalrevision des Gesetzes über die Organisation der Bezirke und Gemeinden vom 29. Oktober 1969 (GOG, SRSZ 152.100) zur Überprüfung der Organisation und der politischen Rechte in den Bezirken und Gemeinden.	Rechts- und Beschwerdedienst

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Hooligan-Konkordat		●						
Polizeigesetz		●						
Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Bezirke				◆				
Justizgesetz				●				



Grundauftrag

- Unterstützung des Departementsvorstehers bei der Führung, Planung und Koordination der Departementsaufgaben. Qualitätssicherung.
- Gewährleistung des Sekretariatsbetriebs für den Departementsvorsteher und die Mitarbeitenden des Rechts- und Beschwerdedienstes (RBD).
- Sekretariatsunterstützung für das Amt für Justizvollzug (AJV).
 - m** Inkassowesen liegt zur Nutzung von Synergien bei Material, IT und Know-how neu ganz beim AJV.
- Sekretariatsunterstützung für die Staatswirtschaftskommissions-Delegation SiD.
- Weitere dem Sekretariat übertragene Aufgaben.



Umfeldanalyse

- Führungsunterstützung
Zu beachtende Entscheidungsgrundlagen und auch deren Beschaffung und Darstellung mit den modernen IT-Tools / Workflows werden stets komplexer.
- Miteinbezug der Linienverantwortlichen
Unabdingbar bleibt, gerade bei schlanken Führungsstrukturen und wachsender Prozesskomplexität, Amtsvorsteher optimal zu begleiten.
- Grundbuchwesen
Mit Terravis wurde ein Schritt in Richtung elektronischer Geschäftsverkehr getan. Gewachsene Strukturen im Grundbuchwesen bleiben eine Herausforderung.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	3.2	3.2	3.4	3.4	3.3	3.4	3.0

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Grundbuchführung Beginn Januar 2013 / Neubeurteilung Mitte 2016	Koordinationsfunktion beim Informatik-Grundbuch Terris (Terravis, elektronischer Geschäftsverkehr, Zugriff aus Internet, Grundbuchpauschale). Organisatorische Unterstützung der Grundbuchbereinigung.	

Führungsunterstützung und Support

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Vorsteher Rechts- und Beschwerdedienst

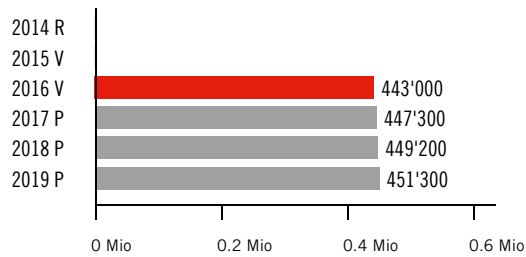
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Entscheidungs- und Führungsunterlagen des Departements werden unter Einbezug der dem SiD unterstellten Verwaltungseinheiten nach den Prinzipien der Richtigkeit, Wirksamkeit und Einfachheit rechtzeitig erarbeitet	Prozesse der Budgetierung und Rechnungslegung, des Erarbeitens der Leistungsaufträge, der Rechenschaftsablage und Geschäftskontrolle verlaufen fraktionslos und zur Zufriedenheit der Beteiligten (Skala: 100-1%)	85 %	85 %	85 %	80 %	80 %
Departements- und Amtsvorsteher sowie der Delegationsleiter Stawiko und die Mitarbeitenden des RBD beurteilen die allgemeine Sekretariatsleistung als gut	Zufriedenheit gemäss Befragungen (Skala 5 = sehr gut; 1 = sehr schlecht)	4	4	4	4	4

Weitere übertragene Aufgaben

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Bei Bedarf immer ein/e Befragungsspezialist/in OHG einsatzbereit	Anteil der bei Bedarf aufgegebenen / angetretenen Spezialisten/innen	90 %	100 %	95 %	100 %	100 %
Tagfertige Buchhaltung, keine Pendenzen bei Mahnungen, Betreibungen und deren Fort- und Durchsetzung	Tägliches Nachführen des Postcheckkontos, keine Mahnpendenzen älter als Versand der Rechnung + 2 Monate	85 %	85 %	85 %	80 %	<div> <div></div> Das Inkassowesen und 0.4 FTE wurden zur Nutzung von Synergien bei Material, IT, Know-how und Personal ganz dem AJV übertragen. </div>

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			417'800			420'800	422'700	424'800
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			25'200			26'500	26'500	26'500
3 Aufwand			443'000			447'300	449'200	451'300
Globalbudget			443'000			447'300	449'200	451'300
Total			443'000			447'300	449'200	451'300

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget bleibt rund Fr. 60 000.- unter dem Budgetwert für das Jahr 2015. Hauptsächlich weil 0.4 FTE vom Sekretariat ins Amt für Justizvollzug verschoben wurden und sich damit die Berechnungsgrundlagen verändert haben. Mit dem Transfer werden beim Inkassowesen Synergien in den Bereichen Material, IT und Know-how besser zum Tragen kommen.



Grundauftrag

- Rechtsetzung im Verfassungs- und Gemeinderecht sowie im Organisationsrecht der Rechtspflegebehörden, begleitende Rechtsetzung in den übrigen Belangen.
- Leitung der Verwaltungsbeschwerdeverfahren vor Regierungsrat.
- Rechtsberatung von Departementen und Ämtern.
- Aufsicht über Bezirke und Gemeinden sowie weitere öffentlich-rechtliche Körperschaften.



Umfeldanalyse

- Der Kantonsrat hat ein anspruchsvolles Gesetzgebungsprogramm 2015 - 2016 beschlossen.
- Verwaltungsbeschwerdeverfahren bleiben sachlich und rechtlich komplex, was hohe Ansprüche ans Verfahrensmanagement stellt.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Kommunaluntersuche in den Gemeinwesen werden abgeschlossen. Die Erkenntnisse daraus werden in die Analyse zur Revision des Gemeindeorganisationsgesetzes einbezogen.

Die Überprüfung der Organisation der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden durch eine Arbeitsgruppe ist erfolgt. Die Nachbesserungen werden nach einer Vernehmlassung dem Kantonsrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	12.9	13.0	13.0	13.8	13.9	14.0	14.0

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Neues Wahlverfahren für den Kantonsrat Beginn Mai 2013 / Ende Juni 2016	Das von Kantonsrat und Volk beschlossene Wahlverfahren ist in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei umzusetzen und das Wahldekret im Herbst 2015 für die Kantonsratswahlen 2016 zu veröffentlichen.	
Kommunaluntersuche Beginn Herbst 2013 / Ende Frühling 2016	Durchführung der Kommunaluntersuche gemäss Neukonzeption bei allen Bezirken und Gemeinden sowie Erstellen eines Schlussberichtes.	
Teilrevision des Justizgesetzes Beginn Herbst 2013 / Ende 2017	Nach rund drei Jahren Erfahrung mit der neuen Organisation der Gerichte und Justizbehörden und nach dem Justizstreit werden Nachbesserungen im Organisationsrecht für die Gerichte und die anderen Justizbehörden geprüft und vorgeschlagen. In die Überprüfung einzubeziehen sind auch die Empfehlungen der "PUK Justizstreit", soweit sie die Organisation der Gerichte und der Justizbehörden betreffen.	m Die Überprüfung durch die Arbeitsgruppe wurde 2015 abgeschlossen. Das eigentliche Gesetzgebungsverfahren wird noch rund ein Jahr in Anspruch nehmen.
Revision Gemeindeorganisationsgesetz Beginn 2015 / Ende 2018	Überprüfung der Organisation und der politischen Rechte in den Bezirken und Gemeinden.	n Wurde neu ins Gesetzgebungsprogramm 2015 - 2016 aufgenommen.

Rechtsetzung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Rechtsdienst

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Durchsetzung einer systematischen, klaren und einfachen Gesetzessprache	Anteil der Paragraphen mit drei oder weniger Absätzen	98 %	100 %	96 %	> 90 %	> 90 %
Fristgerechte und fachlich überzeugende Stellungnahmen durch die begleitende Rechtsetzung	Anteil fristgerechter Stellungnahmen	92 %	85 %	91 %	> 90 %	> 90 %

Rechtspflege

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Beschwerdedienst

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Rechtlich korrekte und zeitgerechte Entscheiden an Regierungsrat	Anteil der Entscheiden an den Regierungsrat innert 6 Monaten seit Eingang	78 %	67 %	71 %	> 75 %	> 75 %
Vermeidung zu langer Verfahrensdauern	Anteil der Entscheiden an den Regierungsrat älter als 1 Jahr seit Eingang			7 %	< 10 %	< 10 %
Vernehmlassungen an Rechtsmittelinstanzen werden ohne Fristerstreckung erstellt	Anteil fristgerechter Vernehmlassungen	97 %	94 %	94 %	> 90 %	> 90 %

Rechtsberatung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Rechtsdienst

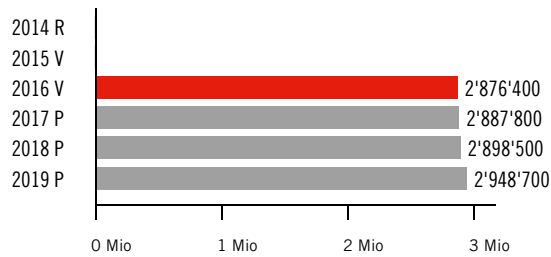
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeit- und sachgerechte sowie verständliche rechtliche Beratung und Unterstützung	Zufriedenheit gemäss Befragung der Departemente und Ämter (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	4.4	4	4
Rechtlich und sprachlich korrekte Unterstützung der Rechtsetzungsarbeiten	Zufriedenheit gemäss Befragung der Departemente und Ämter (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	4.4	4	4

Aufsicht

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Rechtsdienst

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeitgerechte und zweckmässige Vorbereitung und Durchführung der Kommunaluntersuche	Anteil Berichte an die Gemeinden (Feedback) innerhalb 2 Monaten nach Schlussbesprechung			100 %	> 80 %	> 80 %
Rasche Genehmigung von Gründungen und Statutenrevisionen der Körperschaften	Anteil der erteilten Genehmigungen innert 1 Monat nach Eingang aller Unterlagen und Rechtskraft des Revisionsbeschlusses	100 %	100 %	100 %	> 90 %	> 90 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'534'400			2'545'800	2'556'500	2'567'700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			336'000			336'000	336'000	375'000
36 Transferaufwand			15'000			15'000	15'000	15'000
3 Aufwand			2'885'400			2'896'800	2'907'500	2'957'700
42 Entgelte			5'000			5'000	5'000	5'000
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanz.			4'000			4'000	4'000	4'000
4 Ertrag			9'000			9'000	9'000	9'000
Globalbudget			2'876'400			2'887'800	2'898'500	2'948'700
Total			2'876'400			2'887'800	2'898'500	2'948'700

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget bleibt rund Fr. 110 000.- unter dem Budgetwert für das Jahr 2015, hauptsächlich weil sich der relevante Lohndurchschnitt und mit der kleineren Lohnsumme auch die Höhe der AHV- und PK-Beiträge verändert haben.



Grundauftrag

- Planung, Führung und Steuerung der Strafverfolgungsbehörden des Kantons und der Bezirke.
- Regelung des interkantonalen Gerichtsstands und der Zuständigkeitsfragen mit dem Bund, Vertretung in eidgenössischen Verfahren, internationale Rechtshilfe.
- Stellvertretung Jugendanwaltschaft (Fallbearbeitung und Sekretariat).



Umfeldanalyse

- Die Forderung der Gesellschaft nach Nulltoleranz bei möglichen Gefährdungen nimmt zu. Die Minimierung solcher Risiken ist mit Mehraufwand verbunden.
- Querulatorische Eingaben häufen sich. Es wird zunehmend schwieriger, sich vermeintlich im Recht fühlenden Mitmenschen effizient zu begegnen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE		3.2	3.0	3.0	3.0	3.1	3.1

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Professionalisierung der Medienarbeit Beginn Frühjahr 2014 / Ende Dezember 2015	Professionalisierung der Medienarbeit mit Überprüfung der Organisation sowie Schulung der Staatsanwälte in der Medienarbeit.	a

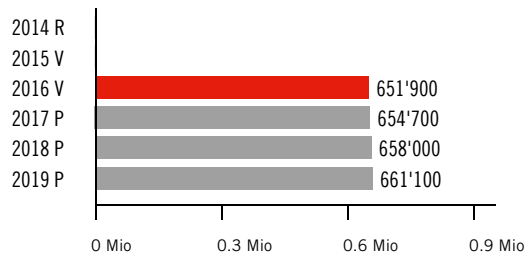
Leistungsorientierte Steuerungsgrössen

Beaufsichtigung / Leitung der Strafverfolgung

Verantwortung: Oberstaatsanwältin / Stellvertretung: Stv. Oberstaatsanwalt


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Kurze Verfahrensdauer bei Übertretungen (Staatsanwaltschaften der Bezirke und Jugendanwaltschaft)	Anteil der Übertretungen mit einer Verfahrensdauer < 60 Tage	81 %	81 %	87 %	80 %	80 %	
Kurze Verfahrensdauer bei Verbrechen und Vergehen (Staatsanwaltschaft des Kantons, Staatsanwaltschaften der Bezirke und Jugendanwaltschaft)	Anteil der Verbrechen und Vergehen mit einer Verfahrensdauer < 180 Tage	82 %	82 %	81 %	80 %	80 %	
Effiziente Gestaltung der fallbezogenen Fachaufsicht gemäss § 49 JG	Anteil der geprüften und genehmigten Endentscheide der unterstellten Ämter innert 5 Arbeitstagen					90 %	n Neues Ziel zur Messung eigener Tätigkeiten

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			601'800			604'600	607'900	611'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			43'000			42'000	42'000	42'000
36 Transferaufwand			7'100			8'100	8'100	8'100
3 Aufwand			651'900			654'700	658'000	661'100
Globalbudget			651'900			654'700	658'000	661'100
Total			651'900			654'700	658'000	661'100

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Das Globalbudget 2016 bleibt vorab um rund Fr. 17 000.- unter dem Voranschlag 2015, weil das Mandat des a.o. Staatsanwaltes (Justizstreit) voraussichtlich per Ende 2015 abgeschlossen werden kann.



Grundauftrag

- Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Schwyz, inkl. Leitung der polizeilichen Ermittlungen.
- Erlass von verfahrensleitenden und -abschliessenden Verfügungen.
- Antragsstellung und -vertretung vor dem Zwangsmassnahmengericht.
- Erhebung von Beweisen und Durchführung von Einvernahmen.
- Anklageerhebung und -vertretung vor Gericht.
- Aktenarchivierung der kantonalen Strafverfahren.



Umfeldanalyse

- Der zunehmende Ausbau der Parteirechte im Strafverfahren lässt Umfang und Dauer der Strafverfahren anschwellen, was das effiziente Verfahrensmanagement schwieriger macht.
- Sofern die Kritik an Strafbefehlsverfahren und Abgekürzten Verfahren Gehör findet, zeichnet sich ein Mehraufwand in der Strafuntersuchung ab.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte



Die administrativen Arbeitsabläufe in den Strafverfahren sollen systematisch in Handbüchern unter verschiedenen Aspekten festgehalten werden, um die Effizienz zu steigern und das Know-how zu sichern.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE		18.1	17.7	18.2	17.8	18.2	18.2


Strafverfahren

Verantwortung: Leitender Staatsanwalt / Stellvertretung: Stv. Leitender Staatsanwalt

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Zeitnahe Bearbeitung der Strafanzeigen	Anteil Fälle mit vom Staatsanwalt zu verantwortenden Unterbrüchen in der Bearbeitung von über 6 Monaten	-	-	-	-	< 15 %	 Die Strafverfahren sind umfangreich. Mit den gegebenen Ressourcen können nicht alle gleichzeitig behandelt werden. Prioritär sind Haftfälle und Gerichtstermine. Bisherige Kennzahl von 3 Monaten ist unrealistisch. Dafür wurde Prozentanteil angepasst.
Sicherung der Qualität der verfahrensleitenden Verfügungen	Anteil vollumfänglich gutgeheissener Beschwerden	10 %	10 %	1 %	< 30 %	< 20 %	 Wert wurde aufgrund angestrebter Qualitätssteigerung angepasst.


Abschluss Strafuntersuchung

Verantwortung: Leitender Staatsanwalt / Stellvertretung: Stv. Leitender Staatsanwalt

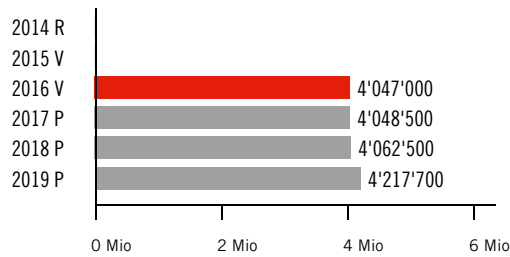
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Formell und materiell rechtsbeständige Strafbefehle (StB)	Verhältnis der von der OSTA wegen Subsumtionsfehlern erhobenen Einsprachen zu Gesamtzahl Strafbefehle	-	-	-	-	< 15 %	 Der Indikator wurde angesichts der Vielzahl der Erledigungsarten nach Einsprache präzisiert. Geringe Anzahl der Strafbefehle pro Jahr führt bei geringfügiger Erhöhung der beanstandeten StB in einem Jahr schnell zur Überschreitung der Kennzahl.
Formell und materiell rechtsbeständige übrige verfahrensabschliessende Verfügungen	Anteil Nichtgenehmigungen durch die Oberstaatsanwaltschaft	2.5 %	3 %	1.5 %	< 10 %	< 10 %	

Anklageverfahren

Verantwortung: Leitender Staatsanwalt / Stellvertretung: Stv. Leitender Staatsanwalt


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Formell und materiell rechtsbeständige Anklagen	Anteil der aus formell- oder materiellrechtlichen Gründen vom Gericht zurückgewiesenen Anklagen	-	-	-	< 10 %	< 10 %	 Die Divergenz beim Ermessen ist kein Fehlerindikator. Deshalb wird neu auf den Anteil der aus formell- oder materiellrechtlichen Gründen vom Gericht zurückgewiesenen Anklagen abgestellt.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'810'200			2'829'200	2'842'200	2'855'200
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'236'800			1'219'300	1'220'300	1'362'500
3 Aufwand			4'047'000			4'048'500	4'062'500	4'217'700
Globalbudget			4'047'000			4'048'500	4'062'500	4'217'700
Total			4'047'000			4'048'500	4'062'500	4'217'700

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Im Vergleich zum Voranschlag 2015 ist das Globalbudget für das Jahr 2016 um rund Fr. 120 000.- gestiegen. Darin sind Fr. 90 000.- Mehraufwand für Anwaltskosten enthalten. Dessen ungeachtet wurden im Voranschlag 2016 unter anderem nachstehende Positionen herabgesetzt: Gehälter, Aushilfen, Vertretungen: Fr. 25 000.- (2015 Fr. 63 200.-), Aus- und Weiterbildung: Fr. 25 000.- (2015 Fr. 40 000.-).



Grundauftrag

- Führung der Strafverfahren gegen Jugendliche im Kanton Schwyz.
- Vollzug ausgefallter verfahrensleitender Entscheide, vorsorglicher Massnahmen, Entscheide und Urteile in Jugendstrafverfahren mit Unterstützung des Bewährungsdienstes.



Umfeldanalyse

- Jugendliche leben im Vergleich zu den Erwachsenen viel mehr "im Moment". Deshalb muss die Strafe möglichst schnell auf die Tat folgen, damit sie wirksam ist.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Verfahrensdauer soll möglichst kurz sein und der Vollzug der Strafe schnell erfolgen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE		2.1	2.5	3.1	3.2	3.2	3.2

Leistungsorientierte Steuerungsgrössen

Strafuntersuchungen

Verantwortung: Leitende Jugendanwältin / Stellvertretung: Oberstaatsanwaltschaft

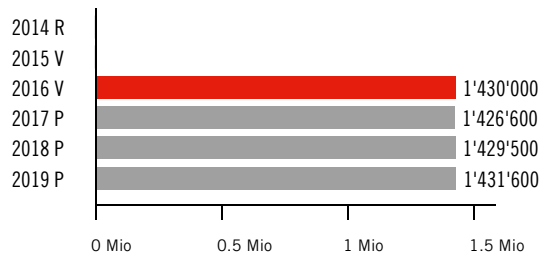
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Tiefes Niveau an pendenten Strafuntersuchungen	Anzahl Pendenzen	34	55	51	< 75	< 75
Beschleunigung der Verfahren	Verfahrensdauer bei Übertretungen < 60 Tage	96.9 %	97 %	95 %	95 %	95 %
Beschleunigung der Verfahren	Verfahrensdauer bei Verbrechen und Vergehen < 6 Monate	83.3 %	86 %	84 %	85 %	85 %

Vollzug von Entscheiden / Urteilen

Verantwortung: Leitende Jugendanwältin / Stellvertretung: Oberstaatsanwaltschaft

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Zeitnaher Vollzug der auferlegten Strafen	Anteil der versendeten Meldeaufforderungen innert 10 Tagen nach Ablauf der vorgegebenen Meldefrist für den Vollzug Persönlicher Leistung gemäss Strafbefehl			96.7 %	90 %	90 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			445'100			447'200	450'100	452'200
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'083'900			1'078'400	1'078'400	1'078'400
34 Finanzaufwand			700			700	700	700
3 Aufwand			1'529'700			1'526'300	1'529'200	1'531'300
42 Entgelte			99'700			99'700	99'700	99'700
4 Ertrag			99'700			99'700	99'700	99'700
Globalbudget			1'430'000			1'426'600	1'429'500	1'431'600
Total			1'430'000			1'426'600	1'429'500	1'431'600

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Kosten für ambulante Schutzmassnahmen werden neu im Konto „Dienstleistungen/Honorare Dritter“ budgetiert, was hier zu budgetierten Mehrkosten von Fr. 25 000.- führt. Die früheren Konten „Kosten für vorsorgliche Massnahmen“, „Strafvollzugskosten“ und „Kosten für Untersuchungshaft“ sind neu im Wesentlichen im Konto „Dienstleistungsaufwand für Personen in Obhut“ zusammengefasst. Die Kosten für stationäre Unterbringungen variieren von Jahr zu Jahr teils in erheblichem Umfang. Bereits im 2015 stehen weitere absehbare Unterbringungen an, was zum budgetierten Mehraufwand von Fr. 37 000.- führt.



Grundauftrag

- Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Wahrnehmung der kriminal-, sicherheits- und verkehrspolizeilichen Aufgaben.
- Prävention von Straftaten durch Information, Präsenz, Aufklärung sowie Intervention und Aufrechterhaltung eines engen Kontaktes mit den Bürgerinnen und Bürgern.
- Erhöhung der Verkehrssicherheit durch gezielte Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer, durch stufengerechte Prävention und mittels Repression.
- Kriminalitätsbekämpfung durch den gezielten Einsatz der zur Verfügung stehenden personellen und materiellen Ressourcen mit dem Ziel, die Täterschaft zu ermitteln.
- Katastrophenhilfe in enger Zusammenarbeit mit den Partnern des Rettungsdreiecks zur Bewältigung grosser Spontanereignisse und Hilfeleistungen in Notlagen.



Umfeldanalyse

- Der Kanton wächst weiter. Zudem verstärkt sich der Trend in Richtung 24-Stunden-Gesellschaft. Diese Entwicklungen haben Auswirkungen auf die Erwartungen an die Polizei.
- Bei ihrer Auftrags Erfüllung steht die Polizei im Dienst der Öffentlichkeit und ist dabei auf adäquate personelle und materielle Mittel angewiesen.
- Die Zusammenarbeit auf Stufe Polizeikonkordat Zentralschweiz, aber auch auf gesamtschweizerischer Ebene, wird ausgebaut - insbesondere im Bereich Technik.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Ein Schwerpunkt wird im Bereich der Vereinfachung und Entschlackung von Prozessen gesetzt. Dadurch soll das polizeiliche Massengeschäft effizienter bewältigt werden. Die frei werdenden Ressourcen sollen eingesetzt werden, um die Präsenz zu steigern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	275.4	279.8	285.6	288.5	285.6	285.0	285.0
Ausbildungstage	Tage	2'900	2'829	2'879	2'797	2'524	2'500	2'500
Protokollierte Einsätze	Einsätze	13'981	15'067	14'979	14'882	14'386	14'800	15'000

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Harmonisierung Polizeinformatik Beginn März 2011 / Ende Dezember 2015	Gesamtschweizerische Harmonisierung der polizeilichen Informatikanwendungen und Informatiksysteme mit dem Ziel, bei der Polizeiarbeit eine Effizienzsteigerung zu erreichen und von Einsparungspotenzial und Synergien bei der Planung, Beschaffung und Weiterentwicklung der Polizeinformatik zu profitieren.	Das Projekt wurde per Ende Dezember 2015 in gefestigte Strukturen überführt.
Virtuelle gemeinsame Einsatzleitzentrale Beginn Oktober 2011 / Ende Dezember 2017	Vernetzung der Einsatzleitzentralen im Raum Zentralschweiz (exkl. Kanton Luzern). In einer ersten Projektphase wird die Übernahme der Anrufüberläufe zwischen den Notrufzentralen ermöglicht. In einem zweiten Schritt sollen gegenseitige Redundanzen geschaffen werden.	
Rapportierung Beginn Januar 2012 / Ende Mai 2017	Ablösung des bestehenden Rapportierungssystems. Zusammenarbeit mit benachbarten Polizeikörpern zwecks Nutzung von Synergien im Rahmen der Evaluation, Implementierung und auch im Verlauf des späteren Betriebes.	
Spezialversorgung Beginn April 2012 / Ende Dezember 2015	Verwaltungsvereinbarung mit der Zuger Polizei im Bereich IT-Forensik. Ziel des Projekts ist es, dass ein Kompetenzzentrum in Zug aufgebaut wird, bei welchem mehrere Kantone Leistungen beziehen können. Da der Bereich IT-Forensik bei der Kapo SZ somit nicht mehr angeboten werden muss, können anstehende grössere Investitionen umgangen werden.	Das Projekt wurde per Ende Dezember 2015 abgeschlossen. Der Teilbereich IT-Forensik wurde durch die Zuger Polizei übernommen. Im Bereich Sonderelektronik beschränkt sich die Zusammenarbeit auf das gegenseitige Abstimmen von Beschaffungen.

Gesamtsicherheit

Verantwortung: Kommandant / Stellvertretung: Chef Sicherheitspolizei

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Reduktion der durchschnittlichen Interventionszeit	Zeit zwischen Ende des Meldungseinganges und Eintreffen der ersten Polizeikräfte vor Ort (Durchschnitt in Minuten)	14	14	14	14	14	
Reduktion der durchschnittlichen Interventionszeit	Durchschnittlicher Anteil der Interventionen < 10 Minuten	36 %	36 %	36 %	37 %	37 %	
Erhöhung der sichtbaren Präsenz (Patrouillentätigkeit und Sektorenbetreuung)	Jährliche Personenstunden an sichtbarer Präsenz (Anzahl Stunden)	42'800	42'800	42'500	42'000	42'500	m Mit dem Abbau sowie der Vereinfachung von administrativen Tätigkeiten soll Kapazität geschaffen werden, um vermehrt Frontdienst zu leisten. Dadurch wird die sichtbare Polizeipräsenz gesteigert.
Erhöhung der sichtbaren Präsenz (Patrouillentätigkeit und Sektorenbetreuung)	Patrouillentätigkeit (rollend sowie zu Fuss) prozentual zur bewilligten Gesamtkapazität	19 %	18 %	18 %	17 %	19 %	m Mit dem Abbau sowie der Vereinfachung von administrativen Tätigkeiten soll Kapazität geschaffen werden, um vermehrt Frontdienst zu leisten. Dadurch wird die sichtbare Polizeipräsenz gesteigert.

Verkehrssicherheit

Verantwortung: Chef Kommandoabteilung / Stellvertretung: Chef Sicherheitspolizei

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Erhöhung der Wirkung der präventiven und repressiven Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich	Anzahl Übertretungen pro Kontrollstunde im Durchschnitt pro Jahr (fixe und mobile Messanlagen)	1.38	1.02	1.55	1.35	1.35	
Erhöhung der Wirkung der präventiven und repressiven Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich	Anzahl der Unfälle im Kanton Schwyz wegen Alkohol pro 1000 im Kanton Schwyz immatrikulierter Fahrzeuge, 3-Jahres-Durchschnitt	0.47	0.43	0.35	0.50	0.45	m Der Kontrolldruck im Bereich Überprüfung der Fahrfähigkeit soll aufrecht erhalten bleiben.
Erhöhung der Wirkung der präventiven und repressiven Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich	Anzahl der Unfälle im Kanton Schwyz wegen übersetzter Geschwindigkeit pro 1000 im Kanton Schwyz immatrikulierter Fahrzeuge, 3-Jahres-Durchschnitt	0.80	0.55	0.55	0.80	0.65	m Im Bereich von massiven Geschwindigkeitsüberschreitungen soll die Kontrolldichte beibehalten werden.

Kriminalitätsbekämpfung

Verantwortung: Chef Kriminalpolizei / Stellvertretung: Chef Sicherheitspolizei

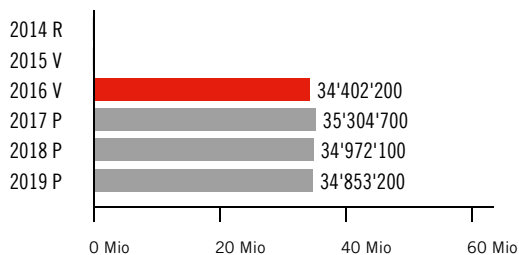
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Reduktion der Deliktzahlen Einbruchdelikte	Anzahl der Einbrüche pro 1000 Einwohner, 3-Jahres-Durchschnitt	2.7	3.0	3.0	4.8	4.5	m Mit Optimierungen im Bereich der Einbruchsprävention soll die Zahl der Einbruchdelikte weiterhin auf tiefem Niveau gehalten werden.
Erhöhung der Aufklärungsquote Raubdelikte	Aufklärungsquote im 3-Jahres-Durchschnitt	54 %	48 %	36 %	45 %	50 %	m Die Erhöhung der Aufklärungsquote im Bereich der Raubdelikte stellt ein Schwerpunkt innerhalb der kriminalpolizeilichen Aufgaben dar.
Erhöhung der Aufklärungsquote Einbruchdelikte	Aufklärungsquote im 3-Jahres-Durchschnitt	12 %	15 %	15 %	16 %	16 %	

Grossereignisse

Verantwortung: Stabschef / Stellvertretung: Kommandant

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
24/7-Aufwuchskapazität im Ereignisfall (Organisationsziel)	Anzahl Minuten ab Pagerauslösung bis 50% der Einsatzkräfte am Einsatzort eingetroffen sind	35	35	35	35	35	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			35'879'700			36'039'100	36'205'400	36'365'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			7'754'000			9'069'600	8'736'700	8'776'800
33 Abschreibungen Verw.vermögen			1'670'000			1'250'000	940'000	703'000
34 Finanzaufwand			10'000			10'000	10'000	10'000
36 Transferaufwand			1'170'000			1'180'000	1'190'000	1'200'000
39 Interne Verrechnungen			46'000			46'000	46'000	46'000
3 Aufwand			46'529'700			47'594'700	47'128'100	47'101'200
42 Entgelte			10'403'000			10'403'000	10'403'000	10'403'000
43 Verschiedene Erträge			700'500			733'000	731'000	740'000
46 Transferertrag			140'000			140'000	140'000	140'000
49 Interne Verrechnungen			884'000			1'014'000	882'000	965'000
4 Ertrag			12'127'500			12'290'000	12'156'000	12'248'000
Globalbudget			34'402'200			35'304'700	34'972'100	34'853'200
Total			34'402'200			35'304'700	34'972'100	34'853'200

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Es wird mit um rund 2% reduzierten Ausgaben beim Sachaufwand gerechnet, wo bei verschiedenen Positionen Einsparungen vorgenommen wurden. Ausnahmen bilden Mittel für den zwingenden Ersatz der Rapportierungssoftware, für die Anschaffung neuer Alkoholmessgeräte gemäss Bundesvorgabe sowie für eine allfällige Neuausrüstung im Bereich Ordnungsdienst. Auf der Ertragsseite wird mit Mehreinnahmen von rund 8% gerechnet, die sich insbesondere aus höheren Beiträgen der Bezirke ergeben, welche im Rahmen der Strafrechtspflege verrechnet werden (verspätete Auswirkung Gebührenerhöhungen per 1.1.2014).



Grundauftrag

- Führung der drei Abteilungen Strafvollzug, Kantonsgefängnis und Bewährungsdienst in fachlicher, personeller und administrativer Hinsicht.
- Durchführung des Vollzuges und des Inkassos bezüglich der kantonalen und von den Bezirksbehörden abgetretenen Strafsentscheide (inkl. Entscheide der Militärgerichte).
- Vollzug von Freiheitsstrafen, Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Ausschaffungshaft im Kantonsgefängnis Schwyz, Biberbrugg.
- Durchführung Bewährungshilfe, der freiwilligen sozialen Betreuung und Organisation der Leistung von gemeinnütziger Arbeit sowie Kontrolle von Massnahmen und Weisungen.



Umfeldanalyse

- Stetige Zunahme von Vollzugaufträgen in den letzten Jahren, insbesondere in den Bereichen Bussenumwandlungen und Ersatzmassnahmen.
- Vermehrt lange Wartezeiten für ausserkantonale Platzierungen, insbesondere im geschlossenen Straf- und Massnahmenvollzug.
- Stetiger Vollzugskostenanstieg bei ausserkantonalen Platzierungen, insbesondere bei stationären Massnahmen in geschlossenen Forensikstationen.
- Vermehrt unplanbare Strafantritte, da ein Grossteil der verurteilten Personen mangels bekannten Wohnsitzes zur Verhaftung ausgeschrieben werden muss.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Das Amt für Justizvollzug ist bestrebt, die pendenten Vollzugaufträge möglichst zeitnah, kostenbewusst, gesetzeskonform sowie unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten durchzuführen.

Kennzahlen


Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	22.3	22.6	22.3	22.3	21.6	22.1	22.5

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Bereitstellen von Haftplätzen Beginn Frühjahr 2013 / Ende 2016	Überprüfen / Evaluieren des Bedarfs an zusätzlichen Haftplätzen (inner-/interkantonal).	m Das Projekt wurde um ein Jahr verlängert, weil sich im Konkordat der Entscheid über gemeinsame Administrativhaftanstalten verzögert.


Strafvollzug

Verantwortung: Abteilungsleitung Strafvollzug / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Der Verurteilte wird innerhalb von 10 Tagen nach Eingang des Falles zum Vollzugsgespräch aufgeboten	rechtzeitiges Aufgebot / Eingänge	90 %	80 %	85 %	80 %	80 %	
Rechnungsstellung / Mahnwesen innert 6 Monaten nach Eingang des Falles abgeschlossen oder der Fall in Betreibung gesetzt, resp. Geldstrafe oder Busse in Freiheitsstrafe umgewandelt	rechtzeitige Rechnungsstellung, Mahnung, Betreibung oder Umwandlung / Eingänge	80 %	80 %	90 %	70 %	80 %	 Der Standardwert wird aufgrund der Neuorganisation des Inkassowesens erhöht.


Kantonsgefängnis Biberbrugg

Verantwortung: Leitung Kantonsgefängnis / Stellvertretung: Vorsteher

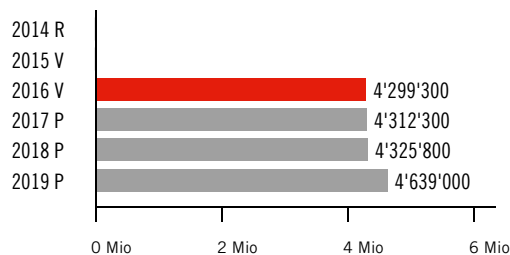
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Jahresauslastung der Haftplätze	effektive Belegung / maximale Belegung	87 %	90 %	94 %	80 %	80 %	
Angebot von durchschnittlich 5 Stunden Insassenarbeit pro Werktag in der Abteilung Strafvollzug (9 Plätze)	effektiv geleistete Arbeitsstunden / vorgegebene Arbeitsstunden	102 %	113 %	126 %	80 %	90 %	 Der Standardwert wird aufgrund der Angebotsmöglichkeiten erhöht.

Bewährungsdienst Kanton Schwyz

Verantwortung: Abteilungsleitung Bewährungsdienst / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sozialbericht innert 2 Monaten nach Auftrag, Beendigung Probezeit oder anderem Auslösungsereignis erstellt	rechtzeitige Berichterstattung / Eingänge	60 %	60 %	60 %	80 %	80 %	
Meldeaufforderung an Verurteilte erfolgt innert 4 Wochen nach Eingang des Vollzugsauftrages	rechtzeitige Meldeaufforderung / Eingänge	100 %	100 %	100 %	90 %	100 %	 Der Standardwert wird zur Aufrechterhaltung der raschen Abwicklung erhöht.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'816'700			2'829'700	2'843'200	2'856'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			2'931'300			2'931'300	2'931'300	2'931'300
34 Finanzaufwand			3'300			3'300	3'300	3'300
36 Transferaufwand			153'000			153'000	153'000	153'000
3 Aufwand			5'904'300			5'917'300	5'930'800	5'944'000
42 Entgelte			1'505'000			1'505'000	1'505'000	1'205'000
43 Verschiedene Erträge			100'000			100'000	100'000	100'000
4 Ertrag			1'605'000			1'605'000	1'605'000	1'305'000
Globalbudget			4'299'300			4'312'300	4'325'800	4'639'000
Total			4'299'300			4'312'300	4'325'800	4'639'000

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Mehraufwand bringt der Transfer von 0.4 FTE vom Departementssekretariat ins AJV (Vollzugsinkasso). Mit Minderaufwand wird basierend auf den Hochrechnungen der aktuellen Vollzugsfälle sowie auf Erfahrungswerten der Einnahmen der letzten Jahre insbesondere im Bereich Strafvollzugskosten gerechnet. Zudem konnte eine stationäre Massnahme mit teilweise sehr hohen Kosten abgeschlossen werden. Das Kantonsgefängnis rechnet mit Mehreinnahmen von Fr. 100 000.- beim Konto „Rückerstattungen“. Beim Bewährungsdienst konnte das Nettobudget durch Reduktion der Personal- und Bürokosten leicht gesenkt werden.



Grundauftrag

- Das Kreiskommando mit der Wehrpflichtersatzverwaltung ist die Vollzugsstelle des Bundes gemäss Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung.
- Der Brandschutz ist für den technischen und administrativen Vollzug der Brandschutzvorschriften im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zuständig.
- Das Feuerwehainspektorat ist verantwortlich für die Aus- und Weiterbildung der Feuerwehren. Zudem koordiniert und überwacht es die Ausrüstung und die Einsatztauglichkeit.
- Die Abteilung Zivilschutz ist für die Ausbildungen und die Einsatztauglichkeit der Zivilschutzorgane, die Schutzraumbaupflicht und Alarmierung der Bevölkerung zuständig.
- Der Bereich Katastrophenhilfe plant Vorsorgemassnahmen und stellt die Führung in ausserordentlichen Lagen durch den Kantonalen Führungsstab (KFS) sicher.
- Die Zentralen Dienste betreiben die Ausbildungsinfrastruktur und stellen den administrativen, technischen und materiellen Betrieb sicher.



Umfeldanalyse

- Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) und der Reform- und Spardruck können Auswirkungen auf die Wehrpflicht, das Standortkonzept, die Dienstdauer etc. haben.
- Die neuen Brandschutzvorschriften erlauben einen wirtschaftlicheren Vollzug.
- Der Zivilschutz geniesst eine grosse Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den kommunalen Behörden.
- Die in Arbeit befindliche Gefährdungsanalyse bildet die Grundlage für politische Entscheide zum Risikomanagement im Bevölkerungsschutz.
- Eine zeitgemässe Ausbildung der Einsatzformationen (Feuerwehr, Zivilschutz) bedingt eine adäquate und benutzerfreundliche Infrastruktur.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Bevölkerungs- und Zivilschutzstrategie 2015+ (gemeinsames Projekt Bund und Kantone) bietet Gelegenheit, Optimierungen bei Aufgaben und Strukturen des Zivilschutzes vorzunehmen. Durch eine optimale Auslastung der Infrastruktur im AMFZ und der Übungsanlage UFZ durch Dritte wird versucht, Mehrerträge zu generieren.

Kennzahlen


Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	36.6	36.3	36.9	37	36.8	37.4	37.4

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Betriebsabrechnung UFZ / Brandanlage Beginn Januar 2010 / Ende Dezember 2017	Erreichen einer betriebswirtschaftlich und ökonomisch sinnvollen Auslastung der Übungsanlage für Feuerwehr und Zivilschutz (UFZ). Erreichen einer hohen Kostentransparenz durch Führen einer separaten Betriebskostenrechnung.	
Sanierung UFZ Beginn Ende 2012 / Ende 2016	Sanierung und Instandstellung von veralteten Infrastrukturen im UFZ (Kanalisationsanschluss, Theorieräume, Materialhalle, Ausbildungsplätze, Unterstände, Militäranlage).	m Die Sanierung ist bis auf die neue Materialhalle abgeschlossen. Diese wurde aus Kostengründen einstweilen nicht realisiert. Eine Mietlösung im Zeughaus Wintersried steht im Vordergrund.
Periodische Schutzraumkontrolle (PSK) Beginn 2015 / Neubeurteilung 2018	Sicherstellung der Betriebsbereitschaft und des Unterhaltes der bestehenden Schutzräume durch wirtschaftliche Umsetzung der Vorgaben der periodischen Kontrolle PSK (10 Jahresturnus).	n Projekt aufgrund neuer Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die periodische Schutzraumkontrolle von 2013.

Militär

Verantwortung: Kreiskommandant / Stellvertretung: Leiter Rekrutierung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Alle aufgegebenen Teilnehmer haben den Orientierungstag (OT) absolviert	Prozentsatz der Absolventen des OT mindestens	98 %	99 %	99 %	> 90 %	95 %	 Kenngrösse aufgrund der Erfahrungszahlen erhöht.

Vorbeugender Brandschutz / Feuerpolizei

Verantwortung: Abteilungsleiter vorbeugender Brandschutz / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Vorbeugender Brandschutz	Anteil der bearbeiteten Baugesuche innert der von der Baugesuchszentrale (BGZ) vorgegebenen Frist	94 %	90 %	90 %	90 %	90 %	

Abwehrender Brandschutz / Feuerwehrinspektorat

Verantwortung: Feuerwehrinspektor / Stellvertretung: Stv. Feuerwehrinspektor

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Gewährleistung der Einsatzbereitschaft von Gemeinde-, Betriebs- und Stützpunktfeuerwehren	Anteil der durchgeführten Inspektionen (Einsatz und Ausrüstung) mit der Bewertung "sehr gut" oder "gut"	92 %	90 %	85 %	85 %	85 %	

Zivilschutz

Verantwortung: Abteilungsleiter Zivilschutz / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Einsatzbezogene Ausbildung von Angehörigen des Zivilschutzes (AdZS)	Anteil Teilnehmer in %, welche die Ausbildung mit "sehr gut" oder "gut" bewerten	96 %	94 %	91 %	90 %	90 %	
Fristgerechte Bearbeitung der Baugesuche (Schutzraumbaupflicht) im Baubewilligungsverfahren	Anteil der bearbeiteten Baugesuche innert der von der Baugesuchszentrale (BGZ) vorgegebenen Frist	92 %	92 %	93 %	90 %	90 %	


Katastrophenhilfe

Verantwortung: Leiter Katastrophenhilfe / Stellvertretung: Amtsvorsteher

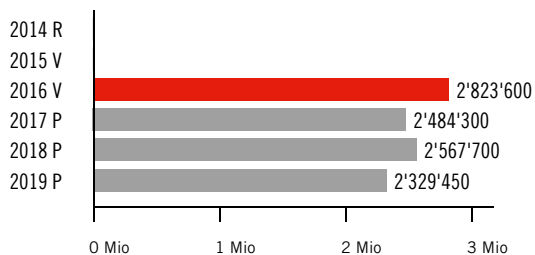
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sicherstellung der Führung in ausserordentlichen Lagen durch den Kantonalen Führungsstab (KFS)	Mindestanzahl der Kontrollen / Übungen und Rapporte pro Jahr	10	9	12	10	10	

Betrieb / Infrastruktur

Verantwortung: Leiter Zentrale Dienste / Stellvertretung: Verantwortlicher Betrieb UFZ

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Störungsfreier und reibungsloser Betriebsablauf des Ausbildungszentrums für Feuerwehr und Zivilschutz sowie Drittbewerber	Zufriedenheit der Benutzer. Prozentualer Anteil der Bewertung "sehr zufrieden" oder "gut zufrieden" mittels schriftlicher Befragung	92 %	93 %	94 %	90 %	90 %	
Störungsfreie und reibungslose Betreuung der persönlichen Ausrüstung für Angehörige der Armee, Zivilschutz und Feuerwehrinstrukturen sowie Dritte	Zufriedenheit der Benutzer. Prozentualer Anteil der Bewertung "sehr zufrieden" oder "gut zufrieden" mittels schriftlicher Befragung	96 %	98 %	98 %	90 %	95 %	 Kenngrösse aufgrund der Erfahrungszahlen erhöht.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			4'714'600			4'731'700	4'749'800	4'773'100
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			3'273'400			2'910'400	2'890'700	2'894'900
33 Abschreibungen Verw.vermögen			338'000			304'000	273'000	243'000
34 Finanzaufwand			200			200	200	200
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanz.			738'600			729'200	728'400	739'200
36 Transferaufwand			1'157'900			1'251'100	1'317'900	1'193'350
37 Durchlaufende Beiträge			1'305'100			205'100	200'100	200'100
39 Interne Verrechnungen			2'079'700			2'108'000	2'118'000	2'118'000
3 Aufwand			13'607'500			12'239'700	12'278'100	12'161'850
42 Entgelte			1'657'500			1'620'500	1'620'500	1'692'500
46 Transferertrag			4'921'600			4'971'800	4'921'800	4'971'800
47 Durchlaufende Beiträge			1'305'100			205'100	200'100	200'100
49 Interne Verrechnungen			2'079'700			2'108'000	2'118'000	2'118'000
4 Ertrag			9'963'900			8'905'400	8'860'400	8'982'400
Globalbudget			3'643'600			3'334'300	3'417'700	3'179'450
46 Transferertrag			820'000			850'000	850'000	850'000
4 Ertrag			820'000			850'000	850'000	850'000
Leistungsunabh. Aufwand / Ertrag			-820'000			-850'000	-850'000	-850'000
Total			2'823'600			2'484'300	2'567'700	2'329'450

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Extrasubvention von Fr. 180 000.- für den Betrieb der Übungsanlage UFZ wurde durch den Schweizerischen Sachversicherungsverband 2015 letztmals ausbezahlt. Aus der Anzahl Teilnehmer an den Aus- und Weiterbildungskursen im Zivilschutz ergibt sich die entsprechende Budgethöhe. Sie hängt ab vom bundesrechtlichen Rekrutierungsprozess sowie der Fluktuation der Kader und Spezialisten. Der Ertrag aus der Wehrpflichtersatzabgabe wird nach HRM2 neu netto budgetiert (Bruttoertrag abzüglich Bundesbetrag) und ist zudem direkt abhängig vom Resultat der definitiv veranlagten Steuerschätzungen.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Das Finanzdepartement wird angesichts der finanziellen Lage weiterhin der Sanierung des Staatshaushalts oberste Priorität einräumen. Konkret bedeutet dies die konsequente Fortführung des Entlastungsprogramms. Die Überprüfung der Steuertarife und die damit zusammenhängende geplante Steuergesetzteilrevision werden dabei wichtige Eckpfeiler auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Finanzhaushalt sein.

Mit eSteuern.sz wird die wichtige Zielsetzung, die staatlichen Leistungen auf allen Ebenen möglichst kostenoptimal bereitzustellen, im Rahmen eines konkreten Projekts operationalisiert. Das neue Finanzhaushaltsgesetz und damit das harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) sowie der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) werden per 1. Januar 2016 eingeführt. Damit bekommt die mittelfristige Finanzplanung eine angemessene Bedeutung. Die erste Staatsrechnung, welche nach HRM2 abgeschlossen und dargestellt sein wird, folgt mit dem Rechnungsjahr 2016. Das Personalamt wird den eingeschlagenen Weg der Standardisierung und Digitalisierung der Personalprozesse weiterverfolgen. Ab dem Jahr 2017 werden die Personalprozesse als elektronische Workflows verwaltungsweit verfügbar sein. Das Amt für Informatik wird im Bereich Bürokommunikationssoftware und Telefonie strategische IT-Projekte realisieren.

Die Aktivitäten zur Optimierung der Ressourcenausgleichszahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) werden fortgeführt. Ab dem Jahr 2016 startet die dritte Finanzierungsperiode 2016–2019. In enger Zusammenarbeit mit den anderen Geberkantonen wird sich das Finanzdepartement weiter für eine Beitragsentlastung der ressourcenstarken Kantone einsetzen.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
8	Staatshaushalt ausgleichen	- Entlastungsprogramm 2014-2017	Amt für Finanzen
9	Verwaltung konsolidieren und aktuelle Technologien nutzen	- eSteuern.sz	Steuerverwaltung
10	Wirksamkeit der NFA-Ausgleichszahlungen optimieren	- Nationaler Finanzausgleich / Anliegen Geberkantone	Departementssekretariat Finanzdepartement

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Gesetzesanpassungen aus dem Entlastungsprogramm 2014-2017	■	◆	●	▲				
Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden					■	◆	●	
Teilrevision Personalgesetzgebung	■	◆		●				
Teilrevision Steuergesetz	◆	●	▲					



Grundauftrag

- Stabsstelle des Finanzdepartements, verantwortlich für die Planung und Koordination im Departement sowie weitere ihm übertragene Aufgaben.
- Unterstützung des Departementsvorstehers bei der Führung des Departements.
- Mitarbeit und Koordination des Mitberichts- und Vernehmlassungswesens.
- Mitarbeit beim Erlass von Verfügungen, bei Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.
- Finanzpolitische Beratung in interdepartementalen Projektgremien.
- n** Ergänzung Grundauftrag
- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Departements.



Umfeldanalyse

- Die Kantonshaushalte geraten immer stärker unter Druck. Praktisch alle Kantone sind an der Umsetzung von Entlastungsprogrammen.
- Die dritte Finanzierungsperiode des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) startet per 1. Januar 2016.
- Die Neukonstituierung des Amtes für Finanzen und die damit verbunden Neuverteilungen der finanzbezogenen Aufgaben im Finanzdepartement ist erfolgt bzw. in Umsetzung.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Im Mittelpunkt steht die konsequente Sanierung des Kantonshaushalts. Die Aktivitäten zur Ausgestaltung eines fairen NFA werden in der neuen Finanzierungsperiode 2016-2019 fortgesetzt. Die Neuverteilung der finanzbezogenen Aufgaben im Finanzdepartement wird abgeschlossen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	4.8	4.2	4.0	3.9	3.6	2.8	2.8
Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	202	240	224	241	276	275	275
Mitberichte	Anzahl	103	104	153	184	178	190	200
Vernehmlassungen	Anzahl	11	7	9	12	18	20	20
behandelte politische Vorstösse	Anzahl	5	7	8	12	32	25	20
Einsitze in Projektgremien für finanzpolitische Beratung	Anzahl	3	3	4	4	4	5	5
Medienmitteilungen	Anzahl	7	8	6	9	10	10	10

Projekte

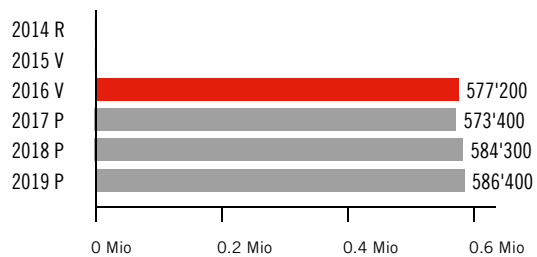
Bezeichnung	Inhalt	
NFA-Standesinitiative / Anliegen Geberkonferenz Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2015	Optimierung der Berechnungsgrundlagen und des Verteilmechanismus des NFA-Ressourcenausgleichs.	a Mit dem Ende der NFA-Finanzierungsperiode 2012-2015 abgeschlossen.
Nationaler Finanzausgleich / Anliegen Geberkantone Beginn Januar 2016 / Ende Dezember 2019	Optimierung der Berechnungsgrundlagen und des Verteilmechanismus des NFA-Ressourcenausgleichs in der dritten Finanzierungsperiode 2016-2019.	n Neue NFA-Finanzierungsperiode

Führungsunterstützung und Support

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Zufriedenheit des Departementsvorstehers	Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	5.0	4.5	4.5	4.5
Eingehaltene Fristen bei Mitberichten	Anzahl termingerechte Mitberichte / Gesamtanzahl Mitberichte	95 %	90 %	95 %	100 %	100 %
Eingehaltene Fristen bei Vernehmlassungen	Anzahl termingerechte Vernehmlassungen / Gesamtanzahl Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Eingehaltene Fristen bei politischen Vorstössen	Anteil der termingerecht erledigten politischen Vorstösse				100 %	100 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			494'200			496'400	499'300	501'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			85'000			77'000	87'000	85'000
3 Aufwand			579'200			573'400	586'300	586'400
43 Verschiedene Erträge			2'000			0	2'000	0
4 Ertrag			2'000			0	2'000	0
Globalbudget			577'200			573'400	584'300	586'400
Total			577'200			573'400	584'300	586'400

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Entwicklung der Erfolgsrechnung widerspiegelt die Neukonstituierung des Amtes für Finanzen. Die im Departementssekretariat angesiedelten Finanzaufgaben im engeren Sinne gingen in das Amt für Finanzen über.



Grundauftrag

- Personal- und Lohnadministration
- Beratung und Betreuung des Personals in Personalfragen
- Beratung der Linienvorgesetzten
- Personalentwicklung
- Personalcontrolling



Umfeldanalyse

- Die Aufrechterhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden ist anspruchsvoll. Für die Weiterentwicklung der Verwaltung ist diese bestmöglichst zu gewährleisten.
- Bestehende Risiken liegen in einer höheren Fluktuationsrate, dem Abfluss von Know-how oder auch in der Schwierigkeit Fachspezialisten zu gewinnen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	6.5	7.4	7.4	7.4	7.7	8.0	8.0
Brutto Fluktuation (sämtliche Austritte, Pensionierungen usw.)	%	12.3	11.2	10.6	10.4	13.0	12.0	12.0
Netto Fluktuation (nur freiwillige Austritte, dh. Kündigungen MA)	%	3.5	3.6	4.3	4.4	4.9	5.0	5.0
Besuchte Weiterbildungen	Anzahl	354	419	432	828	1163	500	500
Weiterbildungskosten	Fr.	480'502	740'672	699'466	722'827	893'492	800'000	800'000
Leistungszulagen	Fr.	24'400	28'500	40'600	35'350	33'800	80'000	80'000
Anteil Frauen	%	43.7	43.6	43.8	45.1	46.2	46.0	46.0
Weibliche Führungskräfte	%	10.2	12.7	13.0	13.7	14.1	15.0	16.0
Abwesenheit aufgrund Krankheit und Unfall (Ø pro MA)	Tage	-	-	5.15	6.17	5.53	5.50	5.50
Zeitguthaben (Ø pro MA)	Tage	-	-	7.59	7.58	6.26	6.0	6.0

Personal- und Lohnadministration

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Personalbereichsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Die Lohnzahlungen erfolgen zeitgerecht.	Anzahl Verzugstage nach dem 25. je Monat	0	0	0	0	0
Die Personaladministration erledigt die ausstehenden Arbeiten rechtsgleich.	Anzahl gutgeheissener Klagen	0	0	0	0	0

Betreuung und Beratung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Personalbereichsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Alle gemeldeten Absenzen von mehr als 3 Monaten werden zusammen mit der IV auf weitere Massnahmen geprüft.	Prozentsatz der geprüften Fälle	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Personalentwicklung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Personalbereichsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Das Weiterbildungsangebot ist für die gesamte Belegschaft attraktiv.	Anzahl Kursteilnehmende aus dem Kanton Schwyz	223	223	222	220	220
Die Verwaltung fördert die Ausbildung von Lernenden.	Anzahl der neu eintretenden Lernenden (1. Lehrjahr)	15	15	16	15	14
Die Verwaltung bietet attraktive Ausbildungsplätze an.	Durchschnittsnote aller Lehrabgänger/innen der Verwaltung in Relation zum gesamtkantonalen Durchschnitt aller Lehrabgänger (gesamtkantonaler Durchschnitt entspricht 100)	101	101	103	> 100	> 100



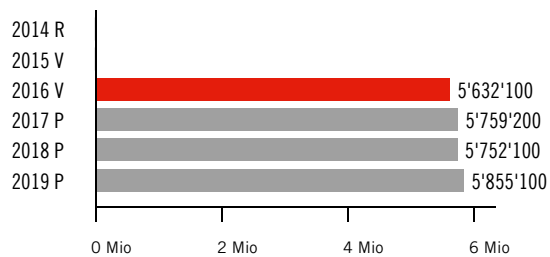
Standardwert gesenkt, da nur alle vier Jahre ein Lehrplatz im Bereich IT besetzt werden kann.

Querschnittsdienstleistungen

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Personalbereichsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung aller Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.1	4.2	4.3	>=4.0	>=4.0
Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung aller Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.2	4.0	4.2	>=4.0	>=4.0
Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung aller Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.1	3.9	4.1	>=4.0	>=4.0

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			7'610'100			7'737'200	7'730'100	7'833'100
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			203'000			203'000	203'000	203'000
3 Aufwand			7'813'100			7'940'200	7'933'100	8'036'100
42 Entgelte			2'105'000			2'105'000	2'105'000	2'105'000
49 Interne Verrechnungen			76'000			76'000	76'000	76'000
4 Ertrag			2'181'000			2'181'000	2'181'000	2'181'000
Globalbudget			5'632'100			5'759'200	5'752'100	5'855'100
Total			5'632'100			5'759'200	5'752'100	5'855'100

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Rechnung 2014 enthält insbesondere die einmalige Zahlung von 39 Mio. Franken für die Ausfinanzierung der Pensionskasse sowie im Bereich der Weiterbildung die Kosten für die 1. Hilfe-Ausbildungen im Rahmen des Sanitätskonzepts. Die Aufwandskonten bleiben in der Finanzplanperiode auf gleichem Niveau wie in der Rechnung 2014 und dem Voranschlag 2015. Die Steigerung des Nettoaufwandes ab 2016 gegenüber den Vorjahren hängt mit der Umstellung auf HRM2 zusammen. Die bisher dezentral verbuchten Familienzulagen und Dienstaltersgeschenke werden ab 2016 zentral beim Personalamt verbucht.



Grundauftrag

- Führung des Finanzhaushalts: Haushaltsstrategie, Aufgaben- u. Finanzplan, Nachtragskredite, Jahresbericht mit Jahresrechnung, Steuerprognose.
- Führung des Rechnungswesens: Rechnungslegung, Buchhaltungsgrundsätze, zentrales Buchhaltungssystem, zentrale Kreditorenbearbeitung.
- Sicherung der Zahlungsfähigkeit: Liquiditätsplanung, Aufnahme und Anlage von Kapital.
- Inkasso der Direkten Bundessteuer sowie gewisser Spezialsteuern und Bussen.
- Vollzug der Steuerungsinstrumente Beteiligungscontrolling, Staatsbeitragscontrolling, Risikomanagement, internes Kontrollsystem und Versicherungswesen.
- Beratung der Verwaltungseinheiten zum Finanzhaushalt, zum Rechnungswesen, zu den Leistungsaufträgen und zur Mehrwertsteuer.
- Stellungnahmen zu Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

m Grundauftrag überarbeitet und ergänzt.



Umfeldanalyse

- Das Ungleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag beschränkt den Handlungsspielraum des Kantons. Es ist durch Aufwandreduktion oder Ertragssteigerung zu beseitigen.
- Das neue Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt setzt ein Ziel zum Aufbau von Eigenkapital bis ins Jahr 2022.
- Bedeutende Risiken (NFA, Wachstum rechtlich gebundener Ausgaben) werden auch in Zukunft eine Herausforderung für den kantonalen Finanzhaushalt darstellen.
- Ohne Haushaltsentlastung wird der Kanton seine Aufgabenerfüllung nur beschränkt an die laufend neuen Anforderungen des Bundes und der Gesellschaft anpassen können.
- Das gegenwärtig tiefe Zinsniveau beinhaltet das Risiko, dass derzeit aufgebaute Schulden im Umwandlungszeitpunkt deutlich höher verzinst werden müssen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	7.2	7.2	8.0	8.8	8.4	10.5	10.5
Rating durch Standard & Poor's	Rating	AAA/A-1+	AAA/A-1+	AAA/A-1+	AAA/A-1+	AAA/A-1+	AAA/A-1+	AAA/A-1+
Ressourcenindex	%	130.0	140.1	149.5	157.1	158.9	165.9	170.6
Nettoverschuldung des Kantons (Fremdkapital minus Finanzvermögen)	Mio. Fr.	-334	-289	-215	-109	113	230	279
Buchungsfälle im Amt für Finanzen	Anzahl Belege	90'408	86'962	90'981	90'533	92'821	92'000	92'000
Durchschnittliche Verzugsstage Zahlung Rechnungen (kantonsweit)	Anzahl	4.22	5.96	4.87	5.02	5.16	5	5
Nutzer des zentralen Buchhaltungssystems	Anzahl	-	-	-	-	261	350	350
Direkte Bundessteuer: Rechnungen, Mahnungen, Rückzahlungen	Anzahl	161'042	167'239	160'613	152'787	159'699	160'000	160'000
Direkte Bundessteuer: Spezielle Inkassomassnahmen	Anzahl	8694	10'007	10'070	7509	9544	10'000	10'000

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Kompetenzzentrum Finanzen (KOFI) Beginn 2011 / Januar 2016	Revision Finanzhaushaltsgesetz inklusive Folgeerlasse; Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells HRM2 inklusive Anpassung des Buchhaltungssystems; Überführung WOV in das ordentliche Recht; Einführung Controllinginstrumente des neuen Finanzhaushaltsgesetzes; Übernahme Steuerschätzungen; Übernahme Finanzaufsicht über Bezirke, Gemeinden und Korporationen.	
Entlastungsprogramm 2014-2017 Beginn November 2012 / Ende Dezember 2017	Aufgaben- und Leistungsüberprüfung sowie Optimierung der Ertragsseite, um den Finanzhaushalt auszugleichen. Etappe 2: Ab 2015 werden neue Massnahmen erarbeitet; sie orientieren sich an der Zielsetzung zum Eigenkapital im Jahr 2022 gemäss neuem Finanzhaushaltsgesetz.	m Etappe 2 hinzugefügt.

Finanzhaushalt und Controllinginstrumente

Verantwortung: Abteilungsleiter Planung & Controlling / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Termingerechte Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans, der Nachtragskredite und des Jahresberichts mit Jahresrechnung	Anzahl Tage Terminüberschreitung total	-	-	-	-	0	n
Prognosegenauigkeit der Netto-Steuererträge	Effektiver Netto-Steuerertrag im Verhältnis zum budgetierten Netto-Steuerertrag (in %)	95.6	91.5	86.3	90-110	90-110	

Rechnungswesen und Liquiditätsmanagement

Verantwortung: Abteilungsleiter Finanz- und Rechnungswesen / Stellvertretung: Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Kantonsweit einheitliches Rechnungswesen	Anzahl vorgenommene Vereinheitlichungen	-	-	-	-	4	n
Sicherung der Zahlungsfähigkeit	Sollzinsen aufgrund von Fehldispositionen	-	-	-	-	< 2000 CHF	m An angepasste Zielformulierung aufgrund Negativzinssituation

Inkasso der Direkten Bundessteuer

Verantwortung: Dienststellenleiterin / Stellvertretung: Stv. Dienststellenleiterin

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Termingerechte Abrechnung mit dem Bund	Anzahl Verzugstage	0	0	0	0	0	

Beratung und Stellungnahmen

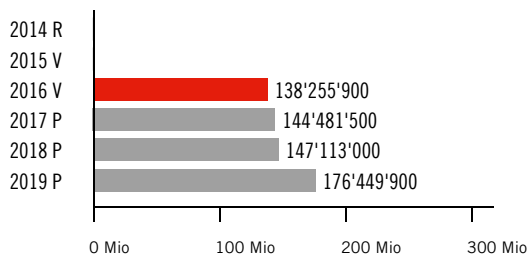
Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Die anderen Verwaltungseinheiten sind mit der Beratung durch das Amt für Finanzen zufrieden.	(Index-) Wert aus jährlicher Befragung sämtlicher Dienststellenleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	3.8	3.9	4.0	>= 3.5	>= 3.5	
Stellungnahmen und Mitberichte zu finanziellen Auswirkungen von Geschäften	Anzahl Stellungnahmen und Mitberichte	-	-	-	-	140	n
Die Verwaltungseinheiten werden zur Mehrwertsteuer geschult und beraten.	Anzahl Schulungen und Beratungen	-	-	-	-	10	n



Produktgruppen überarbeitet und ergänzt.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'296'900			1'533'000	1'540'500	1'547'600
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'533'000			1'408'000	1'409'000	1'410'000
34 Finanzaufwand			130'000			130'000	130'000	130'000
3 Aufwand			2'959'900			3'071'000	3'079'500	3'087'600
42 Entgelte			253'000			253'000	253'000	253'000
43 Verschiedene Erträge			1'000			1'000	1'000	1'000
49 Interne Verrechnungen			114'100			114'100	115'100	115'100
4 Ertrag			368'100			368'100	369'100	369'100
Globalbudget			2'591'800			2'702'900	2'710'400	2'718'500
34 Finanzaufwand			2'721'400			2'973'900	3'928'900	5'447'700
35 Einlagen Fonds/Spezialfinanz.			11'000'000			11'000'000	11'000'000	0
36 Transferaufwand			258'196'000			258'592'000	260'761'000	278'171'000
39 Interne Verrechnungen			3'000			3'000	3'000	3'000
3 Aufwand			271'920'400			272'568'900	275'692'900	283'621'700
40 Fiskalertrag			4'000'000			4'000'000	4'000'000	4'000'000
41 Regalien und Konzessionen			50'000			50'000	50'000	50'000
44 Finanzertrag			42'756'300			42'651'300	43'151'300	43'751'300
45 Entnahmen Fonds/Spezialfinanz.			18'500'000			15'400'000	17'650'000	6'650'000
46 Transferertrag			52'950'000			52'939'000	52'939'000	41'939'000
49 Interne Verrechnungen			18'000'000			15'750'000	13'500'000	13'500'000
4 Ertrag			136'256'300			130'790'300	131'290'300	109'890'300
Leistungsunabh. Aufwand / Ertrag			135'664'100			141'778'600	144'402'600	173'731'400
Total			138'255'900			144'481'500	147'113'000	176'449'900

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung wird hauptsächlich durch die Entwicklung des Transferaufwands und -ertrags im Rahmen des nationalen und des innerkantonalen Finanzausgleichs sowie durch den Finanzaufwand (Zinsen für Fremdkapital) beeinflusst. Im Finanzplanjahr 2019 wurde die temporäre Finanzierung des Normaufwandausgleichs durch die finanzstarken Gemeinden im Rahmen des innerkantonalen Finanzausgleichs nicht mehr eingeplant.

Grundauftrag

- Rechtsgleiche, zeitgerechte und effiziente Veranlagung der Steuerpflichtigen bei korrektem Vollzug der Steuergesetzgebung.
- Transparente Veranlagungspraxis und aktuelle Information.
- Steuerpflichtige erhalten kompetente Ansprechpersonen.
- Vereinfachung des kantonalen Steuerrechts; nach Möglichkeit soll das kantonale Steuerrecht mit dem Bundesrecht harmonisiert werden.



Umfeldanalyse

- Unternehmenssteuerreform (USR) III: Die schweizerische Unternehmensbesteuerung muss im Hinblick auf die internationale Akzeptanz (OECD/EU) teilweise angepasst werden.
- Nationaler Finanzausgleich (NFA): Die Zahlungen in den NFA wachsen stetig und werden für den kantonalen Finanzhaushalt zu einer immer massiveren Belastung.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Schwerpunkt bilden die Vorbereitungsarbeiten für die legislatorische Umsetzung der USR III in die kantonale Gesetzgebung.

Aufgrund der Wirkungen des NFA ist die Steuertarifierung zu überprüfen und nötigenfalls anzupassen.

Umsetzung der Steuergesetzrevision 2014 (in Kraft per 1.1.2015) in der Praxis.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	138.2	140	141	141.7	141.4	143	143
Natürliche Personen (ordentliche Besteuerung)	m/o Wohnsitz	92'417	93'931	95'233	96'681	97'644	-	-
Natürliche Personen (Quellenbesteuerung)	m/o Wohnsitz	6'969	7'246	8'758	10'190	10'416	-	-
Juristische Personen	m/o Sitz	11'043	11'776	12'505	13'170	13'769	-	-
Pauschalbesteuerungen / Steuererleichterungen	gültige RRB	98 / 22	90 / 17	97 / 15	95 / 11	88 / 6	-	-
Entwicklung Einkommens- und Vermögenssteuern (inkl. diverse)	% zu Vorjahr	+ 3.47	+ 9.08	- 1.47	- 5.40	- 1.87	+ 44.79	-
Entwicklung Gewinn- und Kapitalsteuern	% zu Vorjahr	- 37.86	+ 5.84	+ 5.24	+ 8.37	+ 20.43	- 3.29	-
Entwicklung Grundstückgewinnsteuern (brutto)	% zu Vorjahr	- 21.22	+ 18.49	+ 29.91	+ 14.02	- 24.61	- 0.48	-
Entwicklung Quellensteuern (brutto)	% zu Vorjahr	- 2.52	+ 16.66	- 5.89	+ 15.60	+ 14.11	- 8.58	-
Entwicklung Anteil Bundes- und Verrechnungssteuer	% zu Vorjahr	+ 11.04	- 7.37	+ 10.05	- 9.05	- 0.25	+ 7.03	-

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
eSteuern.sz Beginn Januar 2012 / Ende Dezember 2019	Der gesamte Steuerprozess soll über alle kantonalen Gemeinwesen hinweg effizienter und wirtschaftlicher ausgestaltet werden. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie "Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz".	m Dem Projekt wurde im Konsultationsverfahren zugestimmt. Die Projektumsetzung erfolgt unter starker Einbindung der Gemeinden und verlängert sich um 1 Jahr.
Steuerattraktivität für ganzes Kantonsgebiet Beginn Mai 2013 / Ende Dezember 2017	Die Steuerdisparität im Kanton soll möglichst vermindert werden. Es sollen mögliche Lösungswege erarbeitet werden, die als Grundlage für die politische Diskussion dienen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie "Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz".	m Die Haushaltsituation erfordert eine vertiefte Gesamtschau im Rahmen des Entlastungsprogramms 2014-2017 über alle kantonalen Leistungen und Finanzströme. Das Projekt wird in die Etappe 2 des EP 14-17 integriert und um 2 Jahre verlängert.

Veranlagung periodische Steuern

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Abteilungsleiter NP / Abteilungsleiter JP

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Natürliche Personen Veranlagung innert 12 Monaten nach Einreichung der Steuererklärung	Anteil Veranlagungen an Gesamtanzahl Veranlagungen im Kalenderjahr			93.9 %	92 %	92 %	
Juristische Personen Veranlagung innert 12 Monaten nach Einreichung der Steuererklärung	Anteil Veranlagungen an Gesamtanzahl Veranlagungen im Kalenderjahr			94.2 %	93 %	93 %	


Liegenschaftenschätzung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Abteilungsleiter Liegenschaftenschätzung

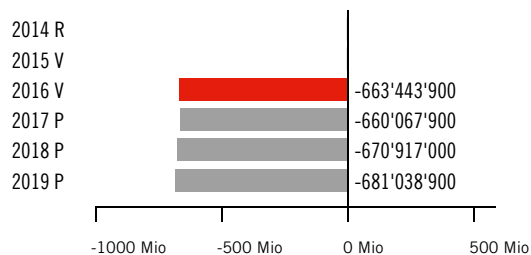
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Schätzung innert 4 Monaten nach Kenntnis des Schätzungsereignisses	Anteil Schätzungen an Gesamtanzahl Schätzungen im Kalenderjahr			77.2 %	80 %	80 %	

Einsprachen

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Abteilungsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Fristgerechte Erledigung von Einsprachen	Anteil erledigte Einsprachen innert 4 Monaten	65.3 %	70.2 %	74.9 %	60 %	68 %	 Standardwert erhöht.
Gesetzmässige Einsprachebeurteilung im Vorverfahren	Anteil der Rechtsmittelentscheide, die vom Ergebnis gemäss Antrag aus dem Einsprachevorverfahren abweichen	19 %	30.1 %	31.4 %	< 20 %	< 20 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			18'159'700			18'234'500	18'354'400	18'424'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			2'713'000			2'570'600	3'152'600	2'268'600
36 Transferaufwand			130'000			130'000	130'000	130'000
3 Aufwand			21'002'700			20'935'100	21'637'000	20'823'100
42 Entgelte			1'726'600			1'727'000	1'727'000	1'727'000
43 Verschiedene Erträge			180'000			130'000	180'000	130'000
4 Ertrag			1'906'600			1'857'000	1'907'000	1'857'000
Globalbudget			19'096'100			19'078'100	19'730'000	18'966'100
34 Finanzaufwand			2'054'000			2'054'000	2'054'000	2'054'000
36 Transferaufwand			50'318'100			50'318'000	50'318'000	50'318'000
39 Interne Verrechnungen			18'000'000			15'750'000	13'500'000	13'500'000
3 Aufwand			70'372'100			68'122'000	65'872'000	65'872'000
40 Fiskalertrag			610'728'100			619'084'000	626'335'000	633'693'000
46 Transferertrag			142'184'000			128'184'000	130'184'000	132'184'000
4 Ertrag			752'912'100			747'268'000	756'519'000	765'877'000
Leistungsunabh. Aufwand / Ertrag			-682'540'000			-679'146'000	-690'647'000	-700'005'000
Total			-663'443'900			-660'067'900	-670'917'000	-681'038'900

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Aufwandskonten bleiben in der Finanzplanperiode gegenüber der Rechnung 2014 und dem Voranschlag 2015 auf ungefähr gleichem Niveau. Die Veränderungen im Sachaufwand resultieren aus Softwareanpassungen, vorab im Jahr 2018. Der Ertragssprung im Voranschlag 2015 resultiert aus der Steuergesetzteilrevision 2015 und aus der Steuerfusserhöhung. Im Voranschlag 2016 musste vorab aufgrund der Entwicklung der Nachträge zu den Einkommens-/Vermögenssteuern der Fiskalertrag nach unten korrigiert werden. Die Steigerung des Fiskalertrags ab dem Jahr 2016 liegt in der beantragten Erhöhung des Steuerfusses.



Grundauftrag

- Versorgung der kantonalen Verwaltung mit IT-Infrastruktur-, Projekt- und Beratungsdienstleistungen.
- Umsetzung der kantonalen IT-Strategie.
- Betrieb und Wartung der IT-Infrastruktur bedürfnisgerecht sicherstellen.
- Sicherstellung der Prozess- und Datensicherheit; für Fachanwendungen in enger Zusammenarbeit mit den Verwaltungseinheiten.



Umfeldanalyse

- Verwaltungsprozesse sollen durch den Einsatz von Informatikmitteln effizienter gestaltet werden.
- Die Ansprüche an die zentral zu erbringenden Dienstleistungen (Netzwerk, Serverbetrieb, Applikationsüberwachung, Datensicherung und Verfügbarkeit) wachsen.
- Beim computerunterstützten Arbeitsplatz geht der Trend in Richtung einer einheitlichen und zentralisierten Technologie zur Zusammenarbeit und Kommunikation.
- Haushaltssanierungsmassnahmen zwingen zu einem längeren Einsatz der Infrastruktur und zur zeitlichen Verschiebung von Projekten oder zu deren Verzicht.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Es wird überprüft, inwiefern ein substanzielles Outsourcing von IKT-Dienstleistungen machbar ist, um eine Senkung der entsprechenden Kosten zu erreichen. Ebenfalls wird der Aufbau von eigenen Projektmanagement-Kompetenzen geprüft. Im Bereich Bürokommunikation / Telefonie wird die zukünftige Strategie entwickelt.

Kennzahlen


Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	19.6	20.0	20.0	19.9	20.8	21	21
Anzahl PC-Arbeitsplätze	Stück	1'059	1'063	1'076	1'227	1'230	1'250	1'255
Anzahl Mailboxen	Stück		1'456	1'369	1'693	1'722	1'750	1'800
Hotline Anfragen	Kontakte			7'750	8'476	9'205	8'500	8'500

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Ausweichrechenzentrum Beginn Januar 2013 / Ende Dezember 2015	Aufbau eines Ausweichrechenzentrums zur Sicherung der Informatikservices bei Eintreten von Elementarereignissen.	a Das Projekt wird termingerecht abgeschlossen.
Ablösung Windows 7 Beginn Januar 2016 / Ende Juni 2017	Das Betriebssystem Windows 7 auf den Arbeitsplatzcomputern ist seit fünf Jahren im Einsatz und wird durch die aktuelle Windowsversion abgelöst.	n Die Entwicklung seitens Softwarelieferant zwingt zu einem Wechsel.

Umsetzung IT-Strategie

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter IT-Entwicklung/Organisation

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
IT-Projekte sind innerhalb des vorgegebenen Kreditrahmens abzuwickeln.	Einhaltung des Gesamtkredits: Effektive Kosten zu den budgetierten Kosten in Prozent	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Die vom AFI geleiteten Projekte werden fristgerecht nach den Auflagen des Regierungsrates und dem Projektleitfaden umgesetzt.	Eingehaltene Meilensteine im Verhältnis zu gesetzten Meilensteinen	95 %	90 %	95 %	90 %	90 %	
Der Informatikaufwand pro Einwohner ist unter dem interkantonalen Durchschnitt.	Die Informatikaufwendungen pro Einwohner des Kantons Schwyz im Verhältnis zum Durchschnittswert der Benchmark-Kantone (Durchschnitt gleich 100)	68	67	70	75	75	
Die Anzahl Informatikstellen der Gesamtverwaltung liegt im interkantonalen Durchschnitt.	Der Anteil der Informatikstellen am Total der Verwaltungsstellen im Verhältnis zum Durchschnittswert der Benchmark-Kantone (Durchschnitt gleich 100)	98	97	91	103	98	 Standardwert wurde gesenkt.

IT-Betrieb

Verantwortung: Leiter IT-Systeme und Sicherheit / Stellvertretung: Leiter IT-Servicedesk

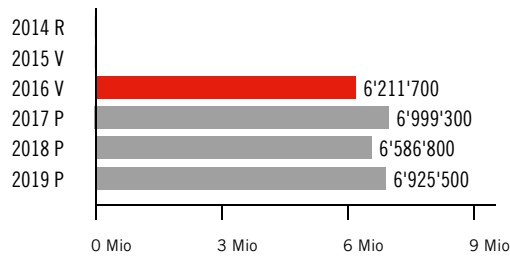
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Die Systemverfügbarkeit für die wichtigsten Systeme ist gewährleistet.	Prozentuale Gesamtverfügbarkeit der Systeme, gemessen über ein ganzes Jahr.	99.9 %	99.9 %	99.9 %	99.5 %	99.5 %	
Aufbau, Betrieb und Wartung der notwendigen Infrastruktur gemäss anerkannten und gültigen Sicherheitsstandards.	Anzahl nicht rekonstruierbarer Datensätze, basierend auf den zentralen Datenspeichern des Informatikcenter.	0	0	0	0	0	

Querschnittsdienstleistungen

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter IT-Entwicklung/Organisation


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung aller Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	3.9	4.2	3.6	3.6	
Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung aller Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	3.8	3.9	3.7	3.7	
Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.	(Index-)Wert aus jährlicher Befragung aller Amtsleitenden (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	3.7	3.9	3.6	3.6	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'748'100			2'761'500	2'775'500	2'788'700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			4'270'500			5'019'700	4'618'200	4'918'700
36 Transferaufwand			71'300			71'300	71'300	71'300
3 Aufwand			7'089'900			7'852'500	7'465'000	7'778'700
42 Entgelte			5'000			5'000	5'000	5'000
43 Verschiedene Erträge			48'000			48'000	48'000	48'000
46 Transferertrag			576'000			551'000	576'000	551'000
49 Interne Verrechnungen			249'200			249'200	249'200	249'200
4 Ertrag			878'200			853'200	878'200	853'200
Globalbudget			6'211'700			6'999'300	6'586'800	6'925'500
Total			6'211'700			6'999'300	6'586'800	6'925'500

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Aufwände und Erträge bleiben in der Finanzplanperiode grundsätzlich auf gleichem Niveau wie in der Rechnung 2014 und dem Voranschlag 2015. Die Steigerungen im Sachaufwand in den Jahren 2017 und 2019 erklären sich mit notwendigen strategischen IT-Investitionen (Bürokommunikationssoftware und Telefonie).



Grundauftrag

- Die Finanzkontrolle ist das unabhängige Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons.
- Sie erbringt Prüf- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Risiken zu reduzieren, Mehrwerte zu schaffen und Verwaltungsprozesse zu verbessern.
- Sie unterstützt den Regierungsrat und die kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Dienstaufsicht.
- Sie unterstützt die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) in der Ausübung ihrer parlamentarischen Finanzaufsicht.



Umfeldanalyse

- Bauprojekte: Anlaufende Grossprojekte (z. B. Südumfahrung Küssnacht, Neue Axenstrasse, Verwaltungsgebäude) mit entsprechenden Finanz-, Prozess- und Reputationsrisiken.
- Verwaltungsprozesse: Hoher Finanz- und Ressourcendruck birgt das Risiko, dass Kontroll- und Qualitätsaspekten bei Verwaltungsprozessen zu wenig Gewicht zuteil wird.
- Arbeitsverhalten: Hoher Finanz- und Ressourcendruck auf das Personal steigert das Risiko von Fehlern, unausgereiften Entscheiden, Qualitätsmängeln und dolose Handlungen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Rollende Prüf- und Tätigkeitsplanung, die einerseits auf einer ganzheitlichen Risikobeurteilung des Aufsichtsbereichs und andererseits auf den Erfahrungen aus den bisherigen Prüfungen basiert. Zudem wird darauf geachtet, dass eine ausgewogene Abdeckung des gesamten Prüfbereichs sichergestellt ist.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	1	0.3	2.3	3.0	3.0	3.0	3.0
Aufwand für externe Unterstützung	TCHF	221.0	146.3	72.6	49.7	58.8	100.0	100.0
Prüfungen	Anzahl				28	27	35	--

Unterstützung in der Dienstaufsicht


Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Umsetzung des Prüfprogramms	Anteil der durchgeführten Prüfungen	90 %	100 %	97 %	100 %	100 %
Durch Prüfungen und Beratungen Mehrwerte schaffen und Verwaltungsprozesse verbessern.	Anteil der Empfehlungen, die umgesetzt werden (aufgrund Stellungnahmen)		88 %	96 %	90 %	90 %
Ausgewogenheit der Prüf- und Beratungsdienstleistungen gemäss Grundauftrag.	Anteil der Feststellungen/Empfehlungen aufgrund der Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit (im Gegensatz zu Ordnungs-, Rechtmässigkeit und Sicherheit)		25 %	26 %	40 %	40 %

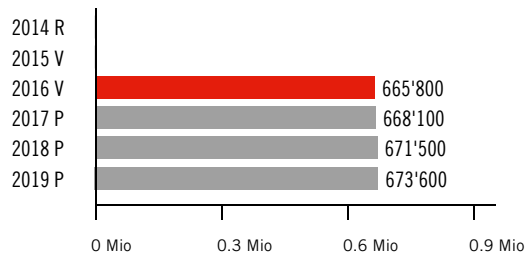
Unterstützung in der Finanzaufsicht

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Systematische und objektive Bewertung der Konzeption, Umsetzung und Wirkung/Wirtschaftlichkeit von Gesetzesaufträgen respektive von politischen Programmen mit besonderer finanzieller Bedeutung.	Anzahl durchgeführte wirkungsorientierte Prüfungen (Evaluationen / Wirtschaftlichkeitprüfungen / Gesetzesfolgenabschätzungen)		1	3	4	2
Hohe Zufriedenheit der Mitglieder der Staatswirtschaftskommission.	Zufriedenheit gemäss Befragung der Kommissionsmitglieder im 2-Jahresrhythmus (Skala 1=sehr schlecht; 5=sehr gut)	4.0	-	4.6	-	4.0


 Aufgrund beschränkter Ressourcen Zielwert nach unten angepasst.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			558'800			561'100	564'500	566'600
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			117'000			117'000	117'000	117'000
3 Aufwand			675'800			678'100	681'500	683'600
46 Transferertrag			10'000			10'000	10'000	10'000
4 Ertrag			10'000			10'000	10'000	10'000
Globalbudget			665'800			668'100	671'500	673'600
Total			665'800			668'100	671'500	673'600

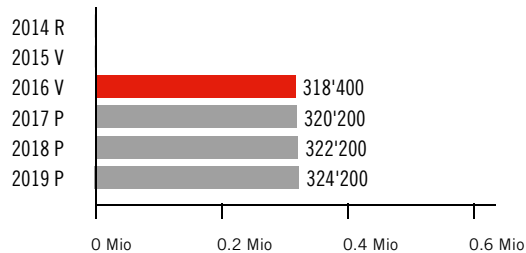
Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Steigerung des Nettoaufwandes im Voranschlag 2015 gegenüber der Rechnung 2014 erklärt sich damit, dass das Budget für externe Unterstützung nur rund zur Hälfte verwendet werden musste. Das Niveau in den Finanzplanjahren bleibt auf dem Niveau des Voranschlags 2016.


Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			365'900			367'700	369'700	371'700
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			74'500			74'500	74'500	74'500
39 Interne Verrechnungen			18'000			18'000	18'000	18'000
3 Aufwand			458'400			460'200	462'200	464'200
46 Transferertrag			140'000			140'000	140'000	140'000
4 Ertrag			140'000			140'000	140'000	140'000
Globalbudget			318'400			320'200	322'200	324'200
Total			318'400			320'200	322'200	324'200

Voranschlagskredit 



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Reduktion im Personalaufwand resultiert aus der Entlastungsmassnahme FD-21 (Etappe 1 des EP 14–17): Die gemeinsame Datenschutzstelle der Kantone Schwyz, Obwalden und Nidwalden verfügte ursprünglich über 250 Stellenprozente. Als Entlastungsmassnahme wurden ab dem Jahr 2014 die Stellenprozente um 50 auf 200 Stellenprozente reduziert.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Die in den vergangenen Jahren begonnenen Grossprojekte sind weiter in der Realisierungsphase und neue werden begonnen. Zu den wichtigsten Bauvorhaben zählen der Ausbau H8 (3. Altmatt - Biberbrugg), die Kernentlastung Lachen und die Südumfahrung Küsnacht. Im Weiteren laufen die Planungsarbeiten für die Autobahnanschlüsse March und Höfe und deren Zubringer. Bei der Umsetzung der Eigentumsstrategie werden wichtige Meilensteine gesetzt. So der Planungskredit für das neue Verwaltungszentrum und dem Projektierungswettbewerb Kantonsschule Auszerschwyz.

Im öffentlichen Verkehr bilden die Erarbeitung und Umsetzung der Entwicklungsfelder des Grundangebots des öffentlichen Verkehrs 2016 - 2019 und die Einbringung der Interessen des Kantons bei der Umsetzungsplanung Ausbauschnitts 2025 und der Erarbeitung des Ausbauschnitts 2030 im Rahmen von der Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FBI) die Schwerpunkte.

Relevante Ziele gemäss Regierungsprogramm

Nr.	Ziel	Umsetzung Departement	umsetzende Verwaltungseinheiten (Leistungsauftrag)
5	Bereitstellen der Verkehrsinfrastruktur	- Gewährleistung einer auf die Siedlungsstruktur und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichteten Grunderschliessung durch den öffentlichen Verkehr	Amt für öffentlichen Verkehr
		- Optimierungsplanung der Anschlüsse Wollerau, Halten und Wangen Ost - Die Projekte für die Verkehrsoptimierung Höfe, die Kernentlastung Lachen und die Südumfahrung Küsnacht	Tiefbauamt
6	Sichere Energieversorgung und sparsame Nutzung	- Teil-Umsetzung der kantonalen Energiestrategie	Hochbauamt
9	Verwaltung konsolidieren und aktuelle Technologien nutzen	- Zusammenzug zugemieteter, zerstreuter Verwaltungseinheiten in einem neuen Verwaltungsgebäude	Hochbauamt

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Revision interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB, SRSZ 430.120.1)							●	
Revision Energiegesetz (EnG, 420.100) und weitere Anschlussgesetzgebungsrevisionen		●						



Grundauftrag

- Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Baudepartements und besorgt die allgemeinen Geschäfte des Departements sowie weitere ihm übertragene Sachaufgaben.
- Juristischer Support Departementsvorsteher und Ämter. Erlass und Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.
- Führung Kompetenzstelle Beschaffungswesen.
- Mitarbeit und Stellungnahmen im Rahmen von Beschwerden, beim Erlass von Verfügungen, Mitberichten und Vernehmlassungen.
- Erledigung der Sekretariatsarbeiten des Departementssekretariates, des Tiefbauamtes sowie des Amtes für öffentlichen Verkehr.
- Führung des Sekretariats der Kommission Bauten, Strassen und Anlagen.



Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	5.8	6.0	5.1	4.6	6.8	6.5	5.7
Mitberichte/Vernehmlassungen	Anzahl	80	70	85	82	90	85	85
Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	257	151	141	145	173	180	180

Leistungsorientierte Steuerungsgrößen

Führungsunterstützung / Rechtsberatung

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär

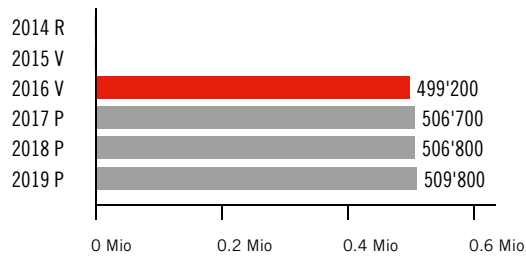
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Zufriedenheit	Zufriedenheit gemäss Befragung des Vorstehers und der Amtsleitenden des Baudepartements (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	4	4	4
Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung	Anzahl eingehaltene Beratungstermine / Gesamtanzahl Beratungstermine	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Dienstleistungen und Support

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung: Stv. Departementssekretär


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Hohe Zufriedenheit	Zufriedenheit gemäss Befragung Kommissionsmitglieder (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	4	4	4
Mitberichte und Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt	Anzahl termingerechte Mitberichte, Vernehmlassungen / Gesamtanzahl Mitberichte, Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			719'500			723'000	727'100	730'100
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			66'900			66'900	66'900	66'900
36 Transferaufwand			18'800			22'800	18'800	18'800
3 Aufwand			805'200			812'700	812'800	815'800
42 Entgelte			6'000			6'000	6'000	6'000
49 Interne Verrechnungen			300'000			300'000	300'000	300'000
4 Ertrag			306'000			306'000	306'000	306'000
Globalbudget			499'200			506'700	506'800	509'800
Total			499'200			506'700	506'800	509'800

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Plan-Erfolgsrechnung weist konstante Werte auf. Neu wird ein Anteil des Rechtsdiensts intern an die Verwaltungseinheit Tiefbauamt verrechnet.



Grundauftrag

- Das Tiefbauamt übernimmt die Gesamtverantwortung über die Infrastruktur im Strassenverkehr, von der Strategie bis zum Betrieb.
- Um den Verkehrsfluss auch langfristig erhalten zu können, sind entsprechende Massnahmen zu planen und umzusetzen.
- In Zusammenhang mit den Planungen soll insbesondere auch die Erreichbarkeit sichergestellt und wo erforderlich durch adäquate Massnahmen verbessert werden.
- Im Rahmen der Planung und Umsetzung der Projekte soll auch die Zuverlässigkeit im strassengebundenen öffentlichen Verkehr unterstützt werden.



Umfeldanalyse

- Der Verkehr nimmt infolge der Attraktivität der Wohn- und Arbeitssituation kontinuierlich zu. Die Verdichtung gegen innen fördert den Mehrverkehr im Ballungsraum.


Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Die Ausbauplanung der Strassenabschnitte und Knoten, mit sich abzeichnenden Engpässen, wird weiter vorangetrieben.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	75.1	75.4	78.1	76.3	72.4	75.0	76.0
Länge Kantonsstrassen	km	218	218	218	218	218	218	218
Länge Verbindungsstrassen	km	91	91	91	91	91	91	91

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Anschlüsse Nationalstrassen Beginn 2012 / Ende 2020	Optimierungsplanung der Anschlüsse Wollerau, Halten und Wangen Ost. Die Studien erfolgen in Zusammenarbeit mit dem ASTRA und den Gemeinden/Bezirken. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie "Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz".	 Der Endzeitpunkt ist infolge der Mitwirkung und der Erfahrungswerte um 4 Jahre angepasst worden.
Kantonsstrassen mit Entwicklungspotenzial Beginn 2012 / Ende 2021	Die Projekte für die Verkehrsoptimierung Höfe, die Kernentlastung Lachen, den Grosskreisel Siebnen und die Südumfahrung Küsnacht sind für die wachsenden Bedürfnisse zu planen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie "Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz".	

Neu-, Ausbauten und Erneuerungen

Verantwortung: Abteilungsleiter Realisierung / Stellvertretung: Stv. AL Realisierung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Verwirklichung Strassenbauprogramm (Hauptstrassen) entsprechend den Vorgaben, den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und den Personalressourcen	Realisierungsgrad Projekte	73 %	79 %	126 %	75 %	85 %
Kosten/Nutzen-Analyse (KW) bei anstehenden Investitionsentscheiden bei Kunstbauten	Kapitalisierte Aufwendungen: Vergleich Neubau - zu erwartender baulicher Unterhalt (Index KW)	0	0	0	<= 1	1
Abschluss Lärmschutz Kantonsstrassennetz bis 31. März 2018	Realisierungsgrad Jahresziel gemäss Programmvereinbarung mit dem Bund	31 %	67 %	106 %	80 %	80 %

Baulicher Unterhalt

Verantwortung: Abteilungsleiter Betrieb / Stellvertretung: Stv. AL Betrieb

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Sicherstellen der Betriebssicherheit durch Beheben von grösseren Schäden und Verschleisserscheinungen an den Strassenanlagen	Anzahl berechnete Werkhauptungsklagen zu Lasten Kanton infolge mangelhafter Strasseninfrastrukturanlagen	0	0	0	< 5	3
Werterhaltung der Strassen	Strassenzustandswerte gemäss VSS-Norm 640 925b (Index I1-Wert 0-2, in % der Netzlänge) Messperiode 4 Jahre	92.3 %	-	-	-	85 %
Werterhaltung der Kunstbauten	Zustandsbeurteilung gemäss VSS-Norm 640 904 (Anzahl Objekte mit Zustand "Sicherheit gefährdet")	1	1	1	< 3	3



Messperiode ergänzt (alle 4 Jahre wird der Strassenzustand visuell erhoben)

Betrieblicher Unterhalt

Verantwortung: Abteilungsleiter Betrieb / Stellvertretung: Stv. AL Betrieb

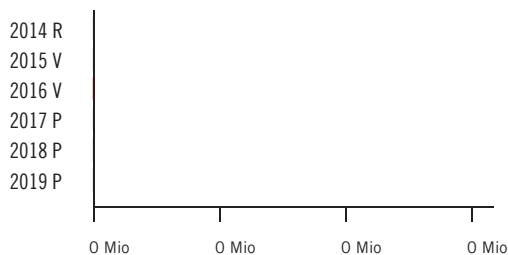
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Sicherstellen des sach- und termingerechten betrieblichen Strassenunterhalts	Anzahl berechnete Werkhauptungsklagen zu Lasten Kanton infolge mangelhaftem betrieblichen Unterhalt	0	0	0	< 5	5
Ausführen des betrieblichen Strassenunterhaltes nach wirtschaftlichen Grundsätzen	Kosten in Fr. pro Kilometer Kantonsstrasse (inkl. Querschnittskosten)	46'300	43'500	40'000	45'000	45'000

Übriges Verkehrsnetz

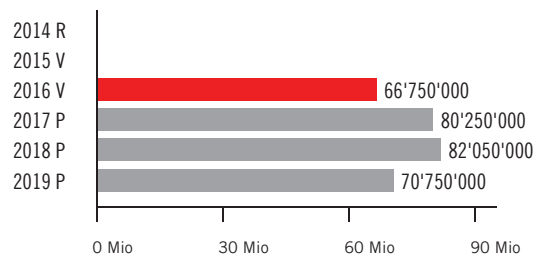
Verantwortung: Abteilungsleiter Strategie und Entwicklung / Stellvertretung: Stv. AL Strategie und Entwicklung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Beachten der Rechtsgrundlagen und der Verfahrenssicherheit	Berechtigte Beschwerden gegen Beschlüsse und Verfügungen (Korrekturen der Oberinstanz)	1	1	0	<= 2	2
Fristgerechte Bearbeitung der Baugesuche gemäss Strassenverordnung	Einhalten der Bearbeitungsfristen (nach Vorliegen sämtlicher notwendiger Unterlagen)	99 %	99.2 %	100 %	95 %	95 %
Fristgerechte Bearbeitung der Gesuche für Verkehrsanordnungen	Einhalten der Bearbeitungsfristen (nach Vorliegen sämtlicher notwendiger Unterlagen)	93 %	98.6 %	97.3 %	95 %	95 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Voranschlagskredit Investitionsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			9'720'800			9'766'800	9'815'400	9'863'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			13'853'900			13'848'300	14'426'600	14'140'000
33 Abschreibungen Verw.vermögen			46'972'000			61'356'000	65'332'000	60'780'000
36 Transferaufwand			22'569'000			42'919'000	53'779'000	84'719'000
39 Interne Verrechnungen			718'400			718'400	718'400	718'400
3 Aufwand			93'834'100			128'608'500	144'071'400	170'220'400
42 Entgelte			1'100'000			1'100'000	1'100'000	1'100'000
46 Transferertrag			39'667'500			59'012'300	69'269'400	98'086'900
49 Interne Verrechnungen			54'228'500			55'680'900	57'019'000	58'507'600
4 Ertrag			94'996'000			115'793'200	127'388'400	157'694'500
90 Abschluss Erfolgsrechnung, Aufwand			1'161'900			0	0	0
91 Abschluss Erfolgsrechnung, Ertrag			0			12'815'300	16'683'000	12'525'900
9 Abschlusskonten			1'161'900			12'815'300	16'683'000	12'525'900
Globalbudget			0			0	0	0
Total			0			0	0	0

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Trotz Schwankungen in der Intensität des Winterdienstes weist die Erfolgsrechnung eine durchgehende Kontinuität auf. Neu sind die Beiträge an die Netzzuwendung der Nationalstrassen in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Aus diesem Grund ist mit fortlaufendem Planungs- und Baufortschritt eine Nettozunahme der Beiträge zu verzeichnen.

Investitionsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
50 Sachanlagen			66'750'000			80'250'000	82'050'000	70'750'000
5 Investitionsausgaben			66'750'000			80'250'000	82'050'000	70'750'000
61 Rückerstattungen			14'855'000			13'830'000	11'686'000	5'750'000
63 Investitionsbeiträge eigene Rechnung			4'923'000			5'064'000	5'032'000	4'220'000
6 Investitionseinnahmen			19'778'000			18'894'000	16'718'000	9'970'000
Nettoinvestitionen			46'972'000			61'356'000	65'332'000	60'780'000

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Investitionsrechnung

Die Investitionen korrespondieren mit der Strategie des Regierungsrates in Bezug auf Siedlung und Verkehr, den Leistungsaufträgen und dem langfristigen Strassenbauprogramm. Sämtliche Projekte können über das Strassenbauguthaben eigenständig finanziert werden.



Grundauftrag

- Prüfung der Anforderungen an zukünftige Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenker sowie an Schiffsführerinnen und Schiffsführer.
- Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassen- und Schiffsverkehr.
- Anordnung von Administrativmassnahmen zur Besserung von fehlbaren Fahrzeugführern und zur Fernhaltung von ungeeigneten Fahrzeuglenkern vom Verkehr.
- Periodische Kontrolle der Betriebs- und Verkehrssicherheit sowie der Einhaltung der Abgasvorschriften von Fahrzeugen und Schiffen.
- Vollzug von Bewilligungen von Anlagen für die Schifffahrt und Verwaltung des kantonalen Strandbodens sowie der kantonseigenen Hafenanlagen.
- Korrekte Berechnung der Steuern und Abgaben sowie die Durchsetzung eines vollständigen und termingerechten Steuereingangs.



Umfeldanalyse

- Fahrzeug-/Führerzulassung: Aufgrund der regen Bautätigkeit im Kanton Schwyz wird der Fahrzeugbestand weiter zunehmen. Wachstumsraten zwischen 2,5 und 3% sind realistisch.
- Fahrzeugprüfungen:
Ab 2017 gelten neue Prüffristen für Personenwagen und Motorräder. Die Rückstände bei den Fahrzeugprüfungen können dadurch teilweise abgebaut werden.
- Führerprüfungen:
Die Übernahme der Führerscheinrichtlinie 3 der EU beinhaltet Verschärfungen für den Erwerb von Führerausweisen. Experten müssen sich nachqualifizieren.
- Administrativmassnahmen:
Die Umsetzung der "Via-Sicura"-Massnahmen zieht aufwendige Sicherungsentzugsverfahren nach sich. Die Fallzahlen werden steigen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Ausbau elektronische Geschäftsabwicklungen:



Im Rahmen der Steigerung der Kundenfreundlichkeit, der Rationalisierung von Geschäftsabläufen, dem medienbruchfreien Datenübertrag sowie der Vermeidung von redundanten Datenerfassungen sollen, wo betriebswirtschaftlich sinnvoll, vermehrt elektronische Geschäftsabwicklungen eingeführt werden.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	56.8	57.9	58.5	58.4	59.5	59.0	59.0
Motorfahrzeuge	Anzahl	122'453	125'857	129'586	132'840	133'476	137'500	141'600
Schiffe	Anzahl	5'565	5'621	5'667	5'711	5'477	5'500	5'530
Führerprüfungen	Anzahl	3'709	3'884	3'870	3'703	3'536	3'600	3'650
Fahrzeugprüfungen	Anzahl	42'768	43'896	43'918	43'243	45'431	46'500	47'500
Sonderbewilligungen	Anzahl	2'204	1'984	2'097	2'312	2'500	2'700	2'800
Administrativmassnahmen	Anzahl	3'316	3'411	3'520	3'433	3'335	3'550	3'600



Technische Verkehrssicherheit

Verantwortung: Leiter Technische Abteilung / Stellvertretung: Stv. Leiter Technische Abteilung

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Überprüfung der Verkehrssicherheit im technischen und individuellen Bereich	Anzahl gutgeheissene Beschwerden auf Stufe Amtsleitung					0	 Der bisherige Indikator wurde seit Jahren massiv unterschritten, weshalb er neu formuliert wurde.
Dienstleistungsorientierte und objektive Beurteilung der Betriebssicherheit von Fahrzeugen und Schiffen innerhalb der festgelegten Periodizitäten	Rückstand < 1 Monat bei Fahrzeugen mit jährlichem Prüfungsintervall; Rückstand < 1 Jahr bei Personen-, Lieferwagen und Kleinbussen ab 7 Jahren; Rückstand < 2 Jahre bei allen übrigen Fahrzeugen und bei Schiffen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	 Indikator bei Fahrzeugen mit jährlichem Prüfungsintervall an Praxis angepasst (1 Monat Rückstand wird akzeptiert).
Verursacherfinanzierung mittels Gebühren	Kostendeckungsgrad	78.2 %	77.3 %	77.5 %	> 80 %	> 80 %	


Administrative Verkehrssicherheit

Verantwortung: Leiter Administrative Abteilung / Stellvertretung: Stv. Leiter Administrative Abteilung

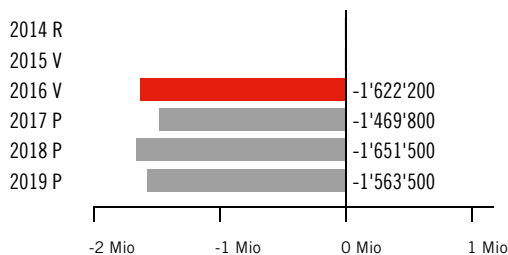
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Administrative Zulassung zum motorisierten Strassen- und Schiffsverkehr	Anzahl gutgeheissene Beschwerden auf Stufe Amtsleitung					0	 Der bisherige Indikator wurde seit Jahren massiv unterschritten, weshalb er neu formuliert wurde.
Einheitlicher Vollzug von Administrativmassnahmen gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführern	Anteil der letztinstanzlich gutgeheissenen Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	6 %	12 %	9.5 %	< 10 %	< 10 %	
Verursacherfinanzierung mittels Gebühren	Kostendeckungsgrad	127.5 %	125.8 %	135.5 %	> 100 %	> 100 %	 Erträge aus der Schilderauktion und dem Direktverkauf werden inskünftig für die Berechnung des Deckungsgrades nicht mehr mitberücksichtigt, weil der Zusammenhang zwischen Arbeitsaufwand und Verkaufserlös nicht gegeben ist.

Steuern / Abgaben

Verantwortung: Leiter Administrative Abteilung / Stellvertretung: Rechnungsführer

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Beschaffung der Mittel zur Finanzierung der Strassenrechnung und der Seepolizei	Versand der Rechnungen innert 10 Arbeitstagen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Durchsetzen eines vollständigen und termingerechten Steuer- und Gebühreneingangs	Debitorenverlust geteilt durch Gesamtertrag	1.17 %	1.17 %	0.18 %	< 1 %	0.2 %	 Debitorenverluste vor 2014 wurden wegen eines Kommafehlers jeweils um den Faktor 10 zu hoch ausgewiesen. Die Vorgabe konnte deshalb nach unten angepasst werden.

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			6'735'500			6'773'800	6'926'100	6'954'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			2'321'800			2'318'400	2'297'200	2'373'500
34 Finanzaufwand			82'000			84'500	87'000	89'600
39 Interne Verrechnungen			55'585'200			57'167'600	58'374'700	59'946'300
3 Aufwand			64'724'500			66'344'300	67'685'000	69'363'900
40 Fiskalertrag			54'501'000			55'862'000	57'257'000	58'689'000
41 Regalien und Konzessionen			464'000			464'000	464'000	464'000
42 Entgelte			5'365'400			5'416'800	5'488'800	5'591'500
43 Verschiedene Erträge			5'666'000			5'721'000	5'776'400	5'832'600
44 Finanzertrag			300			300	300	300
46 Transferertrag			350'000			350'000	350'000	350'000
4 Ertrag			66'346'700			67'814'100	69'336'500	70'927'400
Globalbudget			-1'622'200			-1'469'800	-1'651'500	-1'563'500
Total			-1'622'200			-1'469'800	-1'651'500	-1'563'500

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Infolge des stetigen Fahrzeugwachstums steigen sowohl die Gebühren- als auch die Motorfahrzeugsteuererträge, was zu einer höheren Nettoablieferung in die Strassenrechnung führt. Die Schwankungen beim Globalbudget ergeben sich primär wegen den geplanten Material- und Gerätebeschaffungen für die Seepolizei.



Grundauftrag

- Gewährleistung einer auf die Siedlungsstruktur und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichteten Grunderschliessung durch den öffentlichen Verkehr (öV).
- Mitgestaltung von übergeordneten Projekten des öffentlichen Verkehrs und Einbringung der Bedürfnisse des Kantons Schwyz.
- Überwachung von Anlagen des öffentlichen Verkehrs wie Skilifte und Seilbahnen bezüglich Betriebssicherheit.



Umfeldanalyse

- Sparbemühungen zwingen das Angebot genau zu überprüfen und Anpassungen nur bei sich verändernden übergeordneten Konzepten vorzunehmen oder zeitlich zu verschieben.
- Entwicklungen übergeordneter öV-Konzepte bedingen Anpassungen des untergeordneten Netzes mit Auswirkungen auf die Kosten.
- Die Kapazität auf der Schiene (insbesondere auf der Nord-Süd-Achse und in Ballungszentren) wird immer knapper. Dies stellt eine Gefahr für den Regionalverkehr dar.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Schwerpunkte bilden die Erarbeitung und Umsetzung der Entwicklungsfelder des Grundangebots des öffentlichen Verkehrs 2016 - 2019 und die Einbringung der Interessen des Kantons bei der Umsetzungsplanung Ausbauschnitts 2025 und der Erarbeitung des Ausbauschnitts 2030 im Rahmen der Finanzierung und dem Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI).

Kennzahlen


Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	3.1	2.9	2.9	3.4	3.9	4.0	3.9
gefahrenre Personenkilometer im Regionalverkehr	Mio. km					799	807	815
Seilbahn- und Skiliftanlagen mit kantonaler Bewilligung	Anzahl					98	101	101

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Grundangebot 2016 - 2019 Beginn September 2013 / Ende März 2015	Die Erarbeitung des neuen Grundangebots für den Zeitraum über die nächsten vier Jahre für den regionalen öffentlichen Verkehr. Das Grundangebot definiert das Mengengerüst (Taktsystem) der Linien des regionalen öffentlichen Verkehrs und dessen finanzielle Auswirkungen.	a Der Kantonsrat hat das Grundangebot 2016 - 2019 im März 2015 genehmigt.
Anpassung Prozesse und öV-Gesetz an FABI Beginn Februar 2014 / Ende September 2016	Mit der Annahme der Bundesvorlage Finanzierung Bahninfrastruktur FABI durch das Volk wird die gesamte Bahninfrastrukturfinanzierung geändert. Dies bedeutet für den Kanton Schwyz diverse Anpassungen von Prozessen und eine Änderung des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs.	m Eine Anpassung des öV-Gesetzes zusammen mit einer Anpassung der Höhe des Pendlerabzugs im Steuergesetz ist in Erarbeitung. Die Anpassungen sollen rückwirkend auf den 1.1.2016 gelten. Die Volksabstimmung ist auf den Herbst 2016 geplant.
Entwicklungsfeld Talkessel Schwyz Bahn und Bus Beginn 2015 / Ende 2017	Nach der Zugersee-Sperre kann die S2 (Erstfeld - Baar Lindenpark) nicht mehr in der heutigen Fahrplage verkehren. Dies bedingt eine Anpassung sämtlicher Busanschlüsse im Talkessel von Schwyz. Ziel ist die regionalen öV-Verbindungen für die ein grosses Potenzial besteht zu stärken sowie die überregionalen Verbindungen Bahn-Bus sicherzustellen.	n Entwicklungsfeld im Rahmen des neuen Grundangebots 2016 - 2019
Entwicklungsfeld Ausserschwyz und Region Mitte Beginn 2015 / Ende 2017	Mit der Umsetzung der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich entstanden verschiedene Angebotsabbauten oder -verschlechterungen. Beispiele sind der Wegfall der Direktzüge Einsiedeln - Zürich oder die Verschlechterung der Verbindungen Reichenburg - Lachen. Ziel ist, punktuelle Korrekturmaßnahmen umsetzen zu können, falls sich betrieblich neue Erkenntnisse ergeben, die ein solches Angebot ermöglichen.	n Entwicklungsfeld im Rahmen des neuen Grundangebots 2016 - 2019

Öffentlicher Verkehr

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

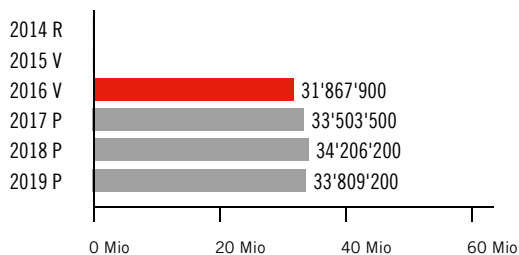
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Verbessern des Marktanteils des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr	Das Wachstum der gefahrenen Personenkilometer (Pkm) pro Jahr im öffentlichen Verkehr ist grösser als das jährliche Bevölkerungswachstum	-0.01 %	5 %	19 %	1 %	1 %	
Bedürfnisgerechte Gestaltung des Angebots im regionalen öffentlichen Verkehr	Verhältnis der gefahrenen Personenkilometer (Pkm) und der Angebotskilometer (Zkm).	8.6	9	11	> 8	> 8	
Erhöhen der Attraktivität des öV-Angebotes durch optimale Tarifgestaltung und Tarifverbünde	Zuwachs des Gesamtumsatzes im Tarifverbund	2.3 %	2 %	2.1 %	4 %	2 %	 Die Preissensibilität im öffentlichen Verkehr ist durch diverse Tarifanpassungen grösser geworden. Die Zuwachsraten verringern sich dadurch.

Betriebsbewilligungen Seilbahnen und Skilifte

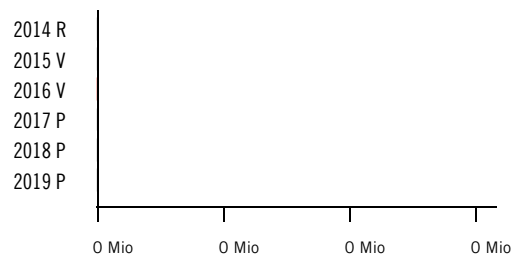
Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Sachbearbeiterin Seilbahnen und Skilifte

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Lückenlose Überwachung der abgelaufenen Betriebsbewilligungen für Seilbahnen und Skilifte	Anteil der Anlagen mit Betriebsbewilligung	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Voranschlagskredit Investitionsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			561'900			564'500	567'200	570'200
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			390'000			390'000	390'000	390'000
36 Transferaufwand			47'182'000			49'565'000	50'965'000	51'165'000
3 Aufwand			48'133'900			50'519'500	51'922'200	52'125'200
42 Entgelte			6'000			6'000	6'000	6'000
46 Transferertrag			16'260'000			17'010'000	17'710'000	18'310'000
4 Ertrag			16'266'000			17'016'000	17'716'000	18'316'000
Globalbudget			31'867'900			33'503'500	34'206'200	33'809'200
Total			31'867'900			33'503'500	34'206'200	33'809'200

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Ab 2016 werden in der Erfolgsrechnung neu Beiträge in den Bahninfrastrukturfonds gemäss FABI ausgewiesen. Der Transferaufwand nimmt aufgrund von Weiterentwicklungen im öffentlichen Verkehr zu, wobei 50% als Ertrag durch die Bezirke und Gemeinden zurückfliesst. Ab 2017 - 2019 bleibt das Ergebnis mehrheitlich konstant.

Investitionsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
64 Rückzahlung von Darlehen			10'800'000			4'750'000	800'000	800'000
6 Investitionseinnahmen			10'800'000			4'750'000	800'000	800'000
Nettoinvestitionen			-10'800'000			-4'750'000	-800'000	-800'000

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Investitionsrechnung

Das gewährte Darlehen an die Durchmesserlinie in Zürich wird in den Jahren 2016 / 2017 zurückbezahlt. Jährlich zahlt die Schweizerische Südostbahn SOB Darlehen im Umfang von rund 800 000.-- Franken an den Kanton zurück.



Grundauftrag

- Das Hochbauamt plant, entwickelt, realisiert und bewirtschaftet Projekte für den Raumbedarf von kantonalen Aufgaben.
- Das Hochbauamt führt das Immobilienmanagement mit Landerwerb, Bewirtschaftung, Betrieb und Unterhalt.
- Das Hochbauamt führt die kantonale Energiefachstelle.
- Das Hochbauamt ist zuständig für Beratungen und Stellungnahmen in Hochbaufragen und in der Energiepolitik.



Umfeldanalyse

- Die gesellschaftliche Sensibilität für energiepolitische Massnahmen ist spürbar und wird weiter ansteigen.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Mit der Umsetzung der Energiestrategie werden erneuerbare Energien gefördert. Zukunftsweisende Energieprojekte werden den Kanton Schwyz dadurch nachhaltig und positiv beeinflussen.

Mit den Projekten des Verwaltungszentrums Schwyz und dem Neubau der KSA in Pfäffikon werden wichtige Meilensteine im Jahre 2016 gesetzt (Planungskredit Verwaltungszentrum und Projektierungswettbewerb KSA).

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	22.3	22.2	23.4	22.2	23.6	24.5	24.4

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Neubau Verwaltungszentrum Beginn 2. Quartal 2013 / Ende 2024	Zusammenzug zugemieteter, zerstreuter Verwaltungseinheiten in einem gemeinsamen Verwaltungszentrum gemäss Immobilienstrategie und Hochbauprogramm (Aktualisierung 2015).	m Die Verkaufsverhandlungen für die Übernahme des ehemaligen AHV-Gebäudes hat mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. Der Kanton konnte die Liegenschaft erst 2015 übernehmen (geplant 2014). Das Projektende wird um 1 Jahr verlängert.
KSA Kantonsschule Ausserschwyz Gesamtkonzept Beginn 2. Quartal 2013 / Ende 2025	Neubau am Standort Pfäffikon unter Berücksichtigung der Gesamtstrategie der KSA. 2016 wird der Projektierungswettbewerb durchgeführt.	m Bedingt durch die etappierte Realisierung (1. Etappe KSA Pfäffikon, 2. Etappe Zusammenführung Nuolen) wird das Projektende von 2023 auf 2025 verschoben.
Verkehrsamt Ausserschwyz Beginn 1. Quartal 2014 / Ende 2018	Ausbau des Verkehrsamtes am bestehenden Standort in Pfäffikon. Auslagerung des Werkhofes nach Galgenen. Verwaltungseinheiten, die heute in Mietobjekten untergebracht sind, können in die frei werdenden Räume zurückgeführt werden.	
Revision kantonales Energiegesetz Beginn 3. Quartal 2014 / Ende Juni 2018	Teil-Umsetzung der kantonalen Energiestrategie. Diese Strategie schafft neue Rahmenbedingungen für die kantonale Energiepolitik und zeigt auf, wie weiterhin eine sichere und wirtschaftlich vertretbare Energieversorgung im Kanton Schwyz sichergestellt werden kann.	m Diese Teil-Umsetzung wird neu mit der Energieinitiative koordiniert. Projekt neu von Ende Juni 2016 auf Ende 2018 verlängert.
Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz (HZI) Beginn 2014 / Ende August 2019	Neubau eines Schulgebäudes für das Heilpädagogische Zentrum Innerschwyz, das heute in Mieträumen der Gemeinde Schwyz untergebracht ist. Der Neubau wird als Minergie P-Eco-Gebäude konzipiert.	
Sicherheitsstützpunkt Biberbrugg (SSB) Beginn 2. Quartal 2014 / Ende 2019	Mit dem Ausbau des Verwaltungstraktes beim SSB soll Raum für die Rückführung von Verwaltungseinheiten, die heute in Mietlösungen untergebracht sind, geschaffen werden.	


Investitionsprojekte

Verantwortung: Leiter Baumanagement / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Planung und Umsetzung Hochbauprogramm	Ausschöpfung des Investitionsvoranschlages	87.5 %	59 %	48 %	90 %	90 %	


Immobilienmanagement

Verantwortung: Leiter Immobilienmanagement / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter

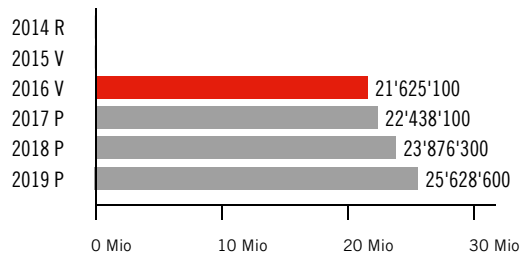
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Umsetzung der Eigentumsstrategie	Anteil der Arbeitsplätze in kantonseigenen Gebäuden Zielwert: 80% bis 2025 gemäss Hochbauprogramm	36 %	36 %	36 %	50 %	53 %	
Bauliche Umsetzung der Raumbedarfsanträge der Ämter und Departemente sowie Umsetzung der Raum- und Flächenstandards	Hauptnutzfläche pro Mitarbeiter in m2 Istzustand: 25.1 m2 Zielwert: 19.7 m2 bis 2025	25.1	25.1	25.1	25.1	25.1	
Wahrung der Funktionstüchtigkeit und Werterhaltung des kantonalen Immobilienbestandes	Jährlicher Instandhaltungsaufwand für kantonale Gebäude in Bezug zum Versicherungswert (Stand 1.1.2015: 490 Mio. Fr.) Zielwert: mittlerer CH-Benchmark 1.18 %	0.90 %	1.00 %	1.16 %	1.08 %	0.92 %	 Neuester Stand Versicherungswert geändert.

Energie

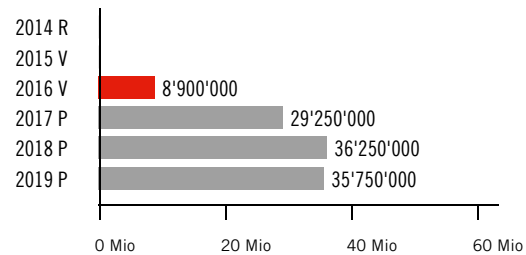
Verantwortung: Leiter Energiefachstelle / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Periodisches Informieren der Vollzugsbehörden, Fachleute und Bevölkerung über erneuerbare Energien und rationelle Energienutzung.	Öffentlichkeitsauftritte, Beiträge in Fachforen, Erfahrungsaustausch mit Vollzugsverantwortlichen in den Gemeinden.				3	3	
Förderung der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien (kantonales Förderprogramm)	Anzahl im Kanton Schwyz substituierter Heizöläquivalente in Liter/a	495'440	333'560	173'960	100'000		 5 Mio. Kredit für Förderprogramm ist erschöpft und Aufstockung wurde nicht genehmigt, darum läuft das Förderprogramm 2016 aus.
Förderung der Reduktion des Wärmeenergieverbrauchs durch Gebäudehüllensanierung (Gebäudeprogramm)	Anzahl im Kanton Schwyz substituierter Heizöläquivalente in Liter/a	1073085	1517000	1350000	400'000	400'000	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Voranschlagskredit Investitionsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'932'300			3'077'700	3'084'900	3'099'200
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			13'179'400			12'922'500	12'892'500	12'915'500
33 Abschreibungen Verw.vermögen			7'436'000			8'392'000	9'853'000	11'568'000
36 Transferaufwand			66'400			16'400	16'400	16'400
37 Durchlaufende Beiträge			1'400'000			0	0	0
39 Interne Verrechnungen			288'000			288'000	288'000	288'000
3 Aufwand			25'302'100			24'696'600	26'134'800	27'887'100
42 Entgelte			284'000			266'000	266'000	266'000
43 Verschiedene Erträge			151'000			150'500	150'500	150'500
44 Finanzertrag			1'285'000			1'285'000	1'285'000	1'285'000
47 Durchlaufende Beiträge			1'400'000			0	0	0
49 Interne Verrechnungen			557'000			557'000	557'000	557'000
4 Ertrag			3'677'000			2'258'500	2'258'500	2'258'500
Globalbudget			21'625'100			22'438'100	23'876'300	25'628'600
Total			21'625'100			22'438'100	23'876'300	25'628'600

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Aufgrund der Umstellung auf HRM2 wurde die Erfolgsrechnung neu gegliedert. Die Erfolgsrechnung zeigt konstante Werte, einzig die Abschreibungen weisen - je nach Umsetzungsgrad der Investitionsprojekte - höhere oder tiefere Werte auf.

Investitionsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
50 Sachanlagen			8'900'000			29'250'000	36'250'000	35'750'000
5 Investitionsausgaben			8'900'000			29'250'000	36'250'000	35'750'000
61 Rückerstattungen			1'000'000			9'500'000	6'300'000	0
6 Investitionseinnahmen			1'000'000			9'500'000	6'300'000	0
Nettoinvestitionen			7'900'000			19'750'000	29'950'000	35'750'000

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Investitionsrechnung

Die Entwicklung der Investitionsrechnung korrespondiert mit dem durch den Regierungsrat genehmigten Hochbauprogramm, den Leistungsaufträgen sowie der langfristigen Immobilienstrategie.

Schwerpunkte 2016 - 2019

Das Umweltdepartement wird vor dem Hintergrund der finanziellen Lage und in Beachtung und Respektierung unserer Naturräume und Kulturlandschaften weiterhin der optimalen Balance zwischen Nutzen und Schutz der Umwelt oberste Priorität einräumen.

Dies bedeutet, dass

- der verantwortungsbewusste Umgang und die Fortführung des Schutzes der lebensnotwendigen Ressourcen Wasser, Luft und Boden
- der Schutz der Bevölkerung und der Siedlungen vor den Naturgefahren mit raumplanerischen, baulichen und forstlichen Massnahmen

auch inskünftig eine hohe Wichtigkeit einnehmen.

Des Weiteren werden die partizipativen Prozesse zur Umsetzung der Einmaligkeit der Natur im Kanton in Nutzungsplänen fortgesetzt. Die Jagd- und Wildschutzgesetzgebung sowie die Wasserrechtsgesetzgebung werden einerseits den bundesgesetzlichen Vorgaben und andererseits den aktuellen Begebenheiten angepasst.

Das neue Informationssystem der Geodaten des Kantons (WebGIS) wird Mitte 2016 voll nutzbar sein. Die notwendigen Arbeiten für den im Jahre 2019 vorgesehenen vollständigen Betrieb des ÖREB-Katasters (Kataster der öffentlichrechtlichen Eigentumsbeschränkungen) werden weitergeführt.

Geplante Gesetzesvorhaben

■ Gesetzgebungsverfahren ◆ Vernehmlassung ● Beratung Kantonsrat ▲ Volksabstimmung

Gesetzesvorhaben	2016				2017		2018	2019
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	1. HJ	2. HJ		
Jagd- und Wildschutzgesetz (JWG)	●		▲					
Wasserrechtsgesetz (WRG)	◆			●	▲			

Grundauftrag

- Das Departementssekretariat ist die Stabsstelle des Umweltdepartements und besorgt die allgemeinen Geschäfte des Departements sowie weitere ihm übertragene Aufgaben.
- Beratung und Aufbereitung der Geschäfte des Departementsvorstehers sowie juristischer Support.
- Mitarbeit bei Erlass von Verfügungen, Mitberichten und Vernehmlassungen.
- Mitarbeit beim Erlass und bei Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien.
- Planung und Koordination der Departementsaufgaben, Erledigung der Administration und Rechnungsführung auch für die Ämter Wasserbau sowie Vermessung und Geoinformation.



Umfeldanalyse

- Die Beratung und Aufbearbeitung der Geschäfte, welche den Departementsvorsteher postalisch, elektronisch oder persönlich erreichen, nehmen zu.
- Der Koordinations- und Planungsaufwand ist - um allen Forderungen und Erfordernissen nach Legitimität, Notwendigkeit, Richtigkeit Rechnung tragen zu können - am wachsen.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	2.2	2.2	2.3	2.2	2.2	2.2	2.2

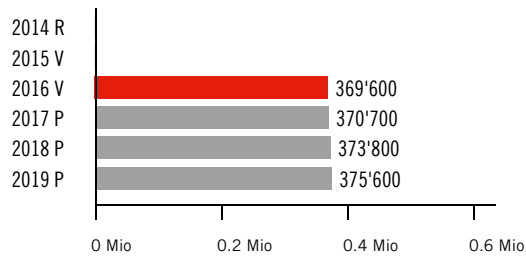
Leistungsorientierte Steuerungsgrössen

Führungsunterstützung

Verantwortung: Departementssekretär / Stellvertretung:


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Hohe Zufriedenheit des Departementsvorstehers	Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala: 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.5	4.6	4.6	4.2	4.3	m Verbesserung geplant
Fristgerechte Erledigung des ersuchten juristischen Supports	Anteil der eingehaltenen Termine	100 %	97 %	100 %	100 %	100 %	
Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt	Anteil der termingerechten Vernehmlassungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Mitberichte werden termingerecht erstellt	Anteil der termingerechten Mitberichte	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Eingehaltene Fristen bei politischen Vorstössen	Anteil der termingerecht erledigten politischen Vorstösse	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Hohe Zufriedenheit der Auftraggeber (Amt für Wasserbau, Amt für Vermessung und Geoinformation)	Zufriedenheit gemäss Befragung der Amtsleitenden (Skala: 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.7	4.9	4.9	4.2	4.3	m Verbesserung geplant

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			348'600			350'300	352'600	355'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			21'000			20'400	21'200	20'600
3 Aufwand			369'600			370'700	373'800	375'600
Globalbudget			369'600			370'700	373'800	375'600
Total			369'600			370'700	373'800	375'600

Voranschlagskredit 



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung widerspiegelt die kantonsweit gleich geplante Entwicklung des Personalaufwands.



Grundauftrag

- Das Amt für Umweltschutz (AfU) leistet einen Beitrag zum Schutz der Lebensräume für Menschen, Tiere, Pflanzen und deren nachhaltige Entwicklung.
- Es gewährleistet durch geeignete Massnahmen sowohl die Nutzung als auch den Schutz der Gewässer.
- Es stellt sicher, dass die Anliegen der Umwelt im Sinne der Umwelt- und Gewässerschutzgesetzgebung bei Vorhaben berücksichtigt werden.
- Das AfU vollzieht dazu insbesondere die ihm zugewiesenen Gesetze und Verordnungen der Umwelt- und Gewässerschutzgesetzgebung des Bundes / des Kantons.
- Es erarbeitet, wo nicht vorhanden, die notwendigen Grundlagen.



Umfeldanalyse

- Der Umgang mit Wasser (Trink- und Abwasser) wird infolge des Bevölkerungswachstums immer wichtiger.
- Das Siedlungswachstum verlangt ausreichend Deponievolumen für unverschmutzten Aushub in der Nähe.
- Littering – das achtlose Wegwerfen von Abfällen – nimmt kontinuierlich zu, damit auch der Schaden an der Umwelt und an der Reputation des Kantons.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Neobioten sind ein grosses, anerkanntes Problem. Die Zuständigkeiten bei der Bekämpfung sind innerhalb des Kantons noch nicht geregelt. Mit Pilotgemeinden wird ein im letzten Jahr erarbeitetes Konzept umgesetzt. Die Trinkwasserversorgungsplanung - als nachhaltige Trinkwasserversorgung - wird weitergeführt.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	17.2	16.9	18.7	18.4	18.4	19.1	19.1
Behandelte Abwassermenge	Mio. m3/Jahr	21	21	21	21	21	21	21
Kleinkläranlagen	Anzahl	59	64	74	78	79	79	81
Tankanlagen	Anzahl	17'201	16'911	16'548	16'059	15'692	15'281	15'000
Definitive Grundwasserschutzzonen	Anzahl	220	226	224	231	233	231	230
Feinstaub Tagesgrenzwertüberschreitung (Soll: < 1x/Jahr)	Anzahl	14	9	9	8	2	5	5
Siedlungsabfälle - cercle indicateur	Kg/Einw.	304	299	299	290	283	290	290
Bewilligte Abfallanlagen	Anzahl	65	65	65	66	64	65	65
Mobilfunkanlagen (ohne SBB und Kantonspolizei)	Anzahl			102	103	107	110	112

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Trinkwasserversorgungsplan Beginn Januar 2007 / Ende Dezember 2020	Grobkonzept eines kantonalen Versorgungsplans zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Versorgern wurde im Jahr 2009 erstellt. Das AfU begleitet die Wasserversorgungen bei der Bildung von Verbunden. Bis 2020 folgen die verbleibenden Gebiete.	
Trinkwasser-Ressourcenschutz Beginn April 2013 / Ende Dezember 2019	Der Kanton Schwyz wird in den nächsten Jahren eine Grundwasserkarte erstellen und mit sorgfältig ausgewählten und aussagekräftigen Messstellen dafür sorgen, dass Gefährdungen oder wichtige Grundwasserträger frühzeitig erkannt werden.	n Wichtiges bereits laufendes Projekt.
Überarbeitung Deponieplanung Beginn Herbst 2013 / Ende Dezember 2016	Überarbeitung der bestehenden Deponieplanung aus dem Jahre 2006 u.a. als Massnahme aus der vom Regierungsrat im Jahr 2013 genehmigten Abfallplanung. Schwerpunkte dabei sind die Änderungen der eidgenössischen Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) sowie die laufenden und geplanten Entwicklungen, speziell im Hoch- und Tiefbau.	

Bezeichnung	Inhalt	
Pilotprojekt Neophytenbekämpfung Beginn Januar 2016 / Ende Dezember 2018	Praxistauglichkeit der kantonalen Massnahmenplanung wird im Rahmen von Pilotversuchen getestet. Die daraus resultierenden Ergebnisse/Erfahrungen bilden die Grundlagen für das weitere Vorgehen (gesetzliche Grundlage).	n Ersetzt Projekt "Neobioten". Die Vorlage wurden vom Kantonsrat im Dezember 2014 zurückgewiesen.
Umsetzung Massnahmenkatalog Gewässerüberwachung Beginn Januar 2016 / Ende Dezember 2019	Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Schwyzer Gewässer gemäss Massnahmenkatalog Gewässerüberwachung in Anlehnung an die Gesetzesvorgaben des Bundes einschliesslich Erfolgskontrolle.	n Ersetzt Projekt "Massnahmenkatalog Gewässerüberwachung"
Öffentlichkeitsarbeit der Abfallplanung Beginn Frühling 2014 / Ende Dezember 2016	Mittels Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, Plakate und andere Aktionen) wird das Thema "Littering" bei der Bevölkerung ins Bewusstsein gerückt. Weiter wird es an Ausstellungen und Messen thematisiert. Die Arbeitsgruppe "Littering" (bestehend aus Vertretern der Bezirke und Gemeinden sowie eines Abfallverbands) koordiniert und plant unter der Leitung des AfU die Umsetzung.	

Leistungsorientierte Steuerungsgrössen

Gewässerschutz

Verantwortung: Leiterin Gewässerschutz / Stellvertretung: Leiterin Grundwasser und Altlasten

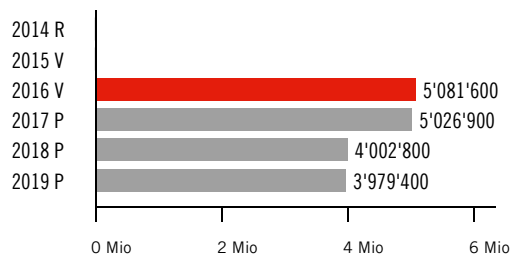
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Prüfung der Umsetzung der Massnahmen und der Nachführung der Generellen Entwässerungsplanung (GEP)	Anzahl der kontrollierten GEP (Total 25)	12	10	8	4	4
Sicherstellen der Funktionstüchtigkeit der Kleinkläranlagen (KLARA) Besichtigung und Überprüfung der KLARA vor Ort	Anzahl der kontrollierten KLARA	16	21	16	15	15
Erdwärmesondenbohrungen überwachen und kontrollieren, um Grundwasservorkommen langfristig zu schützen	Anzahl vor Ort kontrollierter Erdwärmesondenbohrungen (circa 100 Bohrbeginnmeldungen pro Jahr)	11	21	21	20	20
Sicherstellung der Trinkwasserqualität mittels Erfolgskontrolle	Anzahl Grundwasserschutz zonen, bei welchen die Umsetzung der Auflagen überprüft wird		10	10	10	10

Umweltschutz

Verantwortung: Leiter Umweltschutz / Stellvertretung: Vorsteher


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Bearbeitung von Berichten zu historischen oder technischen Untersuchungen bzw. zu Sanierungskonzepten	Anzahl der bearbeiteten Berichte (Total 350 Standorte mit Untersuchungsbedarf)	93	76	53	40	40
Abfallanlagen sind bezüglich Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überprüft und besitzen eine Betriebsbewilligung zur Entsorgung von Abfällen	Anteil der kontrollierten Anlagen	69 %	64 %	75 %	60 %	60 %
Sicherstellung der Einhaltung der Betriebsparameter bei den Mobilfunkanlagen	Anzahl der kontrollierten Mobilfunkanlagen	10	12	10	10	15
Periodisches Informieren der Bevölkerung über den Zustand der Umwelt, über die Abfallentsorgung, mögliche Gefährdungspotenziale und über Vorsorgemöglichkeiten	Öffentlichkeitsauftritte		10	16	6	6

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'475'200			2'485'900	2'497'700	2'507'300
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'419'700			1'239'300	1'213'300	1'121'300
36 Transferaufwand			1'504'300			1'599'300	589'400	638'400
37 Durchlaufende Beiträge			880'000			600'000	600'000	600'000
39 Interne Verrechnungen			30'000			30'000	30'000	30'000
3 Aufwand			6'309'200			5'954'500	4'930'400	4'897'000
42 Entgelte			246'000			226'000	226'000	216'000
46 Transferertrag			16'600			16'600	16'600	16'600
47 Durchlaufende Beiträge			880'000			600'000	600'000	600'000
49 Interne Verrechnungen			85'000			85'000	85'000	85'000
4 Ertrag			1'227'600			927'600	927'600	917'600
Globalbudget			5'081'600			5'026'900	4'002'800	3'979'400
Total			5'081'600			5'026'900	4'002'800	3'979'400

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

"36 Transferaufwand" zeigt die rückläufige Entwicklung der zu leistenden Kantonsbeiträge für die Sanierung von Schiessanlagen an die Gemeinden und Bezirke. Mit der Umstellung auf HRM2 werden die Investitionsbeiträge neu über die Erfolgsrechnung statt über die Investitionsrechnung verbucht.



Grundauftrag

- Intakte Lebensräume und Naturlandschaften (wie v.a. Moorlandschaften, Moorbiotope, Amphibienlaichgebiete, Trockenwiesen, Auengebiete) werden unterhalten und vernetzt.
- Die Artenvielfalt wird erhalten, bedrohte Arten werden gefördert.
- Die nachhaltige Nutzung des Jagd- und Fischereiregals wird sichergestellt.



Umfeldanalyse

- Das eidgenössische Jagd- und Wildschutzgesetz wurde revidiert. Die kantonalen Regelungen sind den neuen Vorgaben anzupassen.
- Die vom Bund erlassene Biodiversitätsstrategie ist umzusetzen.
- Der Druck von verschiedenen Nutzern auf die Umwelt und die Wildtiere nimmt zu. Geeignete Massnahmen sollen diesen Druck abbauen, umleiten oder ihm entgegenwirken.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Es ist zu prüfen, ob eine nachhaltige Jagd und Fischerei durch die Umsetzung von Jagdbanngebieten und Wildruhezonen mit Nutzungsplanungen sowie der Anpassung der kantonalen Gesetzgebung gewährleistet werden kann.

Nutzungsplanungen für Moorlandschaften von nationaler Bedeutung werden umgesetzt.

Die Unterschutzstellung schützenswerter Lebensräume von nationaler Bedeutung wird weiter verfolgt.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	14.1	14.1	14.2	14.3	14.0	14.2	14.2
Jagdpatente	Anzahl				887	864	866	870
Fischereipatente	Anzahl				2902	3108		3000

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Ausführungsbestimmungen Fischereigesetz Rollende Planung	Anpassung der Ausführungsbestimmungen Fischereigesetz.	
Nutzungsplanung Lauerzersee-Sägel-Schutt Beginn Herbst 2010 / Ende Dezember 2016	Revision Nutzungsplan Lauerzersee-Sägel-Schutt (1986), gestützt auf Entwicklungskonzept Lauerzersee: Anpassung an Bundesrecht, Optimierung Besucherlenkung und Sägelstrasse usw.	m Aufgrund aufwendiger Vorverhandlungen um ein Jahr verlängert.
Revision Jagd- und Wildschutzgesetz Beginn März 2013 / Ende April 2016	Als Folge der Revision der eidgenössischen Jagdverordnung sowie aufgrund von davon unabhängigem Aktualisierungsbedarf, ist die kantonale Anschlussgesetzgebung zu revidieren.	m Die Bearbeitung der vielen Mitberichte verzögert das Projekt um wenige Monate.
Nutzungsplanung Wildruhezonen und Jagdbanngebiete Beginn 2016 / Ende 2020	Die vom Bund geforderte Umsetzung der bestehenden empfohlenen Wildruhezonen in rechtsverbindliche Wildruhezonen muss angegangen werden. Die empfohlenen Wildruhezonen müssen aus wildbiologischer und wildtierökologischer Sicht beurteilt und mit Nutzungsplanungen umgesetzt werden. Mit dem gleichen Vorgehen soll auch die Regelung der öffentlichen Nutzung der Jagdbanngebiete erfolgen.	n Vorprojekte wurden schon in den Jahren 2014 und 2015 erstellt.

Natur- und Landschaftsschutz

Verantwortung: Abteilungsleiterin Natur- und Landschaftsschutz / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter Natur- und Landschaftsschutz

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Unterschutzstellung aller Flachmoorobjekte von nationaler Bedeutung	Flachmoorflächen (total circa 2580 ha) mit abgeschlossenen Schutz- und Pflegeverträgen (gestützt auf kantonale Nutzungspläne und/oder Flachmoorinventar des Bundes)	73 %	84 %	86 %	100 %		e Unterschutzstellung Flachmoorobjekte wird Ende 2015 abgeschlossen sein.
Unterschutzstellung aller Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung	Anzahl unter Schutz gestellte Laichgebiete (total 18 Objekte)					7	n
Erhaltung der Lebensraumqualität für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten durch gezielte Pflegemassnahmen (inklusive Bekämpfung von invasiven Neophyten) in den kantonalen Naturschutzgebieten	Pflegeeinsätze von Dritten (Zivildienstleistenden, Schulklassen, Organisationen usw.) auf nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen (Anzahl Wocheneinsätze mit Gruppen à 10-20 Personen)	20	17	15	15	15	
Beeinträchtigte Lebensräume für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten werden regeneriert und vernetzt	Umgesetzte Aufwertungsprojekte pro Jahr (Hochmoorregenerationen, Auenrevitalisierungen, Seeuferregenerationen, Neuschaffung von Amphibienlaichgewässern)	4	2	4	1	2	m Wert im Sinne der bestehenden Bundesaufträge für die Umsetzung von Biotopen und Moorlandschaften von nationaler Bedeutung sowie gemäss Programmeingaben NFA erhöht.

Jagd und Wildtiere

Verantwortung: Abteilungsleiter Jagd und Fischerei / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter Bereich Jagd

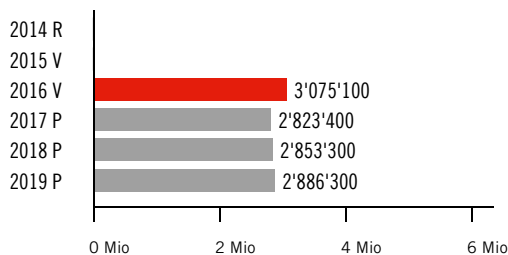
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Korrekte und termingerechte Organisation des Patentwesens	Anteil drei Wochen vor Beginn der Hochwildjagd geprüfter und verschickter Patente	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Durchführung eines geregelten Jagdbetriebs während der Hochwildjagd	Anzahl Wildabnahmetage im Verhältnis zur Anzahl Hochwild-Jagdtage	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Durchführung eines geregelten Jagdbetriebs während der Niederwildjagd	Anzahl durchgeführter Aufsichtstage im Verhältnis zur Anzahl Niederwild-Jagdtage	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Fischerei

Verantwortung: Abteilungsleiter Jagd und Fischerei / Stellvertretung: Stv. Abteilungsleiter Bereich Fischerei


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Korrekte und termingerechte Organisation des Patentwesens	Anteil innert vier Arbeitstagen geprüfter und verschickter Patente	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Beseitigung der Wanderhindernisse um die Erreichbarkeit der Laichgründe sicherzustellen	Anteil der umgesetzten Projekte				100 %	100 %	

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'821'200			1'829'500	1'839'400	1'847'400
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'709'100			1'419'100	1'409'100	1'409'100
36 Transferaufwand			1'572'700			1'602'700	1'632'700	1'657'700
39 Interne Verrechnungen			75'000			75'000	75'000	75'000
3 Aufwand			5'178'000			4'926'300	4'956'200	4'989'200
41 Regalien und Konzessionen			970'000			970'000	970'000	970'000
42 Entgelte			290'200			290'200	290'200	290'200
43 Verschiedene Erträge			40'000			40'000	40'000	40'000
46 Transferertrag			707'700			707'700	707'700	707'700
49 Interne Verrechnungen			95'000			95'000	95'000	95'000
4 Ertrag			2'102'900			2'102'900	2'102'900	2'102'900
Globalbudget			3'075'100			2'823'400	2'853'300	2'886'300
Total			3'075'100			2'823'400	2'853'300	2'886'300

Voranschlagskredit 

Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Natur- und Landschaftsschutz:

Aufwand im Natur- und Landschaftsschutz laufend steigend, wegen zunehmender vertraglicher Umsetzung von Biotopen von nationaler Bedeutung. Einsparungen bei Beiträgen für Aufwertungsmassnahmen Dritter. Aufgabe der finanziellen Unterstützung der Erarbeitung landwirtschaftlicher Vernetzungsprojekte gemäss Entlastungsprogramm 2014 - 2017.

Jagd und Fischerei:

Erhöhung des Voranschlags für die Abgeltung von Wildschäden. Mehraufwand für die Schutzaufträge NFA in eidgenössischen Jagdbanngebieten. Mehraufwand für Nutzungsplanungen in Wald-Wild-Lebensräumen.



Grundauftrag

- Fördern der Schutzfunktion, der Biodiversität und der Wohlfahrts- und Nutzfunktionen des Waldes.
- Schutz vor Naturgefahren.
- Koordination Langsamverkehr, ausserhalb der Zuständigkeit des Baudepartements, insb. Sicherstellung eines öff. Fuss- und Wanderwegnetzes sowie von Mountainbike-Routen.
- m** Erweiterung Grundauftrag: Koordination Langsamverkehr



Umfeldanalyse

- Die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nehmen auch in Bezug auf den Schutz vor Naturgefahren kontinuierlich zu.
- Die Bedeutung des Langsamverkehrs bei der Bewältigung des Gesamtverkehrs (motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr) steigt.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Erfüllen der Programmvereinbarungen mit dem Bund in den Bereichen Schutzwald, Schutzbauten, Biodiversität im Wald und Waldwirtschaft. Koordination Langsamverkehr.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	25.5	26.2	25.2	25.3	25.0	25.5	25.3

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Schutzbauten Beginn Januar 2011 / Ende Dezember 2019	Murgangschutzmassnahmen Dornirunse Morschach - Schutzbauten SBB Strecke Zug-Goldau - Steinschlagschutzmassnahmen oberhalb der Kantonsstrasse Brunnen-Gersau, der Wägitalstrasse und der Illgauerstrasse, verschiedene Lawinenverbauungen.	m Umfangreiche Projektierungsarbeiten führen in einzelnen Projekten zu geringfügigen zeitlichen Verzögerungen.
Neubauten Schutzwaldstrassen Beginn Mai 2012 / Ende Dezember 2019	Instandstellungen und Ergänzungen am bestehenden Schutzwaldstrassennetz.	m Umfangreiche Projektierungsarbeiten führen in einzelnen Projekten zu geringfügigen zeitlichen Verzögerungen.
Neubaustrecken Hauptwanderwege Beginn November 2008 / Ende Dezember 2018	Vervollständigen Hauptwanderwegnetz (Verpflichtungskredit noch ausstehend).	

Wald

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Forstkreis 2

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Qualitative und quantitative Erhaltung des Waldareals	Quantitativ und qualitativ gleichwertiger Realersatz bei Rodungen bewertet durch jährliche Kontrollen der geforderten Rodungsersatzleistungen	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	
Wald als naturnahe Lebensgemeinschaft erhalten und Biodiversität fördern (Natur- und Sonderwaldreservate)	Reservatsfläche in Prozent der gesamten Waldfläche (Naturwaldreservate und Sonderwaldreservate)	13.5 %	13.5 %	13.5 %	13.5 %	13.5 %	
Aufwertung Waldränder	Hektaren behandelte Waldrandfläche					12.5	n Verstärkte Aufwertung der Waldränder im Rahmen der Biodiversitätsstrategie.
Schutzwald behandeln gemäss der Konzeption Nachhaltigkeit im Schutzwald (NaIS)	Hektaren behandelter Schutzwaldfläche pro Jahr (Schutzwaldareal Schwyz 18 200 ha)	625	373	432	420	400	
Effizienter Einsatz der Pauschalbeiträge des Bundes für waldbauliche Massnahmen	Position im interkantonalen Vergleich bezüglich Verhältnis von gepflegten Jung- und Schutzwaldflächen zu den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln	5	5	5	5	5	
Sicherstellen der Waldstrassen-Infrastruktur für die Schutzwaldbehandlung (Angenommene Lebensdauer einer Waldstrasse: 40 Jahre)	Anzahl km periodischer Unterhaltsmassnahmen am Schutzwaldstrassennetz (Ziel: 1/40 der 380 km Waldstrassen und der 90 km Maschinenwege)	14	17	16	15	15	
Jungwaldpflege ausserhalb des Schutzwaldes fördern	Hektaren gepflegter Jungwaldfläche Behandeltes Jungwaldareal Schwyz 4000 ha	154	196	204	250	140	

Naturgefahren

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Naturgefahren

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Erstellen und Aktualisieren von Interventionskarten	Realisierungsanteil (approximativ) in Prozent der Kantonsfläche gemäss der regierungsrätlichen Naturgefahrenstrategie 2004 und Teilrevision 2010	20 %	30 %	40 %	50 %	60 %	
Technischer Schutz für Mensch, Umwelt und Sachwerte vor Naturgefahren mittels Schutzbauten, Messstellen und Frühwarndiensten	Durchschnitt der Kostenwirksamkeit sämtlicher Schutzbautenprojekte (ohne Sofortmassnahmen) des Jahres ≥ 1.1 (Errechneter Nutzen im Verhältnis zu den Investitionskosten)	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	

Koordination Langsamverkehr

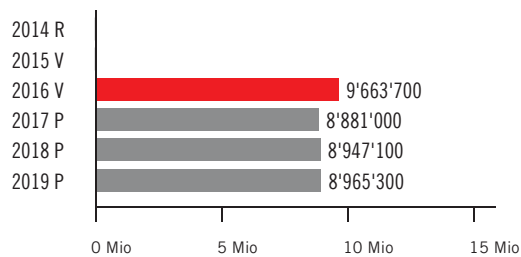
Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Leiter Langsamverkehr

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V	
Sicherstellen eines öffentlichen Fuss- und Wanderwegnetzes (inklusive Mountainbike-Routen)	Anzahl km periodischer Unterhaltsmassnahmen am kantonalen Wanderwegnetz (Ziel: 1/40 der 1015 km Haupt- und Verbindungswanderwege)	26	26	26	26	26	
Flächendeckendes Netz von sicheren und attraktiven MTB- und Velorouten im Kanton Schwyz.	Qualitativ und quantitativ hochwertiges Netz von sicheren MTB- und Velorouten mit flächendeckend eindeutiger Signalisation.					100 %	n Ausarbeitung im Rahmen der Koordination Langsamverkehr in Zusammenarbeit mit Amt für Wirtschaft, Tiefbauamt und Schwyz Tourismus.



In Anlehnung an die Ergänzung im Grundauftrag wurde die Produktgruppe umbenannt (vorher: Fuss- und Wanderwege).

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			3'476'200			3'493'500	3'509'600	3'527'800
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'251'500			1'251'500	1'251'500	1'251'500
36 Transferaufwand			10'440'000			9'440'000	9'440'000	9'440'000
37 Durchlaufende Beiträge			515'000			515'000	980'000	980'000
3 Aufwand			15'682'700			14'700'000	15'181'100	15'199'300
42 Entgelte			895'000			895'000	895'000	895'000
43 Verschiedene Erträge			35'000			35'000	35'000	35'000
46 Transferertrag			4'574'000			4'374'000	4'324'000	4'324'000
47 Durchlaufende Beiträge			515'000			515'000	980'000	980'000
4 Ertrag			6'019'000			5'819'000	6'234'000	6'234'000
Globalbudget			9'663'700			8'881'000	8'947'100	8'965'300
Total			9'663'700			8'881'000	8'947'100	8'965'300

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Der erweiterte Grundauftrag (neu: Koordination Langsamverkehr) wird im Rahmen der bisherigen finanziellen und personellen Ressourcen wahrgenommen. Die Pflegemassnahmen in den Schutzwäldern werden weitergeführt. Ein neuer Schwerpunkt wird bei der nachhaltigen Aufwertung der Waldränder gesetzt. Grossprojekte im Naturgefahrenbereich (Dornirunse) erfordern vorübergehend höhere Finanzmittel. Mit der Umstellung auf HRM2 werden die Investitionsbeiträge neu über die Erfolgsrechnung statt über die Investitionsrechnung verbucht.



Grundauftrag

- Sorgt im Rahmen der regierungsrätlichen Oberaufsicht für einen ausgewogenen Schutz der Menschen und erheblicher Sachwerte vor den Auswirkungen des Hochwassers.
- Berät alle Zielgruppen bei Fragen des Hochwasserschutzes, der Gewässerrevitalisierung und der Wassernutzung und koordiniert zwischen den Beteiligten.
- Zielt mit seinen Handlungen auf eine Verbesserung oder zumindest Erhaltung des ökologischen Zustands der Fliessgewässer und der Gewässer als Landschaftselemente.
- Gewährleistet im Rahmen der Zuständigkeit die nachhaltige Wassernutzung.



Umfeldanalyse

- Die Zunahme der intensiven Regenfälle als Folge der Klimaerwärmung in Verbindung mit den grossen baulichen Tätigkeiten führt zu einer Erhöhung der Hochwasserrisiken.
- Der Schutzanspruch der Bevölkerung steigt immer mehr. Gleichzeitig schwindet das Verständnis für einen vernünftigen Umgang mit den Naturgefahren.
- Das Umfeld für das integrale Risikomanagement wird immer komplexer. Die Sparbemühungen der öffentlichen Hand schränken den Handlungsspielraum im Hochwasserschutz ein.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Optimale Regelung der Zuständigkeiten im gesamten Wasserbauwesen (Hochwasserschutz, Revitalisierung, Wassernutzung) für die Erfüllung der bestehenden und neuen Aufgaben im Wasserbau im Rahmen der Totalrevision des Wasserrechtsgesetzes.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	3.1	4	4.1	4	3.8	4	4.2
Länge Fliessgewässernetz Kanton Schwyz	km							2'400
Wuhrkorporationen Kanton Schwyz	Anzahl							45

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Wichtige Hochwasserschutzprojekte Rollende Planung	Begleitung Ausführung Hochwasserschutzprojekte Nidlaubach 2. und 3. Etappe, Steineräa und diverser kleinerer Projekte. Begleitung Projektentwicklung Staldenbach Pfäffikon und diverser kleinerer Projekte.	m Aktualisierung, rollende Planung
Totalrevision Wasserrechtsgesetz Beginn Januar 2011 / Kantonsrat 4. Quartal 2016	Anpassung an die seit 1973 massiv geänderten rechtlichen Grundlagen und Vorgaben, insbesondere des Bundes. Überprüfung der bestehenden Zuständigkeiten und der Organisation des Wasserbauwesens.	m Projektende entsprechend Arbeitsstand um 1 Jahr verschoben.
Planung Renaturierungen, Ausscheidung Gewässerraum Beginn Januar 2011 / Ende Dezember 2015	Planung Revitalisierung, Sanierung Schwall-Sunk und Geschiebehaushalt gemäss revidiertem Gewässerschutzgesetz und der dazugehörenden Verordnung.	a
Reduktion Hochwasserrisiken Lauerzersee Beginn 2014 / Ende 2016	Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für Variantenwahl und weiteres Vorgehen am Lauerzersee.	m Verlängert sich um 1 Jahr.

Hochwasserschutz und Gewässerökologie

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

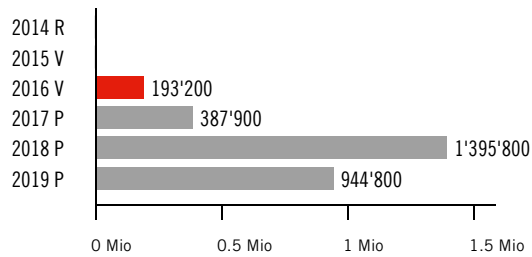
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Begutachtungen und Entscheide im Bereich Hochwasserschutz und Gewässerökologie werden termingerecht erarbeitet	Anteil der innerhalb der extern gesetzten Fristen, respektive innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen bearbeiteten Fälle	95.5 %	97.2 %	99.5 %	95 %	95 %
Die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz werden dort eingesetzt, wo die grösste Wirkung erzielt wird	Durchschnitt der errechneten Nutzen/Kostenverhältnisse aller subventionierter Projekte (soweit Anwendung des Berechnungsmoduls EconoMe verhältnismässig und möglich) ≥ 1	-	3	1.7	1	1
Fachberatung im Hinblick auf eine Optimierung des Hochwasserschutzes und der Renaturierung	Aufgewendete Stunden für fachliche Beratungen	829	842	813	500	400

Wassernutzung

Verantwortung: Vorsteher / Stellvertretung: Stv. Vorsteher

Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Begutachtungen und Entscheide im Bereich Wassernutzung werden termingerecht erarbeitet	Anteil der innerhalb der extern gesetzten Fristen, respektive innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen bearbeiteten Fälle	100 %	100 %	96.6 %	95 %	95 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			657'900			786'100	790'000	794'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			277'000			140'500	390'500	790'500
36 Transferaufwand			4'079'000			3'549'000	3'739'000	3'616'000
3 Aufwand			5'013'900			4'475'600	4'919'500	5'200'500
46 Transferertrag			2'945'000			2'065'000	1'348'000	2'125'000
4 Ertrag			2'945'000			2'065'000	1'348'000	2'125'000
Globalbudget			2'068'900			2'410'600	3'571'500	3'075'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			290'000			130'000	75'000	10'000
36 Transferaufwand			2'839'000			2'839'000	2'839'000	2'839'000
39 Interne Verrechnungen			85'000			85'000	85'000	85'000
3 Aufwand			3'214'000			3'054'000	2'999'000	2'934'000
41 Regalien und Konzessionen			5'034'700			5'034'700	5'134'700	5'034'700
42 Entgelte			55'000			42'000	40'000	30'000
4 Ertrag			5'089'700			5'076'700	5'174'700	5'064'700
Leistungsunabh. Aufwand / Ertrag			-1'875'700			-2'022'700	-2'175'700	-2'130'700
Total			193'200			387'900	1'395'800	944'800

Voranschlagskredit



Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Beiträge des Bundes und des Kantons an Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekte sind abhängig von den Projekten der Wuhrkorporationen und von Dritten. Sie sind grossen Schwankungen unterworfen. Die Budgetierung erfolgt auf Grundlage der Leistungsvereinbarungen mit dem Bund sowie der von den Bauherren gemeldeten Projekte. Mit der Umstellung auf HRM2 werden die Investitionsbeiträge neu über die Erfolgsrechnung statt über die Investitionsrechnung verbucht.



Grundauftrag

- Ausübung der kantonalen Vermessungsaufsicht.
- Durchführung, Leitung, Überwachung und Verifikation der Arbeiten der amtlichen Vermessung (AV).
- Sicherstellung Koordination der amtlichen Vermessung mit anderen Vermessungsvorhaben und Geoinformationssystemen.
- Beschaffung sowie organisatorische und technische Bereitstellung von Geobasisdaten und Geodaten für die kantonale Verwaltung und für die Öffentlichkeit.
- Sicherstellung projektbezogene Geoinformations(GIS) -Beratung (inklusive GIS-Koordination).
- Bereitstellung der Infrastruktur für die laufende Nachführung in der amtlichen Vermessung.
- Aufbau und Betrieb eines Katasters über die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster).
- n** Neue Bundesaufgabe, mit Aufbaufrist bis Ende Dezember 2019.



Umfeldanalyse

- Behörden, Wirtschaft und Bevölkerung fordern einen einfachen Zugang zu aktuellen Georeferenzdaten und Geodaten der Verwaltung für geschäftlichen und privaten Einsatz.
- Führung der Verbundaufgaben AV und ÖREB-Kataster durch den Bund mit vierjährigen Programmvereinbarungen (PV). Die nächsten PV gelten für die Jahre 2016-2019.

Leistungs- und Entwicklungsschwerpunkte

Schwerpunkte Bund: a) ÖREB-Kataster: Aufbau und Einführung. b) Amtliche Vermessung: flächendeckende Erneuerung in den Qualitätsstandard AV93, Umsetzung Bezugsrahmenwechsel.

Schwerpunkt Geoinformation: Aufbau eines einfachen und schnellen Zugangs zu Geobasisdaten für effizientere Arbeitsabläufe für Behörden, Wirtschaft, Planer und Dritte.

Kennzahlen

Bezeichnung	Einheit	2010 R	2011 R	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Vollzeitstellen	FTE	6.7	7.3	8.0	8.8	8.6	9.5	9.5
Anzahl Themen im WebGIS	Datensatz						200	270
Anzahl Geobasisdaten mit Datenmodell	Datensatz						5	15
Anzahl Themen, die über einen Web-Dienst (WMS, WFS) nutzbar sind	Datensatz						2	10
Anzahl Grenzänderungen (Liegenschaftsmutationen)	Mutation	330	347	305	291	318	300	300
Anzahl Bezug Katasterkopien (PDF)	Stück				2'654	2'770	2'700	2'700

Projekte

Bezeichnung	Inhalt	
Bezugsrahmenwechsel in der amtlichen Vermessung Beginn Anfang 2014 / Ende Dezember 2016	Wechsel des Lagebezugssystems und -rahmens der Daten der amtlichen Vermessung (Geobasisreferenzdaten) aus dem Jahre 1903 (terrestrische Messungen) zu neu erstellten Grundlagen aus dem Jahre 1995 (satellitengestützte Vermessung).	
Aufbau und Betrieb ÖREB-Kataster Beginn Anfang 2014 / Ende Dezember 2019	Der ÖREB-Kataster ist das offizielle Informationssystem für die wichtigsten Öffentlich-Rechtlichen EigentumsBeschränkungen (ÖREB). Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen, Bereitstellung der kantonalen Daten, technischer Aufbau der nötigen Infrastruktur bis zum vollständigen Betrieb.	
Migration WebMap-Funktionalitäten ins WebGIS Beginn Anfang 2015 / Ende Juli 2016	Das WebGIS ist das neue Informationssystem über die Geodaten des Kantons. Es löst das WebMap ab. Die Funktionalitäten des WebMap sind in das WebGIS zu überführen (migrieren).	
Modellierung kantonomer Geobasisdaten Beginn 2015 / Ende 2017	Gemäss Geoinformationsgesetzgebung ist für jeden Geobasisdatensatz ein Daten- und ein Darstellungsmodell zu erstellen. Für die Geobasisdatensätze nach kantonalem Recht ist das AVG für die Beratung der Fachämter und Koordination der Modellierungen zuständig.	n Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung (Vorgaben Fristen) und Einsatz GI-Pool-Stelle.

Vermessung

Verantwortung: Vorsteherin / Stellvertretung: Abteilungsleiter Amtliche Vermessung

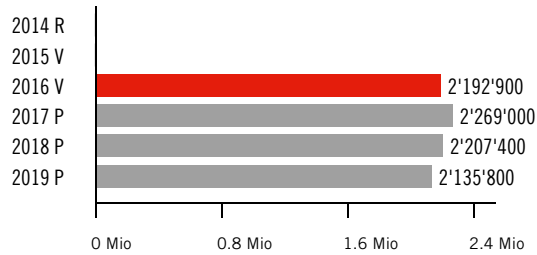
Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Erfüllung jährliche Leistungsvereinbarung mit dem Bund (Eidgenössische Vermessungsdirektion V+D) (Ziele und Leistungen aus der Programmvereinbarung NFA)	Standardisierter Erfahrungsbericht V+D	90 %	90 %	95 %	90 %	90 %
Umsetzung Konzept Nachführungs-Verifikation	Anzahl der durchgeführten Nachführungs-Verifikationen pro Jahr	1	1	1	1	1

Geoinformation

Verantwortung: Abteilungsleiter Geoinformation / Stellvertretung: Vorsteherin


Ziel	Indikatoren	2012 R	2013 R	2014 R	2015 V	2016 V
Versorgen der Benutzer mit aktuellen Geodaten des Bundes und des Kantons	Anteil der Daten, die spätestens einen Monat nach der Datenlieferung von den zuständigen Amtsstellen für andere Benutzer abrufbar sind				90 %	90 %
Sicherstellung einer qualitativ guten Beratung von GIS-Projekten	Anteil der Bewertungen mit "sehr gut" oder "gut" von GIS-Projekt Kunden nach Befragung bei Projektabschluss	100 %	100 %	100 %	80 %	80 %

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'317'800			1'328'400	1'330'300	1'339'300
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'403'800			1'451'900	1'427'300	1'389'700
36 Transferaufwand			17'900			20'100	20'400	20'400
37 Durchlaufende Beiträge			32'400			28'100	41'500	52'600
3 Aufwand			2'771'900			2'828'500	2'819'500	2'802'000
42 Entgelte			291'100			285'700	286'700	286'700
46 Transferertrag			255'500			245'700	283'900	326'900
47 Durchlaufende Beiträge			32'400			28'100	41'500	52'600
4 Ertrag			579'000			559'500	612'100	666'200
Globalbudget			2'192'900			2'269'000	2'207'400	2'135'800
Total			2'192'900			2'269'000	2'207'400	2'135'800

Voranschlagskredit 

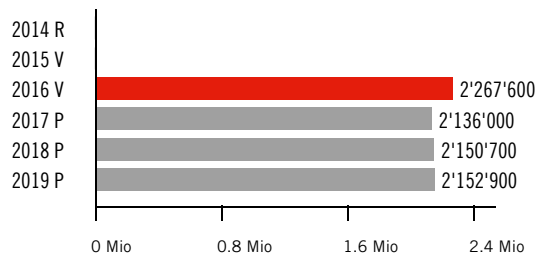
Kommentar / Beurteilung Erfolgsrechnung

Die Aufwände sind insbesondere auf die Einführung des ÖREB-Katasters mit Aufbaufrist bis Ende 2019 zurückzuführen. Die Erträge sind abhängig von den Bundesbeiträgen der durchzuführenden mehrjährigen Erneuerungen in der amtlichen Vermessung und daher schwankend in der Höhe.




Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

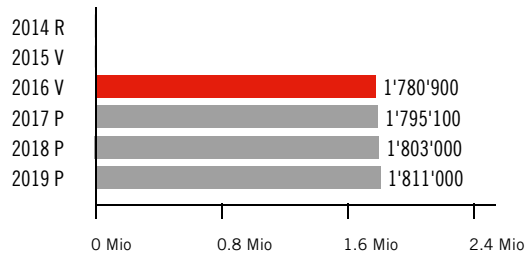
	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			2'345'000			2'215'800	2'226'000	2'236'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			414'300			411'900	416'400	408'600
34 Finanzaufwand			1'000			1'000	1'000	1'000
3 Aufwand			2'760'300			2'628'700	2'643'400	2'645'600
42 Entgelte			491'800			491'800	491'800	491'800
43 Verschiedene Erträge			800			800	800	800
44 Finanzertrag			100			100	100	100
4 Ertrag			492'700			492'700	492'700	492'700
Globalbudget			2'267'600			2'136'000	2'150'700	2'152'900
Total			2'267'600			2'136'000	2'150'700	2'152'900

Voranschlagskredit 



Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

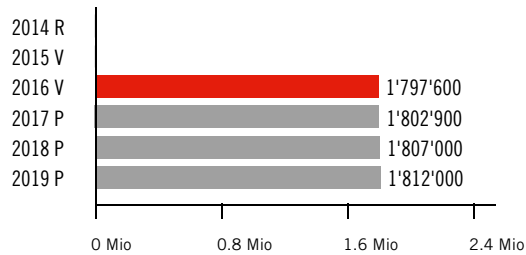
	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'908'900			1'923'100	1'931'000	1'939'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			173'000			173'000	173'000	173'000
34 Finanzaufwand			1'000			1'000	1'000	1'000
3 Aufwand			2'082'900			2'097'100	2'105'000	2'113'000
42 Entgelte			302'000			302'000	302'000	302'000
4 Ertrag			302'000			302'000	302'000	302'000
Globalbudget			1'780'900			1'795'100	1'803'000	1'811'000
Total			1'780'900			1'795'100	1'803'000	1'811'000

Voranschlagskredit ■



Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

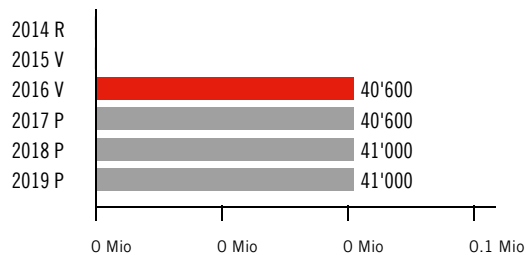
	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			1'131'600			1'136'900	1'141'000	1'146'000
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			666'000			666'000	666'000	666'000
3 Aufwand			1'797'600			1'802'900	1'807'000	1'812'000
Globalbudget			1'797'600			1'802'900	1'807'000	1'812'000
Total			1'797'600			1'802'900	1'807'000	1'812'000

Voranschlagskredit 




Finanzielle Steuerungsgrössen

Voranschlagskredit Erfolgsrechnung



Erfolgsrechnung

	2014 R	2015 V	2016 V	2015 V Diff. Abs.	2015 V Diff. %	2017 P	2018 P	2019 P
30 Personalaufwand			70'100			70'100	75'500	75'500
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand			500			500	500	500
3 Aufwand			70'600			70'600	76'000	76'000
42 Entgelte			30'000			30'000	35'000	35'000
4 Ertrag			30'000			30'000	35'000	35'000
Globalbudget			40'600			40'600	41'000	41'000
Total			40'600			40'600	41'000	41'000

Voranschlagskredit 

FINANZDEPARTEMENT KANTON SCHWYZ

Bahnhofstrasse 15
Postfach 1230
6431 Schwyz

Telefon: 041 819 24 95
Telefax: 041 819 23 09

E-Mail: fd@sz.ch
Internet: www.sz.ch

Schwyz, September 2015